

ZUM VERHÄLTNIS VON VERTRAGSFREIHEIT UND GESELLSCHAFTSORDNUNG WÄHREND DES 19. JAHRHUNDERTS

insbesondere in den Auseinandersetzungen
über den Arbeitsvertrag

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte

bei dem

Fachbereich Rechtswissenschaft

der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Andreas Kaiser

1972

1973

ZUM VERHÄLTNIS VON VERTRAGSFREIHEIT UND GESELLSCHAFTSORDNUNG WÄHREND DES 19. JAHRHUNDERTS

insbesondere in den Auseinandersetzungen
über den Arbeitsvertrag



Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte

bei dem

Fachbereich Rechtswissenschaft

der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Andreas Kaiser

1972



Erstgutachter : Professor Dr. iur. Gerhard Dilcher

Zweitgutachter: Professor Dr. iur. Manfred Harder

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Januar 1973

Gewidmet
meinem Lehrer
und väterlichen Freund
Dr. Arno Peters



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	Seite VIII
----------------------------	------------

EINLEITUNG

1. Teil. Begriff, Aufgabe und Problematik der Vertragsfreiheit	Seite 1
1. Abschnitt. Der Begriff der Vertragsfreiheit	Seite 2
2. Abschnitt. Die Aufgabe der Vertragsfreiheit	Seite 3
3. Abschnitt. Die Problematik der Vertragsfreiheit	Seite 4
2. Teil. Aus der Geschichte der Vertragsfreiheit .	Seite 8
1. Abschnitt. Vertragsgestaltung in Deutschland vom 11. bis 18. Jahrhundert	Seite 9
A. Der Zeitraum vom 11. bis 17. Jahrhundert	Seite 9
I. Rechtsverhältnisse des Wirtschaftsverkehrs	Seite 11
II. Rechtsverhältnisse der Arbeit.	Seite 17
B. Der Zeitraum des 17. und 18. Jahrhunderts	Seite 20
I. Die Vertragsfreiheit in der Rechtslehre	Seite 20
II. Rechtsverhältnisse des Wirtschaftsverkehrs	Seite 22
III. Rechtsverhältnisse der Arbeit.	Seite 24
C. Ein Prozeß der Reduzierung des Freiheitsraumes	Seite 26
2. Abschnitt. Die Lehre von der Vertragsfreiheit im Konzept der liberalen Wirtschaftstheorie	Seite 27
A. Die Voraussetzungen des ökonomischen Liberalismus	Seite 27
B. Der Physiokratismus	Seite 30

C. Adam Smith	Seite	33
D. Ergebnis und Ausblick	Seite	37

Erstes Kapitel

VERTRAGSFREIHEIT UND GESELLSCHAFTSORDNUNG IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

1. Teil. Vertragsfreiheit und Wirtschaft	Seite	39
2. Teil. Vertragsfreiheit und Sozialstruktur	Seite	47
1. Abschnitt. Das Industriebürgertum	Seite	48
A. Allgemeine Lage	Seite	48
B. Rechtliche Situation	Seite	49
2. Abschnitt. Die Agrarindustriellen	Seite	54
A. Die Forderung nach Vertragsfreiheit	Seite	54
B. Die Bauernbefreiung	Seite	59
C. Die Bodenbefreiung	Seite	64
3. Abschnitt. Die Arbeiterschaft	Seite	67
A. Die Ausdehnung des Lohnarbeitssy-	stems	Seite 68
B. Allgemeine Lage der Arbeiter	Seite	70
C. Rechtliche Situation der Lohnabhän-	gigen	Seite 76
I. Der Grundsatz der Vertrags-	freiheit	Seite 77
II. Vertragsgestaltung durch Be-	triebsordnungen	Seite 83
III. Die Sonderstellung des Gesin-	des	Seite 86
IV. Der staatliche Schutz dieser	Rechtsordnung	Seite 89
D. Erster Widerstand der Arbeiter	Seite	91

3. Teil. Vertragsfreiheit und Rechtslehre	Seite 94
1. Abschnitt. Der Plan einer modernen Zivilrechtskodifikation	Seite 94
A. Das Vorbild des französischen bürgerlichen Rechts	Seite 94
B. Die Forderung nach einer deutschen Kodifikation	Seite 100
C. Der Kampf gegen eine solche Gesetzgebung	Seite 102
2. Abschnitt. Die zweite Rezeption des römischen Rechts	Seite 105
A. Das Ziel der Romanistischen Rechtsschule	Seite 106
B. Die morphologische Parallelität ...	Seite 107
I. Die römische Wirtschafts- und Sozialordnung	Seite 108
II. Vertragsfreiheit im römischen Wirtschaftsverkehr	Seite 110
III. Vertragsfreiheit im römischen Arbeitsverhältnis	Seite 111
C. Gründe für den Erfolg der zweiten Rezeption	Seite 113

Zweites Kapitel

VERTRAGSFREIHEIT UND GESELLSCHAFTSORDNUNG IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

1. Teil. Vertragsfreiheit und Wirtschaft	Seite 117
1. Abschnitt. Die ökonomische Entwicklung	Seite 118
2. Abschnitt. Die Auswirkungen der Vertragsfreiheit im Wirtschaftsablauf ...	Seite 120
A. Kapitalansammlung und Wettbewerbsbeschränkung	Seite 120
B. Konzentration, Interessenpolitik und Arbeitsverträge	Seite 130

2. Teil. Vertragsfreiheit und Gesetzgebung Seite 134

1. Abschnitt. Der Mechanismus der Gesetzgebung Seite 134

A. Der Reichstag Seite 135

B. Der Machtgruppeneinfluß Seite 140

2. Abschnitt. Einzelne Gesetze Seite 142

A. Liberales Recht Seite 142

B. Sozialgesetzgebung und Kampf gegen Sozialdemokratie Seite 147

3. Teil. Vertragsfreiheit und Sozialstruktur Seite 152

1. Abschnitt. Die Bourgeoisie Seite 152

A. Vom Bürgertum zur Bourgeoisie Seite 153

B. Stellung zur Vertragsfreiheit Seite 156

I. Das profitierende Verhalten .. Seite 157

1. Nutzung des Rechtssystems . Seite 158

2. Kampf gegen den Sozialismus Seite 162

3. Kampf gegen Reforme Seite 163

4. Kampf um Kriminalisierung des Vertragsbruches Seite 165

II. Das kompensierende Verhalten . Seite 169

III. Das reformierende Verhalten .. Seite 176

1. Der Verein für Socialpolitik Seite 178

2. Die kritische Nationalökonomie Seite 181

a) Karl Rodbertus Seite 185

b) Adolf Wagner Seite 187

c) Gustav Schmoller Seite 191

d) Gustav Schönberg Seite 194

e) Lujo Brentano Seite 196

3. Die kritische Rechtslehre . Seite 197

a) Otto Gierke Seite 200

b) Rudolf Sohm Seite 202

c) Anton Menger Seite 205

d) Eugen Dühring Seite 207

2. Abschnitt. Die Agrarier Seite 209

3. Abschnitt. Die Arbeiterschaft	Seite 212
A. Allgemeine Lage der Arbeiterschaft.	Seite 213
B. Rechtliche Situation der Arbeiterschaft	Seite 217
I. Die Rechtslage der Industriearbeiter	Seite 218
II. Die Rechtslage der Landarbeiter	Seite 222
III. Die Rechtslage des Gesindes ..	Seite 225
C. Stellung der Arbeiterbewegung zur Vertragsfreiheit	Seite 227
I. Die Freien Gewerkschaften	Seite 227
II. Die Sozialdemokraten	Seite 230
III. Karl Marx und Friedrich Engels	Seite 233
1. Funktion des Rechts allgemein	Seite 234
2. Funktion der Vertragsfreiheit	Seite 236

Literatur- und Abkürzungsverzeichnis

- ABENDROTH Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. 7. Auflage, Frankfurt am Main 1970.
- ALR Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794.
- AMMANN Hektor Ammann, Nürnbergs industrielle Leistung im Mittelalter. In: Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15.-16. und 19. Jahrhundert. Herausgegeben von Friedrich Lütge. Stuttgart 1968.
- ANTON Günther K. Anton, Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme durch die Reichsgewerbeordnung. In: Gustav Schmoller (Herausgeber), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, 11. Band, 2. Heft, Leipzig 1891. Zitiert nach der von Horst Bülter herausgegebenen Ausgabe, 1. Auflage, Berlin 1953.
- ARNDT Arndt, Artikel 'Bergbau'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Band, Jena 1891.
- ARNOLD Wilhelm Arnold, Cultur und Rechtsleben. Berlin 1865.
- BAADER Franz von Baader, Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht aus dem Standpunkte des Rechts betrachtet (1835). In: Franz von Baaders Schriften zur Gesellschaftsphilosophie. Herausgegeben, eingeleitet und erläutert von Johannes Sauter. Jena 1925.

- BERTHOLD Berthold und andere, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Erster Teil, Berlin 1965.
- BGB1 Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes.
- BIEDERMANN Karl Biedermann, Vorlesungen über Socialismus und Socialpolitik. Breslau 1900.
- BISMARCK
 Gesammelte Werke Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke. Bearbeitet von Wilhelm Schüssler, Berlin o.J.
- Gedanken und Erinnerungen. 3. Band, Stuttgart und Berlin 1921.
- Gedanken und Erinnerungen
- BLOMEYER Arwed Blomeyer, Allgemeines Schuldrecht. 4. Auflage, Berlin und Frankfurt am Main 1969.
- BLOS Wilhelm Bos, Die Deutsche Revolution. Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849. Berlin 1923.
- BLUMENBERG Werner Blumenberg, Karl Marx. Reinbek 1962.
- BÖHME Helmut Böhme, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 2. Auflage, Frankfurt am Main 1968.
- BOEHMER Gustav Boehmer, Grundlagen der bürgerlichen Rechtsordnung. 2. Buch, 1. Abteilung, Tübingen 1951.
- BOEHMERT Victor Boehmert, Artikel 'Arbeitslohn, Statistik des Arbeitslohns'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 1. Band, Jena 1890.

- BORGHT Richard von der Borcht, Artikel 'Unternehmervereine'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 8. Band, 3. Auflage, Jena 1911.
- BORN Karl Erich Born, Von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg. In: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte. 3. Band. Herausgegeben von Herbert Grundmann. 3. Nachdruck der 8. Auflage 1960, Stuttgart 1965.
- Reichsgründung
- Strukturwandel - Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.
- BOSL Karl Bosl, Die Gesellschaft in der Geschichte des Mittelalters. Göttingen 1966.
- BRANDENBURG Erich Brandenburg, Entstehung eines Weltstaatensystems. Europa nach dem deutsch-französischen Kriege. In: Julius von Pflugk-Harttung (Herausgeber), Weltgeschichte / Geschichte der Neuzeit (seit 1815). Berlin 1908.
- BRAUBACH Max Braubach, Von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. In: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte. 3. Band. Herausgegeben von Herbert Grundmann. 3. Nachdruck der 8. Auflage 1960. Stuttgart 1965.
- BRENTANO Lujo Brentano, Das Wirtschaftsleben der antiken Welt. Jena 1929.
- Antike Welt
- Arbeitsverhältniss - Das Arbeitsverhältnis gemäss dem heutigen Recht. Leipzig 1877.
- BREYSIG Kurt Breysig, Die Geschichte der Menschheit. 15. Band, Berlin 1955.

- BRIEFS Götz Briefs, Das gewerbliche Proletariat. In: Grundriß der Sozialökonomik. 9. Abteilung, 1. Teil. Tübingen 1926.
- BRINKMANN Carl Brinkmann, Die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft in geschichtlicher Darstellung. In: Grundriß der Sozialökonomik. 9. Abteilung, 1. Teil. Tübingen 1926.
- BRODNITZ Georg Brodnitz, Bismarcks national-ökonomische Anschauungen. Jena 1902.
- BRUNNER Otto Brunner, Stadt und Bürgertum in der europäischen Geschichte. In: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte. 2. Auflage, Göttingen 1968.
- BÜCHNER Der hessische Landbote (1834). In: Georg Büchner, Sämtliche Werke (Die Tempel-Klassiker). Wiesbaden o.J.
- BUSCH Moritz Busch, Tagebuchblätter. 3. Band: Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1880-1893. Leipzig 1899.
- BVerfG E Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.
- BVerwG E Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts.
- CICCOTTI Ettore Ciccotti, Der Untergang der Sklaverei im Altertum. Aus dem Italienischen übersetzt von Oda Olberg. Berlin 1910.
- CIPOLLA Carlo M. Cipolla, Wirtschafts- und Weltbevölkerung. München 1972.
- COING
 Epochen Helmut Coing, Epochen der Rechtsgeschichte in Deutschland. München 1967.

- Positive Rechts-
wissenschaft
- Das Verhältnis der positiven Rechts-
wissenschaft zur Ethik im 19. Jahr-
hundert. In: Jürgen Blühdorn und Joachim
Ritter (Herausgeber), Recht und Ethik.
Zum Problem ihrer Beziehung im 19. Jahr-
hundert. Frankfurt am Main 1970.
- CONDORCET
- Antoine Condorcet, Esquisse d'un
tableau historique des progrès de
l'esprit humain. Entwurf einer
historischen Darstellung der Fort-
schritte des menschlichen Geistes.
Herausgegeben von Wilhelm Alff.
Frankfurt am Main 1963.
- CONRAD, ELSE
- Else Conrad, Der Verein für Sozial-
politik und seine Wirksamkeit auf
dem Gebiet der gewerblichen Arbei-
terfrage. Jena 1906.
- CONRAD, HERMANN
- Hermann Conrad, Individuum und Ge-
meinschaft in der Privatrechtsord-
nung des 18. und des beginnenden
19. Jahrhunderts. Karlsruhe 1956.
- CONZE
- Werner Conze, Vom "Pöbel" zum "Pro-
letariat". Sozialgeschichtliche
Voraussetzungen für den Sozialis-
mus in Deutschland. In: Hans-Ulrich
Wehler (Herausgeber), Moderne deut-
sche Sozialgeschichte. Köln und Ber-
lin 1966.
- Vom Pöbel zum
Proletariat
- Quellen
- Quellen zur Geschichte der deut-
schen Bauernbefreiung. Göttingen,
Berlin und Frankfurt am Main 1957.
- Spannungsfeld
- Das Spannungsfeld von Staat und
Gesellschaft im Vormärz. In: Werner
Conze (Herausgeber), Staat und Ge-
sellschaft im deutschen Vormärz
1815-1848. Stuttgart 1962.
- Staat und Gesell-
schaft
- Staat und Gesellschaft in der früh-
revolutionären Epoche Deutschlands.
In: Hanns Hubert Hoffmann (Heraus-
geber), Die Entstehung des modernen
soveränen Staates. Köln und Berlin
1967.
- CPO
- Civilprozeßordnung vom 30. Januar
1877.

- CREMER P. F. Cremer, Gesetzbuch Napoleons oder das in den Königl. Preußischen Rhein-Provinzen geltende bürgerliche Recht. Übersetzt von dem Justizrath P.F. Cremer. 2. Auflage, Crefeld 1834.
- DAHM Georg Dahm, Deutsches Recht. 2. Auflage, Stuttgart 1963.
- DALLOZ Dalloz, Code Civil. 67. Auflage, Paris 1967/1968.
- DANKWARDT H. Dankwardt, Der Arbeiter-Vertrag. In: Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts, herausgegeben von Rudolf von Jhering und Joseph Unger. 14. Band, Jena 1875.
- DIETZEL Heinrich Dietzel, Artikel 'Bismarck'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Band, 3. Auflage, Jena 1909.
- DILCHER Gerhard Dilcher, Gesetzgebungswissenschaft und Naturrecht. In: Juristenzeitung, 1969, Seiten 1-7.
- DÖHRING Erich Döhring, Geschichte der deutschen Rechtspflege seit 1500. Berlin 1953.
- DROYSEN Johann Gustav Droysen, Das Leben des Feldmarschalls Grafen Yorck von Wartenburg. 1. Band, 11. Auflage, Leipzig 1913.
- DÜHRING Eugen Dühring, Cursus der National- und Socialökonomie. 4. Auflage. Leipzig 1925.
- Geschichte - Kritische Geschichte der National-ökonomie und des Socialismus. Berlin 1871.

- Philosophie - Cursus der Philosophie als streng wissenschaftlicher Weltanschauung und Lebensgestaltung. Leipzig 1875.
- DÜRRNBERGER Adolf Dürrnberger, Der Einfluß socialistischer Postulate auf das Privatrecht. Wien 1893.
- DULCKEIT-SCHWARZ Gerhard Dulckeit, Römische Rechtsgeschichte. Neu bearbeitet von Fritz Schwarz. 4. Auflage, München und Berlin 1966.
- DURANT Will und Ariel Durant, Kulturgeschichte der Menschheit.
- III 3. Band: Cäsar und Christus. 3. Auflage, Bern 1959.
- VIII 8. Band: Das Zeitalter Ludwigs XIV. Bern und München 1969.
- IX 9. Band: Das Zeitalter Voltaires. Bern und München 1967.
- X 10. Band: Rousseau und die Revolution. Bern und München 1969.
- EBEL Wilhelm Ebel, Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland. 2. Auflage, Göttingen 1958.
- Leistung - Über die rechtsschöpferische Leistung des mittelalterlichen deutschen Bürgertums. In: Theodor Mayer (Herausgeber), Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa. Konstanz/Stuttgart 1966.
- Quellen - Quellen zur Geschichte des deutschen Arbeitsrechts (bis 1849). Göttingen, Berlin und Frankfurt am Main 1964.
- Willkür - Die Willkür. Eine Studie zu den Denkformen des älteren deutschen Rechts. Göttingen 1953.
- EHMKE Horst Ehmke, "Staat" und "Gesellschaft" als verfassungstheoretisches Problem. In: Staatsverfassung und Kirchenordnung. Festgabe für Rudolf Smend zum 80. Geburtstag. Tübingen 1962.

ENGELS

Anti-Dühring

Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (1876/1878). 14. Auflage, Berlin 1969.

Bauernfrage

- Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland (1894). In: Karl Marx und Friedrich Engels. Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.

Bourgeoisie

- Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie (Handschriftliches Fragment aus dem Nachlaß. Entstehungszeit unbekannt. Arbeitstitel). In: Marx/Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. 1. Band, 4. Auflage, Berlin 1961.

Brief an Bloch

- Brief an Joseph Bloch vom 21./22. September 1890. In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.

Brief an Kautsky

- Brief an Karl Kautsky vom 26. Juni 1884. In: Marx/Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. 1. Band, 4. Auflage, Berlin 1961.

Brief an Mehring

- Brief an Franz Mehring vom 14. Juli 1893. In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.

Brief an Schmidt
I und II

- Briefe an Konrad Schmidt vom 5. August 1890 (I) und vom 27. Oktober 1890 (II). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.

Brief an Starkenburg

- Brief an Heinz Starkenburg vom 25. Januar 1894. In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.

Deutsche Zustände

- Deutsche Zustände, III (1846). In: Marx/Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. 2. Band, 1. Auflage, Berlin 1970

- Einleitung Lohnarbeit - Einleitung zu: Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital (1891). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- Feuerbach - Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie (1886). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- Lage der Arbeiter - Die Lage der arbeitenden Klasse in England (1844/1845). 3. Auflage, Berlin 1964.
- Marxens Polit-
ökonomie - Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- Preußische Bauern - Zur Geschichte der preußischen Bauern (1885, Arbeitstitel. Es handelt sich bei dieser Arbeit um die Einleitung zu Wilhelm Wolff, Die schlesische Milliarde, Hottingen-Zürich 1886). In: Marx/Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. 1. Band, 4. Auflage, Berlin 1961.
- Sozialismus - Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1892). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- Sozialismus des
Herrn Bismarck - Der Sozialismus des Herrn Bismarck (1880). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Werke (MEW), 19. Band, Berlin 1969.
- Status quo - Der Status quo in Deutschland. In: Marx/Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. 2. Band, 1. Auflage, Berlin 1970.
- Ursprung - Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats (1884). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.

- Vorrede zum 18. Brumaire - Vorrede zur 3. Auflage von: Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1885). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- Vorwort 'Elend der Philosophie' - Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe von Marxens 'Das Elend der Philosophie' (1884). In: Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Berlin 1960.
- Wohnungsfrage - Zur Wohnungsfrage (1872/1873). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- ENGELS-KAUTSKY Friedrich Engels und Karl Kautsky, Juristen-Sozialismus (1886). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Werke (MEW), 21. Band, Berlin 1969.
- ENNECCERUS-LEHMANN Ludwig Enneccerus, Recht der Schuldverhältnisse. 15. Bearbeitung, von Heinrich Lehmann. Tübingen 1958.
- ENNECCERUS-NIPPERDEY Ludwig Enneccerus, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts. 15. Auflage. Neubearbeitet von Hans Carl Nipperdey.
- I 1. Halbband, Tübingen 1959.
- II 2. Halbband, Tübingen 1960.
- EPIGONEN Die Epigonen der Raubritter. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte unseres Junkertums. Stuttgart 1894 (anonym).
- ERDBRÜGGER H. W. Erdbrügger, Kinder im Fabrik-system. Erster Schritt auf dem Wege zu ihrer Befreiung. In: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld anlässlich seines 65. Geburtstages. Berlin 1958.

- ERDMANN, AUGUST August Erdmann, Ein Beitrag zur ultramontanen Arbeiterpolitik. In: Die Neue Zeit, 19 (1901), 1. Band, Seiten 747 bis 755.
- ERDMANN, GERHARD Gerhard Erdmann, Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit. Neuwied und Berlin 1966.
- ERHARD Daniel Erhard, Napoleons I. Kaisers der Franzosen, Königs von Italien und Protector des Rheinbundes bürgerliches Gesetzbuch. 1. Band, Dessau und Leipzig 1808.
- ERMAN Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Herausgegeben von Walter Erman. 1. Band, 4. Auflage, Münster 1967.
- ESSER Josef Esser, Schuldrecht. 1. Band: Allgemeiner Teil. 4. Auflage, Karlsruhe 1970.
- EUCHNER Walter Euchner (Herausgeber), John Locke: Zwei Abhandlungen über Regierung. Frankfurt am Main und Wien 1967.
- FELLERMEIER Jakob Fellermeier, Berufsständische Ordnung. In: Lexikon für Theologie und Kirche. 2. Auflage, 2. Band, Freiburg 1958.
- FERFER J. Ferfer, Die neuere Geschichte der Buderus'schen Eisenwerke. In: Vom Ursprung und Werden der Buderus'schen Eisenwerke Wetzlar. Festschrift zum 200jährigen Bestehen der Firma. 1. Band, Wetzlar 1937.
- FICHTE Johann Gottlieb Fichte, Der geschlossene Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik. In: Band III der Gesamtausgabe von 1834-1846 = Band 129 der Philosophischen Bibliothek, Leipzig 1943 (unveränderter Abdruck der 2. Auflage von 1922).

- FIKENTSCHER Wolfgang Fikentscher, Schuldrecht.
2. Auflage, Berlin 1969.
- FISCHER, Fritz Fritz Fischer, Der deutsche Protes-
tantismus und die Politik im 19. Jahr-
hundert. Historische Zeitschrift, 171
(1951), Seiten 473 bis 518.
- FISCHER, MAX Max Fischer, Der Begriff der Ver-
tragsfreiheit. Zürcher juristische
Dissertation. Aarau 1953.
- FISCHER, WOLFRAM Wolfram Fischer, Innerbetrieblicher
und sozialer Status der frühen
Bergarbeiterschaft. In: Die wirt-
schaftliche Situation in Deutsch-
land und Österreich um die Wende
vom 18. zum 19. Jahrhundert. Heraus-
gegeben von Friedrich Lütge. Stutt-
gart 1964.
- FLACH Karl Hermann Flach, Sorge um die
Liberalität. In: Neue Rundschau, 82
(1971), 2. Heft, Seiten 205 bis 216.
- FLUME Werner Flume, Rechtsgeschäft und
Privatautonomie. In: Hundert Jahre
deutsches Rechtsleben. Festschrift
zum hundertjährigen Bestehen des
deutschen Juristentages 1860-1960.
Karlsruhe 1960.
- Rechtsgeschäft - Allgemeiner Teil des bürgerlichen
Rechts. 2. Band: Das Rechtsgeschäft.
Berlin, Heidelberg und New York
1965.
- FRANK Tenney Frank, Rome and Italy of the
Republic (= An Economic Survey of
Ancient Rome, vol. I). Baltimore 1933.
- II - Rome and Italy of the Empire (= An
Economic Survey of Ancient Rome,
vol. V). Baltimore 1940.
- FRANZ Günther Franz, Quellen zur Geschich-
te des deutschen Bauernstandes in
der Neuzeit. München und Wien 1963.
- FRIEDRICH-WILHELM IV. Friedrich-Wilhelm IV., Unveröffent-
lichte Handbillette. In: Deutsche
Revue, 32 (1907), 4. Band, Seiten
154-158.

- FRISCH Walther Frisch, Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie. Leipzig 1905.
- GARVE Christian Garve, Über den Charakter der Bauern und ihr Verhältniß gegen die Gutsherrn und gegen die Regierung. Breslau 1786.
- GIDE-RIST Charles Gide und Charles Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. 3. Auflage nach der 4. durchgesehenen und verbesserten französischen Ausgabe. Herausgegeben von Franz Oppenheimer. Deutsch von R.W. Horn. Jena 1923.
- GIERKE Otto Gierke, Das Bürgerliche Gesetzbuch und der Deutsche Reichstag. Berlin 1896.
- Bürgerliches Gesetzbuch
- Dienstvertrag - Die Wurzeln des Dienstvertrages. In: Festschrift für Heinrich Brunner zum fünfzigjährigen Doktorjubiläum. München und Leipzig 1914.
- Entwurf - Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs und das deutsche Recht. Leipzig 1889.
- Genossenschaftsrecht, I - Das deutsche Genossenschaftsrecht. 1. Band (1868): Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft. Darmstadt 1954 (Unveränderter photomechanischer Nachdruck der 1. Ausgabe).
- Soziale Aufgabe - Die soziale Aufgabe des Privatrechts. Vortrag am 5. April 1889 vor der Juristischen Gesellschaft zu Wien. Abgedruckt in: Erik Wolf, Quellenbuch zur Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. Frankfurt am Main 1950.
- GNEIST Rudolf Gneist, Der Rechtsstaat und die Verwaltungsgerichte in Deutschland. 3. Auflage, Darmstadt 1958 (Photomechanischer Nachdruck der 2. Auflage 1879).

- GÖHRE Paul Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche. Eine praktische Studie. Leipzig 1891.
- GOETZ Walter Goetz, Die geistige Bewegung im 19. Jahrhundert. In: Propyläen-Weltgeschichte. Herausgegeben von Walter Goetz. 8. Band: Liberalismus und Nationalismus 1848-1890. Berlin 1930.
- GOLTZ Theodor Freiherr von der Goltz, Die Ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat. Jena 1893.
- GREBING Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München 1970.
- GROTEFEND G. A. Grotefend, Preußisch-Deutsche Gesetz-Sammlung. 1. Band, 3. Auflage, Düsseldorf 1900.
- GS Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten.
- GURLAND A.R.L. Gurland, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang zum Zeitalter der Industrie. In: Propyläen Weltgeschichte. Herausgegeben von Golo Mann. 8. Band: Das neunzehnte Jahrhundert. Berlin, Frankfurt am Main und Wien 1960.
- HABERMAS Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.
- HACHENBURG Max Hachenburg, Lebenserinnerungen eines Rechtsanwalts. Düsseldorf 1927.

- HANSEMANN David Hansemann, Denkschrift über Preußens Lage und Politik (1840). In: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850. 1. Band, 1830-1845, Osnabrück 1967 (Neudruck der Ausgabe 1919).
- HAUSSHERR Hans Haussherr, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts. 3. Auflage, Köln und Graz 1960.
- HAYM Rudolf Haym (Herausgeber), Reden und Redner des ersten Preussischen Vereinigten Landtags. Berlin 1847.
- HEBBEL Friedrich Hebbel, Sämtliche Werke. Historisch-kritische Ausgabe, besorgt von Richard Maria Werner. 3. Auflage, Berlin 1905.
- HEDEMANN Justus Wilhelm Hedemann, Die Fortschritte des Zivilrechts im 19. Jahrhundert.
- I 1. Teil: Die Neuordnung des Verkehrslebens. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe Berlin 1910. Frankfurt am Main 1968.
- II/1 2. Teil: Die Entwicklung des Bodenrechts von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. 1. Hälfte: Das materielle Bodenrecht. Unveränderter Neudruck der Ausgabe Berlin 1930. Frankfurt am Main 1968.
- HEICHELHEIM Fritz M. Heichelheim, Wirtschaftsgeschichte des Altertums. 1. Band, Leiden 1938.
- HEIGEL-HAUSENSTEIN Karl Theodor von Heigel und W. Hausenstein, Die Zeit der nationalen Einigung. In: Julius von Pflugk-Hartung (Herausgeber), Weltgeschichte / Geschichte der Neuzeit (seit 1815). Berlin 1908.
- HEINE Heinrich Heine, Gesammelte Werke. 2. Auflage, Berlin 1956.
- HELFFERICH Karl Helfferich, Deutschlands Volkswohlstand 1888-1913. 7. Auflage, Berlin 1917.

- HELLMANN Siegmund Hellmann, Das Mittelalter bis zum Ausgange der Kreuzzüge. Gotha 1920.
- HELLWIG Fritz Hellwig, Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg. Heidelberg und Saarbrücken 1936.
- HERKNER Heinrich Herkner, Die Arbeiterfrage. 8. Auflage. Berlin und Leipzig 1922.
- Arbeiterfrage
- I 1. Band: Arbeiterfrage und Sozialreform.
- II 2. Band: Soziale Theorien und Parteien.
- Bewegungen - Die wirtschaftlich-sozialen Bewegungen von der Mitte des 18. bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Propyläen-Weltgeschichte. Herausgegeben von Walter Goetz. 7. Band, Berlin 1929.
- Volkswirtschaft - Volkswirtschaft und Arbeiterbewegung von 1850 bis 1890. In: Propyläen-Weltgeschichte. Herausgegeben von Walter Goetz, 8. Band, Berlin 1930.
- HILDEBRAND Bruno Hildebrand, Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1. Band, Jena 1863.
- HINTZE Otto Hintze, Der moderne Kapitalismus als historisches Individuum. Historische Zeitschrift, 139 (1929). In: Otto Hintze, Feudalismus-Kapitalismus. Herausgegeben von Gerhard Oestreich. Göttingen 1970.
- Kapitalismus
- Wirtschaft und Politik - Wirtschaft und Politik im Zeitalter des modernen Kapitalismus. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 87 (1929). In: Otto Hintze, Feudalismus-Kapitalismus. Herausgegeben von Gerhard Oestreich. Göttingen 1970.
- HOBBS Thomas Hobbes, Leviathan. Stuttgart 1970.

- HOFFMANN Walter G. Hoffmann (unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse), Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin, Heidelberg, New York 1965.
- HOFMANN Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. 4. Auflage, Berlin und New York 1971.
- HOLBORN Hajo Holborn, Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.
- Geschichte - Deutsche Geschichte in der Neuzeit.
- I Band 1: Das Zeitalter der Reformation und des Absolutismus (bis 1790). München und Wien 1970.
- II Band 2: Reform und Restauration, Liberalismus und Nationalismus (1790 bis 1871). München und Wien 1970.
- III Band 3: Das Zeitalter des Imperialismus (1871 bis 1945). München und Wien 1971.
- HOLTZENDORFF Franz Holtzendorff (Herausgeber), Rechtslexikon. 3. Band, 2. Hälfte, 3. Auflage, Leipzig 1881.
- HUBER, ERNST RUDOLF Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. 3. Band, Stuttgart 1963.
- Verfassungs-
Geschichte, III
- Dokumente - Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte.
- I 1. Band, Stuttgart 1961.
- II 2. Band, Stuttgart 1964.
- HUBER, HANS Hans Huber, Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Vertragsfreiheit. Vortrag, gehalten vor der Berliner Juristischen Gesellschaft am 12. November 1965. Berlin 1966.

- HUECK-NIPPERDEY Alfred Hueck und Hans Carl Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts.
- I 1. Band von Alfred Hueck. 7. Auflage, Berlin und Frankfurt am Main 1963.
- II/1 2. Band, 1. Halbband von Hans Carl Nipperdey. 7. Auflage, Berlin und Frankfurt am Main 1967.
- HÜGLIN Albert Hüglin, Der Tarifvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In: Münchener Volkswirtschaftliche Studien, 76. Stück. Stuttgart und Berlin 1906.
- HUGO Gustav Hugo, Lehrbuch des Naturrechts, als einer Philosophie des positiven Rechts. Lehrbuch eines civilistischen Cursus. Zweyter Band, welcher das Naturrecht, als eine Philosophie des positiven Rechts enthält. Dritter, größtentheils von neuem ausgearbeiteter, Versuch. Berlin 1809.
- IBBEKEN Rudolf Ibbeken, Preußen 1807-1813. Staat und Volk als Idee und in Wirklichkeit. Köln und Berlin 1970.
- JANTKE Carl Jantke, Der vierte Stand. Freiburg 1955.
- JHERING Rudolf von Jhering, Der Kampf ums Recht. 21. Auflage, Wien 1925.
- JÖRS-KUNKEL Paul Jörs, Römisches Privatrecht. In 2. Auflage neu bearbeitet von Wolfgang Kunkel. 3. Auflage, Berlin, Göttingen und Heidelberg 1949.
- KAHRSTEDT Ulrich Kahrstedt, Geschichte des griechisch-römischen Altertums. München 1948.

- KARRENBURG Friedrich Karrenberg, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus. In: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, herausgegeben von Helga Grebing (= Deutsches Handbuch der Politik, Band 3). München und Wien 1969.
- KASER, KURT Kurt Kaser, Das späte Mittelalter. Gotha 1921.
- KASER, MAX
Privatrecht
Römischer Anteil
Max Kaser, Römisches Privatrecht. 4. Auflage, München und Berlin 1965.
- Der römische Anteil am deutschen bürgerlichen Recht. In: Juristische Schulung, 7 (1967), Seiten 337 bis 344.
- KASKEL-DERSCH
IV
V
Walter Kaskel, Arbeitsrecht. Neubearbeitet von Hermann Dersch.
4. Auflage. Berlin 1932.
5. Auflage, Berlin, Göttingen und Heidelberg 1957.
- KEHR Eckart Kehr, Zur Genesis der preussischen Bürokratie und des Rechtsstaates. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.
- KELTER Ernst Kelter, Geschichte der obrigkeitlichen Preisregelung (I. Die obrigkeitliche Preisregelung in der Zeit der mittelalterlichen Stadtwirtschaft). Jena 1935.
- KEYNES John Maynard Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. Übersetzt von M. J. Bonn und C. Brinkmann. München und Leipzig 1920.
- KETTLER Wilhelm Emmanuel Freiherr von Kettler, Die Arbeiterfrage und das Christentum. 3. Auflage, Mainz 1864.

- KINDER-HILGEMANN Hermann Kinder und Werner Hilgemann, Atlas zur Weltgeschichte. 2. Band, München 1966.
- KÖLLMANN Wolfgang Köllmann, Bevölkerung und Raum in Neuerer und Neuester Zeit. Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte (Bevölkerungs-Ploetz). 4. Band, 3. Auflage, Würzburg 1966.
- KÖTZSCHKE Rudolf Kötzschke, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters. Jena 1924.
- KOHL Horst Kohl (Herausgeber), Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. 12. Band, Stuttgart 1894.
- KOLLMANN Paul Kollmann, Artikel 'Armenstatistik'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Band, Jena 1890.
- KOLPING Adolf Kolping, Der Gesellen-Verein (1849). Köln 1952.
- KORNEMANN Ernst Kornemann, Römische Geschichte. 2. Band, Stuttgart 1939.
- KOSCHAKER Paul Koschaker, Europa und das römische Recht. 4. Auflage, München und Berlin 1966.
- KOSELLECK
Preußen Reinhart Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791-1848. Stuttgart 1967.
- Staat und Gesellschaft - Staat und Gesellschaft in Preußen 1815-1848. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.

- KRAFFT Herbert Krafft, Immer ging es um Geld. Berlin 1968.
- KRAUSE Hermann Krause, Der deutschrechtliche Anteil an der heutigen Privatrechtsordnung. In: Juristische Schulung, 10 (1970), Seiten 313 bis 321.
- KUCZYNSKI Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus.
- I 1. Band: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789-1849. Berlin 1961.
- II 2. Band: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849-1870. Berlin 1962.
- III 3. Band: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871-1900. Berlin 1962.
- XIII 13. Band: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg und andere Studien. Berlin 1961.
- Wirtschaft - Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800-1946. 2. Auflage, Meisenheim 1948.
- KULEMANN Wilhelm Kulemann, Die Berufsvereine. 2. Band, Jena 1908.
- KULISCHER Josef Kulischer, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. 2. Band: Die Neuzeit. 2. Auflage, München 1958.

- LAMPRECHT
Geschichte
I/4
II/1/1
III/1/1
E II/1
E II/2
Wirtschaftsleben
- Karl Lamprecht, Deutsche Geschichte.
1. Abteilung, 4. Band. 5. Auflage,
Berlin 1921.
2. Abteilung, 1. Band, 1. Hälfte.
5. Auflage, Berlin 1921.
3. Abteilung, 1. Band, 1. Hälfte.
4. Auflage, Berlin 1921.
2. Ergänzungsband, 1. Hälfte. 5.
Auflage, Berlin 1922.
2. Ergänzungsband, 2. Hälfte. 4.
Auflage, Berlin 1921.
- Deutsches Wirtschaftsleben im Mit-
telalter. Band I/2, Leipzig 1886.
- LANGE, GUSTAV
- Gustav Lange, Die Glasindustrie im
Hirschberger Thale. Leipzig 1889
(Staats- und socialwissenschaftliche
Forschungen, herausgegeben von
Gustav Schmoller. 9. Band, 2. Heft =
38. Heft der ganzen Reihe).
- LANGE, HEINRICH
- Heinrich Lange, BGB. Allgemeiner Teil.
13. Auflage, München 1970
- LARENZ
Allgemeiner Teil
Schuldrecht, I
- Karl Larenz, Allgemeiner Teil des
deutschen bürgerlichen Rechts. Mün-
chen 1967.
- Lehrbuch des Schuldrechts. 1. Band:
Allgemeiner Teil. 10. Auflage, Mün-
chen 1970.
- LASKI
- Harold J. Laski, Political thought
in England from Locke to Bentham.
London 1927.
- LASSALLE
- Ferdinand Lassalle, Arbeiter-Programm.
Über den besonderen Zusammenhang der
gegenwärtigen Geschichtsperiode mit
der Idee des Arbeiterstandes. In:
Gesammelte Reden und Schriften,
herausgegeben von Eduard Bernstein.
2. Band, Berlin 1919.

- LEHMANN-HÜBNER Heinrich Lehmann, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches. Neubearbeitet von Heinz Hübner. 16. Auflage, Berlin 1966.
- LEIST Alexander Leist, Kann die civilistische Rechtswissenschaft dem Staate nützen? Giessen 1908.
- LEIST-NIPPERDEY Alexander Leist, Die moderne Privatrechtsordnung und der Kapitalismus. Bearbeitet von Hans Nipperdey. In: Grundriß der Sozialökonomik. 4. Abteilung, 1. Teil, Tübingen 1925.
- LEXIS Wilhelm Lexis, Artikel 'Monopol'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Band, Jena 1892.
- LIEBKNECHT Wilhelm Liebknecht, Der Arbeitsvertrag. In: Die Neue Zeit, 21 (1903), 2. Band, Seiten 331 bis 343.
- Bodenfrage - Die Grund- und Bodenfrage. Leipzig 1874.
- LOCKE John Locke, Zwei Abhandlungen über Regierung. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Euchner. Frankfurt am Main und Wien 1967.
- LOENING, EDGAR Edgar Loening, Artikel 'Arbeitsvertrag'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Band, Jena 1890.
- LOENING, RICHARD Richard Loening, Der Vertragsbruch im deutschen Recht. Straßburg 1876.
- LUEDER Carl Lueder, Über die criminelle Bestrafung des Arbeitscontractbruches. Erlangen 1875.

- LÜTGE
Bauernbefreiung Friedrich Lütge, Über die Auswirkungen der Bauernbefreiung in Deutschland. In: Friedrich Lütge, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart 1963.
- Geschichte - Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 3. Auflage, Berlin, Heidelberg, New York 1966.
- Preispolitik - Die Preispolitik in München im hohen Mittelalter. In: Friedrich Lütge, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart 1963.
- Ritterpferdegelder - Ritterpferde und Ritterpferdegelder in Thüringen im 16.-18. Jahrhundert. In: Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart 1963.
- Schmoller - Gustav Schmoller als Sozialpolitiker. In: Friedrich Lütge, Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart 1970.
- MACPHERSON C. B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke. Aus dem Englischen von Arno Wittekind. Frankfurt am Main 1967.
- MANN Golo Mann, Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1958.
- MARLO Karl Marlo, Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie. 1. Band: Historische Einleitung in die Ökonomie. 2. Auflage, Tübingen 1885.
- MARMY Emil Marmy (Herausgeber), Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau. Dokumente. Freiburg/Schweiz 1945.
- MARWITZ Friedrich August Ludwig von der Marwitz, Von den Ursachen der überhandnehmenden Verbrechen (1836). In: Friedrich Meusel (Herausgeber), Friedrich August Ludwig von der Marwitz. 2. Band, 2. Teil: Politische Schriften und Briefe. Berlin 1913.

MARX	
Bourgeoisie	Karl Marx, Die Bourgeoisie und die Konterrevolution (1848). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
Brief an Annenkow	- Brief an P. W. Annenkow vom 28. Dezember 1846. In: Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Berlin 1960.
Elend der Philosophie	- Das Elend der Philosophie (1846/1847). Berlin 1960.
Gothaer Programm	- Kritik des Gothaer Programms (1875). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 2. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
Hegelsche Rechtsphilosophie	- Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1843/1844). In: Marx/Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. 2. Band, 1. Auflage, Berlin 1970.
Historische Rechtsschule	- Das philosophische Manifest der historischen Rechtsschule. In: Rheinische Zeitung Nr. 221 vom 9. August 1842. Beiblatt. Zitiert nach Marx-Engels-Gesamtausgabe. 1. Abteilung, 1. Band, 1. Halbband. Frankfurt am Main 1927.
Kapital, I	- Das Kapital. 1. Band (1867), Frankfurt am Main und Berlin 1969.
Kapital, II	- Das Kapital. 2. Band. Herausgegeben von Friedrich Engels (1885). Frankfurt am Main, Berlin und Wien 1970.
Kapital, III	- Das Kapital. 3. Band. Herausgegeben von Friedrich Engels (1894). Frankfurt am Main, Berlin und Wien 1971.
Lohnarbeit und Kapital	- Lohnarbeit und Kapital (1847). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
Lohn, Preis und Profit	- Lohn, Preis und Profit (1865). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.

- Prozeß - Der Prozeß gegen den rheinischen Kreisausschuß der Demokraten (1849). In: Marx/Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. 2. Band, 1. Auflage, Berlin 1970.
- Vorwort Politökonomie - Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort (1859). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- MARX/ENGELS
Deutsche Ideologie Karl Marx und Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845). In: Karl Marx, Ausgewählte Schriften. Herausgegeben von Boris Goldenberg. München 1962.
- Kommunistisches Manifest - Manifest der Kommunistischen Partei (1847/1848). In: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. 1. Band, 8. Auflage, Berlin 1958.
- MASCHKE Erich Maschke, Deutsche Kartelle im späten Mittelalter und im 19. Jahrhundert vor 1870. In: Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15.-16. und 19. Jahrhundert. Herausgegeben von Friedrich Lütge. Stuttgart 1968.
- MATAJA Victor Mataja, Artikel 'Gewerbe-gesetzgebung'. Teil IV: Die Gewerbe-gesetzgebung in Frankreich. In: Handwörterbuch der Staatswissen-schaften. 4. Band, 3. Auflage, Jena 1909.
- MAYER-MALY Theo Mayer-Maly, Römische Grundlagen des modernen Arbeitsrecht. In: Recht der Arbeit, 20 (1967), Sei-ten 281 bis 286.

- MEHRING Franz Mehring, Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. 6. Auflage, Berlin 1952.
- MEMMINGER Anton Memminger, Ein Kolleg beim Fürsten Bismarck. In: Neue Bayrische Landeszeitung, 1898, Nr. 177 bis 184. Nach: Bismarck, Die gesammelten Werke. 9. Band, 2. Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von Willy Andreas. Berlin 1926.
- MENGER Anton Menger, Das Recht auf den Arbeitsertrag
Arbeitsertrag
Bürgerliches Recht - Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen (1890). Darmstadt 1968. (Unveränderter reprographischer Nachdruck der 4. Auflage, Tübingen 1908).
Neue Staatslehre - Neue Staatslehre (1902). 4. Auflage, Jena 1930.
Soziale Aufgaben - Über die sozialen Aufgaben der Rechtswissenschaft. Inaugurationsrede, gehalten am 24. Oktober 1895 bei Übernahme des Rektorats der Wiener Universität. 2. Auflage, Wien und Leipzig 1905.
- MEYERS KONVERSATIONS-LEXIKON Meyers Konversations-Lexikon. 5. Auflage, Leipzig und Wien 1893-1898.
- MICHAELIS Karl Michaelis, Die deutsche Zivilrechtswissenschaft im 19. Jahrhundert in ihrem Verhältnis zur sozialen Wirklichkeit. Vortrag, zitiert nach dem unveröffentlichten Manuskript.
- MICHEL Ernst Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt. 3. Auflage, Frankfurt am Main 1953.

- MITTEIS Heinrich Mitteis, Der Staat des Hohen Mittelalters. Grundlinien einer vergleichenden Verfassungsgeschichte des Lehnszeitalters. 8. unveränderte Auflage, Weimar 1968.
- MITTEIS-LIEBERICH Heinrich Mitteis, Deutsche Rechtsgeschichte. Neubearbeitet von Heinz Lieberich. 11. Auflage, München 1969.
- MITTHEILUNGEN Amtliche Mittheilungen aus den Jahres-Berichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten, 13 (1888), Berlin 1889.
- MOHL Robert von Mohl, Die Polizei-Wissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaates. 1. Band, 2. Auflage, Tübingen 1844.
- MOLITOR Erich Molitor, Schuldrecht, I: Allgemeiner Teil. 8. Auflage, München und Berlin 1965.
- MOLKENBUHR Hermann Molkenbuhr, Referat über die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland auf dem sechsten Gewerkschaftskongreß zu Hamburg 1908. In: Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, bearbeitet von Paul Barthel, Dresden 1916.
- MOMMSEN, THEODOR Historische Rechtswissenschaft Theodor Mommsen, Die Aufgabe der historischen Rechtswissenschaft (1848). In: Gesammelte Schriften. 3. Band, Berlin 1907.
- Römische Geschichte - Römische Geschichte
I 1. Band, 10. Auflage, Berlin 1907.
III 3. Band, 9. Auflage, Berlin 1904.
- Römisches Recht - Die Bedeutung des römischen Rechts (1852). In: Gesammelte Schriften. 3. Band, Berlin 1907.

- Volksrecht und Juristenrecht - Volksrecht und Juristenrecht (1845). In: Gesammelte Schriften. 3. Band, Berlin 1907.
- MOMMSEN, WILHELM
Bismarcks Sturz Wilhelm Mommsen, Bismarcks Sturz und die Parteien. Berlin und Leipzig 1924.
- Geschichte - Geschichte des Abendlandes von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. München 1951.
- Parteiprogramme - (Herausgeber), Deutsche Parteiprogramme. München 1960.
- MOTTEK Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands.
- I Band 1: Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution. Berlin 1964.
- II Band 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung. Berlin 1964.
- MÜLLER Adam Müller, Agronomische Briefe (1812). In: Adam Müller, Ausgewählte Abhandlungen. Herausgegeben von Jakob Baxa. 2. Auflage, Jena 1931.
- MULERT Otto Mulert, Vierundzwanzig ostpreußische Arbeiter und Arbeiterfamilien. Jena 1908.
- NELL-BREUNING Oswald von Nell-Breuning, Sozialordnung. In: Lexikon für Theologie und Kirche. 2. Auflage, 9. Band, Freiburg 1964.
- NEUMANN Franz Neumann, Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft. In: Zeitschrift für Sozialforschung, VI (1937), Seiten 542 bis 596.
- NIKISCH Artur Nikisch, Arbeitsrecht. 2. Band, 2. Auflage, Tübingen 1959.
- NIPPERDEY, HANS CARL Hans Carl Nipperdey, Kontrahierungszwang und diktierter Vertrag. Jena 1920.

NIPPERDEY, THOMAS

Thomas Nipperdey, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.

NÖRR

Dieter Nörr, Zur sozialen und rechtlichen Bewertung der freien Arbeit in Rom. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung, 82 (1965), Seiten 67 bis 105.

NÜRNBERGER

Richard Nürnberger, Das Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons. In: Propyläen Weltgeschichte. Herausgegeben von Golo Mann. 8. Band: Das neunzehnte Jahrhundert. Berlin, Frankfurt am Main und Wien 1960.

NUSSBAUM

Arthur Nußbaum, Theoreme und Wirklichkeit in den Allgemeinen Lehren des bürgerlichen Rechts. In: Arthur Nußbaum, Die Rechtstatsachenforschung. Ausgewählt und eingeleitet von Manfred Rehbinder. Berlin 1968.

OBERMANN

Karl Obermann (Herausgeber), Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/1849 in Deutschland. München 1972.

OERTMANN

Paul Oertmann, Windscheid als Jurist. Windscheid als Jurist In: Bernhard Windscheid, Gesammelte Reden und Abhandlungen. Herausgegeben von Oertmann. Leipzig 1904, Seiten XXI bis XXXVI.

Windscheids
Lebensgang

- Windscheids Lebensgang. In: Bernhard Windscheid, Gesammelte Reden und Abhandlungen. Herausgegeben von Oertmann. Leipzig 1904. Seiten IX bis XX.

- OGRIS Werner Ogris, Geschichte des Arbeitsrechts vom Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert. In: Recht der Arbeit, 20 (1967), Seiten 286 bis 297.
- OPPENHEIM Heinrich Bernhard Oppenheim, Der Katheder-Sozialismus. Berlin 1872.
- OPPENHEIMER Franz Oppenheimer, Abriß einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart. 3. Abteilung: Stadt und Bürgerschaft. Die Neuzeit (= System der Soziologie, 4. Band, 3. Abteilung). Jena 1935.
- PALANDT Palandt-Bearbeiter, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. 29. Auflage, München 1970.
- PAPPENHEIM Max Pappenheim, Die Vertragsfreiheit und die moderne Entwicklung des Verkehrsrechts. Zürich 1915.
- PERTHES Clemens Theodor Perthes, Friedrich Perthes Leben. Nach dessen schriftlichen und mündlichen Mittheilungen aufgezeichnet. 3. Band, Gotha 1855.
- PETERS Arno Peters, Synchronoptische Weltgeschichte. Indexband. München 1970.
- PFIZER Paul Pfizer, Artikel 'Liberal, Liberalismus'. In: Staats-Lexikon, herausgegeben von Carl von Rotteck und Carl Welcker. 9. Band, Altona 1840.
- PFLUGK-HARTTUNG Julius von Pflugk-Harttung, Revolution und Kaiserreich. In: Pflugk-Harttung (Herausgeber), Weltgeschichte / Geschichte der Neuzeit (1650-1815). Berlin 1908.

- PHILIPPSON Martin Philippson, Das Zeitalter Ludwigs XIV. In: Julius von Pflugk-Harttung (Herausgeber), Weltgeschichte / Geschichte der Neuzeit (1650-1815), Berlin 1908.
- PIERSTORFF Julius Pierstorff, Artikel 'Weibliche Arbeit und Frauenfrage'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 8. Band, 3. Auflage, Jena 1911.
- PLANITZ-ECKHARDT Hans Planitz, Deutsche Rechtsgeschichte. Zweite Auflage, bearbeitet von Karl August Eckhardt. Graz und Köln 1961.
- PLOETZ Ploetz-Bearbeiter, Auszug aus der Geschichte. 26. Auflage, Würzburg 1960.
- POEHLMANN Robert von Poehlmann, Römische Kaiserzeit und Untergang der antiken Welt. In: Julius von Pflugk-Harttung (Herausgeber), Weltgeschichte / Altertum. Berlin 1909.
- Soziale Frage - Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt. 2. Band, 3. Auflage, München 1925.
- POLAY Elemer Polay, Differenzierung der Gesellschaftsnormen im antiken Rom. Übersetzt von Jozsef Sternberg, deutsche Bearbeitung von Endre Nizsálovsky. Budapest 1964.
- POSCHINGER Ritter von Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirth. 1. Band, Berlin 1889.
- PRINCE-SMITH John Prince-Smith, Die sogenannte Arbeiterfrage. In: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, 2 (1864). 4. Band, Berlin 1865, Seiten 192 bis 207.
- PROTOKOLLE Protokolle der Deutschen Bundes Versammlung.

- PUCHTA
Georg Friedrich Puchta, Cursus der Institutionen. 1. Band, 5. Auflage, nach dem Tode des Verfassers besorgt von Adolf August Rudorff. Leipzig 1856.
- QUARK
Max Qark, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/1849. Leipzig 1924.
- RADBRUCH
Rechtsphilosophie
Gustav Radbruch, Rechtsphilosophie. 5. Auflage, nach dem Tode des Verfassers besorgt und biographisch eingeleitet von Erik Wolf. Stuttgart 1956.
- Vorschule
- Vorschule der Rechtsphilosophie. 2. Auflage, Göttingen 1959.
- RAISER
Vertragsfreiheit heute
Ludwig Raiser, Vertragsfreiheit heute. In: Juristenzeitung, 1958, Seiten 1 bis 8.
- Vertragsfunktion
- Vertragsfunktion und Vertragsfreiheit. In: Hundert Jahre deutsches Rechtsleben. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des deutschen Juristentages 1860-1960. Karlsruhe 1960.
- RAMM
Thilo Ramm, Einführung in das Privatrecht / Allgemeiner Teil des BGB. 1. Band. Beck-Studienbücher, Deutscher Taschenbuch-Verlag, o.O., o.J.
- REAL
Willy Real, Die Sozialpolitik des Neuen Kurses. In: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld anlässlich seines 65. Geburtstages. Berlin 1958.
- REAL-ENCYKLOPÄDIE
Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände. Conversations-Lexicon. 9. Originalauflage, 11. Band, Leipzig 1846.

- REICHSTAGSDRUCKSACHEN Sammlung sämtlicher Drucksachen
des Reichstages des Norddeutschen
Bundes sowie des Deutschen Reichs-
tages.
- RGBI Reichs-Gesetzblatt.
- RGRK Das Bürgerliche Gesetzbuch. Kommen-
tar, herausgegeben von Reichsge-
richtsräten und Bundesrichtern. 1.
Band, 1. Teil, 11. Auflage, Berlin
1959.
- RGZ E Entscheidungen des Reichsgerichts
in Zivilsachen.
- RGSt E Entscheidungen des Reichsgerichts
in Strafsachen.
- RIEHL Wilhelm Heinrich Riehl, Die Natur-
geschichte des Volkes als Grundlage
einer deutschen Social-Politik. 2.
Band: Die bürgerliche Gesellschaft.
2. Auflage, Stuttgart und Tübingen
1854.
- ROCHAU Ludwig August von Rochau, Grundsätze
der Realpolitik. Erster Teil: 1853,
Zweiter Teil: 1869. Herausgegeben und
eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler.
Frankfurt am Main, Berlin und Wien
1972.
- RODBERTUS
 Briefe Karl Rodbertus, Briefe und Social-
politische Aufsätze. Herausgegeben
von R. Meyer. 1. Band, Berlin o.J.
- Forderungen - Die Forderungen der arbeitenden
Klassen. In: Ernst Schraepfer, Quel-
len zur Geschichte der sozialen
Frage in Deutschland. 1. Band, 2.
Auflage, Göttingen 1966.
- Kapital - Das Kapital. Vierter sozialer Brief
an von Kirchmann. Berlin 1913.
- RÖRIG Fritz Rörig, Mittelalterliche Welt-
wirtschaft. Blüte und Ende einer
Weltwirtschaftsperiode. In: Fritz
Rörig, Wirtschaftskräfte im Mittel-
alter. Abhandlungen zur Stadt- und
Hansegeschichte. Herausgegeben von
Paul Kaegbein. Köln und Graz 1959.

- ROHRSCHEIDT Kurt von Rohrscheidt, Artikel 'Preistaxen'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 5. Band, Jena 1893.
- ROSCHER Wilhelm Roscher, Geschichte der National-Ökonomik in Deutschland. München 1874.
- ROSENBERG Hans Rosenberg, Zur sozialen Funktion der Agrarpolitik im Zweiten Reich. In: Hans Rosenberg, Probleme der deutschen Sozialgeschichte. Frankfurt am Main 1969.
- Depression - Große Depression und Bismarckzeit. Berlin 1967.
- ROSTOVTZEFF Michael Rostovtzeff, Gesellschaft und Wirtschaft im römischen Kaiserreich. Übersetzt von Lothar Wickert. 1. und 2. Band, Leipzig 1931.
- ROTTECK Carl von Rotteck, Artikel 'Demokratisches Princip; demokratisches Element und Interesse; demokratische Gesinnung'. In: Staats-Lexikon, herausgegeben von Carl von Rotteck und Carl Welcker. 4. Band, Altona 1837.
- Vernunftrecht - Lehrbuch des Vernunftrechts und der Staatswissenschaften.
- I 1. Band: Lehrbuch des natürlichen Privatrechts. Aalen 1964 (Neudruck der 2. Auflage, Stuttgart 1840).
- IV 4. Band: Lehrbuch der ökonomischen Politik. Aalen (Neudruck der 1. Auflage, Stuttgart 1835), 1964.
- ROUSSEAU Jean Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag. In der verbesserten Übersetzung von H. Denhardt. Herausgegeben und eingeleitet von Heinrich Weinstock. Stuttgart 1969.
- RUSCHE Christian Rusche (Herausgeber), Rudolf von Jhering, Der Kampf ums Recht. Nürnberg 1965.

- SAILE Wolfgang Saile, Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Sozialismus. Tübingen 1958.
- SAUER Wolfgang Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaates. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.
- SAVIGNY
Beruf Friedrich Carl von Savigny, Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Hildesheim 1967 (Reprographischer Nachdruck der Ausgabe Heidelberg 1840).
- System I - System des heutigen Römischen Rechts. 1. Band, Berlin 1840.
- SAY Jean-Baptiste Say, De l'Angleterre et des Anglais (1815). In: Oeuvres, 4. Band = Collection des Principaux Economistes, 12. Band, Osnabrück 1966 (Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe von 1848).
- SCHERRER Werner Scherrer, Die geschichtliche Entwicklung des Prinzips der Vertragsfreiheit. Basel 1948.
- SCHIEDER Theodor Schieder, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich. In: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte. Herausgegeben von Herbert Grundmann. 3. Band, 3. Nachdruck der 8. Auflage 1960. Stuttgart 1965.
- SCHMELZEISEN Gustaf Klemens Schmelzeisen, Polizeiordnungen und Privatrecht. Münster und Köln 1955.
- SCHMOLLER
Eröffnungsrede Gustav Schmoller, Eröffnungsrede der Eisenacher Versammlung. In: Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der socialen Frage am 6. und 7. October 1872. Leipzig 1873.

- Grundfragen - Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Jena 1875.
- Preußischer Staat - Die sociale Frage und der preußische Staat. In: Preußische Jahrbücher, 33 (1874).
- Referat - Referat über die Arbeitseinstellungen und Gewerksvereine. In: Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der socialen Frage am 6. und 7. October 1872. Leipzig 1873.
- Soziale Frage - Die soziale Frage. München und Leipzig 1918.
- Volkswirtschaft I und II - Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 1. und 2. Teil, München und Leipzig 1923.
- SCHNABEL Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert.
- I 1. Band, 5. Auflage, Freiburg 1959.
- II 2. Band, 2. Auflage, Freiburg 1949.
- III 3. Band, 3. Auflage, Freiburg 1954.
- SCHNEIDER Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie. 4. Teil, 1. Band, 2. Auflage, Tübingen 1965.
- SCHÖNBERG Gustav Schönberg, Artikel 'Arbeiter'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 1. Band, Jena 1890.
- Arbeitslohn - Artikel 'Arbeitslohn - Die allgemeine Lehre vom Arbeitslohn -'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 1. Band, Jena 1890.
- SCHÖNFELD Walther Schönfeld, Grundlegung der Rechtswissenschaft. Stuttgart und Köln 1951.

- SCHRAEPLER Ernst Schraepler, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland.
- I 1. Band: 1800 bis 1870. 2. Auflage, Göttingen 1960.
- II 2. Band: 1871 bis zur Gegenwart. Göttingen, Berlin und Frankfurt am Main 1957.
- SCHULZ Ursula Schulz (Herausgeberin), Die deutsche Arbeiterbewegung 1848-1919 in Augenzeugenberichten. Düsseldorf 1968.
- SCHUMPETER Joseph A. Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse. 1. Teilband, Göttingen 1965.
- SCHUNDER Friedrich Schunder, Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrbergbaus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Karl Erich Born (Herausgeber), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte. Köln und Berlin 1966.
- SCHWERIN-THIEME Claudius Freiherr von Schwerin, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte. 4. Auflage, besorgt von Hans Thieme. Berlin und München 1950.
- SEYFARTH Wolfgang Seyfarth, Das Problem der Stellung der freien Lohnarbeit in der Ökonomik des Römischen Reiches vom 2. Jahrhundert bis zur Kodifizierung des Rechts (Lebendiges Altertum, 3, Seiten 14 bis 21), Berlin 1960.
- SILBERSCHLAG Silberschlag, Das Römische Recht und die sociale Gesetzgebung der neueren Zeit. In: Der Arbeiterfreund, Zeitschrift des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, 19 (1881), Seiten 410 bis 416.
- SMITH Adam Smith, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes. Übersetzt von Ernst Grünfeld.
- I 1. Band, 3. Auflage, Jena 1923.
- II 2. Band, 2. Auflage, Jena 1923.

- SOHM
Aufgaben
Pflichten
Rudolf Sohm, Die sozialen Aufgaben des modernen Staates. Leipzig 1898.
- Die sozialen Pflichten der Gebildeten. Leipzig 1896.
- SOMBART
Eigenart
Volkswirtschaft
Werner Sombart, Prinzipielle Eigenart des modernen Kapitalismus. In: Grundriß der Sozialökonomik. 4. Abteilung, 1. Teil, Tübingen 1925.
- Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. 7. Auflage, Berlin 1927.
- SPINOZA
Baruch Spinoza, Die Ethik. Übersetzt von J. Stern. Leipzig 1887.
- STADELMANN
Rudolf Stadelmann, Soziale Ursachen der Revolution von 1848. In: Hans-Ulrich Wehler (Herausgeber), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln und Berlin 1966.
- STAMMLER
Vertrag
Wirtschaft und Recht
Rudolf Stammler, Artikel 'Vertrag und Vertragsfreiheit'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 8. Band, 3. Auflage, Jena 1911.
- Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung. 5. Auflage, Berlin und Leipzig 1924.
- STAUDINGER-WEBER
Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. 2. Band: Recht der Schuldverhältnisse, Teil 1 a. Erläuterungen von Wilhelm Weber. 11. Auflage, Berlin 1967.
- STEGMANN
Franz Josef Stegmann, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus. In: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, herausgegeben von Helga Grebing (= Deutsches Handbuch der Politik, Band 3). München und Wien 1969.

- STEIN, LORENZ
Soziale Bewegung
- Lorenz Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage (1850). Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe München 1921. Hildesheim 1959.
- I 1. Band: Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Geschichte der Französischen Revolution bis zum Jahre 1830.
- II 2. Band: Die industrielle Gesellschaft, der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1848.
- III 3. Band: Das Königtum, die Republik und die Souveränität der französischen Gesellschaft seit der Februarrevolution 1848.
- Socialismus
- Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Leipzig 1842.
- STEIN, WERNER
- Werner Stein, Kulturfahrplan. Die wichtigsten Daten der Kulturschichte von Anbeginn bis 1969. München, Berlin, Wien 1970.
- STENOGRAPHISCHE
BERICHTE
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages.
- STIEDA
- Wilhelm Stieda, Artikel 'Arbeitseinstellungen'. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 1. Band, Jena 1890.
- STOLPER
- Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870. Fortgeführt von Karl Häuser und Knut Borchardt. Tübingen 1964.
- THIBAUT
- Anton Friedrich Justus Thibaut, Über die Notwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland. Heidelberg 1814. Zitiert nach Jacques Stern (Herausgeber), Thibaut und Savigny. Zum 100jährigen Gedächtnis des Kampfes um ein einheitliches bürgerliches Recht für Deutschland. Berlin 1914.

- THOMAS VON AQUIN Thomas von Aquin, *Summa theologiae*,
 Secunda secundae. Madrid 1963.
- TREITSCHKE Heinrich von Treitschke, Noch ein
Arbeiterfrage Wort zur Arbeiterfrage. In: Zehn
Jahre Deutscher Kämpfe. Schriften
zur Tagespolitik. 2. Auflage, Ber-
lin 1879.
- Gerechte Vertheilung - Die gerechte Vertheilung der Güter.
In: Preußische Jahrbücher, 35 (1875),
Seiten 409 bis 447.
- Zur Lage - Zur Lage (1879). In: Zehn Jahre
Deutscher Kämpfe. Schriften zur Ta-
gespolitik. 3. Teil, 3. Auflage.
Berlin 1897. Seiten 515 bis 521.
- Der Socialismus - Der Socialismus und seine Gönner.
und seine Gönner In: Preußische Jahrbücher, 34 (1874),
Seiten 67 bis 301.
- Socialismus und - Der Socialismus und der Meuchelmord.
Meuchelmord In: Preußische Jahrbücher, 41 (1878),
Seiten 636 bis 647.
- TREUE, WILHELM Wilhelm Treue, *Deutsche Geschichte*.
Deutsche Geschichte Stuttgart 1958.
- Sozialgeschichte - Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Deutschlands im 19. Jahrhundert. In:
Bruno Gebhardt, *Handbuch der deut-*
schen Geschichte. Herausgegeben von
Herbert Grundmann. 3. Band, 3. Nach-
druck der 8. Auflage 1960. Stuttgart
1965.
- Wirtschafts- - Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit.
geschichte Im Zeitalter der Industriellen Revo-
lution. Stuttgart 1962.
- TREUE, WOLFGANG Wolfgang Treue, *Deutsche Parteipro-*
gramme 1861-1956. 2. Auflage, Göttin-
gen 1956.

- ULMANN Heinrich Ulmann, Europa im Zeitalter der Reaktion. In: Julius von Pflugk-Harttung (Herausgeber), Weltgeschichte / Geschichte der Neuzeit (seit 1815). Berlin 1908.
- UMSTURZ Umsturz und Sozialdemokratie. Verhandlungen des Deutschen Reichstages am 17. Dezember 1894 und 8. bis 12. Januar 1895 nach dem offiziellen stenographischen Bericht. 1. Teil, Offenbach 1947.
- VALENTIN Veit Valentin, Deutsche Geschichte. 2. Band, München und Zürich 1965.
- VERHANDLUNGEN Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Herausgegeben von Franz Wigard. Frankfurt am Main 1849.
- VOLTAIRE François-Marie Arouet Voltaire, Le Siècle de Louis XIV (1751). Préface et notes par René Groos. Tome second. Paris o.J.
- VORDTRIEDE Werner Vordtriede, Bettina von Arnims Armenbuch. In: Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts, 1962. Tübingen 1962, Seiten 379 bis 518.
- WAGNER
Nationalökonomie Adolf Wagner, Die akademische Nationalökonomie und der Socialismus. Rede zum Antritt des Rektorats der Berliner Universität am 15. Oktober 1895. Berlin 1895.
- Politökonomie - Grundlegung der politischen Ökonomie. 2. Teil, 3. Auflage, Leipzig 1894.
- Staatssozialismus - Finanzwissenschaft und Staatssozialismus (1887). Frankfurt am Main 1948.

- WALTERSHAUSEN August Sartorius von Waltershausen,
Deutsche Wirtschaftsgeschichte
1815-1914. Jena 1923.
- WEBER, ADOLF Adolf Weber, Der Kampf zwischen
Kapital und Arbeit. 5. Auflage, Tü-
bingen 1930.
- WEBER, MAX Max Weber, Die ländliche Arbeitsver-
Arbeitsverfassung fassung (1893). In: Max Weber, Ge-
sammelte Aufsätze zur Sozial- und
Wirtschaftsgeschichte. Tübingen
1924.
- Landarbeiter - Entwicklungstendenzen in der Lage
der ostelbischen Landarbeiter (1894).
In: Max Weber, Gesammelte Aufsätze
zur Sozial- und Wirtschaftsgeschich-
te. Tübingen 1924.
- Rechtssoziologie - Rechtssoziologie. Aus dem Manu-
skript herausgegeben und eingeleitet
von Johannes Winckelmann. 2. Auf-
lage, Neuwied und Berlin 1967.
- Wirtschafts-
geschichte - Wirtschaftsgeschichte. Abriß der
universalen Sozial- und Wirtschafts-
geschichte. 3. Auflage, Berlin 1958.
- Wissenschaft als
Beruf - Wissenschaft als Beruf (1918). 2.
Auflage, München und Leipzig 1921.
- WEHLER Hans-Ulrich Wehler, Theorieprobleme
der modernen deutschen Wirtschafts-
geschichte (1800-1945). In: Fest-
schrift für Hans Rosenberg zum 65. Ge-
burtstag. Herausgegeben von Gerhard
A. Ritter. Berlin 1970.
- WEITLING Wilhelm Weitling, Das Evangelium des
armen Sünders (1845). Reinbek 1971.
- Garantien - Garantien der Harmonie und Freiheit
(1842). Berlin 1908.
- Menschheit - Die Menschheit, wie sie ist und wie
sie sein sollte (1838/1839). Rein-
bek 1971.

- WENDEL Friedrich Wendel, Der Sozialismus in der Karikatur von Marx bis MacDonald. Ein Stück Kulturgeschichte. Berlin 1924.
- WESENBERG Gerhard Wesenberg, Neuere deutsche Privatrechtsgeschichte im Rahmen der europäischen Rechtsentwicklung. 2. Auflage, neu bearbeitet von Gunter Wesener. Lahr 1969.
- WIEACKER Franz Wieacker, Gründer und Bewah-
Gründer und Bewahrer rer. Rechtslehrer der neueren deut-
schen Privatrechtsgeschichte. Göt-
tingen 1959.
- Historische Schule - Wandlungen im Bilde der histori-
schen Rechtsschule. Vortrag, gehalten vor der Juristischen Studien-
gesellschaft Karlsruhe am 19. Januar
1967. Karlsruhe 1967.
- Nationalgesetzbücher - Der Kampf des 19. Jahrhunderts um
die Nationalgesetzbücher. In: Fest-
schrift für Wilhelm Felgenträger
zum 70. Geburtstag. Göttingen 1969.
- Privatrechts- - Privatrechtsgeschichte der Neuzeit
geschichte unter besonderer Berücksichtigung
der deutschen Entwicklung. 2. Auf-
lage, Göttingen 1967.
- Recht und Gesell- - Recht und Gesellschaft in der
schaft Spätantike. Stuttgart 1964.
- Sozialmodell - Das Sozialmodell der klassischen
Privatrechtsgesetzbücher und die
Entwicklung der modernen Gesellschaft.
Vortrag, gehalten vor der Juristi-
schen Studiengesellschaft in Karls-
ruhe am 12. Dezember 1952. Karlsruhe
1953.
- WIETHÖLTER Rudolf Wiethölter, Die Position des
Wirtschaftsrechtes im sozialen
Rechtsstaat. In: Wirtschaftsordnung
und Rechtsordnung. Festschrift zum
70. Geburtstag von Franz Böhm. Karls-
ruhe 1965.

- WILHELM Walter Wilhelm, Zur juristischen Methodenlehre im 19. Jahrhundert. Die Herkunft der Methode Paul Labands aus der Privatrechtswissenschaft. Frankfurt am Main 1958.
- WINDSCHEID Bernhard Windscheid, Bismarck als Staatsmann und Parlamentarier. In: Gesammelte Reden und Abhandlungen. Herausgegeben von Paul Oertmann. Leipzig 1904.
- Rede an die Studierenden - Rede an die Studierenden, gehalten zur Eröffnung des Studienjahres 1867/1868 an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München. In: Gesammelte Reden und Abhandlungen. Herausgegeben von Paul Oertmann. Leipzig 1904.
- Rede auf Savigny - Festrede zum Gedächtnis von Savigny. In: Gesammelte Reden und Abhandlungen. Herausgegeben von Paul Oertmann. Leipzig 1904.
- WITTROCK Gerhard Wittrock, Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872 (Historische Studien, Heft 350). Berlin 1939.
- WOLF Erik Wolf, Große Rechtsdenker der deutschen Geistesgeschichte. 4. Auflage, Tübingen 1963.
- ZECHLIN Egmont Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. Stuttgart und Berlin 1929.
- ZORN Wolfgang Zorn, Die Physiokratie und die Idee der individualistischen Gesellschaft. In: Antonio Montaner (Herausgeber), Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Köln und Berlin 1967.

- ZUNKEL
Entfesselung
Friedrich Zunkel, Die Entfesselung
des neuen Wirtschaftsgeistes
1850-1875. In: Karl Erich Born
(Herausgeber), Moderne deutsche
Wirtschaftsgeschichte. Köln und
Berlin 1966.
- Industriebürgertum
- Industriebürgertum in Westdeutsch-
land. In: Hans-Ulrich Wehler (Heraus-
geber), Moderne deutsche Sozialge-
schichte. Köln und Berlin 1966.
- ZYCHA
Arbeitsfreiheit
Adolf Zycha, Vom Durchgang der Ar-
beitsfreiheit durch die Grundherr-
schaft. In: Wirtschaft und Kultur.
Festschrift zum 70. Geburtstag von
Alfons Dopsch. Frankfurt am Main
1966 (unveränderter Nachdruck der
Ausgabe Wien 1938).
- Rechtsgeschichte
- Deutsche Rechtsgeschichte der
Neuzeit. 2. Auflage, Marburg 1949.

EINLEITUNG

Die folgende Untersuchung des Verhältnisses von Vertragsfreiheit und Gesellschaftsordnung wird zunächst Begriff, Aufgabe und Problematik der Vertragsfreiheit erläutern. Sie wird anschließend einen Abriß der Rechtslage bis zum 19. Jahrhundert geben, das auf wirtschaftlich-gesellschaftlichem Gebiet gekennzeichnet war von einer Ablösung obrigkeitlicher Reglementierung durch umfassende Vertragsfreiheit.

1. Teil

BEGRIFF, AUFGABE UND PROBLEMATIK DER VERTRAGSFREIHEIT

Ogleich die Vertragsfreiheit als rechtliche Grundlage entscheidender ökonomisch-sozialer Vorgänge sich durchsetzte, hat sie eine gesetzliche Definition bis heute nicht gefunden. Der Begriff 'Vertragsfreiheit' wurde vom Gesetzgeber auch nicht verwendet, von der Ausnahme des nicht in das Grundgesetz übernommenen Artikels 152 der Weimarer Reichsverfassung abgesehen, in dem es hieß: "Im Wirtschaftsverkehr gilt Vertragsfreiheit nach Maßgabe des Gesetzes".

1. Abschnitt

DER BEGRIFF DER VERTRAGSFREIHEIT

Unter Vertragsfreiheit ist die Freiheit zu verstehen, durch Abschluß eines Vertrages einen bestimmten Rechtserfolg zu erzielen¹. Zu dieser Freiheit sind zu rechnen² die Möglichkeit

der freien Gestaltung des Inhalts eines Vertrages
(*'Inhaltsfreiheit'*);

der freien Wahl seiner Form (*'Formfreiheit'*);

der freien Wahl des Partners (*'Partnerfreiheit'*);

der freien Entscheidung, überhaupt einen Vertrag zu schließen (*'Abschlußfreiheit'*);

den Vertrag wieder aufzuheben (*'Aufhebungsfreiheit'*).

Diese einzelnen Erscheinungsformen lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: Die Partner- und Abschlußfreiheit zur *V e r t r a g s e i n g e h u n g s f r e i h e i t*; die Inhalts-, die Form- und die Aufhebungsfreiheit zur *V e r t r a g s g e s t a l t u n g s f r e i h e i t*. Der Oberbegriff für Vertragseingehungs- und Vertragsgestaltungsfreiheit ist dann *V e r t r a g s f r e i h e i t*.

1 Zu Vertrag und Vertragsfreiheit ähnlich wie hier ESSER, Schuldrecht, I, Seite 81; MAX FISCHER, Seite 17; FLUME, Rechtsgeschäft, Seite 602; HEINRICH LANGE, Allgemeiner Teil, Seite 223; LEHMANN-HÜBNER, Seite 233; MITTEIS-LIEBERICH, Seite 150; RAISER, Vertragsfreiheit heute, Seite 1; MAX WEBER, Rechtssoziologie, Seite 129.

2 Folgendes ähnlich bei BLOMEYER, Schuldrecht, Seite 74; ENNECCERUS-NIPPERDEY, II, Seite 1005, Anmerkung 18; ERMAN-HEFERMEHL, Vorbemerkung II vor § 145; FIKENTSCHER, Schuldrecht, Seiten 80/82; LARENZ, Schuldrecht, I, Seite 36; MOLITOR, Schuldrecht, I, Seite 85; HANS CARL NIPPERDEY, Kontrahierungszwang, Seiten 3/4; RAMM, Privatrecht, Seite G 27.

2. Abschnitt

DIE AUFGABE DER VERTRAGSFREIHEIT

Ganz allgemein wird als Fundament eines nichtsozialistischen Zivilrechts die Privatautonomie angesehen¹. Die Privatautonomie als die Fähigkeit, Rechtsverhältnisse dem eigenen Willen entsprechend zu gestalten², gilt als Voraussetzung der Selbstbestimmung des Menschen³ und einer liberalen Wirtschaftsform⁴. Daher wird auch eine ihrer wichtigsten Erscheinungsformen⁵, die Vertragsfreiheit, von Rechtsprechung und Rechtslehre als "ausschlaggebende Institution"⁶ und als Grundprinzip des Privatrechts⁷, des Verfassungsrechts⁸ und des Arbeitsrechts⁹ betrachtet.

1 Vergleiche für alle FLUME, Rechtsgeschäft, § 1.

2 STAUDINGER-WEBER, Einleitung F 4 vor § 241.

3 FLUME, Rechtsgeschäft, Seite 136.

4 Sie ist nach FIKENTSCHER (Seite 80) "ein unentbehrlicher Grundsatz auch einer sozial verstandenen Marktwirtschaft".

5 ERMAN-HEFERMEHL, Vorbemerkung II vor § 145; HANS HUBER, Verfassungsrechtliche Bedeutung der Vertragsfreiheit, Seite 12; RAISER, Vertragsfreiheit heute, Seite 1.

6 STAMMLER, Wirtschaft und Recht, Seite 202; ähnlich HEDEMANN, I, Seiten 2/3.

7 LARENZ, Schuldrecht, I, Seite 36, und ganz ähnlich Allgemeiner Teil, Seite 91. Ebenso RGRK-KRÜGER-NIELAND, Anmerkung 7 vor § 145; HUECK-NIPPERDEY, II/1, Seiten 235 und 342. Ähnlich MOLITOR, Schuldrecht, I, Seite 1. Allgemeiner, unter Hinweis darauf, daß zum Beispiel § 305 BGB die Vertragsfreiheit voraussetzt, PALANDT-HEINRICHS, Einführung 4 vor § 305; ebenso BLOMEYER, Schuldrecht, Seiten 74 und 117; ähnlich, unter Ableitung aus § 305 BGB und Art. 2 GG, FIKENTSCHER, Seiten 9 und 47.

8 Gestützt auf Art. 2 GG: BVerfG E 8, 274 ff (328); BVerwG E 1, 321 ff (323) und BVerwG E 2, 118 ff (120); BAG E 1, 258 ff (270) und BAG E 1, 291 ff (314); ENNECCERUS-NIPPERDEY, I, § 15 (hier vor allem Seite 78); HUECK-NIPPERDEY, I, Seite 120 und II/1, Seiten 43, 387, 554, 572; NIKISCH, II, Seiten 208, 420; HEINRICH LANGE, Allgemeiner Teil, Seite 26. FIKENTSCHER (Seite 79) bezeichnet die

Aufgabe der Vertragsfreiheit ist somit, die Vielfalt rechtlicher Beziehungen zu ermöglichen, die im geltenden Privatrechtssystem in der Fülle schuldrechtlicher, dinglicher, familien- und erbrechtlicher Verträge zum Ausdruck kommt. Daß diese Verträge in einer für die Einzelnen und damit zugleich für die Allgemeinheit bestmöglichen Weise geschlossen werden, wenn Eingehung und Gestaltung grundsätzlich frei sind, ist Ausgangspunkt der Lehre von der Notwendigkeit der Vertragsfreiheit. Die Vertragsfreiheit soll nach dieser Auffassung helfen, das Ziel gesellschaftlicher, sich selbst regulierender Harmonie zu erreichen.

3. Abschnitt

DIE PROBLEMATIK DER VERTRAGSFREIHEIT

Die Theorie eines reinen Liberalismus und ihr folgend die entsprechende Gesetzgebung, Rechtslehre und Rechtsprechung geht vom Postulat der vollständigen Freiheit der Vertragsparteien aus. Freiheit versteht der Liberalismus grundsätzlich als Freisein von staatlichem Zwang. Von größter Bedeutung erscheint ihm die Aufgabe, die staatsfreie Sphäre möglichst weit auszudehnen und die staatlichen Funktionen

(Fortsetzung)

Vertragsfreiheit als ein Grundrecht; ebenso ERMAN-HEFERMEHL, Vorbemerkung II vor § 145.

9 HUECK-NIPPERDEY, I, Seite 145.

einerseits auf die Gewährleistung eines freien Spiels der Kräfte zu beschränken, andererseits auf den Schutz des Privateigentums und dessen freien Gebrauch zu erstrecken.

Eine Wirtschafts- und Rechtsordnung, die im Prinzip diesen Forderungen entspricht, hat sich mit der unterschiedlichen Stärke der Vertragsparteien in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, einer Folge insbesondere des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der privaten Aneignung der Ergebnisse gesellschaftlicher Produktion.

Die Ungleichheit der Vertragspartner als Problem einer liberalen Gesellschaft ist heute auch von der Rechtslehre erkannt. Nachdem MAX WEBER eindringlich auf die Gefahren hingewiesen hatte¹, die sich aus einer rein formalen Rechtsgleichheit und Vertragsfreiheit als der Privilegierung der ökonomisch Stärkeren und damit der "faktischen Autonomie der besitzenden Klassen" ergeben, fordert LARENZ² heute eine "Gleichheit der Ausgangslage". Auch nach BLOMEYER³ ist bei Zulassung der Vertragsfreiheit zu verlangen, "daß die Vertragsparteien wirtschaftlich im wesentlichen voneinander gleich abhängig (oder unabhängig) sind und daher das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung in angemessener Weise selbst festlegen können". Im gleichen Sinn verlangt FIKENTSCHER⁴ die "grundsätzlich gleiche Startbedingung

1 MAX WEBER, Rechtssoziologie, passim, hier Seiten 167/168.

2 LARENZ, Allgemeiner Teil, Seite 94.

3 BLOMEYER, Schuldrecht, Seite 75.

4 FIKENTSCHER, Schuldrecht, Seite 7.

der Wirtschaftenden". FLUME¹ stellt fest, die Privatautonomie könne "als Rechtsprinzip nur verwirklicht werden, wenn auch tatsächlich die Macht zur Selbstbestimmung besteht". Nach NIPPERDEY² ist "unabdingbare Voraussetzung der Privatautonomie... die Möglichkeit des freien Aushandelns der Vertragsbedingungen".

DANCKELMANN³ weist darauf hin, daß "wirtschaftlich starke Personen einem schwächeren Partner praktisch ihre Bedingungen... aufzwingen können". Nach ESSER⁴ bedeutet Vertragsfreiheit "nurmehr die Eröffnung der Chance, seine Interessen durchzusetzen, und eher die Gefahr, daß der Mächtigere die Vertragsbedingungen nach seinem Ermessen festsetzt". MOLITOR⁵ spricht davon, daß "häufig, namentlich bei Großunternehmen, der Inhalt des Vertrages durch einseitige Festsetzung der Geschäftsbedingungen bestimmt (wird), denen sich der Vertragsgegner zu unterwerfen hat".

Die unterschiedliche Macht der Vertragsparteien auch bei bestehender Vertragsfreiheit kann sich besonders eindrucklich auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse erweisen, da die Arbeitskraft die einzige Existenzgrundlage der Lohnabhängigen darstellt. Ist nach der liberalen Rechts- und Wirtschaftsordnung der Lohnarbeiter ein Rechtssubjekt, das mit dem Unternehmer "einen Vertrag über eine gegen Geldlohn zu leistende Arbeit abschließt, unter den Schranken des für alle gel-

1 FLUME, Rechtsgeschäft, Seite 10.

2 ENNECCERUS-NIPPERDEY, Allgemeiner Teil, I, Seite 302.

3 PALANDT-DANCKELMANN, Einführung 3b vor § 145.

4 ESSER, Schuldrecht, I, Seite 82.

5 MOLITOR, Schuldrecht, I, Seite 85.

tenden bürgerlichen Rechtes, im übrigen wirtschaftlich tun und lassen kann, was ihm beliebt" (WALTERSHAUSEN¹), so gibt die formale Möglichkeit allein, Verträge zu gestalten, noch nicht die reale Fähigkeit dazu. Diese kann, wie MAX WEBER betont hat², durch die "vom Recht garantierte Differenzierung der tatsächlichen Besitzverteilung" verhindert werden. Gilt nach STAMMLER schon ganz allgemein, "daß bei schrankenloser Bewilligung der Geschäftsfreiheit das subjektive Belieben der einzelnen und das objektiv Richtige zu leicht in Widerstreit miteinander kommen können"³, so ist diese Gefahr auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse in besonderem Maße gegeben. Denn da jeder Vertragsinhalt das Ergebnis der Kräfte ist, "die den Ablauf der Volkswirtschaft bestimmen" (RAISER⁴)-womit das "ewige Dilemma der Privatautonomie" gegeben ist, daß sie, wie FLUME feststellt, immer wieder durch ungleiche Machtverteilung in Frage gestellt" wird⁵ -, dann wird der Arbeitsvertrag unter den Bedingungen zustande kommen, die der am Markt Mächtigere nach seinem Ermessen festsetzt (MAX WEBER⁶) und denen sich der Lohnabhängige unterwerfen muß (NUSSBAUM⁷). Ein Korrektiv

1 WALTERSHAUSEN, Wirtschaftsgeschichte, Seite 147.

2 MAX WEBER, Rechtssoziologie, Seite 205.

3 STAMMLER, Vertrag, Seite 339.

4 RAISER, Vertragsfunktion und Vertragsfreiheit, Seite 131.

5 FLUME, Rechtsgeschäft und Privatautonomie, Seite 143.

6 MAX WEBER, Rechtssoziologie, Seite 205.

7 NUSSBAUM, Theoreme und Wirklichkeit, Seite 126.

kann die Vertragsfreiheit nur dann bilden, wenn die Arbeiter den Eigentümern der Produktionsmittel vertragliche Zugeständnisse abringen können, etwa durch Tarifverträge, Streiks oder Streikdrohungen. Ist das in größerem Umfang der Fall und ein Ausgleich über Preiserhöhungen nicht im erstrebten Umfang möglich, dann wird wiederum auch von Teilen der Unternehmerschaft eine Einschränkung der Vertragsfreiheit verlangt, die beispielsweise in der Forderung nach einem Einfrieren von Löhnen und Preisen oder nach Lohnleitlinien zum Ausdruck kommt und die in Krisenzeiten vom Staat im Rahmen von Maßnahmen der Wirtschaftslenkung durchgeführt wird.

2. Teil

AUS DER GESCHICHTE DER VERTRAGSFREIHEIT

Eine Untersuchung darüber, wie sich das Verhältnis von Vertragsfreiheit und Gesellschaftsordnung im 19. Jahrhundert darstellte, kann ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie diese wechselseitige Abhängigkeit nicht als Ergebnis eines historischen Prozesses begreift. Diesen Prozeß verständlich zu machen, soll der folgende Überblick dienen. Ihm ist dreierlei als Ziel gesetzt: zu prüfen, in welchem Umfang Vertragsfreiheit bis zum 18. Jahrhundert in Deutschland bestand; zu erläutern, welche Bedeutung der sich im 18. Jahrhundert ankündigende liberale Umbruch hat; überzuleiten schließlich zum 19. Jahrhundert mit einer seiner ökonomisch-politisch-juristischen Hauptforderungen, der Vertragsfreiheit.

1. Abschnitt

VERTRAGSGESTALTUNG IN DEUTSCHLAND VOM 11. BIS 18. JAHRHUNDERT

Dem Charakter einer Einleitung entsprechend, kann dieser erste Abschnitt des Rückblicks nur eine stark vereinfachende und unmittelbar auf das Thema von Vertragsfreiheit und Gesellschaftsordnung zielende Überschau geben. Er wird gegliedert in die Zeiträume des 11. bis 17. und des 17. bis 18. Jahrhunderts, wobei die Grenze beim Dreißigjährigen Krieg gezogen wird¹.

A. DER ZEITRAUM VOM 11. BIS 17. JAHRHUNDERT

Bis etwa zum zehnten Jahrhundert war die herrschende Wirtschaftsform die der Naturalwirtschaft, in der, von Ausnahmen abgesehen, nur für den eigenen Bedarf produziert wurde. Verharnte die Warenproduktion noch auf niedriger Stufe, so war auch der Handel noch kein Markthandel mit Gütern allgemeinen Bedarfs, sondern Fernhandel mit Luxusartikeln für Adel und Klerus. Der Geschäftsverkehr war daher nur schwach ausgeprägt und konnte ein Bedürfnis nach vielfältiger freier vertraglicher Bindung nicht erzeugen. Infolgedessen war eine freie Gestaltung von Verträgen weitgehend unbekannt. Das galt,

1 Auf die Problematik und Fragwürdigkeit der herrschenden Periodisierung einschließlich der Grenzziehung zwischen 'Mittelalter' und 'Neuzeit' kann hier nicht eingegangen werden. FRIEDRICH LÜTGE hat für die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte kritische Anmerkungen zu dieser Epochenteilung gemacht (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 1966, Seiten 274/275), die für die Gliederung des folgenden Teiles der Arbeit berücksichtigt worden sind.

von Ausnahmen abgesehen, auch für die Arbeitsverhältnisse, da die Mehrzahl der Arbeitsleistungen im Bereich der überwiegend nicht auf persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit beruhenden Landwirtschaft erbracht wurde ("Luft macht unfrei").

Die Wende erfolgte mit dem 11./12. Jahrhundert, dem Zeitraum, in den das Aufblühen der Städte fällt. Marktproduktion, städtische Wirtschaft und geldwirtschaftliches System begannen sich zu entfalten. Der Markt der Stadt wurde nicht nur zum Umschlagplatz verschiedener eingeführter Waren, sondern auch zum Mittelpunkt des Austausches agrarischer gegen handwerkliche Erzeugnisse, die in der Stadt selbst hergestellt wurden. Es entstand schließlich ein ganzes Geflecht von Marktbeziehungen¹. Der steigende Arbeitskräftebedarf von Handel und Handwerk wurde in größerem Umfang von zuwandernder Landbevölkerung gedeckt ("Stadtluft macht frei"). Auf einen Gipfel gelangte die wirtschaftliche Entwicklung, als sich seit dem 13. Jahrhundert eine Industrie in den Städten zu entwickeln begann (vor allem in dem Bereich der Textilherstellung und der Metallverarbeitung), die bis zur Massenproduktion fortschritt².

1 BRUNNER, Stadt und Bürgertum, Seite 221.

2 AMMANN, Nürnbergs industrielle Leistung im Spätmittelalter (1968); RÜRIG führt in seiner Abhandlung über 'Mittelalterliche Weltwirtschaft' (1933/1959) den Nachweis, daß diese städtische Industrie stark exportintensiven und weltwirtschaftlichen Charakter trug.

I. RECHTSVERHÄLTNISSE DES WIRTSCHAFTSVERKEHRS

Mit dem starken Anwachsen der Geschäftstätigkeit erhielt als rechtlicher Ausdruck des Austauschvorganges der Vertrag eine bisher unbekannte Bedeutung. Diese Entwicklung trat in dem von den Städten geschaffenen eigenen Recht in Erscheinung¹; seit dem 12. Jahrhundert erfolgten Aufzeichnungen des Stadtrechts, das nicht nur wesentlich vom Landrecht abwich, sondern 'gewillkürt' war, Vertragscharakter trug², und damit die das alte germanische Recht kennzeichnende Rechtsauffassung in den Hintergrund drängte, nach der Recht nicht geschaffen, nur gefunden werden kann. Weitere Charakteristika dieses Rechts als eines neuen Rechts waren die Neugestaltung des Gerichtsverfahrens (Verzicht auf Eidhelfer, Zweikampf und Gottesurteil, Verminderung des Formzwanges und schließlich Schriftlichkeit des Verfahrens), die Mobilisierung der Rechtsbildung (das Landrecht wird abgelöst durch ein speziell auf die Stadtwirtschaft zugeschnittenes Recht) und die Rationalisierung des Rechtsdenkens (der archaische Charakter des älteren Rechts mit seinen Symbolen und Formeln wird zurückgedrängt durch Zeugen, Urkunden und Register).

Unterstützung fanden diese Bestrebungen durch die Möglichkeit einer Rezeption römischen Rechts und damit der Grundsätze eines bereits fertig durchgebildeten Rechtsgebäudes. In den italienischen Städten, deren ökonomischer Aufschwung vor dem der deutschen eingesetzt hatte, war

1 Das Folgende in Anlehnung an EBEL, Die rechtsschöpferische Leistung (1966); COING, Epochen der Rechtsgeschichte (1967); HELLMANN, Mittelalter (1920), Seiten 160 bis 177; LAMPRECHT, Geschichte, I/4, Seite 205 und II/1/1, Seite 112; MITTEIS, Staat des Hohen Mittelalters, Seite 229.

2 Dazu EBEL, Gesetzgebung, Seiten 21 bis 60.

es bereits zu einer Renaissance des römischen Rechts gekommen. Seit dem 12. Jahrhundert studierten nun Deutsche in Bologna, seit dem 13. Jahrhundert auch in Frankreich römisches Recht. Das Interesse des Bürgertums an diesem Recht kam dann bald darin zum Ausdruck, daß Städte (wie Köln, Erfurt, Greifswald) eigene Rechtsschulen gründeten. Auf eine Waren produzierende Gesellschaft zugeschnitten, konnten Prinzipien des römischen Vertragsrechts auf diesem Weg auch in Deutschland Eingang finden und sich durchsetzen.

Der Zwang zur Anwendung bestimmter Formeln und Vertragstypen wurde nun in wachsendem Ausmaß zugunsten freierer Formen aufgegeben. Die Notwendigkeit eines schnellen und doch rechtlich gesicherten Umschlags der Waren¹ bewirkte, daß bald die Klagbarkeit eines unter Kaufleuten abgeschlossenen formlosen Vertrages sich durchsetzen konnte. Die erst im 17. Jahrhundert vom Naturrecht ausgesprochene Lehre, der Wille (und nicht die Form) begründe den Vertrag, findet hier einen ersten Ausdruck, und der Bruch mit der älteren Wirtschafts- und Rechtsanschauung, letztlich der Beginn einer neuen Epoche, wird mit der Verwirklichung dieser wichtigen Erscheinungsform der Vertragsfreiheit augenfällig. Zugleich wurde damit ein Schritt auf dem Weg getan, der sich bis in das 19. Jahrhundert erstreckt und der, als Prozeß der 'Versachlichung' (in doppeltem Wortsinn) zu bezeichnen, schließlich zur Ersetzung personaler Gebundenheit durch

1 Auf die Bedeutung der Sicherung durch Verwillkürung, durch in einfacher Form in das Gerichtsbuch einzutragende Vertragsstrafe, verweist EBEL, Willkür, vor allem Seiten 12/13, 29 und 43.

nichtpersonale Rechtsbeziehungen führte¹.

Im Ergebnis dieser Entwicklung entstand seit dem 12. Jahrhundert ein "völliger Neubau" des Schuldrechts². Der Kaufvertrag trennte sich vom Tausch und wurde zur Rechtsform des Kredit- und Lieferungskaufes. Der Darlehensvertrag verbreitete sich. Der obligatorische Mietvertrag gewann an Bedeutung. Aus dem alten Treuegelöbnis entwickelte sich das schlichte schwurlose Schuldersprechen. Pacht- und Leihverträge fanden zunehmend Anwendung. Dienstleistungen wurden auf Grund von Werkvertrag Frachtvertrag, Kommissionsvertrag und Maklervertrag erbracht. Schließlich wurden Bürgschaftsvertrag, Versicherungsvertrag und Leibrentenvertrag abgeschlossen sowie der abstrakte Vertrag, auf dem wiederum das Wertpapierrecht beruhte mit Orderpapieren und Inhaberpapieren.

In der Vielzahl der Grundtypen von Verträgen, die zu spezielleren Formen weiterentwickelt und die miteinander verbunden werden konnten, kommt die weitgehende Anpassung des

1 Ähnlich heute über den Vorgang der 'Verdinglichung' LÜTGE (Über die Auswirkungen der Bauernbefreiung, Seite 187, Ritterpferde und Ritterpferdegelder, Seiten 263 und 280); FRANZ OPPENHEIMER hat schon früher auf die "rechenhafte" Haltung der "führenden Schicht des Bürgerstandes" hingewiesen und auf den "antitraditionellen Zug", der diese Schicht belebt habe (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas, III, Seite 1014. Hervorhebung von mir); KÖTZSCHKE hat das "bewußte Streben nach Zweckmäßigkeit" erläutert (Wirtschaftsgeschichte, Seiten 538 bis 549, hier: 539). Die Versachlichung muß im Zusammenhang gesehen werden mit der "sozialen Mobilität in der mittelalterlichen Gesellschaft" (BOSL, Die Gesellschaft in der Geschichte des Mittelalters, Seiten 44 bis 60, hier: 44. Hervorhebung von mir).

Rechts an eine sich wandelnde Wirtschafts- und Gesellschaftsform zum Ausdruck. Dieser Wirtschaft war schon das Streben nach ökonomischer Freiheit und nach Nutzung der sich aus der Marktwirtschaft ergebenden Chancen zur Erzielung eines höheren Gewinns eigen¹. Um den sozialen Gefahren zu begegnen, die sich aus dem auf den Profit abstellenden Verhalten ergaben, mußten - bei prinzipieller Beibehaltung der Wirtschaftsform - juristische Schranken aufgerichtet werden. Da eine Einschränkung der Vertragstypen infolge der Bedürfnisse der Wirtschaft nicht in Betracht kam, blieb als Alternative die Einschränkung der Eingehungs- und der Gestaltungsfreiheit der Verträge. Es wurden daher von der Obrigkeit (meist den Patriziern) Rechtsvorschriften über Preise und Qualitäten erlassen. Regelmäßig handelte es sich um Höchstpreise und um Mindestanforderungen an die Qualität von Lebensmitteln und bestimmter Produkte, die für die wirtschaftliche Lage der Stadt oder einflußreicher Schichten von Bedeutung waren. Ziel des Ausschlusses der freien vertraglichen Gestaltung der Lebensverhältnisse durch obrig-

(Fortsetzung)

- 2 PLANITZ-ECKHARDT, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, Seite 218; an Planitz-Eckhardt (Seiten 218 bis 225) lehnt sich auch die folgende Darstellung an.
- 1 KÖTZSCHKE hat darauf hingewiesen, daß "energievolles, ja schrankenloses Erwerbsstreben... damals... in besonderer Weise epochemachend in der Entwicklung der Wirtschaftsgesinnung" gewesen ist und daß "ein durch den Erwerbs-sinn entscheidend angetriebenes Verhalten" um sich griff (Wirtschaftsgeschichte, 1924, Seite 540). Ähnlich KELTER, Preisregelung, Seite 130 und - mit Nachweisen - Seiten 133 bis 147.

keitliche Regelung war ein als gerecht betrachteter Preis¹, die dauerhafte Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und die Festschreibung der bestehenden sozialen Struktur².

Solche Bestimmungen, die die Vertragsfreiheit inhaltlich beschränkten, erstreckten sich üblicherweise nur auf Güter des täglichen notwendigen Bedarfs³. Für andere Waren war im Regelfall eine freie Aushandlung der Preise möglich. Es finden sich zwar auch Beispiele für Normen in nicht lebensnotwendigen Produktionsbereichen⁴; jedoch sind sie derart in der Minderzahl, daß insgesamt die Eingriffe in den Marktmechanismus als Ausnahmefälle gelten können und nicht als Prinzip der Wirtschaft dieser Zeit anzusehen sind⁵. Grundsätzlich betrieben die Städte liberale Wirtschaftspolitik⁶.

1 Von der katholischen Wirtschaftstheorie wurde der Gedanke der Preisregulierung dann im 13. Jahrhundert vor allem von ALBERTUS MAGNUS und THOMAS VON AQUIN aufgegriffen und zum Prinzip des gerechten Preises geformt. KELTER und LÜTGE betonen, daß die kanonistische Wirtschaftslehre den Gedanken des gerechten Preises nicht selbst entwickelt hat, sondern der Preispolitik der Städte entnahm (KELTER, Preisregelung, Seite 29; LÜTGE, Geschichte, Seiten 172 und 173).

2 Auch der Kampf gegen Betrügereien spielte eine Rolle sowie die Absicht der Patrizier, einen ökonomischen Machtgewinn der Handwerker zu verhindern (KELTER, Preisregelung, Seiten 149/150; LÜTGE, Preispolitik, Seiten 251/252 und 259).

3 LÜTGE, Preispolitik, Seite 233.

4 Dazu LÜTGE, Preispolitik, Seite 234.

5 Ebenso LÜTGE, Geschichte, Seite 173.

6 AMMANN, Nürnbergs industrielle Leistung im Mittelalter, Seite 5.

Etwa seit dem 13. Jahrhundert begannen die Zünfte ihre wachsende Macht und die Freiheit vertraglicher Einigung zu Absprachen über die Beschränkung der Produktion und der Zahl der Produzenten sowie über Preise zu nutzen¹. Immer häufiger kam es zu kartellartigen Vorgängen². Seit dem 14. Jahrhundert versuchte die Gesetzgebung, solche Vereinbarungen durch Beschränkung der Vertragsfreiheit (etwa durch das Verbot von Verträgen dieser Art) zu verhindern - letztlich allerdings vergeblich³.

Mit dem Mittel der Vertragsfreiheit wurde weiterhin Einfluß auf den Wirtschaftsablauf nicht nur durch die häufigen Monopole, sondern seit dem 14. Jahrhundert auch durch nicht an Zünfte gebundene Kartelle genommen, die auf Verträgen über Produktionsmengen, Absatzgebiete und Preise beruhten. Seit dem 15. Jahrhundert war diese "Ringbildung" allgemein verbreitet⁴, und ganze Ketten von Kartellverträgen

1 Zu erwähnen ist hier etwa das Kartell Lüneburger Böttcher, die im Jahr 1479 vereinbarten, die Herstellung von Fässern zu drosseln. Ziel war die Erhöhung der Preise durch Unterangebot der Fässer, die das einzige Verpackungsmittel des in den Lüneburger Salinen geförderten Salzes bildeten. MASCHKE schildert die Methode, mit der die Produktionsbeschränkung durchgeführt wurde: "Die Böttcher saßen in den Wirtshäusern der Stadt und tranken jeder 2 bis 3 Tonnen Bier pro Woche" (Seite 109).

2 LÜTGE, Geschichte, Seiten 176/177 und 261.

3 Dazu HOLBORN, Deutsche Geschichte, I, Seiten 69/70.

4 LAMPRECHT, Geschichte, II/1/1, Seite 74. Nach HOLBORN schossen die Kartelle "wie Pilze aus dem Boden, jedes einzelne auf Preiserhöhung bedacht" (Deutsche Geschichte, I, Seite 69).

wurden zu diesem Zweck geschaffen¹. Das Vorgehen der Unternehmer stieß auf heftige Kritik und führte bereits zur Forderung nach freier Preisbildung durch wirksamen Wettbewerb².

II. RECHTSVERHÄLTNISSE DER ARBEIT

Seit dem 11./12. Jahrhundert fand der Bereich der Arbeitsverhältnisse eine parallele Entwicklung. Die Agrarwirtschaft war weiterhin charakterisiert durch Abhängigkeit, Halbfreiheit und Unfreiheit. Die nichtagrarische Wirtschafts- und Gewerbeverfassung ging dagegen vom Grundsatz der Freiheit der Arbeit aus³. Ihm lag der Gedanke zugrunde, daß Arbeitsverhältnisse durch einen Vertrag zu begründen und auszugestalten seien. Der Vertrag wurde daher für einen ständig wachsenden Sektor der Arbeit von Bedeutung⁴.

1 Solche Verträge wurden zum Beispiel im 15. Jahrhundert vom Papsttum für die Nutzung der Alaun-Vorkommen geschaffen; päpstliche Beauftragte waren autorisiert, besondere Lieferungsverträge abzuschließen (dazu KURT KASER, Mittelalter, Seite 224; LÜTGE, Geschichte, Seite 304; RÖRIG, Weltwirtschaft, Seite 360).

2 Dazu LÜTGE, Geschichte, Seiten 304/305.

3 EBEL, Quellen, Seite 12.

4 Das Folgende in Anlehnung an GIERKE, Dienstvertrag, Seiten 43 bis 52; HOLBORN, Deutsche Geschichte, I, Seiten 64/65; LAMPRECHT, Wirtschaftsleben, I/2, Seiten 1156 bis 1159 und Geschichte, II/1/1, Seiten 80/81; LÜTGE, Geschichte, Seiten 262 bis 267; MOTTEK, I, Seiten 213 bis 217; OGRIS, Seiten 288 bis 293; MAX WEBER, Wirtschaftsgeschichte, Seite 159; PLANITZ-ECKHARDT, Seite 222; ZYCHA, Arbeitsfreiheit, insbesondere Seiten 481 bis 483.

So beruhten etwa die Rechtsverhältnisse des Gesindes, der Gesellen und der Tagelöhner auf einem Kontrakt. Die Kaufleute verpflichteten sich ihre Hilfskräfte wie Fuhrleute, Träger, Packer, Wieger und Kontoristen durch Vertrag. Der Vertrag war die Grundlage des Arbeitsverhältnisses der vielen Berufe, die mit den Aufgaben der wachsenden Städte entstanden waren, also für die Arbeit der städtischen Ärzte, Schreiber, Bauarbeiter, Boten, Markt- und Handelsknechte, Totengräber, Nachtwächter, des Krankenhaus- und Gefängnispersonals und der Polizei¹.

Außerhalb des stadtwirtschaftlichen Bereichs waren es neben der großen Masse der durch freien Vertrag verpflichteten Kriegsknechte insbesondere die Seeleute und die Bergleute sowie die Hütten- und Salinenarbeiter, deren Tätigkeit auf der Rechtsgrundlage des Vertrages beruhte. War ursprünglich die Handelsschiffahrt genossenschaftlich aufgebaut gewesen, so hatte seit dem 12./13. Jahrhundert eine Trennung des durch den Kapitän ('Schiffer') vertretenen Unternehmers ('Schiffsherrn') von den Matrosen ('Schiffsleuten') begonnen; der genossenschaftliche Zusammenschluß war durch ein Arbeitsverhältnis ersetzt worden. Die gleiche Entwicklung erlebte der Bergbau, in dem ebenfalls der ursprüngliche genossenschaftliche Zusammenschluß seit der Beteiligung nicht selbst mitarbeitender Kapitalgeber abgelöst wurde durch ein Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter, die nun nicht mehr an Gewinn und Verlust beteiligt waren, sondern festen Lohn bezogen.

¹ Sonderregelungen, die hier außer Betracht bleiben müssen, galten für das eigentliche städtische Beamtenverhältnis, das sich später, seit etwa dem 15./16. Jahrhundert, entwickelte (OGRIS, Seite 286).

Bildete auch der Vertrag Ausgangspunkt und Fundament der nichtagrarischen Arbeit, so war doch weitgehend seine Gestaltung nicht dem freien Entschluß der Vertragsparteien überlassen. Teil des allgemeinen Güteraus~~ta~~usches, konnte sich der Arbeitsmarkt nicht den Preisregelungen und den übrigen Normen entziehen, wie sie für Handelswaren und Handwerkserzeugnisse erlassen wurden. So wurde von der Obrigkeit auf vielfältige Weise in die Arbeitsverträge eingegriffen¹. Im Mittelpunkt stand der Lohn als der Hauptbestandteil der Verträge; er wurde als Festlohn, Höchstlohn oder Mindestlohn der freien Aushandlung weitgehend entzogen. Besonders starken Einfluß auf die Vertragsgestaltung nahmen die Zünfte, die auf einer strengen Regelung der Beziehungen zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen bestanden. Die Lohnpolitik der Meister wurde von den Gesellen angegriffen; die Vertragsfreiheit als Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage betrachtend - ein Gedanke, der immer wieder aufgegriffen werden wird -, forderten die Gesellen, die Festsetzung der Löhne in den Lohntaxen durch freie Vereinbarungen zwischen Meistern und Gesellen abzulösen².

1 Dazu LÜTGE, Preispolitik, Seite 237.

2 LAMPRECHT, Geschichte, II/1/1, Seite 78, III/1/1, Seite 121.

B. DER ZEITRAUM DES 17. UND 18. JAHRHUNDERTS

Der Dreißigjährige Krieg bewirkte einen tiefen Einschnitt in die wirtschaftliche Entwicklung. Hatten sich auch schon im 16. Jahrhundert ökonomische Krisenerscheinungen gezeigt, so führte doch erst der wirtschaftliche Zusammenbruch und der bedeutende Bevölkerungsverlust Deutschlands im Krieg endgültig zu den Erscheinungen, die für die dann folgende Epoche bis zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts charakteristisch sind: Rückgang oder Stagnation der ökonomisch-politischen Macht der meisten Städte; Aufstieg der Einzelstaaten und Zersplitterung des Reiches in kleine Wirtschaftsgebiete; Lenkung der Wirtschaft durch den Staat (Merkantilismus).

I. DIE VERTRAGSFREIHEIT IN DER RECHTSLEHRE

Mit der seit dem 17. Jahrhundert sich entfaltenden säkularisierten und rationalisierten Naturrechtslehre erhielt der Grundsatz der Freiheit vertraglicher Bindung eine erste theoretische Begründung. Grundlage allen Rechts war nach der Naturrechtslehre der Vertrag¹. So ergab sich für GROTIUS das Postulat der Vertragsfreiheit aus einer Gesellschafts-

¹ RADBRUCH, Rechtsphilosophie, Seite 244. Ebenso schon GUSTAV HUGO, der darauf hinwies, die Verträge seien "diejenige Lehre des PrivatRechts, welche im NaturRechte am meisten Glück gemacht hat" (Naturrecht, 1809, § 323, Seite 383).

lehre, die der wachsenden Bedeutung des Bürgertums entsprechend die nationale Gemeinschaft als Ergebnis eines Vertragsschlusses der einzelnen Individuen untereinander bezeichnete und von diesem Standpunkt aus emanzipatorische Forderungen gegenüber den herrschenden privilegierten Schichten erhob¹; HOBBS schuf dann auf der Grundlage der Lehre vom Gesellschaftsvertrag eine rationale naturrechtliche Methodik unter Verzicht auf die von Theologie und Ethik entwickelten Prinzipien²; PUFENDORF und CHRISTIAN WOLFF schließlich entwickelten vollständig durchgeführte, in sich logische und von naturrechtlichen Sätzen ausgehende juristische Systeme. Die Vertreter des Naturrechts waren insgesamt der Auffassung, daß jedes legitime Recht auf freier rationaler Vereinbarung beruht; damit wurde die Vertragsfreiheit der wesentliche Bestandteil des Naturrechts - und hieraus wiederum ergab sich, daß die Vertragsfreiheit nur beschränkt ist durch das Naturrecht selbst, daß sie sich also nicht selbst aufheben darf³. Ebenso darf auch die Verfügung über Besitz und über Arbeitskraft prinzipiell nicht eingeschränkt werden, denn, wie SPINOZA erklärte, das Naturrecht erlaube jedermann, das zu tun, was ihm nach seiner Ansicht zum Vorteil gereiche⁴.

1 RAISER, Vertragsfreiheit heute, Seite 2.

2 GERHARD DILCHER, Gesetzgebungswissenschaft und Naturrecht, Seite 2.

3 MAX WEBER, Rechtssoziologie, Seiten 319/320.

4 SPINOZA, Ethik, vierter Teil, Anhang; hier: Seite 8.

Auch im gemeinen Recht fand die Lehre von der Vertragsfreiheit keinen Widerstand. Das technisch hochentwickelte römische Rechtssystem war von seinen späteren Bearbeitern, insbesondere den Postglossatoren des 14. und 15. Jahrhunderts, an die jeweilige ökonomische Situation angeglichen worden und hatte als subsidiäres Recht auch in die deutschen Staaten Eingang gefunden. Die den Bedürfnissen der Wirtschaft folgende Rechtsfortbildung der Praxis traf sich endlich mit der naturrechtlichen Theorie. Es war der Punkt erreicht, an dem das "rein naturrechtliche System in seinen einzelnen Rechtssätzen weitgehend dem... gemeinen Recht der Zeit" entsprach (GERHARD DILCHER¹).

II. RECHTSVERHÄLTNISSE DES WIRTSCHAFTSVERKEHRS

Unter dem Druck der Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges und der wirtschaftlichen Ohnmacht der deutschen Territorien stand die Zeit etwa seit der Mitte des 17. Jahrhunderts ganz im Zeichen einer Lenkung der Wirtschaft durch den Staat. Der Merkantilismus wurde zur allgemeinen Wirtschaftsform. Er beruhte auf der staatlichen Förderung bestimmter Industrien und auf einem System weitreichender Eingriffe des Staates in das wirtschaftliche Geschehen. Wirtschaftsförderung und -leitung wurden zur Haupttätigkeit staatlicher Verwaltung.

¹ GERHARD DILCHER, Gesetzgebungswissenschaft und Naturrecht, Seite 2.

Die von der Rechtslehre verkündete Notwendigkeit der Freiheit des Vertrages konnte in einer solchen Wirtschaftsverfassung keine Erfolge zeigen. Jede Wirtschaftslenkung beruht auf einer Beschränkung der Vertragsfreiheit. In der Rechtspraxis verhinderte daher eine Unzahl von Anweisungen, Dekreten, Mandaten, Reskripten, Edikten, Statuten, Ordnungen und Taxen verschiedenster Art die freie vertragliche Betätigung.

Vor allem die Abschluß-, die Partner- und die Inhaltsfreiheit waren praktisch aufgehoben; manche Geschäfte waren ganz untersagt, viele bestimmten Personenkreisen verboten¹. Die Preise waren weitgehend festgelegt in Preistaxen, der Kreditverkehr war bis ins einzelne normiert, der Bodenverkehr unterlag strenger amtlicher Leitung und Kontrolle. Die durch ein Vertragsverhältnis entstehenden Pflichten und Rechte waren oft genau geregelt. Selbst der Kontrahierungszwang war häufig auferlegt: Handwerker mußten für jeden arbeiten, der sie darum ersuchte; Fuhrleute mußten die gewünschten Fahrten ausführen; Ärzte und Hebammen hatten jedermann zu helfen, Schankwirte und Bäcker an jeden Kunden Wein und Brot zu verkaufen. Zwangs- und Bannrechte schlossen dadurch die Vertragsfreiheit aus, daß bestimmte Waren nur bei bestimmten Herstellern bezogen werden durften. Das ging so weit, daß etwa nach einer Verordnung aus dem Jahr 1710 die Tabakhändler in der Grafschaft Lippe den Brieftabak nur bei dem privilegierten Bürger Heinrich Müller in Lemgo, den Rollentabak nur bei denen, die dazu in Detmold privilegiert waren, einkaufen durften.

1 Nachweise hierfür und für das Folgende bei SCHMELZEISEN, Seiten 312, 380 und 389 sowie bei HANS CARL NIPPERDEY, Kontrahierungszwang, Seite 46.

III. RECHTSVERHÄLTNISSE DER ARBEIT

Die Zeit von der Mitte des 17. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts ist auf dem Sektor der Landwirtschaft gekennzeichnet durch Ausbreitung und Festigung des Systems unfreier Arbeit mit Leibeigenschaft, Erbuntertänigkeit, Schollenbindung und Gesindezwangsdienst. Land und Arbeitskräfte gewann der Großgrundbesitz durch Bauernlegen und durch Einzug von Bauernstellen, die infolge des Dreißigjährigen Krieges verödet waren.

Das Arbeitsverhältnis im Bereich nichtagrarischer Tätigkeit war zwar auf einen Vertrag gegründet. Dessen Durchbildung aber war in ein derart enges System von Normen gespannt, daß für eine freie Gestaltung kaum noch Raum blieb. Soweit die Arbeit auf zünftlerisch-handwerklichen Produktionsformen beruhte, ging von vornherein das (nun territorialstaatliche) Zunftrecht mit seiner präzisen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Meister und Gesellen als Partikular- und Sonderrecht dem gemeinen Recht vor¹.

In den Arbeitsbereichen, die sich auf neue Produktionsweisen stützen und in denen ein genossenschaftliches Reglement nicht bestand, wurde nicht das zünftlerische Arbeitsrecht der Gesellen und Lehrlinge angewendet². Die Arbeitsverhält-

1 EDGAR LOENING, Arbeitsvertrag, Seite 744; GIERKE, Dienstvertrag, Seiten 47/48.

2 Nach ALR, II, 8, § 417 waren die Fabrikarbeiter "dem Zunftzwange und den Statuten der Zünfte nicht unterworfen".

nisse der zum Teil 'Fabrikanten' genannten Arbeiter¹ wurden im Prinzip durch den mit dem Unternehmer abgeschlossenen Vertrag gestaltet. Aber das war nur die grundsätzliche Regelung. Der Gesetzgeber erklärte zwar, daß "die Verhältnisse zwischen dem Fabrikunternehmer und den Fabrikanten nach dem Inhalte des unter ihnen bestehenden Contrakts" zu beurteilen seien, fügte aber auch gleich hinzu, daß das Arbeitsverhältnis ebenso "nach den über dergleichen Contrakte sprechenden Gesetzen" sich richte². Das ließ in der Praxis von der gemeinrechtlichen Auffassung nichts übrig, die den Arbeitsvertrag als einen jeweils einzeln frei ausgehandelten Vertrag und das Arbeitsverhältnis als eine Obligation ohne personale Beziehung betrachtete³. Vielmehr erfolgte eine öffentlichrechtliche und allgemeinverbindliche Regelung der Arbeitsbeziehungen⁴.

Eine vertragliche Eingehungs- und Gestaltungsfreiheit gab

1 Nach ALR, II, 8, § 408, führten die Arbeiter, "welche in einer solchen Anstalt arbeiten, den Namen der Fabrikanten".

2 ALR, II, 8, § 423.

3 OGRIS, Seite 294.

4 Hierher zu rechnen sind die Gesinde-, Berg- und Tagelöhnerordnungen sowie die verschiedensten Diensteide, Anweisungen und Statuten (nach OGRIS, Seiten 288 bis 293). Auch im Handwerk erfolgte die Bestimmung des Lohnes, des Kostgeldes und der Beköstigung zwar durch die Zunft - aber "unter Direktion der Obrigkeit" (ALR, II, 8, § 350).

es im täglichen Leben kaum noch¹. Abschlußgebote und -verbote in großer Zahl waren bestimmend. Mit Abschluß geboten wurden etwa Müßiggang und Bettel bekämpft und wurde regelmäßige Arbeit, auch von Kindern, durchgesetzt; Ziel dieser Vorschriften war der produktive Arbeitseinsatz. Abschluß verbote dienten der Arbeitslenkung; sie sollten zum Beispiel erzwingen, daß Arbeitsuchende nur zu bestimmten Zeiten angenommen wurden, daß sie nicht in andere Gebiete als die ihnen zugewiesenen abwanderten oder daß sie nicht abgeworben wurden². Auch über die Arbeitsbedingungen und die gegenseitigen Rechte und Pflichten waren genaue Vorschriften erlassen worden; es bestanden Lohntaxen sowie Dienstzeitvorschriften, und auch das Verhalten der Vertragspartner war weitgehend vorgeschrieben³.

C. EIN PROZESS DER REDUZIERUNG DES FREIHEITSRAUMES

Eine schlagwortartige, sehr vereinfachende Zusammenfassung, die wegen des Fortganges der Darstellung notwendig scheint, ergibt:

-
- 1 Ähnlich OGRIS (Seite 287) mit dem Hinweis, daß die Lehre vom Vertrag nur eine "gelehrte Konstruktion" war und für die "tatsächliche Gestaltung der einzelnen Arbeitsverhältnisse ... ohne tiefere Wirkung" blieb.
 - 2 Vorläufer finden sich bereits im 16. Jahrhundert. Zum ganzen Komplex SCHMELZEISEN, Seiten 316 bis 338.
 - 3 SCHMELZEISEN, Seiten 338 bis 367; BIEDERMANN, Vorlesungen, Seiten 20 bis 25.

- a) In der Landwirtschaft spielte bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Vertragsfreiheit keine erhebliche Rolle;
- b) der nichtagrarische Wirtschaftsbereich kannte vom 11. bis in das 17. Jahrhundert Vertragsfreiheit in verhältnismäßig weitem Umfang, begrenzt vor allem im Sektor der Arbeitsverhältnisse und des lebensnotwendigen Bedarfs; in dem anschließenden Zeitraum bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts war die Vertragsfreiheit dann in weit erheblicherem Umfang als bisher eingeschränkt;
- c) es kann gesprochen werden von einem Prozeß der Reduzierung des Freiheitsraumes.

2. Abschnitt

DIE LEHRE VON DER VERTRAGSFREIHEIT. IM KONZEPT DER LIBERALEN WIRTSCHAFTSTHEORIE

Seit etwa der Mitte des 18. Jahrhunderts erhielt die Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa Unterstützung durch die zunehmende wissenschaftliche Beschäftigung mit nationalökonomischen Fragen und durch die Tatsache, daß die Wirtschaftslehre den Grundsatz der freien Wirtschaft und damit der Vertragsfreiheit in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellte.

A. DIE VORAUSSETZUNGEN DES ÖKONOMISCHEN LIBERALISMUS

Der Anstoß zu einer von obrigkeitlichen Vorschriften freien Wirtschaft und damit zur Vertragsfreiheit kam aus England. Er war das Ergebnis der stark an Bedeutung gewinnenden

englischen Warenproduktion und der hervorragenden Stellung Englands im Welthandel sowie seit dem 17. Jahrhundert der wachsenden Macht des englischen Bürgertums, das Eingriffe des Staates in das wirtschaftliche Geschehen als störend zu bezeichnen begann. Zwei Forderungen, die als unabdingbar betrachtet wurden, standen im Mittelpunkt: die Einführung des freien Wettbewerbs und der Lohnarbeit auf der Grundlage des freien Arbeitsvertrages¹. Beide Forderungen konnten sich auch weitgehend durchsetzen, denn "das Parlament war in den Händen von Großgrundbesitzern, Fabrikanten sowie Handels- und Finanzleuten. Es hörte mit Verständnis auf den Ruf der Arbeitgeber nach Befreiung von Gesetzen, die das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte hemmten. Lange vor dem Ende des 17. Jahrhunderts ... erscholl in England der Ruf der Arbeitgeber nach *laissez-faire*, nach freier Wirtschaft, nach Befreiung der Handelswelt von gesetzlichen, feudalen und zunftmäßigen Einschränkungen in bezug auf Arbeitskräfte, Produktion und Handel. Die Vorrechte der Zünfte wurden umgangen, die Lehrlingssatzungen fallengelassen, die Festsetzung der Löhne durch die Magistrate ersetzt durch dem Kräfteverhältniss entsprechende Abmachungen zwischen den reichen Arbeitgebern und den hungernen Arbeitnehmern. Mit diesem Ruf der Unternehmer nach

¹ MICHEL, Seite 67. Die Hälfte bis zwei Drittel der Einwohner Englands waren im 17. Jahrhundert Lohnempfänger (MACPHERSON, Seiten 76/77).

Befreiung von gesetzlichen und moralischen Einschränkungen nahm die neuzeitliche Freiheitsideologie ihren Anfang" (DURANT¹).

Unterstützt wurden diese Forderungen von Philosophen wie THOMAS HOBBS (1588-1679) und JOHN LOCKE (1632-1704)². Für HOBBS war Grundlage einer modernen Gesellschaftsordnung eine ausschließlich am Markt orientierte Wirtschaft. Das Streben nach einem gerechten Preis gehörte nach seiner Auffassung einem überholten Gesellschaftsmodell an; der auf dem Prinzip von Angebot und Nachfrage beruhende Preis sei stets auch der gerechte Preis³. Eine frei austauschbare Ware wie jede andere der marktbestimmten Gesellschaft ist nach HOBBS konsequenterweise auch die Arbeitskraft⁴.

JOHN LOCKE schuf ein individualistisches Naturrecht, dessen Betonung auf Freiheit und Eigentum lag und das der Regierung in der Hauptsache die Aufgabe zuwies, das Eigentum zu schützen⁵. Er erkannte die Arbeit als Quelle des ökonomischen Wertes⁶, betrachtete den Menschen als Eigentümer seiner Fähigkeit zu arbeiten und sprach

-
- 1 DURANT, VIII, Seiten 274/275. Auch nach HINTZE bietet England "seit den Revolutionen des 17. Jahrhunderts das Bild eines Landes, in dem die kapitalistischen Unternehmer in Stadt und Land sich der Regierung bemächtigt haben und die Gesetzgebung nach ihren Interessen gestalten" (Kapitalismus, Seite 136; ganz ähnlich in Wirtschaft und Politik, Seiten 179 und 181).
 - 2 Das Folgende in Anlehnung an MACPHERSON, Die politische Theorie des Besitzindividualismus, 1967.
 - 3 HOBBS, Leviathan, I, 15 (hier: Seiten 129/135).
 - 4 "For a man's labour also, is a commodity exchangeable for benefit, as well as any other thing", HOBBS, Leviathan, II, 24 (hier: Seite 216).
 - 5 LOCKE, Regierung, Buch II, § 124 (= Ausgabe Euchner, Seite 283).
 - 6 LOCKE, Regierung, Buch II, § 40 (= Ausgabe Euchner, Seiten 226/227).

jedermann das Recht zu, frei die eigene Arbeitskraft zu veräußern¹. Daß zugleich den Arbeitern die politischen Freiheitsrechte vorzuenthalten seien, galt LOCKE wie den meisten Philosophen und Nationalökonomern der Zeit als selbstverständlich².

Im 18. Jahrhundert dann dehnte sich die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa aus, getragen vom Bürgertum, das darin auch die Chance erkannte, die ökonomisch auf dem landwirtschaftlichen Großgrundbesitz beruhende Machtstellung des Adels zu brechen. Die erforderlichen Kapitalien wurden häufig entweder durch Ausgabe von Aktien oder durch staatliche Industrieförderung aufgebracht. Banken und Sparkassen wurden gegründet und stärkten damit die Bedeutung des Bankiers; die entstehende Geldknappheit erzwang bald den Versuch, Papiergeld einzuführen (JOHN LAW, 1716).

1 MACPHERSON, Seite 260.

2 Nachweise bei MACPHERSON, Seiten 252 bis 258. "Die Mitglieder der Arbeiterklasse galten nicht als Staatsbürger, sondern als ein Vorrat tatsächlicher und potentieller Arbeitskraft" (MACPHERSON, Seite 257).

Zugleich machte die naturwissenschaftliche Forschung bedeutende Fortschritte. Sie half mit bei der Überwindung eines metaphysisch bestimmten Weltbildes und erhöhte damit das Selbstbewußtsein des Bürgertums als des 'Dritten Standes', das die Möglichkeit sah, sich endgültig aus der intellektuellen Vorherrschaft des Priesterstandes zu befreien.

Die in der Geschichte neuartige Stellung des Bürgertums spiegelt sich in der Philosophie der Zeit und wurde zugleich von ihr gefördert. Der Mensch ist nach ihr von Natur aus gut. Wenn er bisher nicht immer auch das Gute und Richtige getan hat, so liegt das daran, daß seine Natur von unzähligen Vorschriften und Pflichten widersinnigerweise eingeengt worden ist. Man muß diese Fesseln nur beseitigen, dann wird sich das Leben der Menschheit zum allgemeinen Wohl in bisher unbekanntem Maß entfalten. Die freie vertragliche Bindung freier Menschen ist die dieser Entwicklung allein entsprechende Rechtsform. Aufgabe des Staates bleibt nur, von wenigen Ausnahmen abgesehen, diese Vertragsfreiheit zu schützen.

B. DER PHYSIOKRATISMUS

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts hatte eine spezielle Volkswirtschaftslehre nur in ganz geringem Umfang be-

standen. Nach der Geldtheorie des Franzosen NIKOLAUS VON ORESME (Mitte des 14. Jahrhunderts) und den volkswirtschaftlichen Gesprächen JEAN BODINS (zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts) war vor allem das Lehrbuch des Franzosen ANTOINE MONTCHRESTIEN (Anfang des 17. Jahrhunderts) von Bedeutung gewesen. Noch im selben Jahrhundert wurde dann durch den Engländer WILLIAM PETTY mit Untersuchungen über Sozialstatistik, Wertlehre, Arbeitsteilung und Geldwesen die Grundlage der klassischen Nationalökonomie geschaffen.

Es war die Zeit, zu der in Frankreich von COLBERT der Merkantilismus eingeführt wurde (den später neben anderen Ländern auch Preußen übernahm). Der Reichtum eines Landes beruhte nach der merkantilistischen Theorie auf dem Vorrat von Edelmetallen und Geld. Um ihn zu schaffen, wurde eine staatliche Förderung, Finanzierung und Lenkung der gesamten Industrie auf Kosten der Landwirtschaft eingeführt. Im Mittelpunkt stand die Gründung und der Ausbau exportintensiver Gewerbe. Eine starre Reglementierung des ganzen Produktionsbereiches sollte das Erreichen des gesteckten Zieles garantieren; so bestanden allein Hunderte von Verordnungen über Herstellungsmethoden, Maße und Farbe der Erzeugnisse, aber auch über die Arbeitsbedingungen einschließlich der Arbeitszeit¹. Die Flut von Vorschriften bewirkte zunächst einen Aufschwung der bis dahin zerrütteten französischen Wirtschaftsverhältnisse, begann dann aber auch mit der für den 'aufgeklärten Absolutismus' typischen "kleinlichen Bürokratenherrschaft" (PHILIPPSON²) die entfalteten Kräfte zu hindern. Das Bürgertum, dem die Reformen zu

1 DURANT, VIII, Seite 40.

2 PHILIPPSON, Seite 134.

wachsendem Reichtum und Ansehen verholffen hatten, begann über den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft zu murren¹ und den Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Tätigkeit zu verlangen².

Konnte das Bürgertum sich zwar damals gegen die Staatsmacht auch noch nicht durchsetzen, so war seine Unruhe doch schon das Wetterleuchten des Liberalismus, wie er ein halbes Jahrhundert später in Erscheinung treten sollte. Denn um die Mitte des 18. Jahrhunderts unternahmen die französischen 'Physiokraten' auch die theoretische Kehrtwendung. Sie gingen zum einen davon aus, daß die Landwirtschaft die Quelle nationalen Reichtums sei, zum anderen, daß die Natur des Menschen zum Besitzerwerb neige, und daß man diese seine angeborene Einstellung zum Leben von allen Fesseln befreien müsse, die dem Gewinnstreben entgegenstünden³. Man müsse nur 'laisser faire, laisser passer', denn: 'le monde va de lui-même'⁴. Richtete sich der Staat nach dieser Theorie, dann werde ein neuer Wirtschaftsaufschwung eintreten.

1 Einer der reichen Geschäftsleute namens Hazon erklärte COLBERT: "Sie fanden den Wagen umgestürzt vor, aber Sie stürzten ihn nun gleich auf die andere Seite" (VOLTAIRE, Le siècle de Louis XIV (1751), Seite 67 der von René Groos besorgten Ausgabe).

2 BRINKMANN, Seite 16.

3 Man solle also die Natur herrschen lassen; daher 'Physiokratismus', abgeleitet von physis (Natur) und kratein (herrschen).

4 Die Parole stammt von VINCENT DE GOURNAY (1712-1759), dem Hauptvertreter der Lehre von der Notwendigkeit absoluter Handelsfreiheit.

Als Wortführer dieser Schule vertrat FRANÇOIS QUESNAY (1694-1774) die Auffassung, daß Grundlage der natürlichen Weltordnung die Freiheit der Person, des Eigentums, der Nutzung dieses Eigentums und des wirtschaftlichen Wettbewerbs sei. Diese Freiheit zu schaffen und zu schützen, sei die Pflicht eines aufgeklärten Monarchen. Eine solche Aufgabe des Herrschers entspreche mit der natürlichen Ordnung schließlich auch dem Willen Gottes, so daß in Quesnays Lehre Liberalismus und Eigentumsunterschiede als Bestandteil eines göttlichen Weltplans erschienen¹.

Die bewegende Kraft dieser ersten systematischen Wirtschaftstheorie mit "kapitalistischem Charakter" (MARX²) war das Eigeninteresse des Menschen. Ihre Verfechter erklärten, daß gesellschaftliche Harmonie nur zu erreichen sei, wenn im freien Spiel der Kräfte jedermann seinen größtmöglichen Nutzen erstreben könne. Eine solche Lehre zuerst konsequent wissenschaftlich für alle Bereiche der Volkswirtschaft erarbeitet zu haben, wurde dann das Verdienst des schottischen Volkswirtschaftlers und Philosophen Adam Smith (1723-1790).

C. ADAM SMITH

Die von den Physiokraten vertretene Auffassung, nur der Boden und seine Nutzung schaffe Werte, war angesichts des indu-

1 HERKNER, Bewegungen, Seite 353; ZORN, Physiokratie, Seite 27.

2 MARX, Kapital, III, Seite 336.

striellen Aufschwungs vor allem in England nicht lange aufrechtzuerhalten. Adam Smith, der auch die Fortschritte der Technik genau verfolgte¹, konnte daher schon früh erklären, daß im Gegenteil in der Arbeit die Quelle des nationalen Reichtums zu finden sei.

In seiner 'Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes' ('Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations') aus dem Jahr 1776 legte er in der Einleitung dar, daß die jährliche Arbeit eines Volkes die Quelle sei, die es mit den notwendigen Gütern und Bequemlichkeiten des Lebens versorgt, die Jahr für Jahr gebraucht werden, und die stets entweder im unmittelbaren Ertrage dieser Arbeit bestehen oder in dem, was im Tausch dafür von anderen Völkern erworben wird².

Eine Volkswirtschaft, die sich die schlummernden Energien der Arbeit zu Nutze machen wollte, mußte auch nach seiner Auffassung auf einer möglichst weit zugestandenen Freiheit wirtschaftlicher Betätigung beruhen³. Der Staat habe sich aus der Leitung der Wirtschaft zurückzuziehen, und die Machtstellung der Zünfte müsse gebrochen werden. Der freie Wettbewerb mit dem Appell an das Eigeninteresse des Menschen werde dem allgemeinen Wohl am besten dienen. Denn dann

1 Dazu GIDE-RIST, Seite 72.

2 SMITH, Volkswohlstand (übersetzt von Ernst Grünfeld, Jena 1923), Band I, Seite 1.

3 "Jeder Mensch hat, so lange er nicht die Gesetze der Gerechtigkeit verletzt, vollkommene Freiheit, sein eigenes Interesse auf seine eigene Weise zu verfolgen" (SMITH, II, Seite 556).

stelle sich endlich "das klare und einfache System der natürlichen Freiheit von selbst her"¹.

SMITH befand sich mit seinen Lehren nicht nur im Einklang mit einem Teil der zeitgenössischen Philosophie; so forderte der mit ihm befreundete DAVID HUME² ebenfalls die Befreiung der Wirtschaft und erklärte, der Widerstand gegen eine solche Liberalisierung gleiche dem Versuch, 'das Wasser daran zu hindern, seinen natürlichen Stand zu suchen'³. Seine Auffassungen entsprechen auch der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung Englands. Hier hatte das Bürgertum schon einen großen Teil der Hemmnisse beseitigt, die der kapitalistischen Entwicklung noch entgegenstanden. Die normative Kraft des Faktischen⁴ ermöglichte eine vom Staat geduldete Nichtbeachtung der Gesetze über die Gestaltung der Arbeitsverträge⁵ und bereitete die allgemeine Gewerbefreiheit vor. Von zentraler Bedeutung im Streben des Bürgertums nach

1 SMITH, II, Seiten 555/556.

2 Auf den Einfluß, den HUME auf SMITH ausgeübt hat, verweist DURANT (IX, Seite 172).

3 Nach LASKI, Seite 221.

4 HERKNER, Bewegungen, Seite 355.

5 Dies war der Fall etwa in der Frage der Lehrlingsausbildung und des Zunftwesens. Die elisabethanischen Vorschriften über die Arbeitszeit und die Festsetzung des Lohnes durch den Friedensrichter wurden trotz des Widerstandes der Arbeiter immer häufiger umgangen, hatten schließlich ganz ihre Bedeutung verloren und wurden dann auch vom Parlament zunächst immer wieder suspendiert, bis endlich die Interessen der Unternehmer den Ausschlag für die Aufhebung im Jahr 1814 gaben (BRENTANO, Arbeitsverhältnis, Seiten 54, 58, 59; GIDE-RIST, Seite 113; KULISCHER, Seite 443).

wirtschaftlicher Freiheit war der Kampf um die Einführung der Vertragsfreiheit¹, die in den nordamerikanischen Kolonien Englands sich schon endgültig durchgesetzt hatte².

SMITH glaubte schließlich auch, im Interesse des werktätigen Volkes zu handeln, wenn er die Wirtschaftsfreiheit forderte. Er erkannte zwar schon, daß in der kapitalistischen Welt die Arbeitskraft eine Ware sein würde, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen ist³. Aber er sah vor allem, daß bislang überall "die Staatsgewalt in den Händen der besitzenden und privilegierten Gesellschaftsschichten" lag und "in deren Interesse gegen die Belange der kleinen Leute ausgeübt" wurde⁴; Staat und Gesetzgebung erschienen ihm als Instrument der Reichen zum Kampf gegen die Armen⁵. SMITH erwartete, daß in einer freien Wirtschaft die Nichtbesitzenden dadurch ihre Stellung verbessern könnten, daß sie ihre Arbeitskraft zu einem besseren Preis zu verkaufen in der Lage sein würden. Das werde aber eben erst dann möglich, wenn Verwaltung und Legislative aus wirtschaftlichen Vorgängen herausgedrängt seien.

1 Ähnlich BRENTANO (Arbeitsverhältnis, Seiten 48/49), der die Bemühungen des "erwachenden Großbetriebs" um "Abwesenheit jeder gesetzlichen Einmischung in den Arbeitsvertrag" hervorhebt.

2 ZYCHA, Rechtsgeschichte, Seite 308.

3 DURANT, X, Seite 892.

4 HERKNER, Bewegungen, Seite 354.

5 DURANT, X, Seite 892. Knapp fünfzehn Jahre zuvor hatte schon ROUSSEAU festgestellt, die Gesetze seien "immer nur für diejenigen wohlthätig, die etwas besitzen, und den Besitzlosen schädlich" (Gesellschaftsvertrag, erstes Buch, neuntes Kapitel = Seite 53 der Ausgabe Weinstock, Stuttgart 1969).

SMITH schätzte die Gefahren, die sich aus der Ablösung einer merkantilistisch-zünftlerischen Wirtschaftsform ergaben, für gering ein und erachtete sie als jedenfalls durch die Vorteile der liberalisierten Volkswirtschaft wieder ausgeglichen. Zwar hingen die Arbeitsbedingungen, vor allem der Lohn, dann von einem zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter geschlossenen **V e r t r a g** ab, und es sei nicht schwer vorauszusehen, welche der beiden Parteien unter gewöhnlichen Umständen bei den Vertragsverhandlungen Sieger bleiben und die andere Partei zur Annahme der gestellten Bedingungen zwingen werde¹. Aber es gäbe ein Kampfmittel der Arbeiter, das ihnen zugestanden werden müsse und das dann auch für bessere Arbeitsbedingungen sorgen werde: die Koalition. Diese Organisierung forderte er auch deshalb, weil die Unternehmer stets und überall in einer Art stillschweigendem, aber dauerndem und gleichbleibendem Einverständnis ständen, den Arbeitslohn nicht steigen zu lassen. Man höre allerdings selten etwas von Übereinkünften dieser Art, weil sie eine ganz natürliche Erscheinung seien².

D. ERGEBNIS UND AUSBLICK

In England und Frankreich entstand im Zusammenhang mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung und dem erstarkenden Selbstbewußtsein des Bürgertums eine vollständig

1 SMITH, I, Seiten 84/85.

2 SMITH, I, Seiten 85/86.

ausgearbeitete Theorie des ökonomischen Liberalismus mit der Forderung nach weitestgehender Vertragsfreiheit.

War die deutsche Sozialstruktur auch noch geprägt von innerer und äußerer Erstarrung unter Reglementierung aller Lebensäußerungen dieser Ständegesellschaft, so konnte auf sie doch nicht ohne Einfluß bleiben, was in den wirtschaftlich moderneren, politisch fortschrittlicheren und staatlich nicht aufgesplitterten benachbarten Nationen England und Frankreich geschah.

Im Folgenden soll versucht werden, den Umbruch zu begreifen, von dem die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland bestimmt wurde.

Erstes Kapitel

VERTRAGSFREIHEIT UND GESELLSCHAFTSORDNUNG IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ist in den deutschen Staaten, beginnend mit Preußen und Sachsen, dadurch gekennzeichnet, daß die wirtschaftliche Stagnation überwunden wird und daß vor dem Hintergrund allgemeiner bürgerlicher Forderungen nach freiheitlicher Gesellschaftsordnung eine liberale Wirtschaftsform sich durchsetzt. Sie kommt zum Ausdruck in den Charakteristika jedes liberalen ökonomischen Systems: Marktfreiheit (Freiheit des Arbeits- und des Warenmarktes), Vertragsfreiheit und Berechenbarkeit der Justiz¹. Im Zusammenhang hiermit stehen Änderungen in der sozialen Struktur der einzelnen Staaten und im Bereich der gegenseitigen Abhängigkeit von Staat, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft².

1. Teil

VERTRAGSFREIHEIT UND WIRTSCHAFT

Moderne Technik und Wirtschaftsformen fanden zunächst nur recht langsam Eingang. Der Widerstand gegen sie war aber nicht aufrechtzuerhalten. Er beruhte auf dem Leitbild einer

1 NEUMANN, Funktionswandel, Seite 563.

2 HANS ROSENBERG, Agrarpolitik, Seite 51.

agrarisch-handwerklich organisierten Ständegesellschaft und mußte daher weichen, als dieses historisch überholte Wirtschafts- und Sozialgefüge sich gegen die neuen ökonomischen Kräfte des Kapitalismus nicht mehr zu halten vermochte.

Das 'theoretische Rückgrat' dieser Entwicklung war die Lehre des ökonomischen Liberalismus¹. Sie erläuterte und stärkte den "Übergang vom Feudalismus und Merkantilismus zum Kapitalismus und freien Unternehmertum" (DURANT²), fand mit dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung beim deutschen Bürgertum Anhänger und wurde von Beamten und Politikern gefördert; mit der Einführung von Gewerbe- und Bodenfreiheit sowie der Vertragsfreiheit als dem Zentrum der Reformbestrebungen wurde sie in die Tat umgesetzt³. Der Staat zog sich aus der Lenkung der Wirtschaft zurück und überließ das ökonomische Geschehen dem freien Wettbewerb und der Vertragsfreiheit⁴.

1 Schon im 18. Jahrhundert hatte das Bedürfnis nach einer umfassenden Theorie des Liberalismus bestanden, wie sich aus der Tatsache ergibt, daß bereits im Jahr des Erscheinens des Smith'schen Hauptwerkes eine Übersetzung ins Deutsche (von Johann Friedrich Schiller) vorlag.

2 DURANT, X, Seite 893.

3 Das galt vor allem für Preußen. In Bayern, Hannover, den Hansestädten und Sachsen wurde das Zunftsystem noch aufrechterhalten. In Baden und Württemberg versuchte man mit dem Konzessionssystem einen Mittelweg zwischen liberaler und zunftbestimmter Wirtschaft zu gehen (GIDE-RIST, Seite 115; ROSCHER, Geschichte, Seite 598).

4 SCHWERIN-THIEME, Seite 246.

War die Gewerbefreiheit schon in der französischen Revolution eine der bedeutendsten Errungenschaften des Bürgertums gewesen, so wurde sie nun auch in Deutschland von liberalen Kräften als ein bürgerliches Freiheitsrecht¹ mit der Begründung durchgesetzt, daß die freie unreglementierte Konkurrenz der Individuen auf wirtschaftlichem Gebiet das allgemeine Wohl am stärksten fördern werde. Als die Gewerbefreiheit im Jahre 1808 in Preußen angekündigt wurde, fand diese Auffassung ihren Ausdruck in einer Regierungs-Instruktion²: "Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem n a t ü r l i - c h e n G a n g e zu überlassen, das heißt, keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützungen zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken, insofern das Rechtsprinzip nicht dabei verletzt wird oder sie gegen Religion, gute Sitten und Staatsverfassung verstoßen... Eben diese Freiheit im Gewerbe und Handel schafft zugleich die möglichste K o n - k u r r e n z in Absicht des produzierenden und feilbietenden Publikums und schützt daher das konsumierende am sichersten gegen Teuerung und übermäßige Preissteigerung. M a n g e s t a t t e d a h e r e i n e m j e d e n , solange er die vorbemerkte Grenzlinie hierin nicht verletzt, s e i n e i g e n e s I n t e r e s s e auf seinem eigenen Wege zu v e r - f o l g e n u n d s o w o h l s e i n e n F l e i ß a l s s e i n K a p i t a l i n d i e f r e i e s t e K o n k u r r e n z m i t d e m F l e i ß e u n d K a p i t a l s e i n e r M i t b ü r g e r z u b r i n g e n".

1 GIERKE, Genossenschaftsrecht, I, Seite 949.

2 Instruktion vom 26. Dezember 1808, § 50 (zitiert nach Rohrscheidt, Seite 262. Hervorhebung von mir).

Anerkannt war die Gewerbefreiheit in Preußen dann seit dem Finanz-Edikt von 1810¹ und dem Gewerbesteuer-Edikt aus dem gleichen Jahr². Schließlich wurde sie in der preußischen Gewerbeordnung von 1845 niedergelegt³.

In der gleichen Zeit wurde die Freiheit des Arbeitsvertrages einschließlich der Einstellungsfreiheit für den Unternehmer durchgesetzt. Zur Gewerbefreiheit gehörte nun auch das fast uneingeschränkte Recht, Lehrlinge und Gehilfen anzunehmen und zünftige Gesellen zu beschäftigen⁴. Die Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses wie Lohn, Dauer, Kost wurden von jetzt ab " b l o ß d u r c h f r e i e n V e r t r a g b e s t i m m t " ⁵. Im Jahr 1845 wurde bestätigt, daß "die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und ihren Gesellen, Gehülfe n und Lehrlingen G e - g e n s t a n d f r e i e r Ü b e r e i n k u n f t" sei⁶; diese Regelung galt auch für Fabrikarbeiter⁷. Die Freiheit Arbeiter einzustellen, war nicht beschränkt⁸ - die Unternehmer konnten also mit beliebig vielen Arbeitern Arbeitsverträge abschließen.

1 Im Finanz-Edikt vom 27. Oktober 1810 wurde zum Ziel erklärt "die freie Benutzung des Grundeigenthums, völlige Gewerbefreiheit und Befreiung von andern Lasten" (GS 1810, Seite 25).

2 § 2 des Gewerbesteuer-Edikts vom 28. Oktober 1810 gab jedem, der einen Gewerbeschein gelöst hatte, die Befugnis, "ein Gewerbe fortzusetzen oder ein neues anzufangen" (GS 1810, Seite 79).

3 Nach § 1 war "der Betrieb eines Gewerbes Jedermann gestattet", soweit nicht Ausnahmen oder Beschränkungen bestanden (GS 1845, Seite 41).

4 §§ 7 und 18 des Gesetzes über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7. September 1811 (GS 1811, Seite 263).

5 § 8 des Gesetzes über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe.

6 § 134 der preußischen Gewerbeordnung.

7 § 145 der preußischen Gewerbeordnung.

8 § 41 der preußischen Gewerbeordnung.

Im Lauf der ersten Jahrhunderthälfte erfolgte ein wirtschaftlicher Aufschwung Deutschlands. Er beruhte zunächst auf den Erfolgen der Landwirtschaft, die durch Nutzung naturwissenschaftlicher Forschung¹, modernere Wirtschaftsform², Anwendung neuerer Maschinerie³ und Ablösung der Dreifelderwirtschaft durch die Fruchtwechselwirtschaft⁴

- 1 Der Landwirt und Naturwissenschaftler ALBRECHT THAER (1752-1828), seit 1810 Professor der Landwirtschaft an der Berliner Universität, gründete im Jahr 1807 in Möglin eine landwirtschaftliche Lehranstalt, die spätere preußische landwirtschaftliche Akademie, in der naturwissenschaftliche Methoden für die Landwirtschaft entwickelt wurden. Sein Schüler JOHANN GOTTLIEB KOPPE (1782-1863) schrieb über eine 'Revision der Ackerbausysteme' (1818). Die Landwirtschaftsakademie Hohenheim und die Landwirtschaftsschule Weißenstephan entstanden; außerdem Musterbetriebe und Versuchsstationen. Im Jahr 1840 erschien dann das berühmte Hauptwerk JUSTUS LIEBIGS (1803-1873) 'Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikulturchemie und Physiologie'; um dieselbe Zeit begann Liebig, die künstliche Düngung einzuführen.
- 2 THAER gab seinem Hauptwerk den charakteristischen Titel 'Grundsätze der rationellen Landwirtschaft' (1809/1810) und untersuchte das Verhältnis von Produktionskosten und Gewinn; er bezeichnete die Landwirtschaft als "ein Gewerbe, welches zum Zweck hat, durch Produktion... vegetabilischer und tierischer Substanzen Gewinn zu erzeugen" (§ 1 seiner 'Grundsätze', abgedruckt bei Conze, Quellen, Seite 78). Der Volkswirtschaftler und Landwirt JOHANN HEINRICH VON THÜNEN begann die Lehren von Adam Smith auf die Landwirtschaft anzuwenden und verfaßte eine Lohntheorie ('Der naturgemäße Arbeitslohn und dessen Verhältnis zum Zinsfuß und zur Landrente', 1850); er entwickelte die landwirtschaftliche Betriebslehre und Prinzipien einer Standortforschung.
- 3 So wurden gußeiserne Pflüge und die heutige Pflugform eingeführt. Die Nutzung des Dampfes beim Pflügen begann.
- 4 Die Fruchtwechselwirtschaft (Wechsel von Blatt- und Halmfrüchten) konnte sich gegen die herkömmliche Dreifelderwirtschaft (Wechsel von Sommergetreide, Wintergetreide, Brache) erst im 19. Jahrhundert allgemein durchsetzen; von Bedeutung wurde dabei die Verstärkung des Anbaus von Kartoffeln und Zuckerrüben (MOTTEK, II, Seiten 93/94).

eine Produktionssteigerung erzielen konnte¹. In dieser Zeit geschah der "radikale Bruch mit aller Tradition" und die "kapitalistische und technische Wendung der deutschen Landwirtschaft" (CONZE²).

Vor allem aber wurde für die deutsche Volkswirtschaft der Beginn und die Weiterführung der Industrialisierung von Bedeutung. Nach englischem Vorbild kam es durch den Einsatz der neuen Maschinen³ und Produktionsformen⁴ allmählich zu einer Ablösung der Manufaktur und des Hausgewerbes durch den Fabrikbetrieb⁵. Das notwendige Kapital wurde immer

-
- 1 So stiegen von 1800 bis kurz nach der Jahrhundertmitte die Hektar-Erträge bei Weizen und Roggen um 25 %, bei Hafer um 60 %. Die Viehbestände vermehrten sich bei Pferden von 2,7 auf 3,1, bei Rindvieh von 10 auf 15, bei Schweinen von 3,8 auf 6,4, bei Schafen von 16 auf 28 Millionen Stück; zugleich erhöhte sich in beträchtlichem Umfang das Schlachtgewicht (nach FRANZ, Seite 449; KUCZYNSKI, Lage, I, Seite 98).
 - 2 CONZE, Quellen, Seite 26. Ähnlich WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seite 325.
 - 3 Neben dem ausgedehnten Einsatz neuer Web- und Spinnmaschinen fällt vor allem die immer stärkere Verwendung der Dampfmaschine ins Gewicht. Während im Jahr 1840 erst Dampfmaschinen mit einer Gesamtleistung von 40.000 Pferdestärken in Betrieb waren, stieg diese Leistung bis 1850 auf 260.000 Pferdestärken; die rund 400 preußischen Dampfmaschinen lieferten 7.500 Pferdestärken im Jahr 1837, die knapp 1.500 Maschinen 67.000 Pferdestärken in den Jahren 1849/1850 (GREBING, Seite 22; KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 13).
 - 4 Neben der zunehmenden Arbeitsteilung sind hier vor allem moderne Verhüttungsmethoden zu nennen. So wurde aus England das Puddel-Verfahren übernommen, das die Arbeitszeit um ein Siebentel verkürzte und außerdem sehr viel billiger war als das bisherige Frischen.
 - 5 PLOETZ-CONZE, Seite 836.

häufiger durch Gründung von Aktiengesellschaften aufgebracht¹. Die Industrie ermöglichte einen Aufschwung der Produktion² und erforderte den Ausbau der Verkehrsmittel³ sowie die Expansion in größere Absatzräume ohne Behinderung durch Zollgrenzen⁴. Unter Führung des industriell fortgeschrittenen Preußen kam es daher 1833/1834 schließlich zum Zusammenschluß der meisten deutschen Staaten im Deutschen Zollverein⁵.

-
- 1 Die zwischen 1818 und 1849 gegründeten industriellen Aktiengesellschaften verfügten zusammen über ein Kapital von rund 88 Millionen Mark (KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 25).
 - 2 Die deutsche Kohleförderung stieg von 0,3 Millionen Tonnen im Jahr 1800 auf 7 Millionen Tonnen im Jahr 1850. Die Roheisenerzeugung erhöhte sich von 40.000 Tonnen im gleichen Zeitraum auf 210.000 Tonnen (KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 14). Die Verbrauchsgüter-Produktion wurde von 1800 bis 1840 insgesamt um das Achtfache gesteigert (KUCZYNSKI, Wirtschaft, Seite 46).
 - 3 In Preußen wuchs die Länge der Staats-Straßen von rund 3.000 Kilometer im Jahr 1816 auf rund 12.000 Kilometer im Jahr 1848, die des Eisenbahnnetzes von rund 500 Kilometer im Jahr 1840 auf rund 6.000 Kilometer im Jahr 1850. In der Rheinschiffahrt entstanden Großbetriebe; die Zahl der von ihnen beförderten Personen stieg zwischen 1830 und 1852 von rund 50.000 auf 600.000, die Gütermenge im gleichen Zeitraum von rund 170.000 auf 470.000 Zentner (KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 123; MOTTEK, II, Seiten 148/149; ULMANN, Seite 236).
 - 4 Gegen Ende des 18. Jahrhunderts bestanden noch rund 1.800 Zollschranken (BÖHME, Seite 9).
 - 5 1818 waren schon die preußischen Binnenzölle aufgehoben worden, 1828/1829 entstand ein mitteldeutscher Handelsverein. Das Wirtschaftsgebiet des Zollvereins umfaßte dann 18 Staaten mit knapp 24 Millionen Einwohnern (GREBING, Seite 48; ULMANN, Seite 180).

Insgesamt wurde die Industrieproduktion in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts versechsfacht¹. Gegen Ende dieses Zeitabschnittes zeichnete sich dann die Bedeutung des industriellen Großbetriebes ab, der das Gesicht der zweiten Jahrhunderthälfte bestimmen sollte. Zugleich ist auffällig, daß bereits jetzt die Vertragsfreiheit eine Rechtsgrundlage für das Entstehen von Kartellen bildete.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle in dieser ersten Jahrhunderthälfte scheint nicht sehr groß zu sein. Jedenfalls sind nur verhältnismäßig wenige Kartelle bekanntgeworden, schon deshalb, weil die Vertragsverhandlungen und die Verträge verheimlicht wurden (ohne daß es immer so weit gehen mußte, wie in einem bezeugten Fall aus dem Jahr 1826, bei dem die Treffen nachts in einem Kloster stattfanden) . Ein Beispiel für die Vertragsgestaltung bei solchen Absprachen, zu denen es seit den 20er Jahren kam, ist die Zusammenarbeit der Unternehmer der Eisenhüttenindustrie im Land Nassau, vor allem im traditionellen Erzabbaugebiet um die Lahn. Ein Marktregelungsverband, der auch die Hüttenwerke Hessens, des Mittel- und Niederrheins, der Saar und Süddeutschlands umfassen sollte, wurde geplant, er sollte die "Regulierung und Festsetzung der Eisenpreise" ermöglichen³. Wenn auch dieser Zusammenschluß im nationalen Rahmen nicht zustande kam, so erfolgte doch die Gründung des 'Vereins zum Verkaufe nassau'schen Roheisens' im Jahr 1851 durch einen Vertrag der beteiligten Industriellen.

1 WERNER STEIN, Seite 909; KUCZYNSKI, Wirtschaft, Seite 54.

2 MASCHKE, Seite 105.

3 Rundschreiben vom 10. Oktober 1845, zitiert nach Ferfer, Seite 234.

In ihm wurde zum Zweck des Vereins erklärt die "Bildung einer Handelssocietät zum gemeinschaftlichen Verkaufe des von den unterzeichneten producirten Roheisens"¹.

2. Teil

VERTRAGSFREIHEIT UND SOZIALSTRUKTUR

Das Gefüge der Gesellschaft wurde gebildet von Industrie- und Landarbeitern, von Bauern in verschiedenen Formen von Unfreiheit bis hin zur vollen persönlichen Freiheit, vom Bürgertum mit den Schichten des Handwerks, des Handels, der Industrie und der 'Bildung', vom Adel und den Herrscherhäusern. Daneben gab es in Stadt und Land die Armen, den sogenannten 'Pöbel'.

Ein beträchtlicher Bevölkerungsanstieg ist in dieser Zeit zu verzeichnen².

Drei Gruppen schälten sich als gesellschaftlich besonders wichtig heraus: Das Industriebürgertum, die Agrarindustriellen und die Arbeiterschaft.

1 Statuten, Buchstabe a (abgedruckt in Ferfer, Seiten 236 bis 242, hier: 236).

2 Genauere Zahlen sind erst für die Zeit seit 1816 bekannt. In diesem Jahr betrug die Volkszahl rund 23,5 Millionen. Sie stieg bis 1855 auf 34,5, bis 1875 auf 42,7 und bis 1900 auf 56,3 Millionen (Gebietsstand jeweils 1871. - Nach KÖLLMANN, Bevölkerung und Raum in Neuerer und Neuerer Zeit, 1963, Seiten 18/22, 84/85).

1. Abschnitt

DAS INDUSTRIEBÜRGERTUM

Das Eigentum an den neuen Produktionsmitteln, deren Einführung zum wesentlichen Teil der wirtschaftliche Aufschwung zu verdanken war, lag in der Hand einer Schicht des Bürgertums, die als 'Industriebürgertum' bezeichnet werden soll¹.

A. ALLGEMEINE LAGE

Die ökonomischen Interessen des Industriebürgertums als des Hauptvertreters wirtschafts-liberaler Ideen in Deutschland während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren auf staatlich unreglementierte industrielle Produktion und Gewinn gerichtet ; "alles ist voller Mut und Unternehmungsgeist", erklärte das ALLGEMEINE ORGAN FÜR HANDEL UND GEWERBE am 2. Juli 1835². Unterstützung fand diese Schicht in einem Teil des Handels- und des Bildungsbürgertums, dagegen nicht beim Handwerksbürgertum.

Wie das liberale Bürgertum allgemein, bekämpfte ein Teil dieser Schicht grundsätzlich konservative und reaktionäre Auffassungen und war Träger neuer politischer Ansprüche, die sowohl gegen die aus der Ständegesellschaft überkommenen

1 Im Anschluß an ZUNKELS Untersuchung ' Industriebürgertum in Westdeutschland'.

2 Zitiert nach Obermann, Seite 11.

Vorrechte als auch gegen die Forderungen der Arbeiterschaft gerichtet waren. Ein anderer Teil fügte sich um den Preis ungehinderten Wirtschaftens in rückschrittliche politische Formen und war geprägt vom Streben nach 'gesellschaftlichem' Erfolg und staatlichen Auszeichnungen, wie immer wieder von Zeitgenossen beklagt worden ist¹.

B. RECHTLICHE SITUATION

Der Gewinn an rechtlicher und wirtschaftlicher Freiheit wurde ganz allgemein vom größten Teil des liberalen Bürgertums gefeiert als ein Sieg der Freiheit über die Kräfte der Unfreiheit und der modernen über die veraltete Rechtsordnung.

1 Im Jahr 1825 schrieb der Historiker BARTHOLD GEORG NIEBUHR an den Verleger FRIEDRICH PERTHES: "Wenn die Minister und Fürsten wüßten, wie philisterhaft man durchgehends wieder ist, so würden sie es zulassen, daß wir uns wieder belebten" (Perthes, Seite 313). Zehn Jahre später notierte FRIEDRICH HEBBEL in seinem Tagebuch: "Selbst im Fall einer Revolution würden die Deutschen sich nur Steuerfreiheit, nie Gedankenfreiheit zu erkämpfen suchen" (Tagebuch vom 5. Januar 1836. In: Gesammelte Werke, Band I, 1905, Seite 30). Und im Jahr 1840 schilderte ein Süddeutscher Preußen ganz ähnlich: "Was die neuere Zeit politische Freiheit nennt, ist den Untertanen dieses Staates nicht gar reichlich zugemessen; dagegen genießen sie der bürgerlichen Selbständigkeit in höchstem Grade" (Conze, Spannungsfeld, Seite 243). Im gleichen Jahr spottete HEINRICH HEINE, vortrefflich gehe es, denn "der stille Segen/ er wuchert im sittlich gehüteten Haus / und ruhig und sicher, auf friedlichen Wegen / entwickelt sich Deutschland von innen heraus./ Nicht oberflächlich wie Frankreich blüht es / wo Freiheit das äußere Leben bewegt / nur in der Tiefe des Gemütes / ein deutscher Mann die Freiheit trägt" (Bei des Nachtwächters Ankunft zu Paris. In: Gesammelte Werke, erster Band, Berlin 1956, Seite 495).

In den Mittelpunkt der Betrachtungen von Gesellschaft und Staat war die Freiheit des Einzelnen getreten. Es hatte sich ein Freiheitsbegriff durchgesetzt, der die Freiheit als eine abstrakte, von ethischen Erwägungen unabhängige Kategorie ansah¹. Im Gebiet des Vertragsrechts kam diese Haltung auf der einen Seite zum Ausdruck etwa in einer These des Historikers, Staatswissenschaftlers und liberalen Abgeordneten KARL VON ROTTECK (1775-1840), in der er feststellte: "Was meinem Willen gemäß geschieht, verletzt niemals mein Recht"². Auf der anderen Seite war von Bedeutung, daß die Juristen ausschließlich auf die Willenserklärung der Vertragsschließenden abstellten. So erklärte ROTTECK: "Für den Willen selbst gilt im Recht die Erklärung des Willens. Denn für das Recht ist nicht vorhanden, was nicht erscheint, was aber erscheint, das ist; und die äußere Freiheit ist überhaupt nichts anderes als die Herrschaft des in äußerer Erscheinung kund werdenden Willens. Auf diesem Begriff beruht alle Realität dieser Freiheit und somit des Rechts als der Harmonie des sich äussernden Willens Aller"³.

Die liberale Rechts- und Gesellschaftsauffassung betrachtete die Verwirklichung dieser Grundsätze als das "demokratische

1 Dazu näher KRAUSE, Seite 317.

2 ROTTECK, Vernunftrecht, I, Seite 198.

3 ROTTECK, Vernunftrecht, I, Seite 198, Hervorhebungen von Rotteck.

Prinzip", das auf die Rechtsgleichheit abstelle. Liberale wie ROTTECK betonten, daß die Rechtsgleichheit keineswegs auch reale und materielle Gleichheit bedeute. Rechtsgleichheit sei eine "formelle" Gleichheit, eine "Gleichheit der a n g e b o r n e n Rechte und Gleichheit der E r - w e r b s - Rechte"; da aber die Voraussetzungen "äußerst verschieden" seien, unter denen erworben werde, müsse "natürlich im Besondern eine mannigfaltige U n g l e i c h - h e i t a n e r w o r b e n e n Rechten"¹ als Folge eintreten. Auch der Jurist PAUL PFIZER (1801-1867), einer der führenden Liberalen in Württemberg, erklärte in einer Verteidigung des Liberalismus gegen "gehässigste Vorwürfe", es sei "nicht die äußerliche Gleichheit von Besitz und Macht gemeint", wenn der Liberalismus gleiches Recht und gleiche Freiheit für alle fordere. Rechtsgleichheit sei "himmelweit verschieden von materieller Gleichheit des Besitzes". B e s i t z g l e i c h h e i t , so stellte PFIZER ausdrücklich fest, s e i o h n e e i n e n "d i e F r e i h e i t des Verkehrs, des Eigenthums und d e r V e r t r ä g e v e r n i c h t e n d e n D e s p o t i s m u s g a r n i c h t d e n k b a r "².

Daß die Harmonie des Willens Aller (ROTTECK) bei Ungleichheit des Besitzes (PFIZER) nicht zu verwirklichen

1 ROTTECK, Demokratisches Princip, Seiten 260/261. Hervorhebung von Rotteck.

2 PFIZER, Artikel 'Liberal, Liberalismus'. Staats-Lexikon (Rotteck/Welcker), 9. Band, 1840, Seite 715. Hervorhebung von mir.

ist, haben auch liberale und kritische Kräfte dieser Zeit festgestellt. ROTTECK hat im Jahr 1835 den "Krieg Aller gegen Alle" geschildert und die Furcht zum Ausdruck gebracht, die Staatsordnung könne unter den Folgen des Wirtschaftssystems zusammenbrechen: "Die S t a a t s - g e s e l l s c h a f t s e l b s t , als Gesamtheit, wird durch diese Verhältnisse mit dem großen Uebel einer allzu u n g l e i c h e n V e r m ö g e n s v e r - t h e i l u n g in der gewerbtreibenden Klasse bedroht, ein Uebel, welches hier nicht minder verderblich, ja fast noch mehr zu scheuen ist, als bei der ackerbauenden Klasse. Zwischen diesen beiden Klassen nämlich ist die hochwichtige Aehnlichkeit nicht zu verkennen, daß, so wie eine kleine Anzahl großer Gutsbesitzer neben einer Schaar von kleinen und abhängigen Kolonen nicht nur den staatswirtschaftlichen, sondern auch allen übrigen politischen und zumal auch constitutionellen Interessen den schwersten Nachtheil bringt, so auch auf dem Felde der Gewerbsthätigkeit, das V o r h a n d e n s e y n einiger weniger großer Unternehmer und Fabrikherren und neben ihnen einer Masse von armen , abhängigen Arbeitsleuten die Zahl der selbstständigen, demnach zuverlässigen Bürger aufs äußerste mindert ... Eine Masse solcher unglücklichen, dem Geize der reichen Fabrikherren und Unternehmer preisgegebenen Arbeiter ist endlich geeignet, die ernstesten Besorgnisse selbst für Ordnung und Ruhe des Staates zu erzeugen; Faktionsmänner mögen sich ihrer als willkommenen Werkzeuge zur Störung der öffentlichen Sicherheit bedienen. Jede vorgespiegelte Aussicht auf Veränderung des Zustandes ist verführerisch für die Unglücklichen; und kaum ist ein stärkerer Hebel für Revolutionen denkbar, als die Leidenschaft einer hungrigen Menge"¹.

1 ROTTECK, Vernunftrecht, IV, Seiten 178 bis 180. Hervorhebungen von Rotteck.

Kritik an der liberalen Wirtschaftsordnung (auch soweit sie aus bürgerlichen Reihen kam¹), die nach einer häufig verwendeten Formulierung eine "Ausgleichung des Mißverhältnisses von Kapital und Arbeit"² forderte, stieß auf energischen Widerstand, sobald sie einen wenn auch schwachen revolutionären Charakter zu tragen schien. Die Publizistik rief dann dazu auf, Privatbesitz und Vermögensrechte zu schützen und die Eigentumsordnung und damit das geltende Rechtssystem aufrechtzuerhalten³. Schließlich wurde ein 'Verein zum Schutz des Eigentums und zur Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen' gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hatte, "alle Eingriffe in das Eigentum und die Heiligkeit der Verträge"⁴ zu verhindern.

-
- 1 Der schlesische Unternehmer WILHELM SCHLOEFFEL etwa hatte die Forderung nach sozialen Reformen und nach "realer Freiheit" erhoben. Zusammen mit statistischen Angaben über die Lage vor allem der Weber in Schlesien hatte Schloeffel dann eine Denkschrift als Beitrag zum 'Armenbuch' an BETTINA VON ARNIM gesandt. Er wurde deshalb als Kommunist verdächtigt und verhaftet, aber später wieder freigelassen (Vordtriede, Seiten 385 bis 387).
 - 2 So formuliert in Artikel 10 des 'Offenburger Programms' (1847) südwestdeutscher Demokraten (in: Ernst Rudolf Huber, Dokumente, I, Seite 262). Die selbe Forderung wurde im Frankfurter Vorparlament 1848 in einem Antrag des Juristen GUSTAV VON STRUVE erhoben; er verlangte zur Durchführung dieses Programms ein Ministerium, das "die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinne sichert" (in: Blos, Seiten 487/488).
 - 3 So die 'Kreuzzeitung', Ausgabe vom 11. August 1848 (zitiert nach Wendel, Seite 21).
 - 4 Programm des Vereins (in: Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seiten 39 bis 42, hier: 40).

2. Abschnitt

DIE AGRARINDUSTRIELLEN

Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert begann die Forderung Anhänger zu finden, das Untertänigkeitsverhältnis der in der Landwirtschaft Beschäftigten müsse auf die schon in England und Frankreich bewährten Prinzipien der freien Lohnarbeit umgestellt werden; zugleich seien die Rechtsverhältnisse von Grund und Boden von den einengenden staatlichen Vorschriften zu befreien. Getragen wurde diese Forderung von einem Teil der Gutsbesitzer, der die Umwandlung der Güter in landwirtschaftliche Industriebetriebe erstrebte.

A. DIE FORDERUNG NACH VERTRAGSFREIHEIT

Das Untertänigkeitsverhältnis stellte die in der Landwirtschaft überwiegende Rechtsform dar¹. Die Untertanen der Großgrundbesitzer waren in ein enges System von Pflichten und Rechten gespannt², und die Gutsbesitzer beklagten sich

1 Eine freie Landarbeiterschaft existierte praktisch nicht, wie GOLTZ nachgewiesen hat (Seiten 7 bis 61). Die wenigen Ausnahmen müssen für den Zweck dieser Arbeit außer Betracht bleiben.

2 Sie durften das Gut nur nach Erlaubnis verlassen, konnten ohne Genehmigung nicht heiraten und mußten ihre Kinder zum Zwangsgesindedienst vorstellen; sie durften auch, waren sie "faul, unordentlich und widerspenstig", gezüchtigt werden und waren im übrigen ihrer Herrschaft zu "Treue, Ehrfurcht, und Gehorsam" verpflichtet (ALR, II, 7, 3, §§ 136, 147, 161, 185, 227). Andererseits war der Herr verpflichtet, in Notfällen für seine Untertanen zu sorgen (ALR, II, 7, 3, §§ 122, 130).

ständig über mangelhafte Arbeitsleistungen und aufsässige Gesinnung ihrer Untertanen sowie den nach ihrer Ansicht damit verbundenen zu niedrigen Profit¹. Eine Änderung dieses Zustandes schien bei einer Liberalisierung der Landwirtschaft - insbesondere der Arbeitsverhältnisse - möglich. Eine zunächst geringe Zahl preußischer Gutsherren und Nationalökonomten, die allerdings über erheblichen Einfluß auf Krone und Verwaltung verfügte, propagierte ein kostenorientiertes Denken und ging davon aus, daß die Einführung von Lohnarbeit und eines freien Arbeitsmarktes eine Konkurrenzsituation unter der Vielzahl von Landarbeitern schaffen und damit die Rentabilität der Güter erhöhen werde². Das Untertänigkeitsverhältnis müsse abgeschafft werden. An seine Stelle müsse ein Rechtsverhältnis treten, das auf einem Vertrag zwischen einem Grundbesitzer und einem nicht grundbesitzenden landwirtschaftlichen Arbeiter beruhe. Für die Gestaltung dieses Vertragsverhältnisses

1 Wie GOLTZ (Seite 93) berichtet, herrschte "über die mangelhafte Beschaffenheit der Frondienste die allgemeinste Übereinstimmung". Bezeichnend auch, wenn der Volkswirtschaftler und Agrarhistoriker GEORG HANSEN (1809-1894) im Jahr 1861 aus seiner Sicht der Geschichte über die Leibeigenen schreibt, daß sie "mutlos, schlaff und träge, trunksüchtig, unzuverlässig, diebstahlig, tückisch und von gemeiner Denkungsart überhaupt" waren (zitiert nach Goltz, Seite 133).

2 In einem Reskript aus dem Jahr 1809 (zitiert nach Koselleck, Preußen, Seite 488) wurde darauf hingewiesen, daß der Mensch, der kein anderes Kapital als seine körperlichen Kräfte besitze, durch die freie Konkurrenz dazu gezwungen werde, für weniger Geld williger mehr zu schaffen.

müsse volle Freiheit bestehen.

Schon im Jahr 1786 hatte der Philosoph und Schriftsteller CHRISTIAN GARVE (1742-1798), der die liberalen Lehren Adam Smith' durch Übersetzung von dessen wirtschaftstheoretischem Hauptwerk über den Volkswohlstand in Deutschland zu verbreiten suchte, eine Abhandlung 'Über den Charakter der Bauern und ihr Verhältniß gegen die Gutsherrn und gegen die Regierung' verfaßt. Darin führte er über die Vorteile der Lohnarbeit aus, daß der Lohn des Arbeiters durch die Konkurrenz der anderen Arbeiter eingeschränkt sei. Auch gewinne der Unternehmer durch die geänderte psychische Einstellung des Arbeiters, denn "der Z w a n g , welchen dem Menschen die Umstände der Zeit und die Natur der Dinge auflegen, (werde) w e n i g e r von ihm g e f ü h l t als der, welcher von den Willen der Menschen herkommt"¹.

Dieser Gedanke wurde bald wieder aufgegriffen. Graf CHRISTIAN VON RANTZAU führte aus, daß das Lohnarbeitssystem "den Eigentümern einträglicher sein wird". Er erwähnte eine Berechnung, nach der ein Sklave den Unterhalt von zwei und der Untertänige den von vier Menschen erarbeite, der freie Lohnarbeiter aber den von sechs Personen. Und folgerichtig schloß er daraus, daß " Z w a n g s a r b e i t die t e u e r s t e v o n a l l e n " sei und daher "der richtig geleitete Eigennutz sie nur dort anwendet, wo es unmöglich ist, gegen Lohn Arbeit zu erhalten"².

-
- 1 GARVE, Seite 130; Hervorhebung von mir. Garve setzte ganz im Sinne des ökonomischen Liberalismus hinzu, "dieses Gesetz der Concurrrenz" sei "im ganzen immer das billigste, weil es durch das Bedürfnis aller Theile bestimmt wird, und sich daher, nach der Regel, jedesmal abändert, wenn Ursachen vorhanden sind, die ein neues Verhältniß zwischen Arbeit und Lohn erfordern" (Seiten 130/131).
 - 2 Abgedruckt bei Conze, Quellen, Seite 66. Ähnlich über Sklavenarbeit ADOLF WAGNER, Politökonomie, Seiten 72/73 (mit Literaturangaben).

Zum einflußreichen Wortführer dieser Richtung wurde dann der Königsberger Volkswirtschaftler und Philosoph CHRISTIAN JACOB KRAUS (1753-1807), Anhänger der Smith'schen Wirtschaftstheorie. In einem 'Gutachten über die Aufhebung der Privatuntertänigkeit in Ostpreußen' aus dem Jahr 1802 erklärte er zu der Frage, ob nicht "die größeren Kosten der freien Arbeiter den Reinertrag der Güter schmälern" würden, daß "nach allem, was Vernunft und Erfahrung lehren, die Rechnung unfehlbar zu Gunsten der freien Leute ausfallen" werde. Zur Begründung führte er aus: "Nämlich diese

1. l e i s t e n m e h r , es bestimmt sie dazu schon
 - a) die F u r c h t , sich sogleich a b g e l o h n t oder ... h i n a u s g e s e t z t zu sehen, während sie ihrerseits den Dienst oder den Sitz, in welchem sie sich befinden, vor der kontraktmäßigen Zeit nicht aufsagen dürfen und
 - b) die H o f f n u n g , insofern sie sich durch Fleiß und Geschick auszeichnen, nach Ablauf jener Zeit, gerne unter vorteilhafteren Bedingungen w i e - d e r b e h a l t e n zu werden. Und
2. s i e k o s t e n i m V e r h ä l t n i s d e s - s e n , w a s s i e l e i s t e n , w e n i g e r . Ihr Lohn ... bestimmt sich durch das V e r h ä l t - n i s d e r N a c h f r a g e von Seiten der Herrschaft, zur M i t b e w e r b u n g von Seiten der Leute, und er ist, wenn die Nachfrage überwiegt, r e i c h l i c h , wie er es sein muß, wenn die Leute sich durch Zuwachs von innen oder durch Zulauf von außen vermehren sollen, a b e r e r s i n k t a u c h , wenn jenes Verhältnis sich der Gleichheit nähert, von selbst auf das Minimum, nämlich auf den Punkt, wobei die Zahl der Leute sich nur gerade in ihrem Bestande erhält, ohne sich vermehren zu können. Indessen selbst dann würden diese Leute b e t r i e b - s a m und z u f r i e d e n sein; ersteres weil die Konkurrenz sie dazu nötigt, und weil sie sich auf

niemanden als auf sich selbst zu verlassen haben, letzteres weil jedermann das Leiden, welches die Natur der Dinge und nicht Willkür der Menschen über ihn verhängt, willig erträgt, und weil ihnen ihre Freiheit, sich einzurichten, wie sie am besten wissen und können, allen Grund zu Klagen benimmt"¹.

-
- 1 Die Vorteile der freien Arbeit wurden für KRAUS besonders deutlich, wenn man sie dem Untertänigkeitsverhältnis gegenüberstellte. "Ganz anders" als mit freien Arbeitern, erklärte er, "ist es mit den unfreien Leuten, die gerade durch die entgegengesetzten Ursachen zu jener dämischen Trägheit und jenem tückischen Mißmut verstimmt werden, worüber so allgemein geklagt wird und wovon die natürliche Folge ist:
1. daß der Wert des Resultats ihrer Arbeit, im Verhältnis der dazu angewandten Zeit und in Hinsicht auf das Zweckmäßige der Leistung, sehr gering ausfällt, und
 2. daß die Kosten ihrer Arbeit, wie klein sie an sich scheinen mögen ... sehr hoch laufen. Denn nichts davon zu sagen, daß ihnen doch die zur Erhaltung ihrer selbst und ihrer Familien unentbehrlichen Erfordernisse zuteil werden müssen, wenn nicht physisches Unvermögen zu arbeiten samt Entvölkerung eintreten soll; und daß ihnen daher auch in allen Notfällen ... Hilfe gereicht werden muß, die darum, weil man sie in das Schuldbuch einträgt, eben nicht exigibler wird, so macht:
 - a) eben die aus ihrer dämischen und mißmütigen Stimmung entspringende und ihnen in Hofdienst habituell gewordene Langsamkeit und Fahrlässigkeit, deren sie selbst in ihrer eigenen Wirtschaft sich nicht entschlagen können, daß sie weit öfter in Not geraten und Hilfe bedürfen. Rechnet man dazu:
 - b) die Verpflegung der durch Alter, Gebrechen und Ungesundheit zum Arbeiten Unfähigen, die, wenn sie und ihre Verwandten nicht unfrei wären, dem Gutseigner nicht zur Last fallen würden, und bringt man endlich noch in Anschlag:
 - c) den ganzen Betrag aller der Einbußen und Verluste, die durch Verwahrlosungen und Veruntreuungen aller Art, dergleichen bei unfreien Leuten weit häufiger als bei freien ... erwachsen, so kommt ein Total von Kosten heraus, welches die gemeine Vorstellung, die man sich davon zu machen pflegt, weit übertrifft ...

Ein Jahr später, im Jahr 1803, erschien dann in Königsberg anonym eine Schrift unter dem Titel 'Über die Aufhebung der Erbuntertänigkeit in Preußen'. In ihr wird nun auch herausgestellt, daß für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses mit freien Landarbeitern volle **V e r t r a g s f r e i h e i t** bestehen müsse, daß "die Aufhebung der Erbuntertänigkeit keinen Gutsbesitzer ... beschränken könne oder solle". Es müsse ganz dem Gutsbesitzer überlassen bleiben, "unter welchen Bedingungen er den Contract mit dem Bauern schließen will"¹.

B. DIE BAUERNBEFREIUNG

Ein größer werdender Teil der Grundbesitzer wandte sich nun dem Plan einer Agrarproduktion auf der Basis freier Arbeitsverträge zu, von dem Gedanken getragen, daß, auch im Zusammenhang mit moderneren Produktionsformen, die unfreie

(Fortsetzung)

Was auf diese Weise durch Vernunft begreiflich ist, bestätigt aller Orten die Erfahrung, und ohne auf das in dem Betracht so lehrreiche Dänemark hinzuweisen, darf ich mich auf das Zeugnis ebenso einsichtsvoller als wohlgesinnter Gutsherren berufen, welche versichern, daß es **n i c h t s a n d e r s a l s e i n e a u f r i c h t i g e s R e c h n e n s i c h s t ü t - z e n d e Ü b e r z e u g u n g v o n d e m ü b e r w i e g e n d e n V o r t e i l d e s W i r t s c h a f t e n s m i t f r e i e n L e u - t e n** war, was sie selbst, und die andern, welche die Untertänigkeit auf ihren Gütern aufgehoben haben, zu diesem Schritt bewogen hat, und daß sie weit gefehlt jemals die ihren Leuten geschenkte Freiheit zu bereuen, solche vielmehr für die Grundlage des bessern Wirtschaftsystems erkennen, welchem sie den **s t e i g e n d e n R e i n e r t r a g i h r e r G ü t e r** verdanken" (Conze, Quellen, Seiten 70 bis 72. Hervorhebungen von mir).

¹ Zitiert nach Goltz, Seiten 9/10.

Arbeit nicht mehr rentabel genug eingesetzt werden könne¹.

Unterstützung fand dieses Vorgehen in weiten Kreisen des Bürgertums, die sich aus humanitären und ökonomischen Gründen gegen die Aufrechterhaltung des Untertänigkeitsverhältnisses wandten. Das Freiheitsbewußtsein dieses Teiles des Bürgertums vertrug sich nicht mit der Beschränkung der Freiheit des Einzelnen sowie der starren ständischen Gliederung der Gesellschaft; der Freiheitsanspruch wurde daher auch der abhängigen Landbevölkerung zuerkannt. Diese Haltung korrespondierte mit der Feststellung, daß die für die voranschreitende Industrialisierung erforderliche große Zahl von Arbeitskräften auf lange Sicht nicht nur aus bislang im Handwerk Beschäftigten und der "unterbürgerlichen Schicht" (CONZE²) rekrutiert werden konnte, sondern auch aus der großen Menge der Landbevölkerung³ gewonnen werden mußte. Es erschien als "notwendiges Korrelat des Industriesystems" (CONZE⁴), daß mit der Befreiung von den Verpflichtungen gegenüber dem früheren Herrn der Landarbeiter auch das Recht erlangte, seinen Wohnsitz in der Stadt zu nehmen und sich dort seinen Lebensunterhalt mit der für die Industrie notwendigen und typischen

1 WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seite 321; MAX WEBER, Rechtssoziologie, Seite 160.

2 PLOETZ-CONZE, Seite 836.

3 Um 1800 waren rund 75 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig (FRANZ, Quellen, Seite 448, BÖHME, Seite 9).

4 CONZE, Spannungsfeld, Seite 253.

Lohnarbeit zu verschaffen.

Gemeinsame Interessen einflußreicher Kräfte des grundbesitzenden Adels und des Bürgertums sowie die Aufgeschlossenseheit eines Teiles der Verwaltung¹, auch der Eindruck der vernichtenden Niederlage Preußens gegen das auf Grund seiner Reformen moderne Frankreich Napoleons im Jahr 1806 (Jena und Auerstedt) ermöglichten die Einleitung der Bauernbefreiung in Preußen² und damit die Einführung von Vertragsfreiheit für die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Die 'Regulierung' oder 'Ablösung', die erst später als 'Bauernbefreiung' bezeichnet wurde³,

-
- 1 In einer neueren Untersuchung zu diesem Thema, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann, hat IBBEKEN auch nachgewiesen, in wie starkem Maß Minister STEIN "auf eine Vermittlung zwischen Bürgertum und Adel bedacht gewesen" ist (Preußen, Seite 276).
 - 2 Im Jahr 1789 hatte schon Kaiser JOSEPH II., ausgehend von der Lehre des Physiokratismus, Reformen mit dem Ziel einer liberalen ökonomischen Entwicklung der Landwirtschaft begonnen, die aber wegen seines Todes im Jahr 1790 nicht zu Ende geführt worden waren; dasselbe gilt von den Maßnahmen, die Markgraf KARL FRIEDRICH VON BADEN in Zusammenarbeit mit den französischen Physiokraten im Jahr 1783 mit der Aufhebung der Leibeigenschaft eingeleitet hatte.
 - 3 Die Bezeichnung 'Bauernbefreiung' stammt nicht aus der Gesetzgebung, sondern scheint erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgekommen zu sein. Es muß LÜTGE zugestimmt werden, der zu dieser Tatsache und zur heute allgemein verbreiteten Verwendung des Begriffes 'Bauernbefreiung' erklärt, daß damit jene Reform "von vornherein unter ein bestimmtes Vorzeichen gestellt" sei und daher "leicht zu einer bestimmten Haltung verleitet, die ihrerseits wieder dazu führt, daß wichtige Probleme verdeckt werden" (Bauernbefreiung, Seite 175). Lütge verwendet allerdings selbst dieses Wort, wenn auch "lediglich deswegen, weil es sich nun einmal eingebürgert hat". Diese Begründung kann nicht ganz überzeugen. Aber hiervon abgesehen scheint doch wichtig klarzustellen, daß

setzte mit der Aufhebung der Erbuntertänigkeit durch Edikt vom 9. Oktober 1807 ein und wurde dann gegen den Widerstand Konservativer¹ mit einer Fülle verschiedener Vorschriften bis gegen Mitte des Jahrhunderts im überwiegenden Teil der deutschen Staaten durchgeführt.

Diese Befreiung bedeutete, wie ausdrücklich und wiederholt betont wurde, keine Freiheit von den Lasten auf Grund von Verträgen. § 12 des preußischen Edikts vom 9. Oktober 1807²

(Fortsetzung)

'Bauernbefreiung' ja im Ergebnis eine zutreffende Formulierung ist. Die abhängige Landbevölkerung wurde tatsächlich frei, und zwar in dem doppelten Sinn von Freiheit, der dieser Wirtschaftsform entsprach: frei von personaler Bindung und frei vom Eigentum am Produktionsmittel Boden.

- 1 Der spätere Feldmarschall YORCK VON WARTENBURG klagte im Jahr 1808, die Reformen seien "keine landesväterliche Idee nach dem Sinn des Königs", und sie könnten auch "nur in der Kanzlei eines Bankiers oder von einem Professor, der einen schlecht verdauten Adam Smith vom Katheder doziert, ausgeheckt werden". Auf die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftsliberalem Adel, Bürgertum und Beamtentum eingehend, wie sie in der vom Minister Stein geförderten Reformgesetzgebung zum Ausdruck kam, bedauerte er, daß sich "dergleichen Geschmeiß des genialen Ministers bemächtigt" habe (Droysen, Seite 162).
- Der Volkswirtschaftler ADAM MÜLLER kritisierte im Jahr 1812 die "Einführung eines allgemeinen Lohnsystems" und vor allem die Tatsache, daß "das Geschäft des Landbaues selbst, seinem Ursprunge nach Dienst des Staates und nichts Geringeres, ... durchaus zum Gewerbe herabgewürdigt und dem großen Mechanismus der Industrie einverleibt werden" solle (Agronomische Briefe, Seite 139).
- Der General und Gutsbesitzer FRIEDRICH AUGUST LUDWIG VON DER MARWITZ, einer der führenden und energischen Konservativen, übte in zahlreichen Schriften heftige Kritik am Liberalismus und forderte eine Rückkehr zur vorindustriellen Lebens-, Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Gegen die Bauernbefreiung wandte er sich, weil ohne die Fürsorge eines verpflichteten Herrn der Landarbeiter Schutzlos werde (Von den Ursachen der überhandnehmenden Verbrechen, 1836, Seite 462).

- 2 GS 1807, Seite 170.

über 'den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums so wie die persönlichen Verhältnisse der Land-Bewohner' hatte verkündet: "Nach dem Martini-Tage 1810 giebt es nur freie Leute", hatte aber auch gleich hinzugefügt, "bei denen aber, wie sich von selbst versteht, alle Verbindlichkeiten, die ihnen als freien Leuten ... vermöge eines besondern Vertrages obliegen, in Kraft bleiben". Auch in dem Edikt vom 28. Oktober 1807¹ über die 'Aufhebung der Erb-Unterthänigkeit auf sämtlichen Preußischen Domainen', mit dem die Domänenarbeiter "vom 1. Junius 1808 ab ausdrücklich für freie ... Menschen" erklärt wurden, findet sich folgender Zusatz: "Es versteht sich jedoch von selbst, daß die ... aus einem Vertrage entstandenen Verpflichtungen, sie bestehen in Geld- oder Natural-Dienstleistungen, hierdurch keineswegs erlassen oder aufgehoben werden". Die Vertragsfreiheit selbst war insoweit eingeschränkt, als auch durch Vertrag ein Untertänigkeitsverhältnis nicht mehr begründet werden konnte² und die Verträge (die als Mietverträge bezeichnet wurden) eine bestimmte Dauer nicht überschreiten durften³.

1 GS 1807, Seite 174.

2 § 10 des Edikts vom 9. Oktober 1807 (GS 1807, Seite 170).

3 Nachdem dem Grundbesitzer das Recht zugestanden worden war, "so viel Arbeitsfamilien, wie er zu bedürfen glaubt, auf seinem Eigentum anzusetzen", wurde vorgeschrieben, daß "die Miethverträge einen Zeitraum von längstens zwölf Jahren umfassen" dürfen (§ 7 des preußischen 'Edikts zur Beförderung der Landkultur' vom 14. September 1811; Grotefend, Gesetzsammlung, I).

Damit war das neue Wirtschaftssystem auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse konsequent durchgeführt: Der Vertrag war in den Mittelpunkt getreten; die Freiheit des Arbeiters, über seine Arbeitskraft zu verfügen, war geschützt; der Grundsatz der Vertragsfreiheit als Grundsatz der Arbeitsordnung gesichert.

C. DIE BODENBEFREIUNG

Das preußische Edikt vom 9. Oktober 1807, das am Beginn der Bauernbefreiung stand, förderte zugleich die Lockerung der starren ständischen Schranken, indem es dem Adel erlaubte, bäuerliches Land zu erwerben und bürgerliche Gewerbe auszuüben, dem Bauern, adliges Land zu erwerben und bürgerliche Gewerbe auszuüben, dem Bürger, adliges Land zu erwerben und bäuerliches Gewerbe auszuüben. Das Recht, über Grund und Boden vertraglich frei zu verfügen, wurde zunächst mit dem Prinzip der freien Teilbarkeit des Grundeigentums in die Gesetzgebung eingeführt¹. Der Gedanke wurde im Jahr 1811 wieder aufgegriffen. Der Gesetzgeber erklärte, daß "jeder Grundbesitzer ohne Ausnahme befugt sein soll, über seine Grundstücke frei zu verfügen". Jeder Eigentümer könne "sein Gut oder seinen Hof durch Ankauf oder Verkauf oder sonst auf rechtliche Weise willkürlich vergrößern oder verkleinern". Er könne "die Zubehörungen an einen oder mehrere Erben überlassen" und "sie vertauschen, verschenken, oder sonst nach Willkür im rechtlichen Wege damit schalten,

1 § 4 des Edikts vom 9. Oktober 1807 (GS 1807, Seite 170).

ohne zu einer dieser Veränderungen einer besonderen Genehmigung zu bedürfen"¹. Hatte noch keine zwanzig Jahre zuvor die Gesetzgebung das Verbot des Bauernlegens erneuert², so stand nun die offizielle Begründung für die Beendigung dieses Schutzes und für die Freigabe des Bodens in Übereinstimmung mit liberalen ökonomisch-politischen Grundsätzen: "Aus der Vereinzelung entspringt noch ein, anderer sehr beachtenswerter Vortheil, der Unserm landesväterlichen Herzen besonders angenehm ist. Sie gibt nämlich den sogenannten kleinen Leuten, den Käthnern, Gärtnern, Büdnern, Häuslern und Tagelöhnern Gelegenheit, ein Eigenthum zu erwerben, und solches nach und nach zu vermehren"³.

Die Vertragsfreiheit erstreckte sich auch auf die Belastbarkeit der Grundstücke; waren in Preußen der Verschuldung zunächst Grenzen gezogen⁴, so wurde später die volle

1 § 1, Absatz III des 'Edikts zur Beförderung der Landkultur'.

2 Das Allgemeine Landrecht von 1794 hatte das Einziehen bäuerlicher Stellen und der "dazu gehörigen Realitäten" sowie das "Zusammenschlagen derselben" verboten (ALR, II, 7, 1, § 14).

3 § 1, Absatz 9 des 'Edikts zur Beförderung der Landkultur'. Charakteristisch für diese Gesetzgebung ist die sich anschließende Begründung: "Die Aussicht hierauf wird diese zahlreiche und nützliche Klasse Unserer Unterthanen fleißig, ordentlich und sparsam machen, weil sie nur dadurch die Mittel zum Landkauf erhalten kann".

4 Die in § 29 des Regulierungsedikts vom 14. September 1811 festgesetzte Verschuldungsgrenze von einem Viertel des Grundstückswerts wurde "gar nicht beachtet" (MARWITZ, Seite 463).

Verschuldungsfreiheit eingeführt¹. Selbst die Freiheit der Bewirtschaftung wurde verkündet. Hatte noch siebzehn Jahre zuvor der Gesetzgeber die Bewirtschaftungspflicht angeordnet², so konnte nun der Grundeigentümer nicht nur nach eigenem Ermessen entscheiden, was er anbaute, sondern auch, ob er sein Land überhaupt bewirtschaften wollte. Landwirtschaftlich genutzte Grundstücke durften "in Forst verwandelt und jeder anderen beliebigen Veränderung unterworfen werden, daher denn auch die ... Verordnung, daß bäuerliche Grundstücke nicht unbestellt bleiben dürfen, hiermit aufgehoben wird"; das galt sogar noch für den Wald: "Die Einschränkungen, welche theils das Allgemeine Landrecht, theils die Provinzial-Forstordnungen in Ansehung der Benutzung der Privatwäldungen vorschreiben, hören gänzlich auf. Die Eigenthümer können solche nach Gutsbefinden benutzen und sie auch parzellieren und urbar machen"³. So finden wir auch hier wieder das Vorbild des französischen bürgerlichen Rechts, das im Code rural von 1791 ebenfalls die Nutzung des landwirtschaftlichen Bodens den Eigentümern freigestellt hatte⁴.

1 Das Vorbild hierfür war in Frankreich zu finden. So wurde in Artikel 8 des 'Décret contenant le Code hypothécaire' vom 27. Juni 1795 festgestellt: "Tout citoyen ... a droit hypothéquer ses biens présents et à venir" (Hedemann, II, 1, Seite 45).

2 ALR, II, 7, 1, §§ 8, 9.

3 §§ 5 und 4 des 'Edikts zur Beförderung der Landkultur'.

4 "Les propriétaires sont libres de varier à leur gré la culture et l'exploitation de leurs terres, de conserver à leur gré leurs récoltes, et de disposer de toutes les productions de leur propriété" (Hedemann, II/1, Seite 46).

Damit waren Grund und Boden zu einer Ware geworden, über die mit dem Mittel der Vertragsfreiheit wie über andere Waren verfügt werden konnte.

3. Abschnitt

DIE ARBEITERSCHAFT

Beruhete die deutsche Wirtschaft zu Beginn des Jahrhunderts auf Landwirtschaft, Handwerk, Manufaktur und Hausgewerbe, so verlagerte sich die Produktion mit dem Anwachsen der Industrialisierung zunehmend in größere Fabriken. Zugleich stieg der Bedarf an Arbeitern, die frei über ihre Arbeitskraft verfügen konnten und denen gegenüber keine andere Verpflichtung als die zur Lohnzahlung bestand. Die gewerblichen Unternehmer ebenso wie die Gutsbesitzer, mußten nun in der Lage sein, Arbeiter je nach Bedarf, der Konjunkturlage entsprechend, einzustellen und wieder zu entlassen.

Der Grund hierfür ist in der sich immer stärker entwickelnden kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu finden. Der Kapitalismus bedurfte der freien Arbeit. Er benötigte als Arbeiter den Menschen, der frei war in doppeltem Sinn: rechtlich frei zu entscheiden, an wen und zu welchen Bedingungen auf Grund eines freien Vertrages er seine Arbeitskraft verkaufte; frei vom Eigentum an Produktionsmitteln, so daß er zum Verkauf seiner Arbeitskraft gezwungen war.

Den Einfluß von Lohnarbeit und Vertragsfreiheit auf die Lage der Arbeiterschaft darzustellen, ist Aufgabe des folgenden Abschnitts der Untersuchung.

A. DIE AUSDEHNUNG DES LOHNARBEITSSYSTEMS

Wie wir gesehen haben, wurde im Verlauf dieser ersten Jahrhunderthälfte die Bauernbefreiung weitgehend durchgesetzt. Auf Grund der Machtstellung des grundbesitzenden Adels bewirkten die Durchführungsvorschriften zu dieser Befreiung dann freilich, daß durch die Ablösung der gegenseitigen Rechte und Pflichten die Landbevölkerung im Ergebnis dem Adel zum Auskaufen ausgeliefert wurde¹. Das Ende dieser Entwicklung sieht die Lohnarbeiterschaft auf dem Land, die sich mit einem freien Arbeitsvertrag an den landwirtschaftlichen Unternehmer bindet und nur noch in geringfügigem Umfang über eigenes oder gepachtetes Land verfügt². "Wer da hatte, dem wurde noch gegeben, und wer da nicht hatte, dem wurde noch genommen, was er hatte" - so schilderte ein

-
- 1 Im Ergebnis wie hier HOLBORN, Deutsche Geschichte, II, Seite 103; KEHR, Genesis, Seite 44; SCHNABEL, II, Seite 292; ULMANN, Seite 153; WALTERSHAUSEN, Seite 123. Bis zur Jahrhundertmitte gewann der Adel auf Grund der Bauernbefreiung mehr als 18 Millionen Taler Kapitalzahlungen, über 1,5 Millionen Taler jährliche Renten und über 1,5 Millionen Morgen Land (ENGELS, Preußische Bauern, Seite 575; KOSELLECK, Preußen, Seite 498).
 - 2 Die Gutsherren waren "zum Schluß sowohl im Genuß der freien Arbeitskräfte wie deren ehemaliger Bodenanteile" (KOSELLECK, Preußen, Seite 492).

zeitgenössischer Kritiker aus konservativer Sicht die soziale Situation¹.

Während die Landbevölkerung weiter wuchs, wurde der Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der Landwirtschaft infolge rationeller Produktionsmethoden geringer, das Angebot an Arbeitskräften höher, die Konkurrenz unter den Landarbeitern immer größer. Im Zusammenhang mit Bauern- und Bodenbefreiung wurde nun auch noch der Rest der Gemeinnutzung von Land, die Allmende, beseitigt.

Auf dem Land entstand so ein großer Teil der "industriellen Reservearmee"², der als eine "nie versiegende Quelle" (SCHNABEL³) Massen von Lohnarbeitern für den industriellen Aufbau bereitstellte. Landlosigkeit und freie vertragliche Regelung des Arbeitsverhältnisses zusammen hatten dann eine bis dahin in der deutschen Geschichte unbekannte Massenproletarisierung⁴ mit der Abwanderung Hunderttausender von Menschen vom Land in die Industriezentren⁵ zur Folge.

-
- 1 FRIEDRICH AUGUST LUDWIG VON DER MARWITZ, Von den Ursachen der überhandnehmenden Verbrechen (1836), Seite 461.
 - 2 ENGELS, Lage der Arbeiter (1844/1845), Seite 151; MARX, Kapital, I, passim, vor allem Seiten 582 bis 596.
 - 3 Deutsche Geschichte, II, Seite 294.
 - 4 SCHNABEL, II, Seite 293. Auch "wer sich von den kleinen Landeigentümern unter dem ökonomisch freien Wettbewerb nicht halten konnte, wurde in die Gruppe der Arbeiter eingereiht" (WALTERSHAUSEN, Seite 123).
 - 5 Am Beispiel der Zuwanderung nach Berlin nachgewiesen bei SCHNABEL, II, Seite 294. Waren um 1800 noch 75 % der deutschen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, so sind es um 1850 nur noch rund 55 % (FRANZ, Quellen, Seite 448; HOFFMANN, Seite 35).

B. ALLGEMEINE LAGE DER ARBEITER

Die Angehörigen der Arbeiterklasse - auch Frauen und Kinder¹ - arbeiteten im Durchschnitt täglich 14 bis 17 Stunden². Rechtliche Grundlage ihrer Tätigkeit war der freie Arbeitsvertrag.

Welche große Bedeutung die Institution des freien Arbeitsvertrages für die gewerbliche Arbeit gewann, beweist das Ansteigen der Arbeiterzahlen: Während es zu Anfang des Jahrhunderts knapp 100.000 und zu Beginn des dritten Jahrzehnts rund 450.000 Arbeiter in Industrie, Bergbau und zunftfreiem Handwerk gab, stieg die Zahl der Lohnarbeiter dann bis zur Jahrhundertmitte auf knapp eine Million. Allein in Preußen hatte sich die Zahl der Fabrikarbeiter von 160.000 im Jahr 1802 auf 550.000 im Jahr 1846 erhöht. In Berlin gab es im Jahr 1847 neben 60.000 Gesellen und Lehrlingen 40-50.000

1 In rheinischen Industriebezirken arbeiteten Tausende von Kindern, auch nachts, bis zu 14 Stunden (BECHTEL, Seite 361). Schon 1828 hatte FRIEDRICH WILHELM III. in einer Kabinettsordre verfügt, daß seine zuständigen Minister ihm Maßnahmen gegen diese Situation vorschlagen sollten (abgedruckt bei Anton, Seite 51). Aber wegen des Widerstandes der Unternehmer (EBEL, Quellen, Seite 24) wurde erst 1839 in Preußen die Arbeit von Kindern verboten, die jünger als 9 Jahre waren - eine Folge auch der Tatsache, daß schon 1828 in Industriebezirken viele Rekruten nicht mehr militärtauglich waren (Bericht eines preußischen Generalleutnants sowie 10 Jahre später des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, zitiert nach Bechtel, Seite 361).

2 WERNER STEIN, Seite 909; BERTHOLD, Seite 7.

Fabrikarbeiter.¹

Die Lohnentwicklung war unterschiedlich; im Durchschnitt sanken jedoch die Reallöhne, und häufig lag der Lohn am Rande des Existenzminimums oder darunter². Die Arbeiter mußten sich teilweise in den Arbeitsverträgen verpflichten, als Entlohnung Waren anzunehmen, auch solche, für die sie keinen Bedarf hatten oder die überteuert waren (Trucksystem)³. Daneben entwickelte sich nun eine in diesem Ausmaß bislang unbekannte Wohnungsnot⁴. Gegenüber dem

1 Nach BERTHOLD, Seite 7; KRAFFT, Seite 37; KUCZYNSKI, Wirtschaft, Seite 196; SCHMOLLER, Soziale Frage, Seite 41; STADELMANN, Seite 145.

2 Die durchschnittlichen Bruttoreallöhne sanken von 1820 bis 1849 um 10 % (KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 154). Daß die Arbeiterlöhne unter dem Existenzminimum lagen, beweisen für das Jahr 1846 DRONKE (in: Schraepler, I, Seiten 149 bis 151) und DITTRICH (in: Kuczynski, Lage, I, Seite 329). Diese Entwicklung hatte ihr Vorbild in England; so berichtete im Jahr 1815 der französische Volkswirtschaftler JEAN-BAPTISTE SAY, daß ein Arbeiter in England nicht mehr als drei Viertel und oft sogar nur die Hälfte seiner Ausgaben verdienen konnte (De l'Angleterre et des Anglais, Seite 213).

Auch WOLFRAM FISCHER, der in seiner Abhandlung über den Status der Fabrikarbeiter die Differenzierung im Verdienst der Arbeiter untersucht, stellt über die Löhne fest, daß im Durchschnitt "sie sich mehr in den unteren Bereichen unserer Skalen verdichten, daß sie weithin Hungerlöhne waren und allein zum Erhalten einer Familie nicht ausreichen" (Seite 218; ähnlich im Ergebnis für die Landarbeiterschaft SCHNABEL, II, Seite 294).

3 Dazu GREBING, Seiten 23/24.

4 Die Wohnungsnot zeigte sich besonders kraß in den Städten, die vor allem infolge der Industrialisierung einen starken Zuzug zu verzeichnen hatten; so wuchsen zwischen 1800 und 1850 Berlin von 172 auf 419, Breslau von 60 auf 114, München von 30 auf 110, Dresden von 60 auf 97, Köln von 50 auf 97 Tausend Einwohner (nach KÖLLMANN, Seite 24).

Welche vertraglichen Bedingungen unter diesen Umständen und vor dem Hintergrund der Freiheit der Mietverträge ausgehandelt wurden, illustriert eine zeitgenössische Zeitungsanzeige, in der die Hälfte eines Bettes als Schlafgelegenheit angeboten wurde (nach BECHTEL, Seite 362).

18. Jahrhundert verschlechterten sich im allgemeinen die Arbeitsverhältnisse¹, wie besonders deutlich wird an der Lage der Landarbeiterschaft, die nach Einführung des Lohnarbeitssystems und der Freiheit des Arbeitsvertrages zum Ackerbauproletariat geworden war². Damit erwies sich, daß die Vertragsfreiheit in erster Linie den gesellschaftlich und wirtschaftlich Mächtigen zugute kam, denen die bis dahin bestehenden Verpflichtungen gegenüber den Abhängigen hinderlich sein mußten³. Ein konservativer zeitgenössischer Kritiker des Liberalismus stellte fest, der frühere Hörige habe nun "statt eines Grundherren, der ihn erhalten und in Not unterstützen mußte, in dem Gläubiger einen weit strengeren und mächtigeren Herren, der ihn nackt und bloß

-
- 1 OGRIS, Seite 297. Wegen der überhandnehmenden Mißstände in den Produktionsstätten wurde seit 1839 in Preußen die Gewerbeaufsicht, eine Form der Arbeiterschutzgesetzgebung, eingeführt. Die Schutzbestimmungen wurden oft von den Unternehmern umgangen, wobei die Behörden alle Augen zudrückten (ANTON, Seite 144). Ebenso SCHMOLLER (Soziale Frage, Seite 212), der darauf hinweist, daß überhaupt in der ganzen Zeit zwischen 1802 und 1875 alle die Gesetze, die die freie Disposition der Unternehmer in irgendeiner Weise einschränkten, "nicht oder schlecht ausgeführt wurden".
 - 2 So schilderte der schlesische Großgrundbesitzer Graf REICHENBACH im Jahr 1848, "wie das Ackerbauproletariat bei weitem mehr gedrückt ist, als dies in irgendeinem anderen Landesteil bei den Fabriken und Industriearbeitern der Fall ist ..., wie die Leute auf dem Lande ... nur zwei- bis dreimal im Jahr Fleisch zu essen bekommen, und wie man die Arbeiter von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten läßt ... ja sie sogar des Nachts nicht ruhen läßt, weil sie dann in den Ställen zu arbeiten haben" (zitiert nach Franz, Quellen, Seite 442).
 - 3 Ähnlich WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seiten 322 und 324.

aus dem Hause wirft"¹.

Die konservative Kreuzzeitung berichtete in einem Rückblick² von der für die landwirtschaftlichen Unternehmer vorteilhaften Gestaltung der Arbeitsverträge auf dem Lande, die bestimmt war durch den "größten Überfluß an freien Arbeitern und die angenehmsten Arbeiterverhältnisse, die man sich denken konnte. Auf den großen Gütern wurde eine verhältnismäßig sehr viel geringere Zahl von Hoftagelöhnern gehalten ..., weil man zu jeder Zeit so viel freie Arbeiter bekommen konnte, als man gebrauchte. Die freien Arbeiter kamen auch bedeutend billiger zu stehen, als die eigenen Hoftagelöhner".

Was für die von wirtschaftlicher Freiheit profitierenden Schichten des Bürgertums und für die meisten Gutsbesitzer gilt, das trifft um die Wende von der ersten zur zweiten

1 FRIEDRICH AUGUST LUDWIG VON DER MARWITZ, Von den Ursachen der überhandnehmenden Verbrechen (1836), Seite 462. Zwei Jahre zuvor hatte sich schon GEORG BÜCHNER mit seiner Flugschrift 'Der hessische Landbote' an diesen Teil der Bevölkerung gewandt. Seine Forderung "Friede den Hütten! Krieg den Palästen!" unterstrich er mit dem Hinweis, daß das Recht die Ausplünderung der armen Bevölkerung ermögliche, während es doch nach offizieller Lesart der Ordner im Staate sei, durch den das Wohl aller gesichert werde (Landbote, hier: Seite 212).

MAX WEBER hat ganz ähnlich später festgestellt, daß der "indirekte Arbeitszwang, wie ihn das Lohnsystem mit seiner drohenden Chance der Entlassung und Arbeitslosigkeit bietet", gegenüber dem direkten Zwang eine wirksamere Methode darstellte, "Arbeit aus dem Abhängigen herauszupressen" (Rechtssoziologie, Seite 159). WALTERSHAUSEN hat darauf hingewiesen, daß nach dem Wegfall des Individualinteresses an der Arbeit selbst die Hoffnung auf Lohnaufbesserung eine wesentliche Rolle spielte (Wirtschaftsgeschichte, Seiten 147/148).

2 Kreuzzeitung, Oktober 1873 (zitiert nach Wilhelm Liebknecht, Bodenfrage, Seiten 124 bis 127, hier: 125). Hervorhebung von mir.

Jahrhunderthälfte auch für die Vertragsfreiheit zu: Sie "hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande ... unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'" (Kommunistisches Manifest, 1847/1848¹).

Auf die sozialen Folgen dieser Tatsache hatte bereits zu Beginn des Jahrhunderts der Göttinger Rechtslehrer GUSTAV HUGO hingewiesen. HUGO erklärte im Jahr 1809, der Vorteil der Reichen gegenüber den Armen sei immer dann augenscheinlich, wenn in einer Wirtschaftsordnung der Preis durch Nachfrage und Konkurrenz bestimmt werde; er stellte des weiteren einen Vergleich der "Sklaverey in ihren Folgen mit der durch das PrivatEigenthum gesetzten Armuth" an und kam zu dem Ergebnis, daß der freie Arbeiter sich in einer ungleich schlechteren Lage befinde als der Sklave, um dessen Wohl der Eigentümer sich schon aus Eigennutz kümmere².

Nach einer Inspektionsreise in die westlichen Provinzen Preußens hatte dann im Jahr 1817 Staatskanzler HARDENBERG Maßnahmen gefordert, "wodurch es überhaupt zu verhindern ist, daß die Fabrication, von welcher Cultur und der Wohlstand ausgeht, nicht eine zahlreiche Menschenklasse erzeuge, die in den besten Jahren dürftig, und bei jeder Mißernte oder Stockung des Absatzes dem tiefsten Elend preisgegeben ist"; Ziel der Hardenberg'schen

1 MARX/ENGELS, Kommunistisches Manifest (Berlin 1958), Seite 26.

2 HUGO, Naturrecht, § 331, Seite 398; § 144, Seiten 156/157.

Überlegungen zur Lage der Arbeiter war ein Weg, "den wohlverstandenen Vorthail der Fabriken ... in bessere Übereinstimmung mit den allgemeinen Staatszwecken (zu) stellen"¹.

Zeitgenossen wie der später geadelte Historiker WILHELM HEINRICH RIEHL (1823-1897) sprachen von einem entstehenden "neuen, fremdartigen Leben"², und die ALLGEMEINE DEUTSCHE REAL-ENCYKLOPÄDIE FÜR DIE GEBILDETEN STÄNDE verwies auf die "höchst bedeutsame und unheilvolle Erscheinung" des Pauperismus³. Im Jahr 1832 hatte der Jurist und Politiker JOHANN KARL BERTRAM STÜVE (1798-1872) die Gefahren dargestellt, die sich aus der Spaltung der Gesellschaft in besitzende und in nichtbesitzende Klassen ergaben⁴. Zwei Jahre später bezeichnete dann der Volkswirtschaftler und Philosoph FRIEDRICH BÜLAU (1805-1859) die Fabrikarbeiter als die gefährdrohendste Klasse⁵. Der liberale Politiker und später geadelte Rechtslehrer ROBERT MOHL (1799-1875) endlich sah im Jahr 1844 "die Sicherheit und selbst das Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft" bedroht und forderte

-
- 1 Schreiben HARDENBERGS an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz (in: Erdbrügger, Seiten 434/436).
 - 2 RIEHL beobachtete "eine Art von physikalisch-chemischem Prozeß in der neuesten Culturgeschichte"; die alten Gesellschaftsgruppen würden sich zersetzen und "neues, fremdartiges Leben" sprießen lassen (Naturgeschichte des Volkes, Seite 272).
 - 3 "Pauperismus ist ein neuerfundener Ausdruck für eine neue, höchst bedeutsame und unheilvolle Erscheinung... Pauperismus ist da vorhanden, wo eine zahlreiche Volksclasse sich durch die angestrengteste Arbeit höchstens das nothdürftigste Auskommen verdienen kann, auch dessennicht sicher ist" (9. Auflage, 11. Band, Artikel 'Pauperismus', Seite 15).
 - 4 Nach Conze, Vom Pöbel zum Proletariat, Seiten 117/118.
 - 5 Nach Conze, Spannungsfeld, Seite 253.

Hilfsmaßnahmen, um einen "einstigen Kampf der Armen gegen die Besitzenden" zu vermeiden¹.

C. RECHTLICHE SITUATION DER LOHNABHÄNGIGEN

Die erste Hälfte des Jahrhunderts war im Bereich des Rechts der Arbeitsverhältnisse dadurch bestimmt, daß - soweit nicht noch Untertänigkeit bestand - die Prinzipien der römisch-rechtlichen Sachmiete angewendet wurden. Vom Haupt der Romanistischen Rechtsschule, SAVIGNY, wurde das Arbeitsverhältnis als ein `R e c h t s v e r h ä l t n i s` bezeichnet, "welches in der Herrschaft über eine fremde Person, ohne Zerstörung ihrer Freyheit, besteht". Dieses Recht sei "dem Eigenthum ähnlich, und doch von ihm verschieden". Der Unterschied bestand nach SAVIGNY darin, daß "die Herrschaft nicht auf die fremde Person im Ganzen, sondern nur auf eine einzelne Handlung derselben" sich erstrecke². Hiervon ausgehend, kam die juristische Praxis zur

1 MOHL, Polizei-Wissenschaft, I, Seite 417. MOHL wies darauf hin, daß die "Gewerbe-Proletarier mit ihrem harten und hoffnungslosen Schicksale" notwendig unzufrieden sein müßten und daß sie bei "Vergleichung desselben mit der Lage der wohlhabenderen und höheren Klassen" verbittert würden. Als Ausweg forderte MOHL neben einer Anhebung der Löhne und einem Schutz vor Wirtschaftskrisen "die Zufriedenstellung der Arbeiter mit ihrem Loose und, in Folge dessen mit der Gestaltung der bürgerlichen Gesellschaft". Als "Mittel zur Ruhe" empfahl er die Förderung der Religion, denn es bringe "ein frommer christlicher Sinn die Ergebung in Uebel und Leiden mit sich" (Seiten 422 und 440).

2 SAVIGNY, System, I, Seite 339.

Definition der locatio conductio operarum des 19. Jahrhunderts als eines Vertrages, durch den der eine Kontrahent (Arbeiter) dem anderen (Unternehmer) für einen bestimmten Zeitraum seine Dienste gegen einen bestimmten Lohn zur Verfügung stellt¹.

I. DER GRUNDSATZ DER VERTRAGSFREIHEIT

Mit der Freiheit wirtschaftlicher Betätigung korrespondierte die Vertragsfreiheit auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse. Sie war in weitem Umfang eingeführt worden und hatte eine spätere Einschränkung erst durch die Anhebung der Altersgrenze bei der Kinderarbeit (seit 1839 in Preußen auf zunächst neun Jahre) erfahren. Für die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter dagegen galt sie in dieser Jahrhunderthälfte nur beschränkt und für die der Landarbeiter nur entsprechend dem Vordringen der Bauernbefreiung und der Ablösung grundherrlicher Lasten. Die Rechtsverhältnisse des Gesindes beruhten zum Teil auf freier vertraglicher Gestaltung und im übrigen auf genauen gesetzlichen Vorschriften.

Sollte die Freiheit des Arbeitsvertrages, der liberalen Theorie entsprechend, zur harmonischen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse führen, dann war für die freie Vereinbarung der Vertragsbestandteile die rechtliche und reale Gleichberechtigung zweier freier Vertragspartner

¹ DANKWARDT, Seite 239.

Voraussetzung. Die tatsächliche Übermacht der Eigentümer der Produktionsmittel sowie zusätzlich das Überangebot von Arbeitskräften¹, das auch wegen der erzwungenen Mitarbeit der Frauen lohndrückend wirken mußte² und das durch die zunehmende Arbeitsteilung noch erhöht wurde³, ließ jedoch den Vertragsinhalt als Diktat des Unternehmers erscheinen⁴.

Schon im Jahr 1836 hatte der Berliner Rechtslehrer EDUARD GANS (1798 - 1839) festgestellt: "Heißt das nicht Sklaverey,

-
- 1 STADELMANN, Seite 143; KASKEL-DERSCH, V, Seite 8.
KARL MARX hatte bereits in den Vorträgen, die er im Jahr 1847 hielt, die Konkurrenzsituation innerhalb der Arbeiterschaft und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für den einzelnen Arbeiter im Bereich der freien Gestaltung der Arbeitsverträge geschildert: "J e m e h r e r a r b e i t e t , u m s o w e n i g e r L o h n e r h ä l t e r , und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er in demselben Maß seinen Mitarbeitern Konkurrenz macht, sich daher ebensoviel Konkurrenten aus seinen Mitarbeitern macht, die sich zu ebenso schlechten Bedingungen anbieten wie er selbst, weil er also in letzter Instanz s i c h s e l b s t K o n k u r r e n z m a c h t , sich selbst als Mitglied der Arbeiterklasse" (Lohnarbeit und Kapital, Seite 89. Hervorhebung von Marx).
- 2 HOFMANN, Seite 11.
- 3 Die Arbeitsteilung bewirkte, worauf MARX im Jahr 1847 hingewiesen hatte, eine Vereinfachung der Arbeit und damit im Ergebnis eine Stärkung der Unternehmermacht, die sich wiederum bei der Gestaltung der Arbeitsverträge bemerkbar machte: " I n d e m s e l b e n M a ß e , w i e d i e T e i l u n g d e r A r b e i t z u n i m m t , v e r e i n f a c h t s i c h d i e A r b e i t . Die besondere Geschicklichkeit des Arbeiters wird wertlos ... Seine Arbeit wird allen zugängliche Arbeit. Es drängen daher Konkurrenten von allen Seiten auf ihn ein" (Lohnarbeit und Kapital, Seite 89. Hervorhebung von mir).
- 4 EBEL, Quellen, Seiten 20/21; ERDBRÜGGER, Seite 431; HERKNER, Arbeiterfrage, I, Seite 12; HUECK-NIPPERDEY, I, Seite 9, und II/1, Seite 235; KASKEL-DERSCH, V, Seite 8.

wenn man den Menschen wie ein Tier exploitirt, auch selbst, wenn er frei wäre, sonst vor Hunger zu sterben?"; man könne doch nicht leugnen, daß "die Sklaverey eigentlich noch nicht vorüber" sei - sie sei zwar formell aufgehoben, aber "materiell in vollkommenster Gestalt vorhanden"¹. Gans äußerte damit Überlegungen, die in teilweise schärferer Zuspitzung bereits vor ihm und gleichzeitig mit ihm in dem damals wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Frankreich angestellt worden waren. Hier erklärten schon im Jahr 1830 SAINT-AMAND BAZARD (1791-1832) und BARTHELEMY-PROSPER ENFANTIN (1798-1864) in Fortführung der Feststellung ihres Lehrers SAINT-SIMON (1760-1825), der Arbeiter müsse den Vertrag "bei Todesstrafe hinnehmen, da er seine tägliche Nahrung nur von der Arbeit des Vortages erhält"; die "Gesetzgebung und die juristische Ordnung" seien "Unterdrückungsmittel gegen das Volk" und "eine stete Offenbarung des Antagonismus, der zwischen den Herrschenden und den Beherrschten besteht"².

Mit dem neuen Mittel der Vertragsfreiheit wurde der alte Zweck erreicht, das Arbeitsverhältnis als ein Herrschaftsverhältnis neuen Typs aufrechtzuerhalten. Diese Erkenntnis verbreitete sich langsam stärker, wie auch an Teilen der zeitgenössischen gesellschaftskritischen Literatur in Deutschland verfolgt werden kann. Aus ihr läßt sich entnehmen, daß die Vertragsfreiheit ganz bewußt eingesetzt wurde, um dieses Herrschaftsverhältnis zu begründen und

1 Zitiert nach Blumenberg, Seite 46. Hervorhebung von mir.

2 BAZARD/ENFANTIN, Die Lehre Saint-Simons, Seiten 105 und 190. Hervorhebungen von mir.

zu festigen.

In einer Abhandlung unter dem beziehungsreichen Titel 'Die politische Emanzipation der untern Klassen als mitwirkende Ursache des erhöhten Gefühls ihrer Not' übte im Jahr 1847 der Historiker, Professor der Philosophie und liberale Politiker KARL BIEDERMANN (1812-1901) scharfe Kritik an den Auswirkungen der Vertragsfreiheit im täglichen Leben der Arbeiter: "Der Arbeiter steht jetzt seinem Arbeitgeber als freier Mann gegenüber, er arbeitet für denselben nicht mehr in Folge eines gesetzlichen Zwanges, einer Dienstuntertänigkeit, sondern in Folge eines freien Vertrages. Um so härter empfindet er aber die faktische Abhängigkeit und Unfreiheit ... Daher hat sich der untern Klassen ein Gefühl der Bitterkeit und des Unbehagens bemächtigt ... Was hilft uns die Freiheit? sagen oder denken sie; gibt sie uns Brot? verschafft sie uns einen ausreichenden Arbeitsverdienst? Was hilft uns die bürgerliche Gleichstellung mit den oberen Klassen, wenn die Unterschiede der Besitztümer, wenn das Vorrecht des Reichtums eine ewig unübersteigliche Grenze zwischen ihnen und uns ziehen? Was hilft es uns, daß jene uns rechtlich nicht zwingen können, unsere Kraft ihnen dienstbar zu machen, wenn sie es faktisch dennoch tun kraft der Macht, welche der Besitzende über den Besitzlosen, der Reiche über den Armen hat, und wenn sie diese Macht jetzt nur noch schonungsloser üben, als selbst unter der Herrschaft der völligen Dienstuntertänigkeit, wo wenigstens die Erhaltung der Existenz und Gesundheit des Arbeiters im eignen Interesse seines Herrn lag?"¹

1 Zitiert nach Schraepler, I, Seiten 91/92. Hervorhebungen von mir.

Der später geadelte Jurist, Politiker und Volkswirtschaftler LORENZ STEIN (1815-1890) hatte im Jahr 1842 bereits davor gewarnt, "die Begriffe von Proletariat und Gesellschaft, die sociale Bedeutung des Besitzes und der Industrie, das Wesen der Bildung des Volks und das der Classen unverstanden zu lassen" und den Zusammenhang zwischen Kommunismus und Proletariat zu verkennen¹. Im Jahr 1850 untersuchte er dann auch das Verhältniß von Recht und gesellschaftlicher Ordnung. Er verwies zunächst auf die Trennung von Kapital und Arbeit, auf das Bestehen von Gesetzen gesellschaftlicher Entwicklung und auf die Existenz einer eigenen Arbeiterklasse, des Proletariats, das ein Klassenbewußtsein entwickle und mit der Klasse des Bürgertums in ständigem Kampf liege². Die bürgerliche Klasse sei die besitzende und die herrschende, die nichtbesitzende die unfreie geworden. Das Bürgertum habe sich, erklärte Stein sodann, als Waffe gegen die Arbeiterklasse ein bürgerliches Recht geschaffen. Dieses Recht gehe zwar aus von der unabhängigen, freien und gleichen Persönlichkeit und kenne keine gesellschaftlichen Unterschiede mehr. Daher sei der Arbeiter juristisch ein freier Mann und der Vertragsschluß rechtlich frei. Jedoch hänge die Existenz des Arbeiters von seinem Arbeitslohn ab und damit im Ergebnis von der Willkür des Arbeitsherrn: "Der Arbeiter unterwirft sich dem Fabrikherrn mit der selben Notwendigkeit, mit der er sich dem eigenen Bedürfnis unterwirft". Der Arbeiter sei trotz der ihm vom Recht zugesprochenen Freiheit "faktisch durchaus u n f r e i"; die "Ausschließung vom Kapital" stelle in der bürgerlichen Gesellschaft "eine Ausschließung von der Bedingung der vollen persönlichen

1 LORENZ STEIN, Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs (1842), Seiten IX, 355 und passim.

2 LORENZ STEIN, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage (1850), II, Seiten 55, 62, 96, 98; III, Vorwort, Seiten 218, 284, 303.

Entwicklung und der staatlichen Freiheit" dar. Stein hat diese Form der Unfreiheit " m a t e r i e l l e U n - f r e i h e i t " genannt¹.

Auch für den konservativen Berliner Philologieprofessor VICTOR AIME HUBER (1800-1869) standen die sozialen Unterschiede im Mittelpunkt seiner Forderung, der Staat müsse dem Arbeiter "Förderung und Unterstützung zuwenden". Das "Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit" müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden. Der bisherigen Handhabung der Vertragsfreiheit kritisch gegenüberstehend, räumte er doch die Möglichkeit ein, daß diese neue Basis " w o m ö g l i c h v e r t r a g s m ä ß i g e r " Art sein könne².

Schließlich werfen die gesellschaftskritischen Ausführungen des Philosophen FRANZ VON BAADER (1765-1841) ein Licht auf die Freiheit vertraglicher Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Er wies im Jahr 1835 zunächst darauf hin, daß die "Zivilisation der Wenigen nur durch die Unzivilisation ... der Vielen besteht". Dann stellte er fest, daß die Arbeiterschaft auch in den Volksvertretungskörperschaften keine Hilfe finden könne, denn "die Repräsentation des Interesses des armen Arbeitervolkes" sei in diesen Kammern verpönt, und daher seien dort "die Fabrikherren Partei und Richter in einer Person". Eine wirklich freie Konkurrenz zwischen den Arbeitern und den Unternehmern gäbe es nicht, denn es werde "von letzteren gegen erstere d a s d r ü c k e n d s t e M o n o - p o l ausgeübt", und man müsse fragen, ob "ein solcher Druck den Namen einer frei sich bewegenden Industrie verdient"³.

-
- 1 LORENZ STEIN, Soziale Bewegung, I, Seite 421; II, Seiten 56, 67/69, 71/72; III, Seite 227. Hervorhebungen von Stein.
 - 2 Zitiert nach Kuczyński, Lage, XIII, Seite 11. Hervorhebung von mir.
 - 3 BAADER, 'Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät' (1835), Seiten 325/329. Hervorhebung von mir.

Ähnlich schilderte der Freiburger Rechtslehrer FRANZ JOSEF BUSS (1803-1878) in einer Rede vor der Badischen Zweiten Kammer kurze Zeit später den Fabrikarbeiter als den "Leibeigenen eines Brotherrn, der ihn als nutzbringendes Werkzeug verbraucht und abgenützt wegwirft". Auch wenn die Vertragsfreiheit dem Arbeiter zu kündigen erlaube, "was hilft dem Arbeiter die Freiheit der Aufkündigung, dieser Wechsel der Lohnsklaverei?". Der Arbeiter bleibe eben an das Geschäft eines Brotherrn gefesselt, auch an einer anderen Arbeitsstelle finde er regelmäßig keinen besseren Lohn. BUSS führte dies auf die Tatsache zurück, daß Unternehmer die Vertragsfreiheit auch zu Lohnabsprachen nutzten und erklärte: "Sah man nicht oft Fabrikherren zum Zweck gemeinsamer Herabdrückung des Lohnes sich verbünden?"¹.

II. VERTRAGSGESTALTUNG DURCH BETRIEBSORDNUNGEN

Innerhalb des Unternehmens galten häufig Betriebsordnungen. Sie waren mit dem ausdrücklichen oder unterstellten rechtswirksamen Einverständnis der Arbeiter Bestandteil der Arbeitsverträge und regelten in allen Einzelheiten das Arbeitsverhältnis, dessen Bedingungen nicht individuell ausgehandelt wurden.

Auffällig an den Betriebsordnungen ist die häufige und betonte Charakterisierung des Arbeitsverhältnisses als eines

¹ Zitiert nach Schraepler, I, Seiten 66/67. Hervorhebung von mir.

staatlich unreglementierten, nur auf freier Vereinbarung zwischen rechtlich gleichen Parteien beruhenden Vertragsverhältnisses.

So hieß es in dem 1812 erlassenen HÜTTEN-REGLEMENT FÜR DIE SCHREIBERAUSCHEN GLASFABRIKEN CARLSTHAL UND HOFFNUNGSTHAL¹:

§ 49. Die Annahme eines Hütten-Arbeiters beruht auf einem besondern, mündlich oder schriftlich abzuschließenden C o n t r a k t e . In diesem ist die Höhe des A r b e i t s l o h n s und die Länge der D i e n s t z e i t festzusetzen.

§ 50. Das Arbeitslohn soll ... nur durch g e g e n - s e i t i g e Ü b e r e i n k u n f t e r h ö h e t oder e r n i e d r i g t werden können.

§ 53. Jedem Hütten-Arbeiter ist vor seiner Annahme in Gegenwart des Hütten-Officianten und Werkmeisters dieses Reglement vorzulegen und zu erklären. Ist dies geschehen, und tritt der Arbeiter in den Dienst der Fabrik, so sind die Vorschriften des Reglements für ihn verbindlich.

§ 54. Doch soll beiden Contrahenten f r e i s t e h e n , auch darin nicht befindliche oder davon abweichende Bedingungen z u v e r a b r e d e n . Letztere dürfen aber nur das gegenseitige Privatinteresse und nicht polizeiliche Festsetzungen desselben betreffen.

Auf diese freiwillige Annahme der Bedingungen des Unternehmers beriefen sich die Gerichte, wenn es zu einem Prozeß zwischen Arbeiter und Unternehmer kam. Das galt auch in Frankreich und England. So berichtete der MANCHESTER GUARDIAN vom 30. Oktober 1844 über einen Prozeß, den ein englischer Unternehmer gegen Arbeiter angestrengt

¹ Abgedruckt bei Gustav Lange, Seiten 117 bis 126. Hervorhebungen von mir.

hatte. In der Fabrikordnung war festgelegt worden, daß aus jedem Arbeitsraum nicht mehr als zwei Arbeiter je Woche kündigen durften. Die Arbeiter hielten sich nicht daran und verloren den Prozeß mit der Begründung, sie hätten den Vertrag nicht eingehen dürfen, wenn sie ihn nicht gutgeheißen hätten; nun müsse der Vertrag erfüllt werden¹.

Auch ein Strafrecht des Unternehmers wurde als Bestandteil von Betriebsordnungen vertraglich vereinbart. Mit einem System von Strafen, meist in Form von Geldstrafen, wurden selbst geringfügige Unregelmäßigkeiten geahndet. Zugleich konnten diese Ordnungen meist ohne Einwilligung der Arbeiter geändert werden; der entsprechende Passus lautete dann etwa: "Änderungen sowie Zusätze werden von der Direktion durch Anschlag bekanntgemacht und treten jedesmal sofort in Kraft"².

Ausdruck der Herrenstellung und des Herrenbewußtseins der Unternehmer³, wurden schließlich in den Betriebsordnungen

1 In dem mir vom GUARDIAN zur Verfügung gestellten Prozeßbericht lautet die betreffende Stelle: "They should not have entered into such a contract if they did not approve of it; and he must see that it was fulfilled".

2 GÖHRE, Seite 75.

3 Ebenso BÖHME (Seite 50), der vom Entstehen einer "neuen Feudalität" spricht. Ähnlich bezeichnete sie auch SCHMOLLER (Soziale Frage, Seite 214) als "herrschaftliche Anordnungen". GÖHRE (Seite 75) hatte bereits über die Betriebsordnung erklärt, sie sei "deutlich das Produkt der Fabrikpunkten ihrer einseitigen Interessen... Ihr Dasein und ihre Giltigkeit bezeichnet in allen Fällen von Bedeutung die vollkommene, schweigende Abhängigkeit aller Arbeiter; sie ist der Ausdruck eines absolutistischen Systems..."

weitere, über die Arbeitsleistung hinausgehende Pflichten der Arbeiter dekretiert.

So hieß es in der schon zitierten Betriebsordnung der Glasfabriken: "§ 27. Sämtliche Hütten-Arbeiter sind schuldig, in ihrem äußern Betragen diejenige Achtung an den Tag zu legen, welche dem Hütten-Herrn und dessen Stellvertretern gebühret, und daher nicht nur mit entblößtem Haupte und ohne Tabakpfeife vor ihnen zu erscheinen, sondern auch ihre Befehle und Verweise mit Ehrerbietung und Bescheidenheit anzunehmen".

III. DIE SONDERSTELLUNG DES GESINDES

In gedrückter Lage lebten die in den Haushalten der Gutsbesitzer und der reicheren Stadtbewohner beschäftigten Arbeitskräfte, die zusammenfassend als Gesinde bezeichnet wurden. Noch im ausgehenden 18. Jahrhundert war ihre rechtliche Situation zu ihrer Herrschaft bestimmt durch eine fast vollständige staatliche Reglementierung des Arbeitsverhältnisses und damit den umfassenden Ausschluß der Vertragsfreiheit. So hatte in Preußen das Allgemeine Landrecht von 1794 noch eingehende Vorschriften über die Arbeitsbedingungen aufgestellt oder auf entsprechende Anordnungen verwiesen. Das Gesindeverhältnis wurde damals zwar durch einen Vertrag begründet¹, Lohn und Kostgeld sowie die Dauer der Dienstzeit waren aber im Regelfall gesetzlich bestimmt², das Antritts-

1 ALR, II, 5, § 1.

2 ALR, II, 5, §§ 32, 40, 41.

datum war festgelegt¹, und für Kündigungsfristen bestanden normalerweise spezielle Gesetze².

Innerhalb von sechzehn Jahren trat nun ein Umschwung erstaunlichen Ausmaßes ein, als im Jahr 1810 in Preußen die erste von mehreren landesrechtlichen Gesindeordnungen in Kraft trat, die wie die anderen bis zum Jahr 1918 Geltung behalten sollte³. Begründet wurden die neuen Gesetze mit der für die wirtschaftliche und soziale Situation bezeichnenden Feststellung, daß die alten Vorschriften "theils allmählich aus der Übung gekommen, theils mit dem Geist der Gesetzgebung nicht mehr vereinbar" seien⁴. In diesen Gesindeordnungen wurde angeordnet, daß das Arbeitsverhältnis begründet und, soweit vom Gesetz nicht im einzelnen anders festgelegt, auch gestaltet werden mußte durch einen freien Vertrag, der als Mietvertrag bezeichnet wurde. Die Vertragsfreiheit wurde vollständig zugestanden als Eingehungsfreiheit. Auf dem Gebiet der Gestaltung des Arbeitsvertrages bestand weitgehende Freiheit, so etwa für die

1 ALR, II, 5, § 42.

2 ALR, II, 5, § 111.

3 Im Folgenden wurden als Beispiele gewählt die 'Gesinde-Ordnung für sämtliche Provinzen der Preußischen Monarchie' vom 8. November 1810, GS 1810, Seite 101 (zitiert als 'Gesindeordnung 1810') und die 'Gesindeordnung für Neu-Vorpommern und das Fürstenthum Rügen' vom 11. April 1845, GS 1845, Seite 391 (zitiert als 'Gesindeordnung 1845').

4 So der Vorspruch zur Gesindeordnung 1810.

Festlegung der Lohnhöhe, des Kostgeldes, der Beköstigung, der Vertragsdauer und der Kündigungsfristen¹. Die inhaltliche Gestaltung des Arbeitsverhältnisses war in weiteren wesentlichen Punkten im übrigen schon vom Gesetzgeber geschehen. Er versäumte nicht, der Herrschaft nur wenige Pflichten aufzuerlegen, ihr aber dafür fast alle Rechte und eine inferiore Stellung des Gesindes zu gewähren. Die letztere kam in Vorschriften zum Ausdruck, die etwa das Gesinde zu "Ehrerbietung und Bescheidenheit" verpflichteten²

1 "Das Verhältniß zwischen Herrschaft und Gesinde gründet sich auf einem Verträge" ... "Wer sich als Gesinde vermieten will, muß über seine Person frei zu schalten berechtigt sein" ... "Der Betrag des Miethgeldes hängt von freier Übereinkunft zwischen der Herrschaft und dem Gesinde ab" ... "Der Lohn, Kostgeld oder die Beköstigung des ... Gesindes ohne Ausnahme hängt bloß von freier Übereinkunft bei der Vermiethung ab" (§§ 1, 5, 24, 32 der Gesindeordnung 1810 und §§ 1, 5, 24, 29 der Gesindeordnung 1845). Bei aller Freiheit der Beköstigung durfte immerhin das Gesinde "offenbar der Gesundheit nachtheilige und ekelhafte Speisen... anzunehmen nicht gezwungen werden" (§ 83 der Gesindeordnung 1810 und § 76 der Gesindeordnung 1845). Die Dauer der Dienstzeit hing "von freier gegenseitiger Übereinkunft bei der Vermiethung ab" (§ 40 der Gesindeordnung 1810 und § 34 der Gesindeordnung 1845). Die Kündigungsfristen waren gesetzlich festgelegt, "insofern ein Anderes bei der Vermiethung nicht ausdrücklich verabredet ist" (§ 112 der Gesindeordnung 1810 und § 106 der Gesindeordnung 1845).

2 § 76 der Gesindeordnung 1810 und § 70 der Gesindeordnung 1845. Dagegen begründeten "auch solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen andern Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, gegen die Herrschaft noch nicht die Vermuthung, daß sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen" (§ 78 der Gesindeordnung 1810).

und in denen der Herrschaft auch erlaubt wurde, "das Gesinde ... mit Scheltworten oder ... Thätlichkeiten" zu traktieren¹. Schließlich stand das auf solche Weise gestaltete freie Vertragsverhältnis auch noch unter staatlichem Schutz².

Damit wurde deutlich, daß der freiheitliche Grundzug des neuen Gesinderechts nur für den Sektor galt, auf dem auch infolge des großen Angebots von Arbeitskräften die Herrschaft ihre Vormachtstellung behaupten konnte - die Bestimmung von Lohn, Kostgeld und Vertragsdauer lag praktisch in ihrer Hand. Daß auf dem Gebiet des Ehrenschatzes für das Gesinde dagegen ein liberales System gar nicht erst eingeführt worden war, beleuchtet das für diese Epoche der gesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse charakteristische Nebeneinander von Gleichordnung und Unterordnung.

IV. DER STAATLICHE SCHUTZ DIESER RECHTSORDNUNG

Der Staat kapitulierte nicht etwa vor der durch die Vertragsfreiheit herbeigeführten Lage der Arbeiterschaft, wie manchmal mit dem Schlagwort des 'Nachtwächterstaates' dargestellt wird³. Es wäre verfehlt anzunehmen, daß die Vertragsfreiheit "von der Rechtsordnung nur wie eine Art vor- oder außer-

1 "Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Verhalten zum Zorn, und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern" (§ 77 der Gesindeordnung 1810, ähnlich § 71 der Gesindeordnung 1845).

2 §§ 51, 167 der Gesindeordnung 1810, §§ 45, 161 der Gesindeordnung 1845.

3 EBEL (Quellen, Seite 20) etwa spricht von einer "Kapitulation des Staates und Gesetzgebers vor der tiefststehenden Sozialgesinnung, die in der Geschichte des Abendlandes bis dahin dagewesen war".

rechtlicher Naturerscheinung aus Schwäche hingenommen und geduldet" wurde¹. Diese Auffassung wird auch durch die Tatsache widerlegt, daß der Staat schon die ersten schwachen Versuche von Arbeitern und bürgerlichen Demokraten, sich gegen diese Rechtsordnung aufzuhehnen, bekämpfte mit der Unterdrückung "aufrührerischer Auftritte"², mit dem Verbot aller "Vereine, welche politische Zwecke haben", der Zensur der Presse und dem Verbot von "öffentlichen Reden politischen Inhalts"³, mit Maßnahmen gegen die revolutionären Handwerksgesellen⁴, mit dem Verbot von 'Protestationen'⁵, mit dem Verbot der Schriften des Jungen Deutschland⁶ und schließlich mit seinem Polizeiapparat.

Speziell für den Bereich der freien Gestaltung von Arbeitsverträgen war von Bedeutung, daß der Streik unter Strafe

-
- 1 Diese plastische Formulierung RAISERS (Vertragsfreiheit heute, Seite 1), gemünzt auf den heutigen Rechtszustand, trifft für das vorige Jahrhundert ebenso zu: Maßstab und Leitlinie der preußischen Legislative und der Exekutive war der "in der Weltordnung begründete Unterschied zwischen Arm und Reich" (POSCHINGER, Seite 27).
 - 2 Artikel 3 des Bundesbeschlusses zur 'Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland' von 1830 (Protokolle, 34. Sitzung, § 258, Seite 1124).
 - 3 Artikel 1, 2 und 3 des Bundesbeschlusses über 'Maaßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe in Deutschland' von 1832 (Protokolle, 24. Sitzung, § 231, Seiten 951/952).
 - 4 Bundesbeschluß über das Verbot des Wanderns sowie der Versammlungen und Verbindungen der deutschen Handwerksgesellen von 1835 (Protokolle, 3. Sitzung, § 36, Seite 56).
 - 5 Bundesbeschluß gegen 'Umtriebe durch Verfertigung von Petitionen und Protestationen gegen die ... im Interesse der innern Ruhe und gesetzlichen Ordnung gefaßten Bundesbeschlüsse' von 1832 (Protokolle, 29. Sitzung, § 288, Seite 1066).
 - 6 Weil sie die christliche Religion angriffen und die bestehenden sozialen Verhältnisse kritisierten, wie der Beschluß von 1835 hervorhob (Protokolle, 31. Sitzung, § 515, Seite 1171).

gestellt war und auch der Zusammenschluß der Arbeiter ohne polizeiliche Erlaubnis unter Verfolgung stand¹. Wurde auf diese Weise schon verhindert, daß die Arbeiter als einheitliche Kraft auf die Bedingungen der Arbeitsverträge Einfluß nahmen, so sorgte die Gesetzgebung folgerichtig auch noch dafür, daß die auf dem Weg der Vertragsfreiheit gestärkte Position der Unternehmer gesichert wurde: Die Nichteinhaltung der vertraglich übernommenen Verpflichtung durch die Arbeiter wurde vom Staat ebenso bestraft wie der "grobe Ungehorsam" und die "beharrliche Widerspenstigkeit" gegenüber den Unternehmern².

D. ERSTER WIDERSTAND DER ARBEITER

Als Ergebnis der bislang geschilderten Lage der Arbeiterschaft kam es zu einem zunächst noch verhältnismäßig unbedeutenden Widerstand der Fabrikarbeiter und der Handwerksgesellen gegen die Gesellschaftsordnung und deren Zivilrechtssystem³. Die "christlichen Juristen und juristischen Christen" wurden aufgefordert, ihr Christentum unter Beweis zu stellen

1 §§ 182 und 183 der preußischen Gewerbeordnung von 1845 (GS 1845, Seite 41).

2 § 184 der preußischen Gewerbeordnung von 1845.

3 Größere Aufstände und Streiks fanden in den Jahren 1830/1831, 1844, 1845, 1847, vor allem in der Revolution von 1848/1849 statt. In Paris entstanden 1832 der Deutsche Volksverein, 1834 der Bund der Geächteten, 1836 der Bund der Gerechten; in London wurden 1840 der Arbeiterbildungsverein, 1846 das Kommunistische Korrespondenz-Komitee und 1847 der Bund der Kommunisten gegründet, in dessen Auftrag dann schließlich das Kommunistische Manifest erschien mit dem Appell: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

(WILHELM WEITLING¹). Die Arbeiter sahen sich als "Sklaven" an², wiesen darauf hin, daß "die bestehenden Gesetze" die Unterdrückung der Arbeiter durch "Capitalisten" ermöglichten³

-
- 1 Der Schneider WILHELM WEITLING (1808-1871) forderte in volkstümlichen Werken eine Änderung der Gesellschaftsordnung und die Aufhebung des Privateigentumssystems. Er ging aus von einer Kritik am liberalen Wirtschafts- und Rechtssystem, dem er in seiner Schrift 'Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte' (1838/1839) vorwarf, in ihm genossen "die Reichen und Mächtigen auf Unkosten der Arbeiter einer wahrhaft ungezügelter Freiheit" (Seite 167).
In dem später (1845/1846) veröffentlichten 'Evangelium eines armen Sünders' erhob Weitling Kritik auch an der Justiz und an den Juristen und erklärte: "Jesu hat keinen Respekt vor dem Eigenthum". Denn "jeder Angriff gegen das Eigenthum, der von den Aermeren gegen die Reichern ausgeht, mußte natürlich von ihm wenigstens entschuldigt, konnte nicht verdammt werden ... Hören wir nun die Meinung Jesu über den Diebstahl: Mtth. 5, 40. So jemand mit dir rechten will und deinen Rock nehmen, dem laß auch den Mantel. Nun, Ihr christlichen Eigenthümer, Ihr christlichen Juristen und juristischen Christen, was sagt Ihr zu der Stelle?" (Seite 91). Schon in den 'Garantien der Harmonie der Freiheit' (1842) hatte er den "falschen Kultus" kritisiert, der um das "Bild der kalten, gefühllosen Göttin mit Schwert und Wage" getrieben werde (Seite 131); den Juristen warf er vor, so lange sie sich über "verstaubten Gesetzbüchern den Kopf zerbrechen und nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Gesellschaft vor hundert und vor tausend Jahren die unsrigen abwägen wollen: solange wird die Gelehrsamkeit der Menschheit mehr schaden als nützen" (Seite 131).
 - 2 Die deutschen Zigarrenarbeiter bezeichneten sich als "Sklaven des Kapitals", die sich "in die Launen des Begüterten und in die Willkür des Fabrikanten fügen müssen", wie es in dem Aufruf des deutschen Zigarrenarbeiter-Kongresses zur Gründung von Assoziationsfabriken aus dem Jahr 1849 heißt (in: Frisch, Seiten 23/24, hier: 23).
 - 3 Bittschrift von Berliner Arbeitern an den König, abgedruckt in der Vossischen Zeitung vom 15. März 1848 (Bernstein, Arbeiterbewegung, I, Seite 10).

und forderten eine "Umgestaltung der gegenwärtigen Gesetzbücher"¹; sie kritisierten, daß in der Frankfurter Verfassung "die sociale Frage" nicht berücksichtigt werde und daß die bisherige Gesetzgebung nur von dem Grundsatz ausgehe, "dem Arbeiter ist erlaubt, in aller Freiheit und aus allen Kräften zu arbeiten und von dem Lohn der Arbeit zu leben"². Kritik an der Vertragsfreiheit wurde nun auch von den Arbeitern häufiger erhoben. Sie verlangten eine Einschränkung der Vertragsfreiheit (etwa durch Kommissionen, die Lohnhöhe und Arbeitszeit festsetzen sollten³) oder deren Nutzung zum Abschluß von Verträgen zwischen Fabrikanten und Arbeiterorganisationen⁴ (Tarifverträgen). Daneben begann die Forderung nach einer grundsätzlichen Änderung der Produktionsverhältnisse jetzt zunehmend Anhänger zu gewinnen⁵.

-
- 1 Flugblatt vom 2. April 1848 (in: Obermann, Seiten 88 bis 90, hier: 89).
 - 2 'Manifest des deutschen Arbeiter-Kongresses an die konstituierende Versammlung zu Frankfurt a.M.' vom 2. September 1848 (in: Quarck, Seiten 348 bis 350, hier: 348/349). Die Arbeiter kritisierten zugleich das Überwiegen liberaler Besitzinteressen in der Nationalversammlung. Sie erklärten, der Staat kenne "nur den B e s i t z sowie die B e s i t z e n d e n als bereits verschiedentlich organisierte und leiblich vorhandene Staatsbürger-Kasten". Die Arbeiterschaft dagegen befände sich nicht im Blickfeld der bürgerlichen Gesetzgeber (Seite 349. Hervorhebung schon im Manifest).
 - 3 Forderung des Zentralkomitees der Berliner Arbeitervereine vom 10. Juni 1848 (in: Bernstein, Arbeiterbewegung, I, Seite 56).
 - 4 Eine Forderung nach solchen später als Tarifvertrag bezeichneten Abkommen wurde im Jahr 1849 vom Kongreß der Zigarrenarbeiter in Leipzig erhoben (in: Frisch, Seite 19).
 - 5 MARX/ENGELS, Kommunistisches Manifest (1847/1848).

3. Teil

VERTRAGSFREIHEIT UND RECHTSLEHRE

Die sozialen Auseinandersetzungen um die Einführung der Vertragsfreiheit kamen auf dem Gebiet des Rechts auf zweierlei Weise zum Ausdruck. Zunächst stand im Mittelpunkt der Kampf um die Schaffung eines nationalen bürgerlichen Gesetzbuches. Dann wurde die Frage von Bedeutung, in welchem Umfang und mit welchem Ziel das ursprüngliche römische Recht übernommen werden sollte.

1. Abschnitt

DER PLAN EINER MODERNEN ZIVILRECHTSKODIFIKATION

Die wirtschaftlichen Bedürfnisse, das Ziel politisch-ökonomischer Einheit Deutschlands und das emanzipatorische Streben des Bürgertums trafen zusammen in den Bemühungen um den Erlaß eines der Zeit angemessenen Zivilgesetzbuches. Die Forderung nach einer solchen Kodifikation orientierte sich am bürgerlichen Recht, das sich Frankreich während und nach der Revolution gegeben hatte.

A. DAS VORBILD DES FRANZÖSISCHEN BÜRGERLICHEN RECHTS

Bereits im März des Jahres 1776, desselben Jahres, in dem auch Adam Smith' Hauptwerk erschien, hatte der liberale französische Finanzminister TURGOT die Gewerbefreiheit und die Freiheit des Arbeitsvertrages verkündet. Aber die Macht der

privilegierten Stände war noch zu groß, und nachdem TURGOT im Mai 1776 gestürzt worden war, wurden beide Freiheiten wieder aufgehoben. Die Revolution hatte als im Ergebnis bürgerliche Revolution in der Nacht vom 4. zum 5. August 1789, der "Bartholomäusnacht der Privilegien und Mißbräuche" (HERKNER¹), die Gewerbefreiheit dann wieder eingeführt. Im März 1791 wurde schließlich mit einer beispielhaften Formulierung gesetzlich festgelegt, daß die Wahl des Gewerbes und Berufes jedermann freigestellt sei². Vier Monate darauf wurde das Koalitionsverbot eingeführt³, und zwei Jahre später wurde die Todesstrafe auf den Schutz des Eigentums, das zusammen mit der Freiheit zum heiligen und unverletzlichen Menschenrecht erklärt worden war, erstreckt⁴.

Die Durchsetzung freier wirtschaftlicher Betätigung war ein Ergebnis der Tatsache, daß nicht das Volk, sondern das besitzende Bürgertum der Gewinner gegenüber der

1 HERKNER, Bewegungen, Seite 355.

2 "Il sera libre à toute personne de faire tel négoce ou d'exercer telle profession, art ou métier qu'elle trouvera bon" (Hedemann, I, Seite 4).

3 Das Gesetz Le Chapelier vom 14. Juli 1791 verbot Arbeiter- und Unternehmerverbände. Aber die faktische Macht der Unternehmer wurde dadurch kaum eingeschränkt, während "das werdende Proletariat auf lange Sicht zu politischer Ohnmacht verurteilt" wurde (HAUSSHERR, Seite 354). Dieses Gesetz blieb bis 1884 in Kraft.

4 "La Convention Nationale décrète la peine de mort contre quiconque proposera une loi agraire, ou toute autre subversive des propriétés territoriales, commerciales et industrielles" (Hedemann, II/1, Seiten 118/119).

alten Ständeordnung geworden war¹. Schon das Direktorium hatte seit seiner Machtübernahme im Jahr 1795 sich bemüht, dem Besitzbürgertum zum Sieg über die Revolution zu verhelfen² und ihm die "Ordnung der staatlichen Verhältnisse" (WITTRAM³) nach dem Grundsatz "Gleichheit der Person und Ungleichheit des Besitzes" (SCHNABEL⁴) zu ermöglichen. Als dann Napoleon im Jahr 1799 das Direktorium stürzte, sich zum Ersten Konsul machte und sogleich begann, "kräftig durchzugreifen, um Ruhe und Ordnung zu schaffen" (PFLUGK-HARTTUNG⁵), war das Signal für die Stabilisierung der freien Wirtschaft⁶ sowie der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihres Rechtssystems gegeben⁷. Napoleon betrachtete es als seine Aufgabe, die von der Bourgeoisie während der Revolution erstrittenen Rechte zu sichern⁸ und die Dauerhaftigkeit der neuen Gesellschaftsordnung herbeizuführen⁹.

-
- 1 SCHNABEL, II, Seite 102. Bei diesem Besitz handelte es sich um den die kapitalistische Klassengesellschaft auszeichnenden Kapitalbesitz und nicht wie bisher in der Ständegesellschaft um einen "historisch gewordenen und gebundenen Besitz" (SCHNABEL, I, Seite 118).
 - 2 Die kommunistische Erhebung Babeufs und seiner Genossen im Jahr 1796 wurde niedergeschlagen. Babeuf und Darthé wurden hingerichtet.
 - 3 PLOETZ-WITTRAM, Seite 819.
 - 4 SCHNABEL, II, Seite 102. Ähnlich HEDEMANN (II/1, Seite 118), nach dem "die Zweigung in eine ökonomische und eine politische Gleichheit... nackt in die Augen" sprang.
 - 5 PFLUGK-HARTTUNG, Seite 541.
 - 6 So auch HAUSSHERR (Seite 358), der dazu ausführt: "Unter Napoleon holte das Gewerbe Frankreichs auf, was es in der Revolution versäumt hatte".
 - 7 Im Ergebnis ebenso GNEIST, Seite 27; WIEACKER, Nationalgesetzbücher, Seite 413.
 - 8 Ähnlich PFLUGK-HARTTUNG, nach dem Napoleon eine "Rückwirkung des bürgerlichen Rechts auf das öffentliche Leben" bezweckte (Seite 544).
 - 9 PLOETZ-WITTRAM, Seite 820; ganz ähnlich SCHNABEL, I, Seite 139.

Die französische Regierung konnte der Unterstützung bedeutender Juristen sicher sein. Ein Beispiel hierfür ist die Haltung der einflußreichen Juristen und Politiker PORTALIS¹ und CAMBACERES². PORTALIS bezeichnete die Liebe zum Eigentum und die zu den Gesetzen als ein und dasselbe; die Liebe zum Gesetz würde durch Förderung des Eigentumsprinzips noch erhöht werden³. CAMBACERES stellte fest, daß die bürgerliche Gesellschaft sowohl auf der Freiheit der Person als auch auf der Freiheit der Verfügung über das Eigentum beruht und erkannte beidem gleichen Wert zu. Er hatte als Mitglied der Kommission für ein neues Zivilgesetzbuch einen Entwurf gefertigt, dessen zweite Fassung von 1794 Grundlage des späteren Code civil wurde. In diesem Entwurf erklärte er, daß für den Menschen als Teil der Gesellschaft drei Dinge notwendig, aber auch ausreichend seien: Herr seiner Person zu sein; die zur Befriedigung seiner Bedürfnisse notwendigen Mittel zu besitzen; entsprechend seinen Interessen über seine Person und sein Vermögen ver-

-
- 1 Jean Etienne Marie PORTALIS (1746-1807), zunächst Rechtsanwalt, wurde unter Napoleon Mitglied des Staatsrates, Senator und Kultusminister.
 - 2 Jean Jacques REGIS DE CAMBACERES (1753-1824) wurde unter Napoleon Justizminister, Zweiter Konsul, Kanzler und Präsident des Regentschaftsrates.
 - 3 "On ne peut aimer sa propriété", erklärte PORTALIS, "sans aimer les lois qui la protègent. En consacrant des maximes favorables à la propriété, vous aurez inspiré l'amour des lois" (Hedemann, II/1, Seite 122).

fügen zu können. Alle bürgerlichen Rechte, stellte CAMBACERES fest, ließen sich zurückführen auf Freiheit, Eigentum und Vertrag¹.

Auch in der französischen Philosophie der Zeit wurde auf die Bedeutung des Vertrages und der Vertragsfreiheit hingewiesen. Der Mathematiker und Philosoph ANTOINE CONDORCET (1743-1794), Mitglied der Nationalversammlung und von 1792 bis 1793 ihr Präsident, erläuterte im Jahr 1794 in seiner Abhandlung über den Fortschritt des menschlichen Geistes², daß die Reichtümer der Welt zur Gleichheit strebten. Die ausgeprägte Ungleichheit der Güterverteilung würde beendet, wenn das bürgerliche Recht aufhöre, diese Unterschiedlichkeit zu sichern und zu verstärken. Die Ungleichheit werde beseitigt, wenn die Freiheit des Handels und der Industrie durchgesetzt sowie die Besteuerung der Verträge, deren Unterwerfung unter Formalitäten und überhaupt die Einschränkungen der Vertragsfreiheit abgeschafft würden³.

-
- 1 "Trois choses sont nécessaires et suffisent à l'homme en société: Etre maître de sa personne; avoir des biens pour remplir ses besoins; pouvoir disposer, pour son plus grand intérêt, de sa personne et de ses biens. Tous les droits civils se réduisent donc aux droits de liberté, de propriété et de contracter" (nach Hermann Conrad, Individuum, Seite 31, und Hedemann, II/1, Seite 37).
 - 2 CONDORCET, Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain, 1794.
 - 3 "Il est aisé de prouver que les fortunes tendent naturellement à l'égalité, et que leur excessive disproportion ... ou doit promptement cesser, si les lois civiles n'établissent pas des moyens factices de les perpétuer et de les réunir; si la liberté du commerce et de l'industrie fait d i s p a r a î t r e l'avantage que toute loi prohibitive, tout droit fiscal, donnent à la richesse acquise; si des impôts sur les conventions, l e s r e s t r i c t i o n s m i s e s à l e u r l i b e r t é, leur assujettissent à des formalités gênantes" (CONDORCET, Esquisse, Seite 356. Hervorhebung von mir).

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts setzte unter Mitwirkung Napoleons eine Kodifikation des Rechts in großem Ausmaß ein. Zunächst war im Jahr 1803 die Vertragsfreiheit für die Arbeitsverhältnisse in Manufakturen, Fabriken und Werkstätten im Vorgriff festgelegt worden¹. Im darauf folgenden Jahr trat der Code civil in Kraft. Er ging aus von persönlicher Freiheit und rechtlicher Gleichheit, sicherte das Eigentum und die Gewerbefreiheit und postulierte die Vertragsfreiheit. Die Freiheit vertraglicher Einigung bestand auch auf dem Gebiet des Arbeitsvertrages², der als Mietvertrag betrachtet wurde³ und dessen Gestaltung das Unter- und Überordnungsverhältnis im Unternehmen zum Ausdruck brachte⁴. Damit sicherte der Code civil, von seinem Mitverfasser PORTALIS selbst als Festigung aller nationalen

-
- 1 Gesetz vom 12. April 1803. Es "stand rücksichtlich der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im wesentlichen auf dem Boden voller Vertragsfreiheit" (MATAJA, Seite 946).
 - 2 Dies ergibt sich daraus, daß die Regelung des Arbeitsvertrages, die im übrigen mit ganzen zwei Vorschriften (Artikel 1780 und 1781) auskam, keine Bestimmungen über irgendeine Einschränkung enthielt außer der, daß die Dauer des Vertrages begrenzt sein mußte (CREMER, Seite 387; ERHARD, Seiten 490/491).
 - 3 In Artikeln 1708, 1710 wurde der Arbeitsvertrag als contrat de louage bezeichnet (CREMER, Seiten 373/374; ERHARD, Seite 473).
 - 4 "En principe, le critérium du louage de service, ou contrat de travail, réside dans l'existence d'un lieu de subordination juridique, d'un rapport de dépendance en vertu duquel le travailleur est soumis à l'autorité et à la direction du patron ou chef d'entreprise; à défaut de cette subordination juridique, il y a louage d'ouvrage ou contrat d'entreprise" (DALLOZ, Seite 825).

Einrichtungen betrachtet¹, die Grundlagen des neuen bürgerlichen Gesellschaftsbildes². Endgültig dirigierten nun bürgerliche Interessen und Begriffe die Politik und das Recht in Frankreich.

B. DIE FORDERUNG NACH EINER DEUTSCHEN KODIFIKATION

Der Code civil galt auch in den seit 1798 französisch gewordenen linksrheinischen deutschen Gebieten und später in den von Frankreich eroberten weiteren Teilen Deutschlands, wo er bei einem großen Teil des Bürgertums bald eine ebenso begeisterte Aufnahme wie in Frankreich selbst gewann. Das lag vor allem daran, daß infolge der Besetzung durch die Heere Frankreichs die Vorrechte der bis dahin herrschenden Stände (Adel und Klerus) eingeschränkt worden waren und das Bürgertum auch auf Grund der staatlichen Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts neue Machtpositionen hatte erringen können³. In dieser Situation kam der Code civil wie gerufen, der die Zersplitterung des Rechts beseitigte und ein dem Bürger verständliches, ganz auf seine Bedürfnisse zugeschnittenes Recht einschließlich der Vertragsfreiheit einführte.

-
- 1 "En sanctionnant le nouveau Code civil, vous aurez affirmé", stellte PORTALIS fest, "toutes nos institutions nationales" (Hedemann, II/1, Seite 122).
 - 2 Im Ergebnis ebenso WIEACKER, Privatrechtsgeschichte, Seite 343; NÜRNBERGER, Seite 117; HAUSSHERR, Seite 353.
 - 3 Dazu näher BRAUBACH, Seiten 47/49; ULMANN, Seite 153.

Das Bürgertum erkannte die Gefahr, die seiner gesellschaftlichen Stellung nach der abzusehenden endgültigen Niederlage Napoleons drohte. Es mußte befürchten, daß die rückschrittlichen Kräfte wieder die Oberhand über die liberalen Ideen gewinnen würden. Der Gedanke lag daher nahe, durch ein Gesetzbuch nach dem Vorbild des Code civil die Privatautonomie als zentralen Systemgedanken in der deutschen Rechtsordnung zu verankern¹.

Das war auf zweierlei Weise möglich: durch einfache Übernahme des Code civil oder durch Schöpfung eines eigenständigen deutschen bürgerlichen Gesetzbuches. Beides wurde versucht. Während aber der Plan der Übernahme bald wieder fallengelassen wurde², sollte der Gedanke einer nationalen Zivilrechtsgesetzgebung eine größere Bedeutung erhalten. Den bekanntesten Schritt in dieser Richtung tat der Heidelberger Rechtslehrer ANTON FRIEDRICH JUSTUS THIBAUT (1772-1840), der vor der Öffentlichkeit in einer Flugschrift des Jahres 1814 ein deutsches bürgerliches "einfaches" Zivilgesetzbuch forderte. THIBAUT, der schon voraussah, daß seine Vorschläge "Staatsmännern und Gelehrten mißfallen" würden, wollte mit einer solchen Kodifikation den "bürgerlichen Zustand ... begründen und befestigen". Für ganz Deutschland sollte die "gleiche bürgerliche Verfassung auf

1 WIETHÖLTER, Seite 56; ähnlich GÖTZ BRIEFS, Seite 145; SOMBART, Prinzipielle Eigenart des Kapitalismus, Seiten 22/23.

2 Der Code civil wurde nur in Baden eingeführt; für Bayern wurde seine Übernahme erwogen.

ewige Zeiten" gelten¹. Das Zivilrecht sollte so ein "politischer Besitz" (WIEACKER²), ein Kampfmittel des sich emanzipierenden Bürgertums werden.

C. DER KAMPF GEGEN EINE SOLCHE GESETZGEBUNG

In dem Rechtslehrer, konservativen Politiker und Gutsbesitzer FRIEDRICH CARL VON SAVIGNY (1779-1861), dem wohl einflußreichsten Juristen der Zeit³, fanden die Gegner eines im Sinne des Code civil fortschrittlichen deutschen Gesetzbuches ihr Haupt⁴. SAVIGNY verteidigte die Vorrechte der Monarchie, der Kirche und der privilegierten Stände und bekämpfte die neueren Gesetzbücher als Produkte einer rationalistischen oder revolutionären Zeitströmung⁵. So stellte er fest, die Revolution habe ungünstig gewirkt auf Religion und Staat und bedauerte, sie habe auch einen großen Teil

-
- 1 THIBAUT, Über die Nothwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland (1814), Seiten 37,47,51.
 - 2 WIEACKER, Privatrechtsgeschichte, Seite 391.
 - 3 WIEACKER, Privatrechtsgeschichte, Seite 383; WESENBERG, Seite 147.
 - 4 SAVIGNY, ein Freund der Krone, war Mitbegründer der Berliner Universität, Lehrer des Kronprinzen, Mitglied und späterer Präsident des preußischen Staatsrats sowie Minister für die Revision der Gesetzgebung. Seine Einstellung zur Gesellschaftsordnung war durch das Interesse am Bestehenden "selbst in materieller Hinsicht" bestimmt (WIEACKER, Privatrechtsgeschichte, Seite 383) und manifestierte sich im starken Standes- und Besitzbewußtsein des Grundherrn (WIEACKER, Gründer und Bewahrer, Seite 119).
 - 5 KOSCHAKER, Seite 258; NUSSBAUM, Seite 96; WIEACKER, Privatrechtsgeschichte, Seiten 373 und 384/385; SCHÖNFELD, Seiten 120/121 und 440.

des geltenden Rechts vernichtet. Er schilderte den "Fluch der Revolution" und wandte sich gegen die Anwendung des Code civil in Deutschland, befürchtete aber schon, daß auch in Zukunft dessen Ansehen nicht zu schmälern sei¹.

Ein Verständnis der Aufgaben des Rechts, erklärte SAVIGNY, setze fundierte historische Kenntnisse voraus, über die die Rechtslehre der Zeit nicht verfüge; die Epoche sei daher nicht reif für die Schaffung eines Gesetzbuches². Die Juristen hätten nur die Aufgabe, das vom Volksgeist hervorgebrachte Recht zu erkennen und anzuwenden³. Als Mitbegründer und dann führender Kopf der Romanistischen Rechtsschule sammelte SAVIGNY wenn auch nicht immer ökonomisch, so doch politisch konservativ gesonnene Kräfte seiner Epoche⁴. Für diese Schichten war charakteristisch die "Befürchtung, das revolutionäre Frankreich als Förderer

1 SAVIGNY, Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (1814), Seiten 4/5, 55, 57, 111, 135.

2 SAVIGNY, Beruf, Seiten 78/79, 85, 108.

3 Unter 'Volksgeist' verstand SAVIGNY einen "in allen Einzelnen gemeinschaftlich lebenden und wirkenden" Erzeuger positiven Rechts (System des heutigen römischen Rechts, I, Seite 14).

4 Ähnlich sogar schon der Romanist BERNHARD WINDSCHEID (Rede auf Savigny, Seite 88). KARL MARX hatte bereits 1843/1844 die Romanistische oder Historische Rechtsschule bezeichnet als "eine Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimiert, (als) eine Schule, die jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch erklärt, sobald die Knute eine bejahrte, eine angestammte, eine historische Knute ist" (Hegel'sche Rechtsphilosophie, Seite 67).

demokratischer Volkswünsche nochmals am Rhein zu sehen" (ULMANN¹). Sie betrachteten mit dem Rechtslehrer GEORG FRIEDRICH PUCHTA (1798-1846) den Staat als "etwas von Gott Gegebenes", das Recht als "eine göttliche Ordnung" und als einen "Teil der Religion", den Juristen als "Repräsentanten" des ganzen Volkes und schließlich die Obrigkeit als die Verkörperung des "gemeinsamen Willens"². Sie erkannten auch mit dem Rechtslehrer GUSTAV HUGO (1764-1844) die "heilige Gewissenspflicht ..., der Obrigkeit, welche die Gewalt in Händen hat ..., zu gehorchen"³.

Der energische Widerstand der alten Stände, deren Furcht vor einer Stärkung des politisch liberal gesonnenen Bürgertums und vor nationaler Einheit eine bedeutende Rolle auch bei der Ablehnung eines für die ganze Nation bestimmten Zivilgesetzbuches spielte, war eine der Ursachen für das Scheitern des Kodifikationsplanes. Gleiche Bedeutung erlangte die Tatsache, daß das liberale Bürgertum auf den Kampf gegen die Restauration zu verzichten bereit war, nachdem es die wesentlichen liberalen Rechte auf wirtschaftlichem Gebiet erhalten hatte und nun allmählich auch gesellschaftlich von dieser Staatsform zu profitieren begann.

1 ULMANN, Seite 180.

2 PUCHTA, Institutionen, Seiten 28, 23, 24, 26, 37.

3 HUGO, Naturrecht, § 367, Seite 434.

2. Abschnitt

DIE ZWEITE REZEPTION DES RÖMISCHEN RECHTS

Scheiterte auch der Versuch, ein auf dem Grundsatz der Privatautonomie aufbauendes bürgerliches Privatrechtssystem nach französischem Muster einzuführen, so glückte er auf einem anderen Weg. Mit der Rückkehr zu einem reinen römischen Recht, das von der (ersten) Rezeption nicht beeinflusst sein sollte, wurden die wichtigsten Forderungen befriedigt, die die an einem neuen Wirtschaftssystem interessierten Kreise an die Rechtsordnung stellten.

Das Verdienst hieran kommt der Romanistischen oder Historischen Rechtsschule zu. Sie erwarb einen derart übertragenden Einfluß auf das Zivilrecht des 19. Jahrhunderts, daß von einer wahren "Romanisierung des bürgerlichen Rechts" (BOEHMER¹) gesprochen werden kann. Die Methoden der Erarbeitung und Anwendung des reinen römischen Rechts (Pandektistik) durch die Romanisten wurden beispielhaft für weite Gebiete des Rechtslebens.

Es erscheint zunächst schwer verständlich, daß die Pandektistik sich derart durchsetzen konnte, zumal wenn man den Bruch bedenkt, den sie mit dem überkommenen Recht herbeigeführt hat. Das römische Recht war ja im Laufe der jahrhundertelangen Rezeption verhältnismäßig gut an die sich wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse angepaßt worden. Wenn nun von SAVIGNY und seinen Anhängern gefordert wurde, zum ursprünglichen römischen Recht zurückzukehren, so bedeutete dies doch,

1 BOEHMER, Seite 54.

daß das Rechtssystem eines vor 1.500 Jahren untergegangenen Reiches unverändert auf das frühkapitalistische Deutschland des 19. Jahrhunderts erstreckt werden sollte. Wie konnte dieser "Anachronismus" (MAX KASER¹), auf Grund dessen die Schule eher als 'Unhistorische Rechtsschule' zu betrachten wäre², den Ansprüchen von Wirtschaft und Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im Prinzip genügen?

A. DAS ZIEL DER ROMANISTISCHEN RECHTSSCHULE

SAVIGNY hatte den Kampf gegen ein nationales deutsches Zivilgesetzbuch nach französischem Vorbild auch mit dem Argument geführt, den Juristen seiner Zeit fehle die notwendige historische Kenntnis. Sie könnten daher nicht beurteilen, welche Aufgaben die Kodifikation des Privatrechts zu leisten habe. Dazu seien erst spätere Generationen in der Lage, und zwar erst nach Erarbeitung des gesamten geschichtlichen Rechtsstoffes. Es sei überhaupt erforderlich, der Rechtslehre erst einmal den Charakter einer Wissenschaft zu geben; von 'Rechtswissenschaft' könne so lange nicht gesprochen werden, als die Juristen ohne wirkliches Verständnis historischer Abläufe das Recht weiterzuentwickeln suchten.

Im übrigen hielt er, richtungweisend für den größten Teil der deutschen Juristen dieser ersten Jahrhunderthälfte,

1 MAX KASER, Privatrecht, Seite 8.

2 Eine frühe Kritik an dem Geschichtsverständnis dieser Schule stammt von MARX, der 1842 den Vorwurf erhob, sie mute dem Schiffer zu, nicht auf dem Strome, sondern auf seiner Quelle zu fahren (Historische Rechtsschule, Seite 251). Aus dem gleichen Grund hat sie DÜHRING später als "unlogisch" bezeichnet (Cursus der Ökonomie, Seite 516). Als unhistorisch betrachten die Historische Rechtsschule auch RADBRUCH (Vorschule, Seite 47), WIEACKER (Historische Schule, Seite 16), WILHELM (Methodenlehre, Seiten 32 bis 36) und PETERS (Artikel 'Historische Rechtsschule').

die Erarbeitung eines Gesetzbuches auch für unnötig, da das einzige logische und vernünftige Recht längst geschaffen sei: das ursprüngliche römische Recht. Die Juristen mußten nur mit den Forschungsmethoden der Historiker wieder auf die Quellen des römischen Rechts zurückgehen und ihm die Schlacken abstreifen, die sich im Laufe der Geschichte durch die Rezeption angesetzt hätten.

Unter Führung SAVIGNYS errichtete die Romanistische Rechtsschule ein Rechtsgebäude von bisher im deutschen Rechtsleben unbekannter Geschlossenheit, innerer Logik und Überzeugungskraft. Sie schuf damit eine der Voraussetzungen zur Anwendbarkeit ihrer Rechtsgedanken. Die zweite Voraussetzung fand sich dann in der Tatsache, daß die von den Romanisten in Gang gesetzte Erneuerung des Privatrechtssystems keineswegs ausschließlich abstrakten rechts- oder geschichtswissenschaftlichen Charakter trug. Ziel war vielmehr die Einwirkung auf die Gesellschaftsordnung der Zeit und die Entwicklung eines dem Wirtschaftssystem entsprechenden Rechts¹. Staatsrechtlich-politischer Konservatismus traf sich hier mit privatrechtlich-ökonomischem Liberalismus.

B. DIE MORPHOLOGISCHE PARALLELITÄT

Für die Frage nach den Ursachen der zweiten Rezeption scheint schließlich ein weiterer Gesichtspunkt von Bedeutung. Es

¹ Dazu näher WIEACKER, Privatrechtsgeschichte, Seiten 395 und 411; BOEHMER, Seite 56.

ist dies die Tatsache einer partiellen morphologischen Parallelität der deutschen und römischen ökonomischen, sozialen und rechtlichen Entwicklung.

I. DIE RÖMISCHE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

In der Zeit der Republik war das Fundament der römischen Wirtschaft die Landwirtschaft. Sie wurde zunächst von freien Kleinbauern betrieben, dann aber infolge des Aufkaufes der Bauernstellen durch vermögende Grundbesitzer zur Latifundienwirtschaft übergeführt. Auf diesen Großbetrieben wurde die Arbeit weitgehend von Sklaven geleistet. Beschäftigt waren daneben auch Lohnarbeiter, die auf Grund eines freien Arbeitsvertrages tätig wurden. Freie Lohnarbeit überwog dagegen im Handwerk, das eine nicht unerhebliche Bedeutung besaß; hier war die Arbeitsteilung ausgeprägt, und es wurde schon für den Markt, nicht nur für einzelne Auftraggeber hergestellt. Die Arbeiterschaft in den Städten begann zu wachsen, vor allem infolge des ständigen Zuzugs der von ihrem Land vertriebenen Bauern¹.

In der Kaiserzeit schritt der Ausbau des Großgrundbesitzes so weit voran, daß eine freie Bauernschaft praktisch nicht mehr existierte. Da mit dem Latifundienbetrieb und seiner extensiven Anbauform die Erträge sanken, die Sklavenpreise

1 Dazu näher CICCOTTI, Seiten 151 bis 159; DURANT, III, Seite 97. Über freie Arbeit und Löhne TENNEY FRANK, I, Seiten 376 bis 386.

wegen des großen Bedarfs stiegen und die Produktivität der Sklavenarbeit niedrig lag, gingen die Großgrundbesitzer dazu über, ihr Land an persönlich freie, aber an ihren Besitz gebundene Kolonen zu verpachten. Neben dem Handwerk hatte inzwischen auch die Industrie an Gewicht gewonnen; der Anteil der gewerblichen Warenproduktion an der römischen spezialisierten und arbeitsteiligen Wirtschaft nahm einen starken Aufschwung. Der ökonomische Fortschritt mit ersten Großunternehmen und die steigenden Preise für Sklaven bewirkten schließlich, daß in allmählich steigendem Umfang Teile der Produktion von freien Lohnarbeitern geschaffen wurden¹. Von Ausnahmen abgesehen² betrieb dabei der römische Staat eine "liberale Wirtschaftspolitik" (DURANT³) mit einem "freien Spiel der Kräfte" (KORNEMANN⁴) nach dem System des laissez faire⁵.

-
- 1 Nach CICCOTTI, Seite 155; DULCKEIT-SCHWARZ, Seite 95; DURANT, III, Seiten 350/351; MAX KASER, Privatrecht, Seite 170; NÖRR, Seite 88; POEHLMANN, Kaiserzeit, Seite 551.

Eine annähernd ähnliche Sozial- und Wirtschaftsstruktur besaß das oströmische Reich zu der Zeit, als das römische Recht unter Justinian kodifiziert wurde (dazu näher BRENTANO, Antike Welt, Seiten 193/194 und 203 ff; KAHRSTEDT, Seiten 404 bis 407; WIEACKER, Recht und Gesellschaft, Seite 22).

- 2 Die umfassendste und charakteristischste Ausnahme vom Prinzip der liberalen Wirtschaftsordnung bildet die Wirtschaftslenkung unter DIOKLETIAN. Sein Edikt aus dem Jahr 301 setzte Höchstpreise für Lebensgüter und Arbeitsleistungen fest und schränkte damit die Vertragsfreiheit auf ihrem wichtigsten Gebiet, der Preisgestaltung, ein.
- 3 DURANT, III, Seite 98. Ganz ähnlich spricht HEICHELHEIM von "Wirtschaftsfreiheit" unter Hinweis darauf, daß in den großen wirtschaftlichen Sonderbezirken der Domänen, Tempel und Privatbesitzer praktisch "gebundene Wirtschaft" bestanden habe und daß erst in der zweiten Hälfte der Kaiserzeit Staatseingriffe in die Wirtschaft "weitergehende Bedeutung bekamen" (Seite 751).

II. VERTRAGSFREIHEIT IM RÖMISCHEN WIRTSCHAFTSVERKEHR

Das römische Wirtschafts-, Sozial- und Rechtssystem fand seinen Ausdruck in der weitgehend zugelassenen Vertragsfreiheit, die allerdings dadurch beschränkt war, daß Sklaven und Frauen im Regelfall keine wirksamen Verträge schließen konnten. Im übrigen ging das römische Recht davon aus, daß es in jedermanns Belieben stünde, sich zu binden oder darauf zu verzichten, unabhängig davon, ob die gegenseitigen Leistungen in angemessenem Verhältnis zueinander standen oder nicht¹.

Das war nicht von Anfang an so gewesen. Zunächst hatte für das römische Obligationenrecht Typengebundenheit bestanden². Jedoch trat dann mit dem Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung eine immer weiter gehende Lockerung der den schnellen Gütertausch hindernden Vorschriften ein³,

(Fortsetzung)

4 KORNEIMANN, II, Seite 231.

5 TENNEY FRANK, V, Seite 295; DURANT, III, Seite 365; Es erstreckte sich auch auf den Wohnungsmarkt, auf dem infolge der Wohnungsnot in freien Mietverträgen mit den nichtbesitzenden Schichten ein hoher Mietzins vereinbart werden konnte (POEHLMANN, Soziale Frage, Seite 345).

1 Dazu näher SCHERRER, Seiten 13, 14, 63.

2 MAX KASER, Privatrecht, Seite 128. Ähnlich spricht BLOMEYER (Schuldrecht, Seite 74) von einem *numerus clausus* schuldrechtlicher Verträge.

3 Hierzu ausführlicher DULCKEIT-SCHWARZ, Seite 239; MAX KASER, Privatrecht, Seiten 39/40; THEODOR MOMMSEN, Römische Geschichte, III, Seite 562; SCHERRER, Seiten 15/16.

Für POLAY ist die hohe Entwicklungsstufe des römischen Rechts (wie jedes anderen) auch dadurch gekennzeichnet, daß es sich "von Stufe zu Stufe der überlebten Formalitäten entledigt" (Seite 352).

bis schließlich praktisch der Zustand der Vertragsfreiheit erreicht war¹.

III. VERTRAGSFREIHEIT IM RÖMISCHEN ARBEITSVERHÄLTNIS

Die allgemeine Vertragsfreiheit erstreckte sich auch auf das Arbeitsverhältnis. Soweit der Römer keine oder zu wenig Sklaven als Eigentum besaß, konnte er sich solches *res mobiles* auf dem Markt mieten; es kam dann nur ein Vertrag mit dem Sklavenhalter zustande. Mit dem nach diesem Geschäftsvorgang 'locatio conductio' genannten Mietverhältnis wurde ebenfalls das Rechtsverhältnis zwischen dem freien Arbeiter sowie dem Unternehmer gestaltet und als Dienstmiete (*locatio conductio operarum*) bezeichnet. Auch dieses Arbeitsverhältnis wurde

1 Auf die "allmähliche Zulassung der Vertragsfreiheit" wird auch von DULCKEIT-SCHWARZ (Seite 239) hingewiesen. Im einzelnen abweichend BLOMEYER (Schuldrecht, Seite 74).

Das römische Recht besaß jedenfalls im Ergebnis doch so viel Elastizität, daß letztlich "jede erlaubte Leistung unter jeder zulässigen Bedingung einklagbar gemacht werden konnte" (MAX KASER, Privatrecht, Seiten 128/129). So erläutern auch JÖRS-KUNKEL (Seite 187), daß die römische Rechtsentwicklung "bis nahe an die Grenze völliger Vertragsfreiheit" ging, und DURANT (III, Seite 431) stellt fest, daß endlich in der Praxis jede eindeutige Übereinkunft rechtliche Anerkennung gefunden hatte. THEODOR MOMMSEN (Römische Geschichte, I, Seite 850) führt diese Tatsache auf den Charakter der römischen Wirtschaft zurück; wo Leistung und Gegenleistung einander gegenüber gestanden hätten, da sei jedes auch formlose Geschäft respektiert worden. Eine Ausnahme sei das formlose Schenkungsversprechen deswegen gewesen, weil - nach POLYBIOS - in Rom niemand schenkte, wenn er nicht mußte.

daher nur als eine Form der Sachmiete betrachtet¹.

Diese rechtliche Regelung stand in Übereinstimmung zum einen mit der Tatsache, daß die Lohnarbeit vom besitzenden Römer der Oberschicht als verachtenswerte Tätigkeit und der Lohnarbeiter als kaum über dem Sklaven stehend betrachtet wurde², zum anderen damit, daß die Pflichten des Unternehmers sich ausschließlich auf die Lohnzahlung (die Zahlung des Mietpreises) beschränkten. Während der Sklavenhalter noch daran interessiert war, die ihm gehörende Sache Sklave funktionstüchtig zu erhalten und er sich daher normalerweise um ein gewisses Wohlergehen kümmerte, gab es solche Rücksichten gegenüber dem Arbeiter schon nicht mehr³ - für ihn sorgte aus Angst vor Revolutionen nun nur noch der Staat, wenn er keinen oder einen nicht ausreichenden Lohn erhielt. In freien Verträgen konnte der Lohn zeitweise so niedrig vereinbart werden, daß er unter dem für den Lebensunterhalt notwendigen Maß lag; freie Arbeit war schließlich so preiswert zu erhalten, daß sie billiger kam als die Sklavenarbeit⁴.

1 Näher hierzu JÖRS-KUNKEL, Seite 238, Anmerkung 3; MAX KASER, Privatrecht, Seiten 167/170; KASKEL-DERSCH, IV, Seite 142; MAYER-MALY, Seite 284.

2 Dazu EDGAR LOENING, Arbeitsvertrag, Seite 742; MAYER-MALY, Seite 282; NÖRR, Seite 69.

3 Ein Beweis für diese Feststellung ist etwa in der Tatsache zu sehen, daß Gutsherren in ungesunden Gegenden lieber freie Arbeiter als Sklaven beschäftigten (THEODOR MOMMSEN, Römische Geschichte, I, Seite 835 ; ROSTOVITZ, I, Seiten 168/169), wie VARRO es empfohlen hatte (Rerum rusticarum, I, 17, 3).

4 CICCOTTI, Seite 158. Über Lohnhöhe und Lohnpolitik näher HEICHELHEIM, Seiten 787 bis 791 und passim mit dem Hinweis darauf, daß die Löhne "erbärmlich niedrig auch in verhältnismäßig besseren Zeiten" waren (Seite 788).

C. GRÜNDE FÜR DEN ERFOLG DER ZWEITEN REZEPTION

Der Rückblick auf die römische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung hat eine partielle morphologische Parallelität zur ökonomisch-sozialen Struktur Deutschlands erkennen lassen. Mit dem Wachsen der Produktivkräfte ist hier wie dort die Freiheit wirtschaftlicher Betätigung ebenso zu finden wie das Anwachsen der Lohnarbeiterschaft, die, von den Produktionsmitteln getrennt, nur noch ihre Arbeitskraft verkaufen kann. Damit steht in Übereinstimmung der Ausbau der Gewerbe und der Warenproduktion. Auch das Frühstadium einer Industrialisierung und neuer Formen der Arbeitsorganisation in fabrikartigen Betrieben mit Ansätzen schon zu Großunternehmen ist in Rom nicht zu übersehen. Weiter fällt ins Auge die Vertreibung vieler Menschen vom Land und ihr Zuzug in die größeren Städte, in denen dann das eigentliche Proletarierdasein begann. Das Leben der freien Arbeiterschaft in beiden Gesellschaftskörpern war zugleich gekennzeichnet durch häufig nicht ausreichenden Lohn, durch zyklische Arbeitslosigkeit, durch Wohnungsnot und durch die Notwendigkeit staatlicher Unterstützungsmaßnahmen.

Von den Romanisten wurde nun das römische Recht auf die Form zurückgeführt, die das Privatrecht in der justinianischen Kodifikation des 6. Jahrhunderts gefunden hatte. In ihm bildete das Vermögensrecht den vollkommensten Teil, und infolge seiner Anwendung auf die verschiedenen Völker des römischen Weltreiches waren ihm auch die für jedes Recht sonst typischen nationalen Eigenheiten weitgehend abgeschliffen worden¹. In

¹ Näher BOEHMER, Seite 56; DURANT, III, Seite 432; GIERKE, Genossenschaftsrecht, I, Seite 4; MAX KASER, Römisches Recht, Seite 340; THEODOR MOMMSEN, Römisches Recht, Seite 593.

dieser Fassung stellte es einen Ausdruck der Rechtsbeziehungen dar, die in der ökonomischen Entwicklungsstufe der Warenproduktion entstehen. Ein Recht, das präzise die Verhältnisse zwischen den einzelnen Warenbesitzern regeln konnte, mußte auch den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaftsordnung entsprechen. Bei aller sonstigen Unterschiedlichkeit der Gesellschaftsordnungen war eben entscheidend, daß "bürgerliche Klasseninteressen und mit diesen assoziierte ökonomische Vorstellungen" (MAX WEBER¹) eine Übereinstimmung der Privatrechtssysteme herbeiführten. Wieder zum reinen römischen Recht zurückzukehren bedeutete also, da nun der merkantilistisch-feudale Ballast abgestoßen werden konnte, eine durchaus zukunftssträchtige, dem Fortschreiten des Kapitalismus entsprechende Entscheidung².

Als "ein günstiges Zeichen für die nationale Kraft" betrachtete es der Rechtshistoriker WILHELM ARNOLD (1826-1883) im Jahr 1865, "daß der erste lebhaftere Aufschwung unserer Rechtswissenschaft mit den großen Fortschritten der Industrie und des Verkehrs zusammengefallen ist und daß die Technik der Jurisprudenz mit der der Maschinen und Fabriken gleichen Schritt gehalten hat"³.

1 MAX WEBER, Rechtssoziologie, Seite 161.

2 Im Ergebnis ebenso (mit zum Teil abweichender Begründung) ARNOLD, Seiten 103, 104, 108, 111; COING, Seiten 104/105; ENGELS, Brief an Kautsky vom 26. Juni 1884 (hier: Seite 615), Feuerbach, Seite 369, Sozialismus, Seite 98, Bourgeoisie, Seiten 163/164; ENGELS-KAUTSKY, Juristen-Sozialismus, Seite 496; RADBRUCH, Vorschule, Seite 45; SCHNABEL, III, Seite 68; WIEACKER, Sozialmodell, Seiten 6/8.

3 ARNOLD, Seite XVII.

Diese Entscheidung mußte auch deswegen erfolgversprechend sein, weil mit der Übernahme alten römischen Rechts die Privatrechtsordnung nach einem prägnanten Wort WIEACKERS zu einem Aggregat subjektiver Rechte sich entwickelte¹ und damit die Sozialgebundenheit des Rechts der ständischen Gesellschaft entfiel². Das römische Zivilrecht, ein Spiegel der hohen Entwicklung der Wirtschaft³ und zugeschnitten auf den Menschen, der als Eigentümer in ein Rechtsverhältnis zu anderen tritt⁴, bot sich nun an mit seinem auf unbeschränkter Verfügungsfreiheit beruhenden Eigentumsbegriff, seinem ausgeprägten Schutz des Eigentümers und des Gläubigers sowie seiner Vertragsfreiheit⁵.

Der Zusammenhang zwischen römischem Recht, Vertragsfreiheit und Gesellschaftsordnung ist auch Zeitgenossen

-
- 1 WIEACKER, Sozialmodell, Seite 20.
 - 2 MICHAELIS hat darauf hingewiesen (Seite 16), daß das römische Recht befreit wurde "von den Zutaten des Mittelalters und der Neuzeit". Der Ausdruck 'Zutat' scheint glücklich gewählt. In ihm kommt zum Ausdruck, daß eine solche soziale Bindung nicht mehr als integrierender Bestandteil der Rechtsordnung verstanden wurde und daß "für materiale Erwägungen im Privatrechtsdenken des 19. Jahrhunderts eigentlich kein Raum mehr" blieb (COING, Positive Rechtswissenschaft, Seite 19).
 - 3 ROSTOVTZEFF, I, Seite 151. An anderer Stelle weist ROSTOVTZEFF darauf hin, "wie vollkommen das römische Zivilrecht den Erfordernissen des kompliziertesten Geschäftslebens entsprach" (I, Seite 321).
 - 4 Dazu näher BEBEL, Frau und Sozialismus, Seite 310; ENGELS, Anti-Dühring, Seite 96.
 - 5 Dazu näher BOEHMER, Seite 57; DAHM, Seite 81; HEICHELHEIM, Seite 815; POEHLMANN, Soziale Frage, Seite 345; SCHNABEL, I, Seite 138; SCHUMPETER, Seite 111; STAMMLER, Wirtschaft und Recht, Seite 184; WESENBERG, Seite 154.

deutlich gewesen. Der liberale Politiker, Historiker und Rechtslehrer THEODOR MOMMSEN (1817-1903) erklärte im Jahr 1848: "Wenn wir also streben ein Recht zu entwickeln, das sich für freie Bürger schickt, so dürfen wir, was das Civilrecht betrifft, in dieser Beziehung unbedingt auf das römische Recht der klassischen Periode fussen und sicher sein einen Geist darin zu finden, der wohl oft dem Princip der Solidarität der Staatsbürger unter einander, nicht aber dem der Freiheit des Individuums widerstreitet"¹.

Ein weiterer Grund für die Durchsetzung des römischen Rechts ist darin zu finden, daß es ein national-einheitliches Privatrecht bildete. Über die Grenzen partikularen Rechts hinweg schuf es die Gemeinsamkeit zivilrechtlicher Anschauungen und Verhaltensweisen, die die nach wirtschaftlicher Einheit strebende ökonomische Entwicklung Deutschlands benötigte. In einer Zeit, in der die Zollschränken zu fallen begannen, kam daher der Pandektistik die Aufgabe zu, die Einheit des Privatrechtssystems so weit wie möglich herzustellen.

Schließlich darf nicht aus den Augen gelassen werden, daß sich jede Gesellschaft das ihrer Sozialstruktur und ihren Machtverhältnissen entsprechende Recht schafft. Es erscheint ausgeschlossen, daß in einem Staat auf längere Zeit ein Recht besteht, das der Gesellschaftsordnung entgegengesetzt ist. Hiervon ausgehend kann gefolgert werden,

1 THEODOR MOMMSEN, Historische Rechtswissenschaft, Seite 583.

daß im Deutschland des vorigen Jahrhunderts in jedem Fall ein Recht entstanden wäre, das dem römischen in wesentlichen Punkten entsprochen hätte¹.

1 Ebenso THEODOR MOMMSEN, der im Jahr 1845 feststellte, man sei "da angekommen, wo bei einer naturgemässen Entwicklung unsers Rechts dies doch mit dem Römischen zusammengefallen wäre". Römisch sei dieses Recht schon gar nicht mehr. Das noch gültige Recht sei nur "eine verständige und practische Feststellung derjenigen Rechtsätze, welche eigentlich auch schon aus der Natur der Verhältnisse entwickelt werden könnten" (Volksrecht, Seite 496).

Zweites Kapitel

VERTRAGSFREIHEIT UND GESELLSCHAFTSORDNUNG IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

Mit dem Scheitern der Revolution von 1848/1849 begann ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte: getragen vom Bürgertum und seinen Interessen, hatte sich doch mit der unübersehbaren Beteiligung von Arbeitern angekündigt, daß während der folgenden Zeit die Forderungen der Arbeiterschaft in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen treten würden.

Schon im Jahr 1850 hatte LORENZ STEIN festgestellt, daß "für den wichtigsten Teil Europas die politische Reform und Revolution" beendet sei: "Die soziale ist an ihre Stelle getreten und überragt alle Bewegungen der Völker mit ihrer furchtbaren Gewalt und ihren ernstesten Zweifeln"¹. Und drei Jahre später erklärte der Liberale LUDWIG ROCHAU: "Die deutsche Nationalpolitik hat keinen schlimmeren Feind als den revolutionären Sozialismus - einen Feind, der nicht durch Zugeständnisse beschwichtigt, nicht durch Vergleiche unschädlich gemacht, nicht durch Geschenke bestochen, sondern im offenen schonungslosen Krieg niedergekämpft sein will"².

1. Teil

VERTRAGSFREIHEIT UND WIRTSCHAFT

Die deutsche Wirtschaft dieser zweiten Jahrhunderthälfte wurde charakterisiert durch eine weitere Leistungssteigerung von Landwirtschaft und Industrie auf der einen Seite und eine rapide Zunahme von Kapitalansammlung, Konzentration, Wettbewerbsbeschränkung und Interessenpolitik auf der anderen Seite.

1 LORENZ STEIN, Geschichte der sozialen Bewegung, I, Seite 112.

2 ROCHAU, Realpolitik, Seite 148.

1. Abschnitt

DIE ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

War in der ersten Jahrhunderthälfte der Grund gelegt worden für die Anwendung von Naturwissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Landwirtschaft, so wurde diese Entwicklung jetzt fortgeführt. Im Mittelpunkt stand die immer stärkere Verwendung künstlichen Düngers und modernerer Maschinen, so daß ein weiterer Produktionsanstieg zu verzeichnen war¹.

Ökonomische Fortschritte sind in der Zeit nach 1850 aber vor allem auf industriellem Gebiet festzustellen. Der Kohlen- und Erzbergbau sowie das Hüttenwesen entwickelten sich in einem solchen Umfang², daß KEYNES sagen konnte³, nicht mit 'Blut und Eisen' sei das deutsche Reich geschaffen worden, sondern mit 'Kohle und Eisen'. Die Textilindustrie nahm einen weiteren Aufschwung⁴. Die chemische, die elektrotech-

-
- 1 In der zweiten Jahrhunderthälfte stiegen die Hektar-Erträge bei Weizen um 38 % (gegenüber 1800 um 64 %), bei Roggen um 30 % (gegenüber 1800 um 54 %), bei Hafer um 53 % (gegenüber 1800 um 113 %), bei Kartoffeln und Wiesenheu gegenüber 1800 um 45 % (nach FRANZ, Quellen, Seite 449).
 - 2 Die Kohlenförderung stieg in den Jahren zwischen 1870 und 1900 von 34 auf 150 Millionen Tonnen (und damit auf rund ein Fünftel der Weltkohlegewinnung von 700 Millionen Tonnen); die Stahlerzeugung erhöhte sich im selben Zeitraum von 0,2 auf 6,6 Millionen Tonnen, die Roheisenproduktion stieg von 1,4 auf 8,5 Millionen Tonnen (CIPOLLA, Seiten 43 und 45; GURLAND, Seite 322; KUCZYNSKI, Lage, III, Seite 123).
 - 3 KEYNES, Die wirtschaftlichen Folgen, Seiten 63/64.
 - 4 Allein der Baumwollverbrauch stieg im Zeitraum zwischen 1870 und 1900 von 81.000 auf 308.000 Tonnen (KUCZYNSKI, Lage, III, Seite 123).

nische und die optische Industrie entfalteteten sich, der Motorenbau gewann immer größere Bedeutung¹. Parallel dazu wuchs die Bedeutung der Banken². Das Verkehrswesen wurde ausgebaut (Eisenbahnen³, Dampfschiffe⁴, Straßen⁵), die Postbeförderung beschleunigt, die Nachrichtentechnik (Telegrafie, Telefon) verbessert⁶. Stärkere Maschinisierung,

1 WEHLER, Probleme, Seite 75.

2 Ein "Zeitalter der Großbanken" nennt GOLO MANN diese Periode (Deutsche Geschichte, Seite 393). Schon im Jahr 1851 war die Berliner Disconto-Gesellschaft, im Jahr 1853 die Bank für Handel und Industrie entstanden; die beiden Unternehmen verfügten im Jahr 1857 über ein Aktienkapital von je rund 40 Millionen Mark. Im Jahr 1856 wurden acht weitere Kreditbanken mit einem Kapital von 85 Millionen Mark geschaffen. Im Jahr 1870 wurden die Deutsche Bank und die Commerz- und Disconto-Bank mit einem Aktienkapital von 15 und 30 Millionen Mark gegründet; 1872 entstanden 49 Banken und Kreditinstitute mit einem Kapital von über 345 Millionen Mark sowie die Dresdner Bank mit einem Kapital von 24 Millionen Mark (BERTHOLD, Seiten 87, 98, 101; WERNER STEIN, Seite 931; KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 21).

3 Die Länge des Eisenbahnnetzes wuchs von rund 6.000 Kilometern im Jahr 1850 über 19.000 Kilometer im Jahr 1870 auf 51.000 Kilometer im Jahr 1900 (ELSE CONRAD, Seite 11; KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 123, und Wirtschaft, Seite 200). Welcher Bedeutung die damit verbundenen Verkehrsleistungen waren, mag das Folgende verdeutlichen: Während mit der Postkutsche im Jahr 1831 in Preußen eine halbe und in ganz Deutschland etwa eine Million Reisende befördert wurden, fuhren im Jahr 1912 mit den deutschen Eisenbahnen schon über 1,7 Milliarden Menschen (GURLAND, Seite 317).

4 Während die Dampfschiff-Tonnage im Jahr 1850 nur etwa 10.000 Tonnen betrug, war sie bis zum Jahr 1875 auf 333.000 Tonnen und bis zum Jahr 1900 auf 1,3 Millionen Tonnen gestiegen (LÜTGE, Geschichte, Seite 496; HOLBORN, Geschichte, III, Seite 152).

5 In Preußen gab es 28.000 Kilometer Chausseen im Jahr 1862 und fast 83.000 Kilometer im Jahr 1895 (WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seite 392).

6 Gegen Ende des Jahrhunderts bestand weitgehend K o n - t r a h i e r u n g s z w a n g für die Personen- und Güterbeförderung auf den Eisenbahnen, für die Beförderung von Postsendungen, für die Benutzung von Telegraf und

neue Fertigungsmethoden und Steigen der Arbeitsproduktivität bewirkten trotz verschiedener Krisen insgesamt einen erheblichen Aufschwung der Industrie¹, die Absatzräume auf der ganzen Erde zu erobern begann.

2. Abschnitt

DIE AUSWIRKUNGEN DER VERTRAGSFREIHEIT IM WIRTSCHAFTSABLAUF

Die zweite Jahrhunderthälfte zeichnet sich gegenüber der ersten durch eine allmählich zunehmende Ablösung des Systems der freien Konkurrenz und durch eine wachsende Ballung wirtschaftlicher Macht in einer begrenzten Zahl von Unternehmen aus. Aufgabe des folgenden Abschnittes der Untersuchung ist es, die Rolle der Vertragsfreiheit bei diesem Prozeß darzustellen.

A. KAPITALANSAMMLUNG UND WETTBEWERBSBESCHRÄNKUNG

In der zunehmend auf Massenproduktion mit modernen und teuren Maschinen ausgerichteten Industrie benötigten die einzelnen Unternehmen einen ungleich stärkeren finanziellen Rückhalt als bisher. Es kam zur Entstehung vieler Mittel- und Großunternehmen, die häufig als Aktiengesellschaften über be-

(Fortsetzung)

Telefon und für die städtischen Verkehrsmittel (nach HANS CARL NIPPERDEY, Kontrahierungszwang, Seiten 36 bis 45).

1 Die Industrieproduktion verzehnfachte sich in der zweiten Jahrhunderthälfte (WERNER STEIN, Seite 909).

bedeutendes Grundkapital verfügten¹. Diente auf diese Weise die Vertragsfreiheit einer volkswirtschaftlich sinnvollen Vergrößerung der Kapitalien, so war eine Folge dieser Entwicklung zugleich die Beschränkung oder Aufhebung des Wettbewerbs, des Stimulans und des Korrektivs der sich selbst überlassenen Kräfte der propagierten liberalen Wirtschaft.

Die Kapitalansammlung sicherte endgültig dem Industriebetrieb den Vorsprung vor dem Handwerk² und ließ innerhalb der Industrie den Vorsprung der stärkeren gegenüber den schwächeren Unternehmen wachsen³. Darüberhinaus erfolgten jetzt verstärkt Zusammenschlüsse, deren Tätigkeit auf freier

1 In den Jahren 1850 bis 1859 entstanden 271 industrielle Aktiengesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 600 Millionen Mark. Von 1871 bis 1872 wurden 686 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 2,2 Milliarden Mark gegründet. Allein in der Montan- und Maschinenindustrie wurden von 1871 bis 1873 269 Aktiengesellschaften mit insgesamt 560 Millionen Mark Grundkapital eingerichtet. Im Jahr 1886 dann gab es in Deutschland 2143 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 4,9 Milliarden Mark (KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 25 und Wirtschaft, Seite 94; WILHELM TREUE, Wirtschaftsgeschichte, Seite 555; SCHUNDER, Seite 234).

2 SCHWERIN-THIEME, Seite 246.

3 Das galt nicht nur für die Zulieferbetriebe, die vertraglich und wirtschaftlich an das abnehmende Unternehmen gebunden waren, sondern auch für alle anderen weniger starken Vertragspartner. Der Rechtshistoriker MAX PAPPENHEIM traf die Feststellung, daß "auf den verschiedensten Gebieten des rechtsgeschäftlichen Verkehrs ... die Bedingungen der Vertragsschließung dem auf diese angewiesenen Teil in weitem Umfange von der übermächtigen Gegenpartei diktiert werden können" (Seite 2).

vertraglicher Vereinbarung beruhte und von Zeitgenossen als **M o n o p o l i s i e r u n g** der Wirtschaft bezeichnet worden ist¹; sie trat in Erscheinung in Form von Kartellen, Syndikaten, Trusts, Vereinigungen, Konventionen, Assoziationen, Ringen, Allianzen, Fusionen, Verschmelzungen². Hierher gehören auch der Austausch von Direktoren, die Kumulation von Aufsichtsratsposten, die sich über Jahre und Jahrzehnte erstreckenden Lieferverträge, der Einfluß der Groß-

1 Die Bezeichnung ist bereits im Jahr 1863 von dem Volkswirtschaftler BRUNO HILDEBRAND verwendet worden, der in seiner Abhandlung über 'Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie' von den "Monopolisierungsbestrebungen" der Wirtschaft spricht (Seite 17).

2 SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 539; PLOETZ-CONZE, Seite 836.

Einen eigenen "Staat in der Volkswirtschaft" (WILHELM TREUE, Wirtschaftsgeschichte, Seite 539) bildete das 1893 gegründete Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. In fünf Betrieben des Ruhrgebietes waren allein 80 % der gesamten Hochofenkapazität vereinigt (HAUSSHERR, Seite 396).

Bedeutende **K a r t e l l e** wurden bereits seit Beginn der 50er Jahre auf freier vertraglicher Basis vereinbart. Den Anfang machte im Jahr 1850 der Verein deutscher Papiermacher mit dem erklärten Ziel, Preisaufbesserungen durchzusetzen. Die Produzenten von Eisenbahnschienen, des im Eisenbahnboom besonders begehrten Produktes, folgten im Jahr 1852 mit einem Schienenkartell. Seit dem Jahr 1854 entstanden selbst in der jungen Chemieindustrie Kartelle. Für die spätere Zeit schwanken die Schätzungen über die Zahl der Kartelle zwischen 117, 137 und 210 im Jahr 1890. Im Jahr 1900 sollen 300 Kartelle bestanden haben. Bis zum 1. Oktober 1902 waren dann nach amtlichen Feststellungen bereits 400 Kartelle gegründet worden. Da die Verträge häufig geheimgehalten wurden, kann davon ausgegangen werden, daß die wahre Zahl der Kartelle höher lag. Zum ganzen Komplex BERTHOLD, Seite 196; LAMPRECHT, E II/1, Seite 492; MASCHKE, passim; SOMBART, Volkswirtschaft, Seite 316; WERNER STEIN, Seite 961.

banken¹.

Eine solche Abkehr vom Konkurrenzprinzip geschah durch Preisabsprachen und Marktaufteilung, überhaupt durch eine weitgehende vertragliche Interessenabgrenzung vielfältiger Art. Zweck dieser "Konkurrenzregulierung" (SCHMOLLER²) war, wie das Reichsgericht feststellte, die Erhöhung der Gewinne durch Ausschaltung oder Milderung der Konkurrenz und durch Beeinflussung der Preise³; die entsprechende Klausel in den Verträgen lautete dann etwa, man schließe sich zusammen, um "in Zukunft einen verderblichen Wettbewerb der Fabrikanten untereinander zu verhindern und für ihr Fabrikat einen angemessenen Preis zu erzielen"⁴.

Ein frühes Beispiel für derartige Vereinbarungen ist der Vertrag, der im Jahr 1852 zwischen den Firmen HOERDER BERGWERKSVEREIN, PHÖNIX, HOESCH, JACOBI, HANIEL und HUYSEN über Lieferungen von Eisenbahnschienen geschlossen

-
- 1 Das alles förderte eine "recht bedeutsame Gemeinsamkeit der Geschäfte" und einen "leitenden einheitlichen Einfluß" dirigierender Persönlichkeiten und Unternehmen (SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 545). Im Bankgeschäft etwa kam diese Entwicklung nicht nur dadurch zum Ausdruck, daß die Deutsche Bank ihre Organisation verband mit der von 20 anderen Banken, die Diskontogesellschaft mit der von 18 weiteren Finanzhäusern. Sondern die Banken hatten "ihre Finger in jeder Gründung und Erweiterung von Industriegesellschaften und blieben an dem betreffenden Unternehmen finanziell beteiligt" (STOLPER, Wirtschaft, Seite 32), auch waren die größeren Firmen in den Aufsichtsräten der Banken vertreten.
 - 2 SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 538.
 - 3 RGZ E 38, 155 ff (156).
 - 4 Vereinbarung des SÄCHSISCHEN HOLZSTOFF-FABRIKANTEN-VERBANDES vom März 1893 (zitiert nach RGZ E 38, 155).

wurde. Jeder Partner erhielt ein Kontingent der Schienenlieferungen. Halbjährlich wurde abgerechnet und ein Gewinnausgleich vollzogen. Durch Beitritte weiterer Firmen waren schließlich vertraglich Hütten und Walzwerke in Westfalen, am Niederrhein und im Saargebiet gebunden¹.

Im Jahr 1880 schilderte ENGELS das Vorgehen von Eisenindustriellen, die einen 'Ring' gebildet hatten. Ein Komitee dieses Ringes setzte reihum fest, welchem Mitglied der Auftrag aus einer Ausschreibung, zum Beispiel für Schienen, zu welchem Preis zufallen sollte. Die anderen Mitglieder machten dann höhere Angebote, so daß dem einen ausgewählten Unternehmen der Auftrag erteilt wurde. Zur Sicherung der Absprachen hatte jeder Teilnehmer einen Wechsel über die Höhe der Vertragsstrafe hinterlegt, der bei einem Ausscheren des Mitglieds in Umlauf gebracht und präsentiert wurde².

Von SCHMOLLER ist eine Art Phasenlehre über den Weg entwickelt worden, auf dem es zu einem gemeinsamen Handeln der Unternehmer kam: "Die Phasen ... lassen sich kurz so charakterisieren: 1. Verabredungen über Kreditgewährung, Zahlungsbedingungen und ähnliches; 2. solche über Maximalpreise, welche man für Rohstoffe zahlt, über Minimalpreise, die man beim Verkauf fordert; 3. Hinzufügung des Ehrenwortes und bald von Geldstrafen bei Verletzung, welche man durch hinterlegte Wechsel leicht einziehbar macht; auch das reicht meist nicht aus; also 4. Verteilung des Marktes durch Demarkationslinien, die bei Strafe eingehalten werden müssen, und 5. Verabredungen über das einheitliche Vorgehen bei Submissionen; nur ein Werk bietet, die anderen höchstens zum Schein; 6. feste Verabredungen über die Größe der Produktion jedes Werkes ...; diese

1 Nach MASCHKE, Seite 110.

2 ENGELS, Sozialismus des Herrn Bismarck, Seite 171.

Verabredung verbindet sich meist mit Preisfestsetzungen; 7. reicht auch das nicht, so wird aller Verkauf der Produkte auf eine Zentralstelle übertragen"¹.

In diesem Klima entstand der Einheits- oder N o r m v e r - t r a g ², dessen Bedingungen zu akzeptieren für den schwächeren Partner ein Gebot wirtschaftlicher Notwendigkeit war. Das Prinzip des Aushandelns des ganzen Vertrages wurde nun aufgegeben - die Vertragsbedingungen wurden nicht mehr dem Einzelfall entsprechend, sondern wie in dem meist schon gedruckt vorliegenden Vertragsexemplar vorgesehen vereinbart. Auch ein Ausweichen auf den Vertragsschluß mit anderen Unternehmen wurde immer weniger möglich, weil ganze Branchen sich an derartige Abreden zu halten begannen³. Damit schufen sich die am Markt Stärkeren, worauf LEIST-NIPPERDEY hingewiesen haben⁴, ein eigenes, unabhängig von staatlich gesetztem Recht bestehendes und allgemein anerkanntes Recht.

Alle diese Organisationen gaben ihren Absprachen dadurch

1 SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 540.

2 Von Bedeutung wurden vor allem die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken, der Wertpapier- und Warenbörsen, der Versicherer und der Spediteure (dazu RAMM, Privatrecht, I, Seiten G 59/G 60).

3 Im Ergebnis ebenso (wenn auch mehr auf die gegenwärtige Situation bezogen): ENNECCERUS-NIPPERDEY, II, Seite 1007; ENNECCERUS-LEHMANN, Seite 119; ERMAN-HEFERMEHL, Einführung III 1 vor § 145; FLUME, Rechtsgeschäft, Seite 16; LARENZ, Schuldrecht, I, Seite 68; LEHMANN-HÜBNER, Seiten 27 und 144; PALANDT-DANCKELMANN, Einführung 3 b vor § 145; STAUDINGER-WEBER, Einleitung F 7 sowie N 335 vor § 141.

4 LEIST-NIPPERDEY, Privatrechtsordnung, Seite 48.

rechtsverbindlichen Charakter, daß sie sie in frei geschlossenen Verträgen fixierten und sie auf diese Weise auch vor Gericht durchsetzbar machten. Die Rechtsprechung hatte gegen die Klagbarkeit von Ansprüchen aus solchen Verträgen, etwa von vereinbarten Vertragsstrafen, keine Bedenken¹. Sie ging davon aus, daß zwar früher die Unternehmer-Vereinigungen "nicht entfernt so häufig und ausgedehnt" bestanden "wie gegenwärtig"; jedoch seien sie zur Zeit der Beratung der Gewerbeordnung keineswegs unbekannt gewesen, und wenn die Gewerbeordnung keine Bestimmungen über die Tätigkeit von Verbänden enthalte, so könne daraus nur gefolgert werden, daß Verträge dieser Art nach dem allgemeinen bürgerlichen Recht beurteilt werden müßten. Es liege daher auch kein Verstoß gegen den Grundsatz der Freiheit wirtschaftlicher Betätigung vor, zumal es nicht den Interessen der Allgemeinheit zuwiderlaufe, "wenn sich die an einem Geschäftszweige beteiligten Unternehmer zusammenschließen"².

Es entwickelte sich so in dieser zweithundertjährigen unter zulässiger Ausnutzung der Freiheit des Vertrages eine Vertragsgestaltung, die von PAPPENHEIM als "Vertragsknechtung" bezeichnet wurde³. Es ist aufschlußreich zu

1 Urteil des Reichsgerichts vom 4.2.1897, RGZ E 38, 155 ff, in Fortsetzung der Rechtsprechung, die mit dem Urteil des Reichsgerichts vom 25.6.1890, RGZ E 28, 238 ff, eingeleitet worden war.

2 RGZ E 38, 155 (157, 160, 161).

3 PAPPENHEIM, Seiten 6/7.

beobachten, daß - während sonst die wirtschaftlichen Machtgruppen durchaus robust vor aller Öffentlichkeit ihre Forderungen und Ziele verkündeten - hier mit den verschiedensten Mitteln eine Geheimhaltung durchgesetzt wurde. Zu diesem Instrumentarium gehörte das Schiedsgerichtsverfahren. Das Prinzip der Vertragsfreiheit ließ es zu, mit einem **S c h i e d s v e r t r a g** eine Einigung selbst darüber zu treffen, daß im Streitfall nicht ein ordentliches öffentliches Gericht, sondern eine von Privaten eingesetzte Instanz zuständig für eine Entscheidung sein sollte. Der Gesetzgeber duldet und schützt diese weitgehende Freiheit der Vertragsgestaltung¹, indem er dem Schiedsspruch die Wirkungen eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils zusprach². Damit waren aber auch Tür und Tor für den Abschluß eines Schiedsvertrages geöffnet, der vom ökonomisch stärkeren Teil dem schwächeren oktroyiert werden konnte. Die Institution Schiedsgericht, nicht mit unabhängigen Richtern besetzt, zugleich erste und letzte Instanz sowie in der Verfahrensgestaltung weitgehend frei, konnte - schon bevor es überhaupt zum Prozeß kam - eine einschüchternde Wirkung entfalten, weil die Befürchtung bestand, die Schiedsrichter könnten nicht mit der für ein Gericht gebotenen Unabhängigkeit ihr Urteil fällen. Fand dann aber doch ein Schiedsgerichtsverfahren statt, so hatte es neben anderen auch diesen

1 §§ 851 ff CPO, heute §§ 1025 ff ZPO.

2 § 866 CPO, heute § 1040 ZPO.

Vorteil, daß die Verhandlung nicht öffentlich sein mußte¹ und daß daher die hinter einer solchen Vereinbarung stehenden wirtschaftlichen Vorgänge der Allgemeinheit verborgen bleiben konnten².

Sowohl auf diese Geheimhaltung als auch auf die verbreitete Abstinenz der Rechtslehrer von den Fragen der Machtverhältnisse im Alltagsleben muß die Tatsache zurückgeführt werden, daß die verschiedenen Formen vertraglicher Bindung kein Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung wurden. Die Vertragsfreiheit hatte eine sorgfältige Konstruktion verschiedener Vertragstypen ermöglicht, die trotz ihrer Bedeutung für wesentliche Wirtschaftsbereiche und die gesamte Gesellschaftsordnung von der juristischen Literatur nicht zur Kenntnis genommen wurden³. Das gleiche gilt für die Auswirkungen der intensiv betriebenen Interessenpolitik⁴.

1 § 860 II CPO, heute § 1034 ZPO.

2 Ein Beweis dafür, daß diese Nachteile dem Schiedsverfahren anhafteten, ist in der Tatsache zu sehen, daß der Gesetzgeber sich später (1933) zum Eingreifen gezwungen sah. Er erklärte in einem zweiten Absatz zum § 1025 ZPO einen Schiedsvertrag dann für unwirksam, wenn er von der wirtschaftlichen oder sozialen Überlegenheit des einen Vertragsteiles geprägt worden war. Hierher wurde die Nötigung zum Abschluß des Schiedsvertrages ebenso gerechnet, wie die inhaltliche Gestaltung des Vertrages, wenn sie der stärkeren Seite etwa bei der Ernennung oder Ablehnung der Schiedsrichter ein Übergewicht verschaffte.

3 PAPPENHEIM, Seite 7.

4 Hauptvertreter dieser Politik waren die Interessenverbände. Ihre Zahl stieg bis zum Jahr 1903 auf insgesamt 3.707, wie das vom Reichsamt des Innern veröffentlichte VERZEICHNIS DER IM DEUTSCHEN REICHE BESTEHENDEN VEREINE GEWERBLICHER UNTERNEHMER ZUR WAHRUNG IHRER WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN feststellte (in: Borght, Seite 110). Daneben bestanden unmittelbare persönliche Beziehungen; ALFRED KRUPP konnte bei WILHELM I. um eine Audienz zur Regelung einer "Privat-

Firmen- und Familiengeschichte wurde immer augenfälliger politische Geschichte¹. Machten schon im Jahr 1880 die preußischen Kammern den Eindruck "wahrer Filialen der Börsen"², dann waren endlich Ende des Jahrhunderts "Regierungsapparat und großes Kapital so eng verfilzt, daß es schwer wird festzustellen, wo der eine aufhört und der andere beginnt"³. So verschwanden diejenigen Voraussetzungen immer mehr aus dem Wirtschaftsleben, deren Existenz von der liberalen Wirtschaftslehre als Vorbedingung für ein gedeihliches Funktionieren der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angesehen worden waren.

(Fortsetzung)

Angelegenheit", nämlich eines Staatsdarlehens, nachsuchen (in: Berdrow, Seiten 280/281), und der 'König der Saarindustrie', STUMM, war befreundet mit WILHELM II.

- 1 GOLO MANN, Deutsche Geschichte, Seite 395.
- 2 ENGELS, Sozialismus des Herrn Bismarck, Seite 175.
- 3 KUCZYNSKI, Lage, III, Seite 200. Auch Papst LEO XIII. kritisierte in seiner Enzyklika 'Rerum novarum' die "übermächtige, weil überreiche Partei, die durch ihre alleinige Beherrschung der gesamten Industrie- und Handelstätigkeit jede vermögensschaffende Gelegenheit zu ihrem Nutzen und Vorteil an sich zieht und selbst in der Staatsverwaltung nicht geringe Macht besitzt" (in: Marmy, Seite 406).

B. KONZENTRATION, INTERESSENPOLITIK UND ARBEITSVERTRÄGE

Für die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen war zunächst von Bedeutung, daß die Vertragsfreiheit nicht nur im Gesetz verankert worden war, sondern auch den Schutz der Rechtsprechung fand. So erklärte das **R e i c h s g e r i c h t** ausdrücklich, daß "den Vertragschließenden bei Eingehung des Arbeitsvertrages hinsichtlich **M a ß u n d H ö h e v o n L e i s t u n g u n d G e g e n l e i s t u n g v o l l e V e r t r a g s f r e i h e i t**" gewährt sei¹. Die nach dem Grundsatz der Vertragsfreiheit zustande gekommenen Verträge seien Bestandteil der Rechtsordnung und müßten erfüllt werden²; eine Störung dieser Rechtsordnung sei als Aufforderung zum Ungehorsam (§ 110 StGB) zu verfolgen³.

Weiterhin war gleichermaßen entscheidend der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft. Er ist hier deshalb noch einmal von besonderem Interesse, weil er in zweifacher Hinsicht mit der Vertragsfreiheit in Zusammenhang steht. Auf der einen Seite wurde die Konzentration überhaupt erst ermöglicht durch

-
- 1 3. Strafsenat, Urteil vom 6. Oktober 1890, RGSt E 21, 114 (118). Hervorhebung von mir.
 - 2 Herangezogen wurde ALR, I, 5, § 270 ("In der Regel müssen die Verträge nach ihrem ganzen Inhalte erfüllt werden").
 - 3 4. Strafsenat, Urteile vom 28. November / 3. Dezember 1889, RGSt E 20, 63 (68) und 20, 150 (152);
2. Strafsenat, Urteil vom 28. Januar 1891, RGSt E 21, 299 (300, 302);
1. Strafsenat, Urteil vom 3./15. Januar 1891, RGSt E 21, 304 (305, 306).

die Freiheit der einzelnen Unternehmer, Arbeiter in beliebig großer Zahl vertraglich zu binden. Auf der anderen Seite mußte sich dann wiederum die Tatsache, daß mit wachsender Größe der Unternehmen für eine steigende Zahl von Arbeitern jeweils nur ein Unternehmer Vertragspartner war, nach zeitgenössischer Schilderung als ein "Ankaufsmonopol" auf Arbeitskraft auswirken¹.

Die gesellschaftliche Funktion dieses Konzentrationsprozesses ist nachzuweisen an seinem außerordentlich eindrucksvollen Umfang, den die folgenden Angaben verdeutlichen sollen:

Die Zahl der Großbetriebe mit über 50 Beschäftigten stieg von 4.000 im Jahr 1861 auf 7.800 im Jahr 1875, auf fast 10.000 im Jahr 1882 und auf fast 19.000 im Jahr 1895².

Die 10.000 Großbetriebe des Jahres 1882 beschäftigten insgesamt 1,6 Millionen Menschen; zu diesen Unternehmen gehörten 127 Betriebe mit je über 1.000 und insgesamt 213.160 Berufstätigen. Die 19.000 Großbetriebe des Jahres 1895 beschäftigten insgesamt 3 Millionen Menschen; zu diesen Unternehmen gehörten 255 Betriebe mit je über 1.000 und insgesamt 448.731 Berufstätigen. - Im Jahr 1873 arbeiteten allein bei Krupp 16.000 Menschen, im Jahr 1887 schon 21.000³.

-
- 1 Es war der Volkswirtschaftler WILHELM LEXIS (1837-1914), der darauf hinwies, es habe "der großkapitalistische Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber eine Art von Ankaufsmonopol in Bezug der Arbeit" (Monopol, Seite 1213).
 - 2 SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 514.
 - 3 BERTHOLD, Seite 176; HAUSSHERR, Seite 395; SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 514; WERNER STEIN, Seiten 923, 925, 943, 947.

Die Zahl der je Betrieb Beschäftigten stieg von 1875 bis 1895 um 40 %, im Ruhrbergbau von 1870 bis 1874 um 390 %. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Betriebe von 1875 bis 1895 um 13,25 %, die der Beschäftigten um 54,11 %¹.

Während die Zahl der in Alleinbetrieben Tätigen in den Jahren 1882 bis 1907 von 1,4 Millionen auf 990.000 sank, stieg die Zahl der in Gehilfenbetrieben Beschäftigten von 4,5 Millionen auf 9,9 Millionen. Im gleichen Zeitraum fiel die Zahl der Personen, die in kleinen Betrieben mit bis zu 5 Beschäftigten arbeiteten, von 5,8 Millionen auf 2,2 Millionen. Aber in derselben Zeit stieg die Anzahl der in mittelgroßen Betrieben (bis zu 50 Beschäftigte) Tätigen von 1,1 auf 2,7 Millionen, die der in großen Betrieben (über 50 Beschäftigte) von 1,6 auf 5 Millionen².

Gegen Ende des Jahrhunderts bestanden 500 Werke - mit je über 1.000 Arbeitskräften -, die insgesamt rund eine Million Beschäftigte verzeichnen konnten³.

Schließlich wurde noch das auf freier vertraglicher Grundlage beruhende gemeinschaftliche Handeln der Unternehmer von Bedeutung, das gegen die Bemühungen der Arbeiterschaft um höheren Lohn und um eine neue Gestaltung der Arbeitsverträge gerichtet war⁴ und einen wichtigen Ausschnitt aus dem weiten

1 BERTHOLD, Seite 176.

2 HERKNER, Arbeiterfrage, II, Seite 45.

3 KUCZYNSKI, Wirtschaft, Seite 93.

4 § 1 der Satzung des GESAMTVERBANDES DEUTSCHER METALLINDUSTRIELLER bezeichnete es als Zweck des Verbandes, "unberechtigte Bestrebungen der Arbeitnehmer ... gemeinsam abzuwehren und in ihren Folgen unschädlich zu machen" (zitiert nach Gerhard Erdmann, Seite 55).

Bereich der von ihnen betriebenen Interessenpolitik darstellt. Die Unternehmer bedienten sich weiter Methoden der Repression, die etwa in den 'Schwarzen Listen' zum Ausdruck kamen¹ und den Abschluß von Arbeitsverträgen mißliebiger Arbeiter für ganze Produktionsbereiche und Provinzen unmöglich machen konnten. Gemeinsame Entlassungen und Aussperrungen wurden verabredet². Das einheitliche Auftreten den Arbeitern gegenüber wurde mit hohen Vertragsstrafen gesichert; dem gleichen Ziel diente die 'Materialiensperre': ein Verband schloß mit den Zulieferbetrieben Verträge, die diese Betriebe verpflichteten, im Fall von angeordneten Aussperrungen weder an Außenstehende noch an Verbandsmitglieder Material zu liefern³. Die Unternehmer kämpften endlich mit Erfolg gemeinsam gegen den Versuch der Arbeiter, auf dem Weg der Tarifverträge ein Mitwirken am Vertragsinhalt zu erreichen⁴.

1 SCHMOLLER (Soziale Frage, Seite 490) bezeichnete dieses Vorgehen als eine "geheime Feme, gegen die es keine Klage und keine Rechtfertigung gab". Nach LAMPRECHT (Geschichte, E II/2, Seite 302) sollte der Arbeiter wieder "sozusagen zum adscriptus glebae" werden.

2 WALTERSHAUSEN, Seite 230.

3 BORGHT, Seite 116.

4 In einer Resolution des ZENTRALVERBANDES DEUTSCHER INDUSTRIELLER hieß es: "Der Zentralverband Deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gezielten Fortentwicklung überaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen ebenso dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jedes Unternehmens notwendige Freiheit der Entschliebung über die Verwendung seiner Arbeiter und die Lohnfestsetzung, als wie sie auch den einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation bringen. Die Tarifverträge sind... schwere Hindernisse... der deutschen Industrie" (zitiert nach Gerhard Erdmann, Seite 76).

2. Teil

VERTRAGSFREIHEIT UND GESETZGEBUNG

Die zweite Jahrhunderthälfte brachte die Erfüllung des lange gehegten demokratischen Wunsches nach einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung. Im Zusammenhang mit dem starken wirtschaftlichen Wachstum schien sich nun die Chance zu eröffnen, Freiheit und Wohlstand für alle zu verwirklichen.

1. Abschnitt

DER MECHANISMUS DER GESETZGEBUNG

Der im Verlauf des Wiener Kongresses gegründete, während der Revolution von 1848/1849 aufgehobene und dann im Jahr 1850 wiederhergestellte Deutsche Bund besaß keine eigene Gesetzgebungskompetenz, sondern konnte nur ein Gesetz den Einzelstaaten zur Einführung empfehlen. Dort wiederum lag diese Kompetenz nicht bei einer vom Volk gewählten Versammlung, sondern bei den Fürsten. Soweit 'Kammern' überhaupt an der Gesetzgebung beteiligt waren¹, kamen in ihnen auch nur die Interessen des Adels oder des Besitzbürgertums zu Wort². Von Bedeutung für die Gesetzgebungstätigkeit wurde erst der Reichstag.

-
- 1 Die Landtage, die kein Selbstversammlungsrecht besaßen und vom Herrscher einberufen und aufgelöst wurden, waren meist nach dem Zweikammersystem aufgebaut, wobei "die erste Kammer die Domäne des Adels war, die zweite nach einem meist ziemlich undemokratischen System gewählt wurde" (MITTEIS-LIEBERICH, Seite 236). In Preußen gab es nur eine Kammer, die bei der Gesetzgebung auch nur beratend tätig werden durfte, während den süddeutschen Landtagen ein beschränktes Mitspracherecht eingeräumt worden war.
 - 2 In der ersten Kammer "pflanzte sich die alte Adelsherrschaft... fort", während in der zweiten Kammer infolge des auf der Steuerzahlung beruhenden Klassenwahlrechts "das Besitzbürgertum... ein bestimmendes Übergewicht" erhielt (MITTEIS-LIEBERICH, Seite 238).

A. DER REICHSTAG

Das Ende des Deutschen Bundes infolge des Krieges von 1866 machte den Weg frei für das alte liberale Ziel einer Volksvertretung. Sowohl der Reichstag des Norddeutschen Bundes als auch das Parlament des Deutschen Reiches wurden daher nach den Prinzipien des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt. Jedoch war das Wahlsystem mit zwei schweren Mängeln behaftet: zum einen bestand eine starre Wahlkreiseinteilung, die vor dem Massenzugzug in die großen Städte und damit vor der immer stärker werdenden Gewichtsverschiebung vom Land zur Stadt, vom Bauerntum zur Arbeiterschaft die Augen verschloß¹. Zum anderen wurde nach dem Mehrheitswahlsystem abgestimmt, auf Grund dessen alle die Stimmen verloren gingen, die nicht für den siegreichen Bewerber abgegeben waren. So geschah es, daß auch bedeutende Minderheiten keinen Wahlerfolg verbuchen konnten. Da nun, auf das gesamte Wahlgebiet umgerechnet, diese nicht zählenden Stimmen eine beträchtliche Höhe erreichten, lag die Zahl der Mandate einzelner Parteien unter ihrem Gesamtstimmenanteil, während andere Parteien wiederum mehr Sitze erhielten, als ihr proportionaler Anteil ausmachte. Das führte "trotz der formellen Gleichheit im Zählwert" zu einer "materiellen Ungleichheit im Erfolgswert" der Stimmen². Im Nachteil waren dabei vor allem die Sozialdemokraten: sie benötigten 1871 mehr als das Sechsfache, 1887 das Dreieinhalbfache und noch 1907 fast das Dreifache der Durchschnittszahl für ein Mandat.

-
- 1 Die Wahlkreiseinteilung, die von 1869 bis 1918 nicht geändert wurde, bewirkte etwa, daß die Stimme eines Wählers im schlesischen Kreis Löwenberg eine zehnmal größere politische Bedeutung besaß als die eines Wählers im Wahlkreis Berlin VI (nach HERKNER, Arbeiterfrage, II, Seite 124).
 - 2 ERNST RUDOLF HUBER, Verfassungsgeschichte, III, Seiten 875/876 mit ausführlichem Nachweis an Hand der einzelnen Wahlergebnisse.

Im Reichstag waren im einzelnen folgende Gruppierungen von Bedeutung:

Die K o n s e r v a t i v e n ¹ vertraten die Interessen von Grundbesitz, Handwerk und protestantischer Orthodoxie². Sie stemmten sich gegen das liberale Privatrechtssystem sowie die mit ihm verbundene Vertragsfreiheit und forderten eine Rückkehr zu deutschrechtlichen Grundsätzen.

Die Deutsch-Konservative Partei forderte in ihrem Gründungsaufwurf 1876 eine "W e i t e r b i l d u n g u n - s e r e s ö f f e n t l i c h e n u n d p r i - v a t e n R e c h t e s", die "den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Stetigkeit unserer gesamten politischen, sozialen und geistigen Entwicklung sichert". Darunter verstand sie eine "gerechte Würdigung der zur Zeit nicht ausreichend berücksichtigten Interessen von Grundbesitz, Industrie und Handwerk" durch "schrittweise Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals". Sie wandte sich gegen das allgemeine Wahlrecht sowie die "Ausschreitungen der sozialistischen Irrlehren" und verlangte eine "wirksame Fabrikgesetzgebung", um die "sittliche und wirtschaftliche Lage der Lohnarbeiter", aber auch "das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sichern und zu fördern"³. Im Programm von 1892 verlangte sie, "daß das neue Bürgerliche Gesetzbuch von d e u t s c h - n a t i o n a l e m R e c h t s b e w u ß t s e i n getragen werde"⁴.

1 Konservative Partei (Deutsch-Konservative Partei), Deutsche Reichspartei (Freikonservative Partei), Bund der Landwirte, Antisemitische Deutsch-Soziale Partei.

2 BRANDENBURG, Seite 409.

3 Abgedruckt bei Wolfgang Treue, Seiten 64/66. Hervorhebung von mir.

4 Abgedruckt bei Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seiten 78 bis 80, hier: 79. Hervorhebung von mir.

Noch deutlicher wurden diese Forderungen von der Antisemitischen Deutsch-Sozialen Partei in ihren Grundsätzen und Forderungen vom Jahr 1889 erhoben. Der freie Arbeitsvertrag in seiner bisherigen Gestaltung sollte abgelöst werden durch eine unter Mitwirkung von Arbeitern und Unternehmern herbeigeführte " a l l g e m e i n e R e g e l u n g u n d F e s t s t e l l u n g d e r g e s a m t e n A r b e i t s - u n d D i e n s t - v e r h ä l t n i s s e ". Staatliche Einigungsämter sollten eingesetzt werden. "Deutsche Rechtsgrundsätze" müßten "das römische Recht der bloßen Besitztitel verdrängen"¹.

Das Z e n t r u m , das sich als Vertretung aller Katholiken verstand, kritisierte die liberale Rechtsordnung und wollte ebenfalls deutschrechtliche Prinzipien wieder einführen, um den genossenschaftlichen Gedanken zu beleben. Gegen die Übermacht des Kapitals sollten 'Mittelstand' und 'Arbeiterstand' von der Gesetzgebung gefördert werden. Die bestehende Eigentums- und Sozialordnung sollte aber gegen alle Änderungsversuche den besonderen Schutz der Legislative genießen.

Im Programmentwurf von 1870, dem inoffiziellen Vorläufer aller späteren Parteiprogramme des Zentrums, wurde eine "Ausgleichung der Interessen von Kapital und Grundbesitz einerseits und der Arbeit andererseits" verlangt. "Der Schutz und die Förderung eines kräftigen Mittelstandes in Land und Stadt" seien von großer Bedeutung. Zugleich sorgte sich der Entwurf um "die Lage des eigentlichen

1 Abgedruckt bei Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seiten 73 bis 78, hier: 76/77. Hervorhebung von mir.

Arbeiterstandes"¹. - Im Programm von 1870 und im Programmmentwurf von 1871 forderte das Zentrum die "Beseitigung der sozialen Mißstände und Förderung aller Interessen des Arbeiterstandes durch eine gesunde christliche Gesetzgebung". Zu diesem Zweck wollte es auf die Rechtsordnung einwirken, denn: "Ein Deutsches Reich fordert vor allem d e u t s c h e s R e c h t und deutsche Freiheit im Sinne eines gesicherten Rechtsgebietes für die individuelle und genossenschaftliche Freiheit im Gegensatz zu der lügenhaften Freiheit des Absolutismus und Liberalismus, welche die Freiheit des Individuums und der Genossenschaft vernichten"². Im Jahr 1877 trat die Partei für eine "Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung" ein. Seien "einerseits die Grundsätze zu bekämpfen, welche das Eigentum und die soziale Ordnung bedrohen", so müßten doch "andererseits die berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes unterstützt" werden³. Später forderte das Zentrum eine "Vervollkommnung der Arbeiterschutzgesetzgebung zum Zwecke einer gewerblichen Ausbildung, einer gerechten Entlohnung, einer gesicherten, stufenweise aufsteigenden Stellung und einer würdigen Behandlung der Arbeiter"; eine Einwirkung auf die freie Gestaltung des Lohnes und der sonstigen Arbeitsbedingungen wäre zu erwarten gewesen bei einer Einführung von " g e n o s s e n s c h a f t l i c h e n O r g a n i s a t i o n e n , w e l c h e A r b e i t g e b e r u n d A r b e i t n e h m e r u m f a s s e n "⁴.

1 Abgedruckt bei Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seiten 212 bis 216, hier: 215.

2 Abgedruckt bei Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seiten 216 bis 221, hier: 217/220. Hervorhebung von mir.

3 Wahlaufzählung der Zentrumsfraktion des Reichstages für die Reichstagswahl von 1876. Abgedruckt bei Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seiten 225 bis 227, hier: 226.

4 Sozialpolitischer Programmmentwurf von 1894. Abgedruckt bei Wolfgang Treue, Parteiprogramme, Seiten 80/81. Hervorhebung von mir.

Die liberalen Parteien¹ vertraten die Interessen des 'gebildeten' und besitzenden Bürgertums und standen unter Führung von Industriellen, Kaufleuten, Gelehrten und Beamten². Entsprechend ihrer Grundhaltung traten sie vor allem für das freie Spiel der Kräfte auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ein. Der Schutz der Vertragsfreiheit stand im Mittelpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Interessen.

Die Nationalliberale Partei forderte in ihrem Gründungsprogramm von 1867 "eine energisch reformierende Gesetzgebung", die "die Lähmung des Realkredites, die Beschränkung der Freizügigkeit, den Druck des Gewerbes und der Arbeit in den Fesseln der Gewerbeordnung" beenden sollte. Später erklärte sie es zu ihrer Aufgabe, "die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirtschaftliche Freiheit" (Programm von 1891) und damit den "freien Arbeitsvertrag" (Programm von 1907) in Schutz zu nehmen.

Auch die Fortschrittspartei forderte die "Aufrechterhaltung der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit, der Koalitionsfreiheit" (Programm von 1878).

Die Freisinnigen verlangten "die Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung". Sie traten "bei voller Wahrung der Gleichberechtigung, der Selbsttätigkeit und des freien Vereinigungswesens der arbeitenden Klassen für alle auf Hebung derselben zielenden Bestrebungen" ein. Als Ziel ihrer Tätigkeit bezeichneten sie die "Bekämpfung auch des Staatssozialismus sowie der auf

1 Nationalliberale Partei, Freisinnige, Fortschrittspartei.

2 BRANDENBURG, Seiten 409/410.

Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrslebens, der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit gerichteten Maßregeln" (Programm von 1884)¹.

Noch ohne entscheidende Bedeutung blieb die *L i n k e* in Gestalt der Sozialdemokratie, die erst seit dem Jahr 1890 eine größere Zahl von Sitzen erobern konnte.

B. DER MACHTGRUPPENEINFLUSS

Die Mitglieder des Reichstages waren verfassungsrechtlich "Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden"². In der Verfassungspraxis wurden aber von bedeutendem Einfluß auf die Gesetzgebung die bereits geschilderten bürgerlichen und agrarischen Interessenverbände, deren Macht nicht rechtlich begründet, deren politische Tätigkeit nicht rechtlich sanktioniert war³. Sie realisierten ihre Ziele im Rahmen der Legislative dadurch, daß Verbandsmitglieder sich in den Reichstag und dann meist in dessen Expertenkommissionen wählen ließen; auch wurden lobbies in großer Zahl geschaffen, und einzelne Abgeordnete wurden in vielfältiger Form bis hin zum finanziellen Druck beeinflusst⁴. So waren bald ganze Parteien unter den Zugriff bestimmter Industriekreise geraten⁵. Es verwundert daher

1 Sämtlich abgedruckt bei Wolfgang Treue, Parteiprogramme, Seiten 55, 70, 74, 75, 89. Hervorhebungen von mir.

2 Artikel 29 der Reichsverfassung.

3 LEIST, Seite 9.

4 THOMAS NIPPERDEY, Seiten 378/379.

5 WILHELM MOMMSEN, Geschichte, Seite 528.

nicht, schon im Jahr 1874 eine Klage zu hören über "den übergroßen Einfluß", den etwa Industrie und Banken "mit ihren bezahlten, wohlgeschulten Agenten" ausübten (SCHMOLLER¹). Auch außerhalb der großen Interessenverbände gab es steti-ge Beeinflussungen der Abgeordneten. So wurden vor allem von Bankinstituten und industriellen Aktiengesellschaften schon gewählte Abgeordnete in die Aufsichtsräte berufen. Auch ließen sich Direktoren und Mitglieder der Aufsichtsräte als Abgeordnete aufstellen und wählen². Als Gemeinsames dieser Einflußnahmen auf die Legislative schält sich dementsprechend heraus, daß sie in erheblichem Umfang gerichtet war auf die Beeinflussung privatrechtlicher Normen (LEIST³). und auf die "Ausgestaltung ... der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialgesetzgebung" (BORN⁴).

1 SCHMOLLER, Preußischer Staat, Seite 339.

Von GOLO MANN wird diese Aussage heute im großen ganzen bestätigt. Unter Hinweis darauf, daß im 19. Jahrhundert "der Staat zum Zentralorgan des kapitalistischen Wirtschaftskörpers" geworden ist, erläutert er, daß es "zu einem Hauptanliegen jedes großen Wirtschaftsinteresses werden muß, Einfluß auf den Staat zu gewinnen" und erklärt: "Parlament, Bürokratie oder lichtscheuere Medien dienen diesem Zweck" (Deutsche Geschichte, Seite 398).

2 So auch schon ELSE CONRAD (Seite 21) mit dem Hinweis darauf, daß diese Maßnahmen geschahen, um im Parlament "Einfluß zu gewinnen" und "Interessen vertreten zu lassen" und daß die Macht bestimmter Finanzhäuser "eine unerhörte" gewesen sei.

3 LEIST, Seite 9; ähnlich heute WESENBERG (Seite 172) mit dem Hinweis auf die "Vertreter wirtschaftlicher Interessengruppen" in der zweiten BGB-Kommission des Reichstages.

4 BORN, Strukturwandel, Seite 282.

2. Abschnitt

EINZELNE GESETZE

Die Tätigkeit der Legislative schlug sich nieder in Gesetzen, die sich in zwei Gruppen einteilen lassen: in die des liberalen Rechts auf der einen Seite und in die des 'Sozialrechts' sowie des Kampfrechts gegen den Sozialismus auf der anderen Seite.

A. LIBERALES RECHT

Schon bald nach dem Scheitern der Revolution von 1848/1849 begann die Anpassung des geltenden Rechts an die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung mit Hilfe der Gesetzgebung. Nach der Reichsgründung von 1871 kam die Aufgabe hinzu, die Rechts- und Wirtschaftseinheit des neuen Reiches zu schaffen¹; dafür war Voraussetzung, daß das Reich im Gegensatz zum geltenden Verfassungsrecht die Gesetzgebungskompetenz über das gesamte bürgerliche Recht erhielt. Daß dies im Jahr 1873 geschah, war ein Erfolg der Liberalen unter Führung der Juristen EDUARD LASKER und JOHANNES MIQUEL. Nun war neben einem einheitlichen Zivilprozeßrecht² der Weg frei geworden für die Einsetzung des Reichsgerichtes als höchste Instanz für das ganze Reich und für das Bürgerliche Gesetzbuch als der nationalen Zivilrechtskodifikation.

1 Die Wirtschaftseinheit erforderte die Einführung der Währungs- und Münzeinheit. Daher wurde 1871 die Mark als einheitliche Währung festgelegt, 1873 der Goldstandard eingeführt, 1875 die Reichsbank gegründet.

2 Zivilprozeßordnung von 1877.

Zuvor war mit dem Entwurf eines Gesetzes über Schuldverhältnisse ('Dresdner Entwurf'), den Professoren und Richter erarbeitet und 1865 veröffentlicht hatten, eine bedeutende Vorarbeit für ein einheitliches Zivilrecht geleistet worden: der schuldrechtliche Teil des ersten BGB-Entwurfs baute auf diesem Werk auf. Auch das Sächsische Bürgerliche Gesetzbuch von 1865 war mit seiner "begrifflichen und systematischen Durchbildung"¹ Vorläufer eines deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1896 endlich als abschließende Leistung romanistisch bestimmter Rechtslehre ging - gegen die Stimmen der Sozialdemokraten verabschiedet - von den inzwischen, wie RADBRUCH gesagt hat², ganz selbstverständlich gewordenen Prinzipien bürgerlichen Rechts aus, von Eigentumsfreiheit, Vertragsfreiheit und Testierfreiheit.

Vorher waren schon das Wechsel-³ und das Handelsrecht⁴ modernisiert worden. Die allgemeine Freizügigkeit einschließlich des Rechts, "an jedem Ort Grundeigentum aller Art zu erwerben" und "Gewerbe aller Art zu betreiben" war gesichert worden⁵; sie ermöglichte sowohl den unbeschränkten Zuzug der Arbeiter in die Industrieorte als auch die günstigste Stand-

1 WIEACKER, Privatrechtsgeschichte, Seite 464.

2 RADBRUCH, Vorschule, Seite 52.

3 Allgemeine Deutsche Wechselordnung von 1848, als Landesrecht in Staaten des Deutschen Bundes geltend.

4 Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch von 1861, ebenfalls als Landesrecht in Staaten des Deutschen Bundes eingeführt.

5 § 1 des Gesetzes über die Freizügigkeit von 1867, BGBI 1867, Seite 55.

ortwahl der Unternehmen¹. Im Gewerberecht war die Gewerbe-
freiheit verankert worden; zu dieser Freiheit gehörte auch
die Befugnis sowohl des gleichzeitigen Betriebes verschie-
dener Gewerbe als auch desselben Gewerbes an verschiedenen
Stellen². Die Vertragsfreiheit auf dem Gebiet der Arbeits-
verhältnisse war ebenfalls ausdrücklich festgelegt worden³.

Im Jahr 1851 hatte die Liberalisierung des rechtsrheinischen
Bergbaus mit der Beschränkung der staatlichen Einwirkungs-
möglichkeit begonnen, die bis dahin eine freie Gestaltung
der Verträge in diesem Wirtschaftsbereich verhindert hatte⁴.

-
- 1 Von den Interessenten einer umfassenden Einführung der
Freizügigkeit wurde die Ansicht vertreten, "daß sich
unter der Freizügigkeit überall die Bevölkerung auf das
zweckmäßigste für das Ganze von selbst gruppieren würde"
und daß schließlich "Freizügigkeit ohne Gewerbefreiheit...
ein Gehen heiße, bei dem ein Bein gebunden, eins ent-
fesselt sei" (nach Waltershausen, Seite 226).
 - 2 §§ 1 und 3 der Gewerbeordnung von 1869, BGBI 1869, Seite
245.
 - 3 § 105 der Gewerbeordnung von 1869: "Die Festsetzung der
Verhältnisse zwischen ... Gewerbetreibenden und ... Ar-
beitern ist ... G e g e n s t a n d f r e i e r
Ü b e r e i n k u n f t".
 - 4 Der rechtsrheinisch gelegene Bergbau wurde bis dahin immer
noch nach dem Direktionsprinzip betrieben. Das bedeutete
zunächst, daß die Verleihung des Betriebsrechtes vom Staat
vorgenommen wurde; daneben wurden aber auch alle Einzel-
heiten der Produktion, des Verkaufs, der Preise und der
Verwaltung von der Bergbaubehörde vorgeschrieben. Auf meh-
rere dieser Lenkungsmaßnahmen verzichtete nun der Staat.
Er stärkte auch die Funktion der Vertragsfreiheit, indem
er erklärte: "Die Verhältnisse der Miteigenthümer eines
Bergwerks ... unter sich s i n d n a c h d e m
u n t e r i h n e n b e s t e h e n d e n V e r -
t r a g e ... z u b e u r t h e i l e n" (§ 1 des
Gesetzes über die Verhältnisse der Miteigenthümer eines
Bergwerks... vom 12. Mai 1851, GS 1851, Seite 265).

Diese Entwicklung wurde im Jahr 1860 fortgeführt, als auch die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses der Bergarbeiter auf eine liberale Grundlage gestellt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es Bergleute 1. und 2. Grades und Bergtagelöhner gegeben. Erstere konnten die Löhne nicht frei aushandeln und kannten keine Freizügigkeit, standen aber unter Kündigungsschutz und besaßen verhältnismäßig weitgehende Ansprüche auf Versicherungs- und Versorgungsleistungen; die Bergtagelöhner kannten dagegen keinen Kündigungsschutz und kaum Versicherungsansprüche, besaßen aber das Recht der Freizügigkeit und der Freiheit der Lohnaushandlung¹. Mit der Reform von 1860 wurde dann festgelegt, daß die "Abschließung der Verträge zwischen dem Bergwerkseigentümer und den Betriebsführern, den übrigen Grubenbeamten und Bergleuten lediglich dem freien Übereinkommen derselben überlassen" sei². Im Jahr 1865 wurden schließlich die letzten noch bestehenden Einschränkungen aufgehoben³; damit war nun auch dem Bergbau die vollständige Freiheit der

1 WOLFRAM FISCHER, Status, Seite 196.

2 § 2 des preußischen Gesetzes, 'die Aufsicht über den Bergbau und das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter betreffend', vom 21. Mai 1860, GS 1860, Seite 201. - In Sachsen war das schon mit einem Gesetz des Jahres 1851 geschehen. Vorbild für beide Regelungen war die Freiheit vertraglicher Verhältnisse der Bergarbeiter in Frankreich, in Österreich und in England (nach ARNDT, Seite 373).

3 Das 'Allgemeine Berggesetz für die preußischen Staaten' vom 24. Juni 1865 (GS 1865, Seite 705), Vorbild der Reichsgesetzgebung, erklärte in § 3, daß "das Schürfen ... einem Jeden gestattet" sei, und in § 80, daß "das Vertragsverhältnis zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt" werde.

vertraglichen Rechtsgestaltung zugestanden.

Im Jahr 1868 wurde den Kredit-, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die Rechtsfähigkeit verliehen, die Überwachung und Leitung durch die öffentliche Verwaltung wurde beendet. Auch die Kontrolle der Aktiengesellschaften durch den Staat wurde abgeschafft, die umfassende Freiheit wirtschaftlicher Betätigung der Kapitalgesellschaften eingeführt¹.

In engem Zusammenhang mit dieser Gesetzgebung stehen das Hypothekengesetz von 1872 und die Konkursordnung von 1877 (Schutz der Gläubiger). Verbunden mit Einschränkungen der Vertragsfreiheit, aber ohne erheblichen Einfluß auf das soziale Geschehen, bleiben endlich die erst gegen Ende des Jahrhunderts erlassenen Gesetze über Abzahlungsgeschäfte² (1894) und zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (1896) zu erwähnen.

1 Novellen von 1870 und 1884 zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch, in Abänderung der Vorschriften des preußischen Aktiengesetzes von 1843 und des Handelsgesetzbuches in der Fassung von 1861.

2 In den Motiven heißt es: "Was die rechtliche Gestaltung des Abzahlungsverkehrs betrifft, so führt das Streben der Händler nach thunlichster Sicherung auf der einen, die wirtschaftliche Schwäche ihrer Kunden auf der anderen Seite zur Vereinbarung drückender Vertragsbestimmungen ... Auch wird darüber geklagt, daß bei dem Abschlusse der Geschäfte ... die Käufer ... irregeleitet werden" (Gesetzentwurf, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, vom 23. Dezember 1892. Stenographische Berichte, 8. Legislaturperiode, 2. Session 1892/1893, erster Anlagenband, Nummer 69, Seite 418. Hervorhebung von mir).

B. SOZIALGESETZGEBUNG UND KAMPF GEGEN SOZIALDEMOKRATIE

In den Jahren 1877/1878 befand sich die Wirtschaft in der zweiten großen Krise seit der Reichsgründung. Das schon bestehende Verbot einer Anreizung zum Klassenkampf¹ schien nicht mehr ausreichend zu sein. Nachdem im Jahr 1877 die Sozialdemokraten auch noch eine halbe Million Stimmen gewonnen hatten, wurde im Jahr 1878 als Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, die "Schule des Verbrechens"², das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie erlassen³. Das sogenannte Sozialistengesetz, ein Beispiel für den Einfluß der bürgerlichen und agrarischen Interessenverbände auf die Gesetzgebung⁴, war als Modell schon zuvor von dem 'Komitee der Arbeitgeber zur Bekämpfung der Sozialdemokratie' in Form eines Vertrages geschaffen worden⁵. "Ein paar Tropfen sozialen Öls", wie BISMARCK

1 § 130 des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund von 1870 (RGBl 1870, Seite 197) und des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich von 1871 (RGBl 1871, Seite 128) enthielt die Strafdrohung für den, der "in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt".

2 TREITSCHKE, Der Socialismus und der Meuchelmord, Seite 639.

3 RGBl 1878, Seite 351. Es verbot "sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen; die den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken".

4 HABERMAS, Seiten 212/213.

5 Es handelt sich bei diesem Vorgänger um das Sozialistengesetz der Saarindustrie, einen Vertrag, in dem sich Unternehmer verpflichteten, gemeinsam gegen Sozialdemokraten vorzugehen.

erläuterte¹, sollte dann die folgende Sozialgesetzgebung bringen². Sie war ein Ergebnis der Hoffnung, daß der Arbeiter dann an der sozialistischen Staats- und Rechtsauffassung

1 BISMARCK, Reichstagsrede vom 12. Juni 1882; auf die Furcht vor den Erfolgen der Sozialdemokratie als eines wesentlichen Momentes bei den Reformbemühungen verwies BISMARCK später ausdrücklich in der Reichstagsrede vom 26. November 1884 (Gesammelte Werke, Band 12, Seiten 360 und 498).

2 Zur zeitgenössischen Einschätzung dieser Gesetzgebung als eines Beruhigungsmittels BEBEL, Reichstagsrede am 4. April 1881 (Stenographische Berichte, 4. Legislaturperiode, 4. Session, 1. Band, 29. Sitzung, Seiten 747 bis 755) und der SOZIALDEMOKRATISCHE KONGRESS in Kopenhagen im Jahr 1883 (zitiert bei Berthold, Seite 128). Heute im Ergebnis ähnlich BORN, Reichsgründung, Seite 238; BREYSIG, XV, Seite 225; KINDER-HILGEMANN, Seite 77; ROSENBERG, Depression, Seite 213; STOLPER, Seite 50; WILHELM TREUE, Deutsche Geschichte, Seiten 633/634; VALENTIN, Seite 554, sowie, in einen weiteren Zusammenhang mit staatlichen Funktionen stellend, GOLO MANN (Deutsche Geschichte, Seite 401) und SAUER (Nationalstaat, Seite 433).

Diese Feststellungen werden bestätigt durch BISMARCKS Begründung für die Notwendigkeit einer Altersversicherung: "Wenn wir 700.000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Rente beziehen, haben, gerade in diesen Classen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vortheil; wenn sie auch nur 115 bis 200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft; es mag noch so gering sein, es erhält sie aufrecht" (Kohl, Seiten 639/640). Bismarcks Politik stand, wie der liberale Volkswirtschaftler HEINRICH DIETZEL hervorhob, bei allen Reformvorhaben "in der Hauptsache ... im Einklang mit den Grundsätzen und Forderungen echten Liberalismus" (Seite 78). Der konservative Abgeordnete und Schriftleiter der 'Kreuzzeitung' HERMANN WAGENER verwies ebenfalls auf eine Politik, die die Entwicklung "aus feudalistischen und bürokratischen Formen zu einer modernen Erwerbsgesellschaft" legitimiert habe (zitiert in Saile, Seite 108).

Gleichwohl stieß die Sozialgesetzgebung freilich keineswegs auf allgemeine Zustimmung in bürgerlichen Kreisen. Beispiel hierfür ist die Haltung eines offenbar größeren Teiles der Juristenschaft, dem einer der reformgeneigten Juristen, Oberlandesgerichtsrat SILBERSCHLAG, im Jahr 1881 vorwarf: "Noch gegenwärtig bildet das Römische Recht die Grundlage unserer ganzen Rechtswissenschaft; dies hat zur

kein Interesse finden werde, wenn man ihm so viel gewähre, "als berechtigt erscheine und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden könne"¹. Auch sollte die Arbeiterschaft von der immer häufiger vorgebrachten Forderung nach Einführung eines neuen, womöglich kollektiven Arbeitsrechts abgebracht werden².

Nachdem im Jahr 1882 das Sozialistengesetz verlängert worden war, wurden im Jahr 1883 die Krankenversicherung und im Jahr 1884 die Unfallversicherung eingeführt. Im Jahr 1889, wiederum nach Verlängerung des Sozialistengesetzes, folgte die Invaliditäts- und Altersversicherung.

Die preußisch-deutsche Monarchie stand hinter diesen sozialpolitischen Bestrebungen³. WILHELM II., der infolge seines engen Verhältnisses zur Industrie als moderner Monarch galt⁴, stellte aber auch fest, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Not der Zeit und das menschliche

(Fortsetzung)

Folge, daß sehr häufig unsere Juristen, sowohl Theoretiker als Praktiker, juristisch gebildete Verwaltungs- wie eigentliche Justiz-Beamte, da eben ihre ganze juristische Bildung fast ausschließlich auf dem Römischen Rechte beruht, gegen die Fortbildung des eigentlich socialen Rechts eine Nichtachtung zeigen, welche die Weiterbildung unserer socialen Gesetzgebung seit vielen Jahrzehnten empfindlich beeinträchtigt hat und solche noch jetzt beeinträchtigt" (Das Römische Recht und die sociale Gesetzgebung, Seite 415).

- 1 BISMARCK, zitiert nach Brandenburg, Seite 417.
- 2 Ebenso WESENBERG, Seiten 168/169. Einem kollektiven Arbeitsrecht sollte begegnet werden mit dem Bismarck'schen Plan eines "patrimonium pauperum" (BRODNITZ, Seite 140).
- 3 Thronreden WILHELMS I. von 1881 (Stenographische Berichte, 4. Legislaturperiode, 4. Session, 1. Band, Seiten 1 und 2) und von 1884 (Stenographische Berichte, 6. Legislaturperiode, 1. Session, 1. Band, Seiten 1 und 2).
- 4 BORN, Reichsgründung, Seite 258.

Elend sich nicht aus der Welt schaffen ließen¹ und bedrohte folgerichtig die Arbeiter mit unnachsichtiger Strenge bei einem Anschluß an die Sozialdemokraten, die Reichs- und Vaterlandsfeinde². Als er schließlich erkannte, daß mit polizeistaatlichen Mitteln nicht mehr auszukommen war³, forderte er 1890 einen weiteren Ausbau der Sozialreform⁴.

Unter dem Druck der liberalen und konservativen Kreise sowie der Industrie⁵ verschärfte dann der Staat wieder den Kampf gegen die Sozialdemokratie. WILHELM II. wies darauf hin, daß die Sozialreform nur die "innerhalb der staatlichen Ordnung berechtigten und erfüllbaren Wünsche" berücksichtigen werde⁶. Er drohte, die Regierung werde jedem Versuch zur Änderung der Rechtsordnung mit Waffengewalt unter Einsatz des Militärs entgegentreten⁷ und erzwang nun, wie vorher schon Bismarck und einige Unternehmerverbände, den Staatsstreich einschließlich der Wiedereinführung des Klassenwahlrechts⁸. Auch die Justiz

-
- 1 Thronrede WILHELMS II. am 22. November 1888 (Stenographische Berichte, 7. Legislaturperiode, 4. Session, 1. Band, Seite 2).
 - 2 Ansprache an Bergleute am 14. Mai 1889 (zitiert nach Bernstein, III, Seite 2).
 - 3 Berliner Tageblatt vom 6. Februar 1890, Morgenausgabe, Nr. 66 (Wilhelm Mommsen, Bismarcks Sturz, Seite 161).
 - 4 Botschaft vom 4. Februar 1890 (Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Seiten 67 bis 69).
 - 5 WILHELM TREUE, Deutsche Geschichte, Seite 674; REAL, Seite 446; BORN, Strukturwandel, Seite 252; WILHELM MOMMSEN, Geschichte, Seite 536.
 - 6 Thronrede am 6. Mai 1890 (Stenographische Berichte, 8. Legislaturperiode, 1. Session, 1. Band, 1. Sitzung, Seite 1).
 - 7 Rede bei einer Rekrutenvereidigung am 23. November 1891 mit Hinweis darauf, daß die Soldaten dann auf ihre Brüder und Eltern schießen müßten (zitiert nach Bernstein, III, Seite 2).
 - 8 Dazu ausführlich ZECHLIN sowie BORN, Reichsgründung, Seiten 234, 252/253; PLOETZ-WITTRAM, Seite 890; SAUER, Seite 433; THOMAS NIPPERDEY, Seite 375.

sollte wieder stärker in den Kampf gegen die Sozialdemokratie und für das bestehende Zivilrechtssystem eingeschaltet werden. So sollten nach der sogenannten Umsturzvorlage der Reichsregierung¹ öffentliche beschimpfende Äußerungen gegen Ehe, Familie, Eigentum oder Religion mit Gefängnis, andere Umsturzbestrebungen mit Zuchthaus bestraft werden².

-
- 1 Sie wurde 1894 eingebracht. Die Konservativen waren vorbehaltlos für die Annahme. Die Liberalen schwankten. Das Zentrum verlangte, daß auch Angriffe auf die christliche Religion sowie die Lehren und Gebräuche der Kirchen geschützt werden sollten. Als das dem Zentrum zugestanden wurde, waren die Liberalen verstimmt. Daher wurde die Vorlage abgelehnt. Dies hatte zur Folge, daß die Länder die Bekämpfung der Sozialdemokratie übernahmen; aus diesem Grund wurde zum Beispiel in Sachsen das Dreiklassenwahlrecht eingeführt.
- 2 In der Begründung der Vorlage hieß es, daß "der wachsende Einfluß neuer gesellschaftlicher und wirthschaftlicher Theorien mehr und mehr dahin führte, G r u n d - l a g e n u n s e r e r öffentlichen und privaten R e c h t s o r d n u n g , welche den Bestand und die gedeihliche Entwicklung des gesammten Kulturlebens bedingen, zum G e g e n s t a n d e g e h ä s s i g e r K r i t i k u n d w ä h l e r i s c h e r A n g r i f f e zu machen". Zur geschützten Staatsordnung wurden gerechnet "die gesellschaftlichen Grundlagen des staatlichen Verbandes, soweit sie im geltenden Rechte Anerkennung und Schutz finden, vor allem die Familie und das Eigentum", ohne welche der Bestand eines geordneten Staatswesens für unsere Anschauungen ausgeschlossen ist" (Reichstagsdrucksachen, 9. Legislaturperiode, III. Session 1894/1895, 1. Band, Nr. 49, Seiten 4 und 7).

3. Teil

VERTRAGSFREIHEIT UND SOZIALSTRUKTUR

Die weitere beträchtliche Erhöhung der Bevölkerungszahl¹ ermöglichte in der zweiten Jahrhunderthälfte ein Ansteigen der Beschäftigtenzahl um rund 70 %. Zugleich setzte sich der Prozeß der Umschichtung vom Land zur Stadt fort, der die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen um rund 15 % fallen ließ². Beide Tatbestände dokumentieren die Bedeutung des Arbeitsvertrages im allgemeinen und der Vertragsfreiheit im besonderen.

1. Abschnitt

DIE BOURGEOISIE

Der Gegensatz zur erstarkenden Arbeiterklasse wurde der Hauptgrund für das endgültige Umschwenken des ursprünglich auch politisch freiheitlich gesonnenen Bürgertums zur Bourgeoisie, die Frieden mit den bestehenden staatlichen Zuständen geschlossen hatte.

-
- 1 Betrug die Bevölkerung (in den Grenzen von 1871) im Jahr 1855 noch 34,5 Millionen, so stieg sie bis 1875 auf 42,7 und bis 1900 auf 56,3 Millionen. Um 1850 gab es rund 15,1, um 1875 rund 19,4, um 1900 rund 24,2 Millionen Beschäftigte (nach KÖLLMANN, Seiten 21/22 und 84; HOFFMANN, Wachstum der deutschen Wirtschaft, 1965, Seite 35).
 - 2 Waren um 1850 noch rund 55 % der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft tätig, so um 1900 nur noch 40 %. In der gleichen Zeit stieg der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Handwerk von 24,3 % auf 33,7 %, bei Handel, Banken, Versicherungen, Gaststätten von 5 % auf 8,7 %, im Wirtschaftsbereich Verkehr von 1,8 % auf 2,8 % und im Bereich Bergbau und Salinen von 0,9 % auf 2 % (nach HOFFMANN, Seite 35).

A. VOM BÜRGERTUM ZUR BOURGEOISIE

Die bürgerliche Klasse setzte sich im wesentlichen aus drei Schichten zusammen: aus den Angehörigen der Großindustrie und der Hochfinanz, aus den Handwerkern und mittleren und kleinen Fabrikanten, aus den Angestellten, Beamten und den meisten Vertretern von Wissenschaft, Technik und Kunst¹.

Waren diese Kräfte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts teilweise noch verfeindet, so schlossen sie sich nun zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen immer stärker zusammen. Die Revolution von 1848/1849 war gescheitert, die rückschrittlichen Kräfte hatten wieder einmal siegen können über den politischen Liberalismus, aber auch über die Anfänge der Arbeiterbewegung. Der wiederhergestellte Deutsche Bund stieß auf keinen Widerstand, als er eine neue Periode der Reaktion einleitete, in der die einzelnen Staaten nicht nur den Kampf gegen die Reste der freiheitlich-bürgerlichen Bewegung aufnahmen, sondern auch gegen die sich organisierenden Arbeiter². Der ganz über-

1 "Die deutsche Kultur... war eine ganz und gar bürgerliche Kultur". Die Künstler "waren bürgerlicher... Herkunft und hielten sich im Gehalt ihres Schaffens in den Grenzen... dieser Klasse" (WILHELM TREUE, Deutsche Geschichte, Seite 678).

2 Der Bund hob im Jahr 1851 die in der Reichsverfassung von 1849 formulierten Grundrechte auf und erließ im Jahr 1854 Bestimmungen 'zur Verhinderung des Mißbrauchs der Preßfreiheit', von deren Einschränkungen diejenigen Publikationen weitgehend nicht betroffen wurden, "welche alle politischen und socialen Fragen von der Besprechung ausschließen"; zugleich wurden Presseangriffe auf das Eigentum und die Religion unter Strafe gestellt (§§ 7, 9, 16, 17 des Beschlusses vom 6. Juli 1854, Protokolle, 20. Sitzung, § 213, Seiten 620/622). Daneben wurden 'Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im Deutschen Bunde' getroffen und "etwa noch bestehende Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, socialistische oder communistische Zwecke verfolgen",

wiegende Teil des vormals freiheitlichen Bürgertums ging zu einer Haltung über, die er selbst als 'Realpolitik' bezeichnete¹. Hatten sich die Lehren des Wirtschaftsliberalismus inzwischen wie fast überall in Europa endgültig durchgesetzt², so betrachteten die Liberalen von nun an

(Fortsetzung)

verbieten (Titel und § 8 des Beschlusses vom 13. Juli 1854, Protokolle, 21. Sitzung, § 219, Seiten 635/637).

- 1 Die Bezeichnung wurde populär durch die Schrift 'Grundsätze der Realpolitik' (1853/1869) des früheren Bur-schenschafters, Revolutionärs von 1833 und Journalisten LUDWIG ROCHAU, der als Nationalliberaler dem Reichstag angehörte. Die Realpolitik vertrat auch der 1859 gegründete DEUTSCHE NATIONALVEREIN. Er hatte sich die Einheit (Klein-)Deutschlands unter preußischer Führung und die "Sammlung und Aktivierung der politischen Energien des bürgerlichen Lagers" zum Ziel gesetzt. Infolgedessen vertrat er auch "die wirtschaftlichen Interessen der aufstrebenden Kommerz- und Industriegesellschaft" (ERNST RUDOLF HUBER, Verfassungsgeschichte, III, Seiten 388/389).
- 2 GIDE-RIST, Seite 286. Das galt auch für die Handwerker, deren Korporationen seit 1845 wieder Bedeutung gewonnen hatten. Im Jahr 1849 wurde dann nicht nur die Zwangsmitgliedschaft in Innungen wieder eingeführt, sondern es wurde auch die dreijährige Gesellenzeit vorgeschrieben, und die neuen Vorschriften sollten von Gewerberäten überwacht werden. Gegen diese Einschränkung der Gewerbe-freiheit für die Handwerker erhob sich bald Widerstand "in allen denjenigen industriellen und kommerziellen Kreisen, denen eine ungehinderte Bewegung... notwendig war"; die Handwerkerschutz-Maßnahmen erhielten keine Förderung durch den Staat und wurden in vielen Bezirken nicht einmal eingeführt (WALTERSHAUSEN, Seiten 144/145). Sie hätten auch im Widerspruch zur Entwicklung in den anderen deutschen Staaten gestanden, denn zwischen 1859 und 1869 setzte sich fast überall eine liberale Gewerbeordnung durch.

unter Freiheit vor allem die Freiheit der Wirtschaft¹. Es seien "zwei verschiedene Dinge", erklärte LUDWIG ROCHAU im Jahr 1869, "Ideale pflegen und Geschäfte betreiben"².

Gegenüber der Arbeiterschaft begann die Bourgeoisie in der Monarchie mit ihrem Polizei- und Militärsystem³ einen Verbündeten⁴ zu sehen. Es galt, den "Träumereien

-
- 1 Diese Entwicklung hatte sich schon in der ersten Jahrhunderthälfte angebahnt. MARX und ENGELS schrieben gegen Ende dieser Periode: "Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf" (Kommunistisches Manifest, Seite 37). Daß gegenüber dem liberalen Grundanliegen, "möglichst viel Freiheit für möglichst viele Menschen zu schaffen", in Wahrheit "die Besitzinteressen eines sich konsolidierenden Bürgertums" sich durchsetzten, stellt heute auch der Liberale KARL-HERMANN FLACH fest. Er fügt hinzu: "Liberale Phrasen dienten als ideologischer Schleier, hinter dem sich handfeste Interessen verbargen" (Liberalität, Seite 207).
 - 2 ROCHAU, Realpolitik, Vorwort zum zweiten Teil (hier: Seite 207).
 - 3 BEBEL bezeichnete den neuen deutschen Nationalstaat als das "Reich der Klassen- und Säbelherrschaft" (Berthold, Seite 122). Diese Feststellung wird bestätigt durch Aufgabe und Aufbau des preußischen Heeres, unter dessen Funktionen die "innere Machtsicherung der Monarchie... mehr und mehr... in den Vordergrund" getreten war (SCHIEDER, Seite 150). Schon FRIEDRICH WILHELM IV. hatte festgestellt, daß "die noch nicht gebrochene Macht der Revolution hauptsächlich durch die Kraft und Treue des Heeres zu bekämpfen und zu besiegen" sei und daß "Mein Heer die Bedingung der Existenz Meines Thrones und der Erhaltung des Vaterlandes" darstelle (Handbillette, Seite 156). Der spätere Kaiser WILHELM I. hatte bereits als Prinzregent gefordert, Preußens Heer müsse "mächtig und angesehen sein, um... ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können" (Berner, Seite 449).
 - 4 Daß der Unternehmer in seinem Betrieb eine "monarchische Stellung" innehatte (JANTKE, Seite 216), ist im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, daß die Bourgeoisie allgemein nun ihre gesellschaftlichen Zielstellungen in Übereinstimmung mit der Institution der Monarchie brachte.

des Sozialismus" zu begegnen, "vermöge deren Tausende und aber Tausende von schwachen Köpfen, begehrliehen Herzen und rüstigen Armen im Dienste der Unvernunft stehen"¹. Zunächst teilweise noch widerstrebend, fand sich daher die Bourgeoisie im Ergebnis mit den

(Fortsetzung)

Das wurde ihr möglich mit Hilfe einer Übersetzung der Unantastbarkeit ihrer Interessen in die Formel 'Unantastbarkeit der Krone' (MARX, Bourgeoisie, Seite 55). Von gesellschaftlicher Relevanz wurde diese Haltung auch bei der Beamtenschaft als der von der Monarchie abhängigen Elite (HOLBORN, Idealismus, Seiten 92/93; KOSELLECK, Seite 64). So achteten BISMARCK und der preußische Innenminister PUTTKAMER darauf, daß die Beamten "eine homogene, streng konservative Korporation bildeten" (BORN, Reichsgründung, Seite 248). WILHELM I. dekretierte, daß sich "die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung" auch auf die Wahlen erstrecke (Erlaß aus dem Jahr 1882, in: Ernst Rudolf Huber, Dokumente, II, Seite 307).

- 1 ROCHAU, Realpolitik, Seite 208. ROCHAU wies warnend darauf hin, der Sozialismus sei "unverkennbar bereits zu einer Macht geworden, in fortwährendem Wachstum begriffen und ganz dazu angetan, bei der ersten besten Gelegenheit einen Anlauf gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung zu versuchen" (Realpolitik, Seite 317).

Privilegien des Adels ab, der weitgehend die Regierungsgeschäfte leitete¹, fast alle Offiziers- und Hofstellen innehatte und derart auch weiterhin die Staatsleitung bestimmte. Aber das Eigentum an den neuen Produktionsmitteln sowie das Erziehungs- und Bildungssystem hatten der Bourgeoisie faktisch einen so großen Einfluß auf die Gesellschaftsordnung verschafft, daß sie im Ergebnis zusammen mit Monarchie, Adel und Kirche die herrschende Macht im Staat bildete².

B. STELLUNG ZUR VERTRAGSFREIHEIT

Bürgerliche Kreise entwickelten zum bestehenden Rechts- und Wirtschaftssystem, zur Privatautonomie und zur Vertragsfreiheit Verhaltensmuster, die als das profitierende, das kompensierende und das reformierende bezeichnet werden können.

-
- 1 Von 1871 bis Juli 1917 waren alle Reichskanzler und fast alle Staatssekretäre adlig (Übersicht im Brockhaus, 1929, 4. Band, Artikel 'Deutsches Reich', Seite 691).
 - 2 Wie diese soziale Lage gesichert wurde, kommt zum Ausdruck in einer Rede, die der Großunternehmer STUMM im Jahr 1889 an die bei ihm beschäftigten Arbeiter richtete und in der er von ihnen forderte: "Bleibt fest für alle Zeit in der alten, unerschütterlichen Treue zu unserem erhabenen Monarchen, bleibt fest in der christlichen Nächstenliebe und der echten Gottesfurcht... dann wird es Euch nach menschlichem Ermessen auch fernerhin wohl-ergehen" (zitiert nach Hellwig, Seite 297). Zugleich wurden die sogenannten gebildeten Schichten "nicht nur konservativer, sondern auch militärischer und monarchischer" (GOETZ, Geistige Bewegung, Seite 533).

I. DAS PROFITIERENDE VERHALTEN

"Bei Geldfragen hört
die Gemüthlichkeit auf"¹

Der politischen Durchsetzung der Ziele dieser vom profitierenden Verhalten geprägten Schicht diene zum einen ihre Öffentlichkeitsarbeit, die mit einer großen Zahl von Zeitungen und Zeitschriften die öffentliche Meinung in ihrem Sinn beeinflussen und lenken und die auf einzelne Politiker und Parteien Druck ausüben konnte². Zum anderen sind direkte Eingriffe in das politische Geschehen ebenso hierher zu rechnen³ wie Drohungen von Unternehmern gegenüber reformgeneigten Beamten⁴. Auch die Interessenverbände waren in diese Arbeit eingeschaltet. Mit der ausgeprägten Form ihrer Herrschaftsideologie⁵ korrespondierte eine

-
- 1 DAVID HANSEMANN, liberaler Unternehmer, Bankier und Abgeordneter, in der Sitzung des Preußischen Vereinigten Landtags am 8. Juni 1847 (Haym, Seite 417).
 - 2 Im Jahr 1862 hatte LASSALLE bereits darauf hingewiesen, daß die öffentliche Meinung durch Vermittlung der Zeitungen "ihr Gepräge von dem Prägstock des Kapitals und aus den Händen der privilegierten großen Bourgeoisie" erhalte (Arbeiter-Programm, Seite 189). Zwölf Jahre später warnte SCHMOLLER vor dem "übergroßen Einfluß" der Industrie und der Banken auf eine "vielfach corrupte Presse" und damit auf das öffentliche Leben (Preußischer Staat, Seite 339). Im Ergebnis ebenso mit Nachweisen ELSE CONRAD, Seiten 22/23; SCHMOLLER, Volkswirtschaft, II, Seite 57, und Soziale Frage, Seite 602; ZUNKEL, Entfesselung, Seite 47.
 - 3 So gelang es den Finanzhäusern Diskontogesellschaft und Bleichröder, den preußischen Finanzminister VON DER HEYDT zu stürzen (nach Else Conrad, Seite 21).
 - 4 So erklärte etwa der Großindustrielle STUMM im preußischen Herrenhaus: "Ein königlicher Beamter... darf nicht... gegen das Kapital, gegen den Besitz und gegen die Arbeitgeber hetzen, und wenn die bestehenden gesetzlichen oder Disziplinarvorschriften nicht genügen, um das zu verhindern, so müssen sie eben ergänzt werden" (zitiert nach Herkner, Arbeiterfrage, I, Seite 429).
 - 5 RAMM, Privatrecht, I, Seite G 67.

Einstellung, die sie einen Staatsstreich und die Abschaffung des allgemeinen gleichen Wahlrechts planen ließ¹. Auf der selben Linie lag die Einstellung zum Privatrecht. Einer ihrer einflußreichen Wortführer, BUECK, stellte fest, "daß das jetzige Vertragsverhältnis und die aus demselben hervorgehenden Übelstände untrennbar verbunden sind mit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung"².

1. NUTZUNG DES RECHTSSYSTEMS

Beispiele für eine besonders krasse Nutzung der Privatrechtsordnung finden sich zum einen auf dem Wohnungsmarkt, auf dem die als 'Hauspaschas' bezeichneten Hauseigentümer die Wohnungsnot in den schnell wachsenden Städten einerseits und die Vertragsfreiheit andererseits zum Anlaß nahmen, "die Rechtsstellung des Mieters einseitig und rücksichtslos" zu verschlechtern (PAPPENHEIM³). In dieser Zeit wurde das Wort geprägt: "Die einzige höhere Macht, welche hier waltet, ist der Miethskontrakt"⁴.

Zum anderen ist ein Beispiel für diese Einstellung das Verhalten auf dem Arbeitsmarkt. Denn diese Schicht verteidigte die Klassengesellschaft als "Gottesordnung", betrachtete die bestehende Wirtschaftsordnung als "natürlich" und "gerecht" und bezeichnete die Kritik an ihr als "weichlichen

1 THOMAS NIPPERDEY, Seite 375.

2 Zitiert nach Else Conrad, Seite 113.

3 PAPPENHEIM, Seite 5.

4 KRAFFT, Seite 72.

Philantropismus".

So erklärte etwa DAVID HANSEMAN in einer 'Denkschrift über Preußens Lage und Politik': "Welche Einrichtungen auch immerhin im Staate stattfinden, und was auch die Gesetze verfügen mögen, so werden nach ewigen Naturgesetzen allezeit eine gewisse Anzahl Menschen in elender, notdürftiger Lage sich befinden und als Folge hiervon frühzeitiger sterben, als es in besserer Lage der Fall gewesen sein würde. Wie hart dieses Naturgesetz auch einem weichlichen Philantropismus vorkommen möge, so ist es, wie jede Gottesordnung, weise; es sichert die Dauer des Menschengeschlechts und bewirkt, daß dieses schnell zunehmen kann, wenn der Mensch seine Lebensbedürfnisse sich zu schaffen vermag"¹.

Noch klarer wurde diese Gedankenwelt dargestellt von dem Nationalökonom JOHN PRINCE-SMITH, der als Vorsitzender der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft und liberaler Abgeordneter auch auf politischem Gebiet tätig wurde. Für ihn gab es keine sozialen Probleme, da die bestehende Gesellschaftsordnung ihm und seinen Anhängern, von kleinen Mängeln abgesehen, als die optimale erschien. So konnte er in einem Aufsatz unter dem Titel 'Die sogenannte Arbeiterfrage' im Jahr 1864 spöttisch anmerken, daß "die sogenannte 'Arbeiterfrage' jetzt wieder viele Köpfe oder vielmehr Gemüther" beschäftige. Dazu sei aber gar kein Grund vorhanden: "Die Gewöhnung nämlich bestimmt, ob bei

¹ HANSEMAN, Denkschrift, Seite 240. Hervorhebungen von mir. Hanseman ging bei seinen Überlegungen davon aus, daß der "Besitz großer gewerblicher Anlagen ... durch Umsturz der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse zu leiden Gefahr läuft" (Seite 250).

einem gegebenen Lohnsatze oder Maass von Befriedigungsmitteln eine Arbeiterbevölkerung sich behaglich fühlt und sich vermehrt, oder ob sie im Gegentheil aus Mißbehagen zusammenschrumpft ... Die Gewöhnung bestimmt..., welche Höhe des Lohnes die Arbeitgeber bieten müssen, um die zur Bethätigung ihres Kapitals nöthige Zahl von Arbeitern zu erhalten. Geben sie nicht einen Lohn, der den Gewohnheiten der Arbeiter soweit genügt, dass deren Vermehrung mit dem Kapitalszuwachse schritthält, so tritt mit der Zeit ein Mangel an Arbeiterhänden ein, der eine Lohnerhöhung erzwingt. Der natürliche Vermehrungstrieb hat freilich die Tendenz, die Zahl derer zu vergrößern, unter welche der vorhandene Lohnfonds zu theilen ist, also die Portion des Einzelnen kleiner, den Lohnsatz niedriger zu machen. Aber die Gewöhnung wirkt hierbei als Sperrhaken; sie hemmt den Menschenzuwachs, sobald die Portionen zu klein werden, um dasjenige Befriedigungsmaass zu gewähren, welches den Arbeitern unentbehrlich geworden ist. Und bis auf dieses durch Gewöhnung unentbehrlich gewordene Befriedigungsmaass wird der L o h n a l l e r d i n g s d u r c h d i e K o n k u r r e n z der sich mehrenden Arbeitssucher auf die Dauer h i n a b g e d r ü c k t ...

Fragen wir uns nun, worauf die wirthschaftliche Kultur beruht, woher es kommt, dass ein Industrievolk so unermeßlich viel mehr Befriedigungsmittel erlangt, als ein Volk im ersten Beginn wirthschaftlicher Entwicklung, so ist die einfache Antwort: es kommt vom angesammelten Kapitale her. Also ist es ebenso natürlich, als gerecht, dass im Industrievolk diejenigen, w e l c h e d a s K a p i t a l g e s a m m e l t haben und es v e r w a l t e n u n d e r h a l t e n , einen H a u p t a n t h e i l a n d i e s e m M e h r , welches ihr Kapitalisiren bewirkt hat, e m p f a n g e n . Und es ist ebenso unbillig als unstatthaft zu verlangen, dass die Kapitallosen, welche in tausendjähriger Geschlechterfolge nichts vor sich gebracht haben, es niemals

möglich machten, über den täglichen Bedarf hinaus etwas zu erübrigen, um ihren Haushalt zu heben und ihre Nachkommen besser gerüstet dem Ernährungskampfe entgegenszuschicken, welche vielmehr auf vorwirthschaftlicher Stufe zurückgeblieben noch vorrathslos den täglich sich einstellenden Bedürfnissen gegenüberstehen, dass diese die Vortheile geniessen sollen, welche nur aus dem Besitze eines Vorraths fließen können"¹.

Vertreter dieser Schicht erstrebten den "inneren Frieden"² und bemühten sich um die rechtliche Sicherung des Privateigentums und der Vertragsfreiheit³. Diesen Zielen dienten die Bemühungen um einen Ausbau des Liberalismus, der Kampf gegen die Sozialdemokraten und die Kritik an bürgerlichen Sozialreformern.

Das Streben nach einer Erweiterung des Liberalismus wird deutlich an der Institution des im Jahr 1858 gegründeten Kongresses deutscher Volkswirte, in dem liberale Politiker und Gelehrte eine "Revision der bestehenden Rechtsordnung im Sinne der Wirtschaftsfreiheit" erstrebten⁴. Dieser Kongreß arbeitete so erfolgreich, daß nicht nur in Österreich im Jahr 1859, sondern auch in den meisten deutschen Klein- und Mittelstaaten zwischen 1859 und 1869 die Gewerbefreiheit eingeführt wurde.

1 PRINCE-SMITH, Arbeiterfrage, Seiten 195, 205. Hervorhebungen von mir.

2 TREITSCHKE, Zur Lage, Seite 521.

3 Privateigentum und Vertragsfreiheit waren zu Kampfrufen, zu "gängigen Begriffen" geworden (FLACH, Seite 206).

4 HERKNER, Volkswirtschaft, Seite 421.

2. KAMPF GEGEN DEN SOZIALISMUS

Den Kampf gegen den Sozialismus führte diese Schicht auch durch Verabredungen, durch die mit dem Mittel der V e r - t r a g s f r e i h e i t eine gemeinsame Front gegen sozialistische Arbeiter hergestellt wurde und die praktisch Gesetzeskraft erlangten; so kam es im Saargebiet zum 'Sozialistengesetz der Saarindustrie' (1877), einem Vertrag, in dem sich die Unternehmer gegenseitig verpflichteten, keine sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen¹.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wurde von besonderem Erfolg gekrönt, als das Sozialistengesetz verabschiedet wurde. Nach dem Auslaufen des Gesetzes bemühten sich ihre parlamentarischen Vertreter um ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten. Der Großunternehmer STUMM erläuterte im Reichstag, "wie das Gesetz ausfallen würde, wenn ich es zu machen hätte:
§ 1. Den Sozialdemokraten, einschließlich der Anarchisten, wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen. § 2. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder interniert. Das Nähere bestimmen die Ausführungsbestimmungen"².

1 In dieser Übereinkunft heißt es:

"1. Es sollen keine Arbeiter auf den Werken geduldet werden, welche sich an sozialdemokratischen Agitationen direkt oder indirekt beteiligen, insbesondere
a) sozialdemokratische Blätter halten oder verbreiten,
b) an sozialdemokratischen Versammlungen oder Vereinen teilnehmen,
c) Wirtshäuser frequentieren, in welchen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten oder Blätter dieser Richtung aufliegen.
2. Arbeiter, welche in Ausführung dieses Beschlusses entlassen werden, sollen auf keinem anderen Werke Aufnahme finden" (In: Hellwig, Seite 231).

2 STUMM, Rede vom 9.1.1895 (in: Umsturz, Seiten 73/74).

3. KAMPF GEGEN REFORMER

Unter den ökonomisch-politischen Zielen dieser Schicht fallen ins Auge der Kampf um die Sicherung der Wirtschafts- und Rechtsordnung und damit des Grundsatzes der Vertragsfreiheit, um die Beibehaltung der langen Arbeitszeiten und um die Abschaffung des Prinzips der Rechtsgleichheit. Das römische Recht beweise, wie der Historiker und Politiker HEINRICH VON TREITSCHKE erklärte, seine Überlegenheit gerade dadurch, daß es nur auf formelle und nicht auf materielle Gerechtigkeit bei der Gestaltung von Verträgen abstelle¹. Eine Arbeitszeitverkürzung mache den Arbeiter zu einem Opfer von "Laster und giftiger Wühlerei"². Daß die Rechtsgleichheit eine verfehlte Einrichtung im bürgerlichen Staat darstelle, wurde von DAVID HANSEMANN betont; er forderte, demjenigen, der nicht über Besitz verfüge, sollten "die bürgerlichen Rechte auch weniger zugute kommen als dem, welcher besitzt", und fügte hinzu, die schon bestehende "Ungleichheit der bürgerlichen Rechte" müsse noch eine "weitere Ausdehnung erhalten"³. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht sollte wieder abgeschafft werden; es bedeute, wie TREITSCHKE formulierte,

1 TREITSCHKE, Gerechte Vertheilung, Seiten 430/431.

2 TREITSCHKE, Der Socialismus und seine Gönner, Seiten 90/91.

3 HANSEMANN, Denkschrift, Seiten 242/243. Eine Begründung zu dieser Forderung lieferte TREITSCHKE, der ausführte: "Jede gesittete Gesellschaftsordnung ... ruht auf dem Grundsatz, daß der Antheil der Menschen an den Segnungen der Cultur sich n i c h t nach dem Maße ihrer Anlagen richtet" (Arbeiterfrage, Seite 743).

eine "organisirte Zuchtlosigkeit" und eine "anerkannte Überhebung des souveränen Unverstandes" sowie "die Überhebung... des Arbeiters gegen den Unternehmer"¹.

Begleitet waren diese Forderungen von massiver Kritik an den zu Reformen neigenden Kräften der bürgerlichen Klasse und an einer angeblich von ihnen verbreiteten "schlaffen, gefühlsselligen Philantropie"².

Zum Wortführer machte sich TREITSCHKE mit seiner Schrift 'Der Socialismus und seine Gönner' aus dem Jahr 1874, in der er erläuterte: "Man denke noch so hoch von der möglichen Vervollkommenung des Maschinenwesens, es wird doch ewig dabei bleiben, daß Millionen mit Schmutz und Unrath, mit häßlicher eintöniger Arbeit sich befassen müssen... Die bürgerliche Gesellschaft eines reifen Volkes ist immer eine Aristokratie, auch unter demokratischer Staatsverfassung. Oder, um ein sehr verhaßtes aber wahres Wort trocken auszusprechen - die K l a s s e n h e r r s c h a f t , richtiger: die Klassenordnung, ergibt sich ebenso nothwendig aus der Natur der Gesellschaft, wie der Gegensatz von Regierenden und Regierten aus der Natur des Staates... Es ist keineswegs die Aufgabe der Gesellschaft, alle Menschen zum Genuß aller Güter der Cultur heranzuziehen... Die Theilnahme Aller an den

1 TREITSCHKE, Der Socialismus und seine Gönner, Seiten 109/110; ähnlich Arbeiterfrage, Seite 746.

2 TREITSCHKE, Der Socialismus und der Meuchelmord, Seite 642.

Segnungen der Cultur ist nicht blos ein vielleicht unerreichbares Ideal ..., sondern gar kein Ideal ... Niemals kann die Masse des Volkes so weit gebildet werden, daß sie die verwickelten Gesetze des socialen Lebens wirklich versteht... Was könnte uns in solcher Lage grausamer treffen, als ein socialer Kampf - wenn die Begehrlichkeit des Pöbels, aufgestachelt durch unser scheues Zurückweichen, von dem frechen Worte zur frechen That schritte und dann die gemeine Angst um Haut und Beutel die letzten Trümmer des deutschen Idealismus auf dem Altar des goldenen Kalbes opferte?"¹

4. KAMPF UM KRIMINALISIERUNG DES VERTRAGSBRUCHES

Gleichzeitig mit der Aufhebung des Koalitionsverbotes waren auch die bis dahin bestehenden Strafbestimmungen über das Verlassen des Arbeitsplatzes zurückgenommen worden. Daß Arbeiter auf der Suche nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen sich nicht an die vertraglichen Regelungen des Arbeitsverhältnisses hielten, galt als Vertragsbruch und, wie etwa MEYERS KONVERSATIONSDIKTION formulierte, als "unsittlich und gemeinschädlich"²; geradezu als "Lebensbedürfnis zur Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft" bezeichnete es der liberale Volkswirtschaftler und einflußreiche Reichstagsabgeordnete LUDWIG BAMBERGER, "den Contractbruch zu bannen und zu verhindern", und er setzte hinzu, es müsse

1 TREITSCHKE, Der Socialismus und seine Gönner, Seiten 70, 74/75, 83, 89, 97, 110. Hervorhebungen von mir.

2 MEYERS KONVERSATIONSDIKTION, Band 17 (1897), Artikel 'Vertragsbruch', Seite 287.

"unter allen Umständen die Form und das Mittel dafür gefunden werden, und finden wir das Mittel nicht im Civilrecht, so müssen wir es im Strafrecht finden"¹.

Die Frage, ob das geltende Recht noch die Bestrafung einer Vertragsverletzung ermögliche, wurde, wie der Jurist RICHARD LOENING feststellte, "im Gefolge der Umwälzungen und Reformen auf sozialem Gebiet" gestellt, als sie "praktische Bedeutung gewonnen" hatte, nämlich bei der "Verletzung des Arbeitsvertrags durch industrielle Arbeiter"².

Juristen bemühten sich denn auch, geltende Strafrechtsnormen anwendbar erscheinen zu lassen. HOLTZENDORFFS RECHTSLEXIKON etwa erwog die Vor- und Nachteile der Strafbestimmungen über Untreue und Sachbeschädigung³.

1 BAMBERGER, zitiert nach Lueder, Seite 20, Anmerkung 20.

2 RICHARD LOENING, Vertragsbruch, Seiten VII und XI.

3 "Die Auffassung als U n t r e u e ist nicht zu rechtfertigen, da zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein derartiges Treueverhältniß nicht vorhanden ist, wie es die Fälle der Untreue voraussetzen. Den Arbeitskontraktbruch lediglich als vorsätzliche S a c h b e s c h ä d i g u n g auffassen, reicht nicht aus, da für viele Fälle die Strafe zu niedrig sein würde; ebensowenig genügend ist der Gesichtspunkt der G e m e i n g e f ä h r l i c h k e i t, der nicht blos sehr schwer zu bestimmen ist, sondern auch oft in Fällen fehlt, wo eine Bestrafung zu verlangen ist. Es dürfte sich eine Kombinirung der beiden letzteren Ansichten empfehlen" (HOLTZENDORFFS RECHTSLEXIKON, Artikel 'Vertragsverletzung', Seite 1105. Hervorhebungen von mir).

Einen Eindruck von der Heftigkeit, mit der auch durch Juristen der Plan einer Bestrafung von Verletzungen des Arbeitsvertrages durch Arbeiter verfolgt wurde, vermittelt die Erlanger Antrittsvorlesung des Strafrechtlers CARL LUEDER (1834-1895) aus dem Jahr 1874. Man stehe nur noch vor der Alternative, erklärte LUEDER, "entweder den Arbeitscontractbruch ungesühnt zu lassen oder die Sühne bei dem Strafrecht zu suchen". Zivilrechtliche Maßnahmen hätten keinen Sinn: "Mag sonst der Erfolg eines angestrigten Civilprocesses, nötigen Falles die Execution in das Vermögen des Schuldners dem Gläubiger die ihm zukommende Entschädigung und Sühne in der Regel gewähren, hier ist es in der Regel nicht der Fall. Der Grund dafür ist, um nicht weiter auszuholen und nicht mehr Gründe als nötig herbeizuziehen, einfach der, daß die gewöhnlichen Subjecte des Arbeitsvertragsbruches, die Arbeitnehmer in der Regel Nichts haben, woraus dem durch das Nichterfüllen der Vertragspflicht geschädigten Arbeitgeber der Schaden ersetzt werden könnte".

Kritik an dem Projekt einer Kriminalisierung wies LUEDER mit der Begründung zurück, daß "eine allzu rücksichtsvolle und scrupulöse Aengstlichkeit ... nicht am Platze sein würde". Er scheue sich "durchaus nicht auszusprechen, daß es durchaus heilsam sein würde, wenn jene dem Reiche feindlich Gesinnten bei passender Gelegenheit die Empfindung bekommen, daß dasselbe etwas fest zufaßt, ohne allzu schüchtern sich vor der Verletzung von Principien und Theorieen zu fürchten... Denn das wäre keine weise Gesetzgebung, das wäre kein gesunder Rechtsorganismus, der, isolirt und ohne nach rechts und links zu schauen, rein theoretisch construiren und das juristische Rechenexempel rein aus sich selbst kleinlich herausrechnen wollte, der, ohne das Hinzunehmen anderer Factoren, ein ausnahmsweises Abgehen nach rechts oder links für ein Verbrechen hielte. Das wäre das Gegenteil davon. Was ist denn überhaupt der lebendige Odem der Jurisprudenz? Doch wahrlich

nicht - darüber sind wir doch heute Eins! - ein von den Bedürfnissen des Lebens abstrahirender Formalismus, sondern im Gegenteil ein stetes Berücksichtigen und Schätzen der wechselnden Interessen..."

Den Kampf um die Kriminalisierung sah LUEDER schließlich als Teil des in der Gesellschaft herrschenden Kampfes: "Wenn es wahr ist, daß hier ein entschiedener Rechtsbruch vorliegt, welchem civilrechtlich sich durchaus nicht beikommen läßt und welcher... gar nicht mehr als ein Privatstreit, sondern als ein eminent öffentlicher Kampf erscheint, - so kann nur ein Verkennen aller wahren und gesunden Rechtsprinzipien die Stellung des Arbeitscontractbruches unter das Strafgesetz für untunlich erklären... Bruch und Kampf und Notstand sind bereits da und bedürfen der Abwehr"¹.

Infolge der gespannten sozialen Verhältnisse und des Widerstandes von Reichstagsabgeordneten (insbesondere des liberalen Lagers) ließen sich dann aber doch die Vorhaben, die Legislative einzuschalten, nicht verwirklichen, obgleich Bundesrat und Reichsregierung schon Entwürfe zu entsprechenden Gesetzen eingebracht hatten.

Der BUNDESRAT hatte festgestellt, daß die Kriminalisierung des Vertragsbruches "den einzigen Weg zum wirksamen Schutze des Arbeitsvertrages gegen willkürliche Verletzung von Seiten des Arbeiters darbietet, und gegenüber der Aufhebung der Koalitions-Beschränkungen ein wirksamer Schutz des Arbeitsvertrages von der Gesetzgebung nicht vernach-

1 LUEDER, Arbeitscontractbruch, Seiten 8/10, 16/17, 21, 28. Hervorhebungen von Lueder.

lässigt werden darf"¹. Die REICHSREGIERUNG hatte zur Begründung ausgeführt, eine Klage auf Schadenersatz sei ohne Wert, da es "bei dem Arbeiter meistens an Exekutionssubjekten" fehle, auch sei bei den Arbeitern ein "Geist der Zuchtlosigkeit" zur Herrschaft gelangt, der "praktische Schwierigkeiten und Verlegenheiten" sowie ein "Gefühl des mangelnden Rechtsschutzes auf Seiten der Arbeitgeber" zur Folge habe².

II. DAS KOMPENSIERENDE VERHALTEN

Neben den auffälligen Zügen nutznießender Haltung zum Wirtschafts- und Rechtssystem der Zeit sind philanthropische Bestrebungen nicht zu übersehen, die im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung eine ausgleichende Tätigkeit sich als Ziel gesetzt hatten. Diese Kreise gingen wie der Rechtslehrer BERNHARD WINDSCHEID davon aus, die "ungleiche Verteilung der Güter" sei ein "vielleicht nie zu lösendes Rätsel"³, sie stellten wie der Rechtslehrer OTTO GIERKE fest, das soziale Elend sei nicht aus der Welt zu schaffen, man könne es nur mildern⁴, sie erklärten wie der Historiker und Staatswissenschaftler WILHELM HEINRICH RIEHL, "der Gedanke, eine systematisch gerechte Vertheilung des Besitzes

-
- 1 Motive zum Entwurf einer Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund (Reichstagsdrucksachen, 1. Legislaturperiode, Sitzungs-Periode 1869, Band I, Nr. 13, Seite 85).
 - 2 Novelle zur Gewerbeordnung und Gesetz über die Bestrafung der Kontraktsbrüchigkeit auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft (Reichstagsdrucksachen, 1. Legislaturperiode, IV. Session 1873, Band III, Nr. 198, Seiten 7, 9, 10, sowie Nr. 199, Seiten 3 und 5).
 - 3 WINDSCHEID, Bismarck als Staatsmann, Seite 122.
 - 4 GIERKE, Genossenschaftsrecht, I, Seite 1048.

einzuführen, (sei) dem vergleichbar, wenn einer systematisch das Wetter machen wollte"¹. Jedoch hätten gerade die Gebildeten soziale Pflichten zu übernehmen und müßten, wie etwa der Theologe CASPAR RENE GREGORY und der Rechtslehrer RUDOLF SOHM forderten, zur Lösung der sozialen Frage beitragen².

Im Ergebnis solcher Überlegungen kam es zur Gründung verschiedener Vereinigungen. Sie widmeten sich der A r - m e n p f l e g e³ und erstrebten eine 'H e b u n g d e r u n t e r e n V o l k s c l a s s e n'⁴. Im Jahr 1844 war "wesentlich durch hervorragende Industrielle"⁵ der 'Verein für das Wohl der Hand- und Fabrikarbeiter' gegründet worden, aus dem dann im Jahr 1849 der 'C e n - t r a l v e r e i n f ü r d a s W o h l d e r a r b e i t e n d e n C l a s s e n' hervorging; vom Juristen und liberalen Politiker WILHELM ADOLF LETTE geführt, lenkte der einflußreiche Verein die "Wohltätigkeit in Bahnen des Liberalismus"⁶. Der Volkswirtschaftler MAX HIRSCH und der Verleger FRANZ DUNCKER, liberale Politiker⁷, gründeten im Jahr 1868 die Hirsch-Duncker'schen

-
- 1 RIEHL, Naturgeschichte, II, Seite 371.
 - 2 RUDOLF SOHM, Die sozialen Pflichten der Gebildeten; dort auch die Eröffnungsrede von CASPAR RENE GREGORY zur Gründung der 'Sozial-Wissenschaftlichen Vereinigung' am 16. Mai 1896.
 - 3 Im Jahr 1885 bezogen 1,6 Millionen Menschen Unterstützung (Armenstatistik des deutschen Reiches von 1885, zitiert nach KOLLMANN, Seite 805). Der Rechtslehrer WINDSCHEID gehörte zur Leipziger Armen-direktion, in der sein Gerechtigkeitsgefühl ein Betätigungs-feld fand, wie OERTMANN (Windscheids Lebensgang, Seite XVIII) hervorhebt.
 - 4 Der Fabrikant und liberale Politiker FRIEDRICH HARKORT propagierte 'Vereine zur Hebung der unteren Volksklassen'.
 - 5 LAMPRECHT, Geschichte, E II/2, Seite 330.
 - 6 WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seite 387.
 - 7 HIRSCH war Reichstagsabgeordneter der Fortschrittspartei von 1869 bis 1893, DUNCKER Mitbegründer dieser Partei.

Gewerksvereine, die die Arbeiter zusammenschließen sollten und die auch die Forderung nach Abschluß von Tarifverträgen erhoben¹. Daneben entstanden durch FRIEDRICH WILHELM RAIFFEISEN und HERMANN SCHULZEDELITZSCH Genossenschaften für Klein- und Mittelbauern sowie für Handwerker mit dem Ziel, jene Gruppen vor dem "Herabsinken in das Proletariat" zu retten². Getragen von der Vorstellung natürlicher Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter, waren diese Vereinigungen überwiegend dem Liberalismus verpflichtet und durchweg Gegner der Sozialdemokratie³.

Karitative Tätigkeit erfolgte meist im Rahmen der Kirchen. Von den evangelischen Kirchen waren in der ersten Jahrhunderthälfte unter Leitung von THEODOR FLIEDNER und JOHANN HINRICH WICHERN Anstalten zur Armen-, Alten-, Kranken- und Jugendpflege eingerichtet worden; 1872 begann FRIEDRICH VON BODELSCHWINGH den Ausbau der Betheler Anstalten. Seit 1848 trat die Innere Mission in Tätigkeit, geleitet vom Ziel des Kampfes gegen Sozialismus und Revolution⁴. 1877 wurde der Zentralverein für Sozialreform gegründet, der unter dem Einfluß des Nationalökonomen und konservativen Politikers ADOLF WAGNER

-
- 1 Leitsätze des Verbandes Deutscher Gewerksvereine (abgedruckt bei Kulemann, Seiten 22/23).
 - 2 WALTERSHAUSEN, Seite 215. Ähnlich DÜHRING, der vom Versuch der Selbsterhaltung des kleinen gegen das große Kapital spricht (Geschichte, Seite 578).
 - 3 BORN, Reichsgründung, Seite 277; HEIGEL-HAUSENSTEIN, Seite 364.
 - 4 JOHANN HINRICH WICHERN, der die preußische Kirche für den Gedanken der Inneren Mission gewonnen hatte, betrachtete den Kommunismus als "Systematisierung der sündlichen Gelüste". Es gelte nun "die Rettung der bürgerlichen Welt" gegen den "infernalen Geist des Kommunismus", und das dazu geeignete Instrument sei die Innere Mission (zitiert nach Fritz Fischer, Protestantismus, Seite 504).

für Reformen¹ "auf religiöser und konstitutionell monarchischer Grundlage" eintrat und die Anziehungskraft der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft schwächen sollte². Ein Jahr später gründete der Hofprediger ADOLF STOECKER im Anschluß an den Aufbau der Berliner Stadtmission eine gegen Sozialismus, Liberalismus und Judentum gerichtete Christlich-Soziale Arbeiterpartei, die keinen Anhang unter den Arbeitern fand³. Im Jahr 1879 legte der Evangelische Oberkirchenrat in einem Erlaß die "Aufgaben der Kirche gegenüber den aus der sozialistischen Bewegung entstandenen Gefahren" fest⁴. Seit 1882 entstanden kirchliche Arbeitervereine, und 1890 begann die Arbeit des Evangelisch-Sozialen Kongresses. Insgesamt waren diese Bemühungen getragen von engen Bindungen an bürgerliche Denk- und Lebensformen und an bürgerliche Leitbilder von Wirtschaft

-
- 1 Nach HERKNER, Arbeiterfrage, I, Seite 114. Der Verein löste sich im Jahr 1881 wieder auf, als eine kaiserliche Botschaft Reformen verkündete.
 - 2 Nach dem Volkswirtschaftler LUJO BRENTANO war die kirchliche "Lösung der Arbeiterfrage die Bekehrung der Reichen zum kirchlichen Glauben, damit diese durch fromme Stiftungen sie in den Stand setzen, durch Geldspenden und Bettelsuppen die Arbeiterklasse in Anhänglichkeit und Abhängigkeit von sich zu erhalten" (Arbeitsverhältnis, 1877, Seite 308). Ähnlich heute FRITZ FISCHER, nach dem die Arbeiter in den kirchlichen Bestrebungen "nur eine Abschlagszahlung der herrschenden Klassen für ihr schlechtes Gewissen" erblicken konnten (Protestantismus, Seite 507).
 - 3 Als zwei Jahre später die Partei in Christlich-Soziale Partei umbenannt wurde, war deutlich geworden, daß die Arbeiterschaft auf "ein Geführtwerden ins gelobte Land von Hofpfarrern" verzichtete (GOLO MANN, Deutsche Geschichte, Seite 458; ähnlich FRITZ FISCHER, Seite 508).
 - 4 Näheres bei FRITZ FISCHER, Protestantismus, Seite 510, Anmerkung, Ziffer 2.

und Gesellschaft¹. Eine grundsätzliche Kritik an der Vertragsfreiheit durch die evangelischen Kirchen erfolgte nicht.

Die 'soziale Frage' spielte zunehmend in der k a t h o - l i s c h e n K i r c h e eine Rolle. Die 'Armenpflege' war Aufgabe verschiedener großer katholischer Vereinigungen, und die Notwendigkeit einer Verstärkung der karitativen kirchlichen Arbeit stand im Mittelpunkt der Themen der Katholikentage. Bei der gleichzeitig stattfindenden Auseinandersetzung um Probleme der Gesellschaftsordnung lassen sich zwei Phasen unterscheiden². In der ersten wurde die Ansicht vertreten, nur eine Rückkehr zu vorindustriellen Produktions- und Lebensformen könne eine Lösung darstellen; als Ideal galt die mit der zeitgenössischen Vorstellung vom Mittelalter

-
- 1 Dazu grundlegend FRITZ FISCHER, Protestantismus, 1951, und ausführlich neuerdings KARRENBURG, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, 1969, Seiten 567 bis 620. Über die Gehorsamspflicht des Untertanen gegenüber der Obrigkeit und über die Tatsache, daß "die lutherische Lehre für eine Gesellschaftslehre kaum Ansatzpunkte bot und daher die sozialen und politischen Ordnungsaufgaben der von ihr vorgefundenen Obrigkeit zusprach", EHMKE, Staat und Gesellschaft, Seite 30 und häufiger mit Nachweisen; ganz ähnlich HOLBORN unter Hinweis auf die "pluralistische Individualethik" des Protestantismus (Idealismus, Seite 103). In dem vorangehenden (und hier nicht behandelten) Zeitraum etwa bis zur Jahrhundertmitte waren die evangelischen Kirchen noch dem Ziel der "alten bürgerlichen Gesellschaft" im Sinne einer ständischen Sozialordnung verpflichtet gewesen (CONZE, Spannungsfeld, Seite 261, ebenso in der Neufassung der Abhandlung unter dem Titel 'Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands', 1967, Seite 318).
 - 2 Folgendes in Anlehnung an STEGMANN mit reichem Material versehene Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, 1969 (= Deutsches Handbuch der Politik, Band 3). - Die beiden Phasen dargestellt auf Seiten 333 bis 421.

verbundene Ständeordnung¹. Grundsätzlich sollten die drei Stände der Bauern, der Bürger und des Adels wieder belebt werden²; daneben wurden Modifizierungen vorgeschlagen, die unabhängig von dieser Gliederung genossenschaftlich-ständischen Charakter tragen sollten³.

In der zweiten Phase, deren Beginn etwa mit der Reichsgründung anzusetzen ist, trat das Ziel einer Ständeordnung allmählich in den Hintergrund. Es war nicht zu verwirklichen und wurde dann in den 90er Jahren im Ergebnis auch aufgegeben⁴ (erst seit den 20er Jahren unseres Jahrhunderts stellt die ständisch gegliederte Gesellschaft in abgewandelter Form unter dem Begriff der 'berufsständischen Ordnung' wieder ein Leitbild⁵ dar). Korrespondierend hierzu begann die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Anerkennung der katholischen Kirche zu finden⁶. Endlich entwickelte

-
- 1 Über die Tatsache, daß das Leitbild der "alten bürgerlichen Gesellschaft", der "s o c i e t a s c i v i l i s", als einer ständischen Gliederung der Gesellschaft jedenfalls vor 1850 bestimmend gewesen war, näher CONZE, Spannungsfeld, Seiten 261/263, ebenso in der stark überarbeiteten Fassung der Abhandlung unter dem Titel 'Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands', 1967, Seite 318; dort allgemeiner zum Gedanken einer *societas civilis*, Seiten 302, 304, 305, 306.
 - 2 Nachweise bei STEGMANN, Seiten 351/352.
 - 3 Nachweise bei STEGMANN, Seiten 349, 359 bis 372.
 - 4 Nachweise bei STEGMANN, Seiten 382 bis 395.
 - 5 Dazu näher NELL-BREUNING, Sozialordnung, 1964; FELLERMEIER, Berufsständische Ordnung, 1958.
 - 6 Nachweise bei STEGMANN, Seiten 382/283, 408 bis 421.

sich die Kirche zu einer Verteidigerin dieser Ordnung¹ gegen alle Angriffe durch Sozialismus und Arbeiterbewegung². Trotz ihrer Verwurzelung auch in nichtbürgerlichen Teilen der Gesellschaft wurde die katholische Kirche so zu einer Stütze bürgerlicher politisch-ökonomischer Bestrebungen.

Die katholische karitative und politische Arbeit wurde gefördert von der Fuldaer Bischofskonferenz seit dem Ende der 60er Jahre, von den Christlich-sozialen Blättern seit 1868 und von den christlichen Gewerkschaften seit den 90er Jahren; sie waren Aufgabe der 'Christlich-sozialen Vereine' und des 'Volks-

-
- 1 Der "Gedanke einer ständischen Sozialreform" hatte damit "einer Sozialpolitik Platz gemacht, die sich bewußt auf den Boden der bestehenden Verhältnisse stellte und deren einzige Aufgabe darin bestand, Entartungen der kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen" (STEGMANN, Seite 421). Schon im Jahr 1901 wurde von einem katholischen Gegner dieser Entwicklung, FRANZ KEMPEL, führenden Katholiken vorgeworfen, sie seien "Theoretiker des reinsten Kapitalismus, der kapitalistischen Wirtschaftslehre und Wirtschaftsordnung" (zitiert nach Stegmann, Seite 425).
- 2 Als einen "gemeinsamen gewaltigen Feind", den man "mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpfen" müsse, bezeichnete LUDWIG WINDTHORST die Sozialdemokratie; WINDTHORST war es auch, der das geflügelte Wort geprägt hatte, die Katholiken müßten alle Kommerzienräte werden (zitiert nach Stegmann, Seiten 415 und 421).

vereins für das katholische Deutschland'¹. Der Priester und spätere päpstliche Geheimkämmerer ADOLF KOLPING gründete Gesellenvereine und erstrebte damit "die Pflege eines kräftigen religiösen und bürgerlichen Sinnes"²; der Priester und Politiker FRANZ HITZE³ setzte sich für den Ausbau des Arbeiterschutzes ein. Gleichzeitig wurde schärfer als in den evangelischen Kirchen Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen geübt. Der Mainzer Bischof KETTELER prangerte die Tatsache an, daß "die ganze materielle Existenz fast des ganzen Arbeiterstandes, also des weitaus größten Theiles der Menschen in den modernen

-
- 1 Die Zielsetzung der Christlich-sozialen Vereine wurde von den Christlich-sozialen Blättern folgendermaßen geschildert: "Kein Mitglied eines christlich-sozialen Vereins darf einem sozialdemokratischen Vereine angehören. Jeder christlich-soziale Verein muß sich eng an die Kirche anschließen; es ist unpraktisch, daß Geistliche unmittelbar an der Spitze stehen, aber angemessen, daß durchaus erprobte Leute diese Stellung einnehmen; hervorragende begüterte Männer, besonders Meister, sind als Ehrenmitglieder zuzuziehen, dürfen aber nicht Vorstandsmitglied werden, um nicht das Mißtrauen der Arbeiter zu erregen. Strikes sind nicht absolut verwerflich, es darf nicht der Verdacht aufkommen, als schwimme man im Schlepptau des Kapitals" (abgedruckt bei August Erdmann, Seite 749).
 - 2 KOLPING, Gesellen-Verein, Seite 28. Auf das Bürgerliche legte er besonderen Wert. Von den Gesellen wünschte er: "Tüchtige Bürger sollen sie werden, zu tüchtigen Bürgern muß man sie erziehen. Ein tüchtiger Bürger muß ein t ü c h t i g e r C h r i s t und ein t ü c h t i g e r G e s c h ä f t s m a n n sein, nun, dann muß man der betreffenden Jugend wenigstens insoweit zur Hand gehen, daß sie beides werden kann" (Seite 16. Hervorhebung von Kolping).
 - 3 HITZE war Generalsekretär des katholischen Industriellenverbandes 'Arbeiterwohl', als Angehöriger des Zentrums Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstages sowie Professor für christliche Gesellschaftswissenschaft.

Staaten ... allen Schwankungen des Marktes und des Waarenpreises ausgesetzt ist". Er erstrebte die Gründung christlicher "Produktiv-Associationen" und wollte die Arbeiterfrage, die sich ihm als "Arbeiterernährungsfrage" darstellte, von der Politik streng trennen; er kritisierte die liberale Grundlage des Arbeitsverhältnisses, die eine "weiße Sklaverei" zur Folge habe und die davon ablenke, daß der Arbeiter in Wahrheit sich nicht freiwillig gebunden habe¹.

In der deutschen katholischen Kirche entwickelte sich also schon früh Kritik an der Vertragsfreiheit. Sie wurde später vom Papsttum in eine einheitliche und verpflichtende Form gebracht. LEO XIII. (1810-1903, Papst seit 1878) stellte bereits in seinem ersten Amtsjahr die Weichen für eine Sozialpolitik, die auf THOMAS VON AQUIN aufbaute² und die die Lage der Arbeiter zu

1 KETTELER, Arbeiterfrage, Seiten 7, 20, 138/148.

2 Für THOMAS VON AQUIN steht das Eigentum im Einklang mit dem Naturrecht, es ist geradezu ein Produkt der menschlichen Vernunft: "Proprietas possessionum non est contra ius naturale; sed juri naturali superadditur per adinventionem rationis humanae" (Summa theologiae, II/2, quaestio 66, articulus 2,2; hier herangezogene Ausgabe Madrid 1963: Seite 426). Thomas definierte im Ergebnis die gesellschaftliche Funktion des Eigentums ebenso, wie es im 19. Jahrhundert geschehen ist; dazu SCHUMPETER, I, Seiten 138, 140, 146.

bessern sowie den Kampf gegen den Sozialismus zu verstärken suchte¹. Für den Bereich des Vertrages und

1 In seiner Enzyklika QUOD APOSTOLICI MUNERIS aus dem Jahr 1878 bezeichnete Leo Sozialismus und Kommunismus als "todbringende Seuche", als "bösen Samen", als "Pest" und als "Giftpflanze". Die schlechte soziale Lage der Arbeiter hätte dazu geführt, "daß Leute aus dem niedersten Stande ... über die Paläste und Güter der Reichen herzufallen verlangen" und daß das Volk "aufrührerisch" werde. Gott selbst habe "mehrere Stände begründet, in Würde, Rechten, Gewalt verschieden", von ihm rühre daher auch die "Ungleichheit im Recht und in der Gewalt". Die Kirche halte "eine Ungleichheit unter den Menschen ... auch in Bezug auf den Besitz von Gütern für weit ratsamer und nützlicher". Eigentum und Besitz seien "unantastbar und unverletzlich". Er schlug vor, "die Handwerker- und Arbeitervereine zu fördern, die unter dem Schutze der Religion alle ihre Mitglieder zur Zufriedenheit mit ihrem Lose und Geduld in der Arbeit anhalten und zu einem ruhigen und friedsamem Leben anleiten" (Marmy, Seiten 118 bis 129).

Im Jahr 1891 baute Leo diese Gedanken zu einem ganzen Programm katholisch-sozialer Bestrebungen aus. In der Enzyklika RERUM NOVARUM stellte er fest, daß die "große Menge Mangel und Not" leide und daß die Proletarier "in elenden und unheilbringenden Verhältnissen ein unwürdiges Dasein" führten. Alle Reformmaßnahmen müßten aber auch davon ausgehen, daß das Privateigentum ein "Naturrecht" und "heilig" sei. Der Sozialismus sei verwerflich, denn man müsse "die menschlichen Verhältnisse nehmen wie sie sind". Die Natur wolle, daß die Reichen und die Armen miteinander harmonisierten. Es gelte daher "zuerst, die maßlosen und habgierigen Gelüste der Massen in Schranken zu halten". Wenn "Wirren und Aufstände der Werktätigen" drohten, dann müsse "die Gewalt und Autorität der Gesetze einschreiten", denn "Hauptsache ist, daß der Privatbesitz durch die Macht und den Schutz der Gesetze sichergestellt werde". Gegen den Streik als "schweren Übelstand sollten öffentliche Maßnahmen ergriffen werden" (Marmy, Seiten 376 bis 406).

der Vertragsfreiheit stellte die Enzyklika RERUM NOVARUM von 1891 fest: Der Arbeiter sei verpflichtet, den einmal zustande gekommenen Arbeitsvertrag "voll und treu" zu halten. Voraussetzung sei, daß der Vertrag "aus freien Stücken und mit Gerechtigkeit" geschlossen worden sei. Aber nicht schon jede freie vertragliche Bindung müsse auch zu einem gerechten Ergebnis führen. Für die Länge der Arbeitszeit gelte, sollte der Vertrag nicht als "unsittlich" angesehen werden müssen: "Man muß den Werktätigen so viel Ruhe gönnen, als sie brauchen, um die ausgegebenen Kräfte wieder zu ersetzen". In den Mittelpunkt der Überlegungen wurde dann aber vor allem die Forderung nach einem g e r e c h - t e n L o h n gestellt. Der Unternehmer habe als "wichtigste Pflicht die Zahlung eines gerechten Lohnes für jeden Arbeiter". Wenn auch der Lohn "durch freies Übereinkommen bestimmt" werde, so könne der Vertrag doch ungerecht sein. Denn die "natürliche Gerechtigkeit" erhebe folgende Forderung: "Der Lohn muß immer wenigstens so groß sein, daß er einem sparsamen und rechtschaffenen Arbeiter die entsprechende Lebensgrundlage bietet"¹.

III. DAS REFORMIERENDE VERHALTEN

Von Ausnahmen abgesehen, zu denen etwa ERNST ABBES Maßnahmen

¹ Marmy, Seiten 387 bis 405.

zu zählen sind¹, zeigten sich Reformbemühungen in der Tätigkeit des Vereins für Socialpolitik und in kritischen Äußerungen eines Teiles der Universitätslehrer.

Vorbereitet wurde beider Vorgehen von bürgerlichen Kräften, die liberale Grundsätze im politischen Bereich einführen und auf wirtschaftlichem Gebiet durch eine Milderung des 'Gegensatzes von Kapital und Arbeit' wieder beleben wollten. Zu ihnen gehörte der sächsische Unternehmer und liberale Abgeordnete BERNHARD EISENSTUCK (1806-1871). Er forderte als Vorsitzender des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Paulskirchenversammlung im Jahr 1849 in einer Rede vor der Nationalversammlung, daß der Staat "der Arbeit in ihrem Vertrage mit dem Capitale... schützend zur Seite" stehe und führte dazu aus: "Es bedarf die Arbeit des Capitals und das Capital bedarf der Arbeit; aber d i e s e r V e r t r a g i s t e i n u n g l e i c h e r , wenn sich der Staat nicht in dieser Beziehung auf die Seite der Arbeit stellt ... Das

1 Ein Sonderfall war die Stiftung, in die seit 1889 der Physiker ERNST ABBE (1840-1905) die Zeiß-Werke in Jena umwandelte. Er erlegte dem Unternehmen eine S e l b s t - b e s c h r ä n k u n g d e r f r e i e n G e - s t a l t u n g d e r A r b e i t s v e r t r ä g e auf. So mußten die Verträge ohne Ansehen der Abstammung, des Bekenntnisses und der politischen Einstellung abgeschlossen werden. Sie durften sich nur auf die "vertragsgemäße Arbeitsleistung" erstrecken, und niemand durfte in der freien Ausübung seiner Rechte außerhalb des Dienstes behindert werden. Die Höchststundenzahl je Tag wurde auf neun Stunden festgesetzt, und zu Überstunden durfte niemand verpflichtet werden. Die Gewährung von teilweise bezahltem Urlaub war vorgeschrieben, auch die Leistungen der betriebseigenen Krankenkasse und der Altersversorgung waren festgelegt. Der zu Beginn des Arbeitsverhältnisses vereinbarte Lohn durfte nicht herabgesetzt werden (§§ 56ff des Statuts der Carl-Zeiß-Stiftung, zitiert nach Schraepfer, Quellen; II, Seiten 95 bis 101).

Capital steht unter dem allgemeinen Schutz des Staates, der ganzen politischen Gesellschaft ...Für die Arbeit, den anderen Contrahenten, der den Vertrag abschließen muß, ... muß der Staat eintreten..., soweit er kann, damit der Vertrag ein ebenbürtiger, und in seiner Ebenbürtigkeit ausführbarer und nutzbarer sei für beide Theile ... Das beste Mittel in dieser Beziehung ist das Selvgovernment, gesetzlich anerkannt von Seite der Staatsgesellschaft in Beziehung auf den Vertrag zwischen Arbeit und Capital ... Die Anerkennung der gegenseitigen Interessen, die wahre Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer - ich will so das Capital und die Arbeit nennen, - ist nur möglich, indem Sie den Arbeiter durch diese freien Institutionen auf der einen Seite schützen gegen die moralische Übermacht, welche das Capital von selbst über ihn hat, und wenn Sie auf der anderen Seite dem Arbeiter alle Mittel an die Hand geben, seine Bedingungen in dem Contract, die ihm nothwendig und zugleich als erfüllbar erscheinen, auf eine Art und Weise zur Geltung zu bringen, die die Abschließung des Contractes überhaupt möglich macht"¹.

1. DER VEREIN FÜR SOCIALPOLITIK

Im Jahr 1872 wurde von den bedeutendsten Vertretern reformgeneigter Kräfte der Verein für Socialpolitik gegründet. Er setzte sich das Ziel, den sozialdemokratischen Bestrebungen entgegenzutreten und auf dem Weg der Gesetzgebung die sozial-

¹ EIS¹ STUCK, Rede am 8. Februar 1849 (Verhandlungen, Band 7, Seiten 5115 und 5118. Hervorhebungen von mir).

politische Situation zu verbessern.

Der Verein kam zustande auf Beschluß eines Kongresses, der 1872 in Eisenach zusammengetreten war und zu dem Professoren, Volkswirtschaftler, Juristen und Beamte gehörten. Der Kongreß kritisierte den Liberalismus und bezeichnete den Staat als das "großartigste sittliche Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts" mit der Aufgabe, "einen immer größeren Theil unseres Volkes zur Theilnahme an allen höhern Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlstand zu berufen"¹.

In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Volkswirtschaftler und Historiker GUSTAV SCHMOLLER zunächst, daß der Verein "keine Umkehr der Wissenschaft, keinen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse" erstrebe. Er fügte hinzu: "Wir protestiren gegen alle socialistischen Experimente ... Wir erkennen nach allen Seiten das Bestehende, die bestehende volkswirtschaftliche Gesetzgebung, die bestehenden Formen der Produktion, die bestehenden Bildungs- und psychologischen Verhältnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen als die Basis der Reform, als den Ausgangspunkt unserer Thätigkeit an". Sodann erläuterte er die Hauptziele einer Reformpolitik: "Wir treten für eine maßvolle, aber mit fester Hand durchgeführte Fabrikgesetzgebung auf... Wir verlangen... ein Fabrikinspektorat... wir fordern... hauptsächlich Enquêtes in Bezug auf die sociale Frage. Wir verlangen nicht, daß der Staat den untern Klassen Geld zu verfehlten Experimenten gebe, aber wir verlangen, daß er ganz anders als bisher für ihre Erziehung und Bildung eintrete, wir verlangen, daß er sich darum kümmere, ob der Arbeiterstand unter Wohnungsverhältnissen, unter Arbeitsbedingungen lebt, die ihn nothwendig noch tiefer herabdrücken"².

1 SCHMOLLER, Eröffnungsrede, Seiten 3 und 6.

2 SCHMOLLER, Eröffnungsrede, Seite 5.

Die Tätigkeit des Vereins, die bei der Arbeiterschaft auf kein Echo stieß¹, schlug sich nieder in empfehlenden Anträgen an den Gesetzgeber. In ihnen wurde betont, daß an eine Aufhebung der Gewerbefreiheit oder des Lohnarbeitsverhältnisses nicht gedacht werden könne; die beiden Grundsätze hätten aber eine "zu große Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensvertheilung" herbeigeführt², und daher müßten sie modifiziert werden. De facto handele es sich gar nicht um den freien Vertrag, von dem die Gewerbeordnungen ausgingen, sondern um ein einseitiges Diktat des Fabrikherrn. Also solle man auch gar nicht von einem Vertrag sprechen, sondern präziser von einer Vorschrift, der sich der einzelne Arbeiter bedingungslos zu fügen habe. Dem Arbeiter müsse, um diesen Zustand zu ändern, ein realer Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages eingeräumt werden³. So erklärte SCHMOLLER⁴: "Wir verlangen die vollste Freiheit für den Arbeiter bei Feststellung des Arbeitsvertrags mitzureden, selbst wenn er da Ansprüche erheben sollte, die scheinbar mit dem alten Zunftwesen eine gewisse Analogie haben".

1 Das lag unter anderem daran, daß weder zu Beratungen noch zu Beschlüssen des Vereins Arbeitervertreter hinzugezogen wurden (BECHTEL, Seite 369).

2 SCHMOLLER, Eröffnungsrede, Seiten 5 und 6.

3 SCHMOLLER, Referat, Seiten 78 bis 93.

4 SCHMOLLER, Eröffnungsrede, Seite 5.

Der Einfluß des Vereins blieb ohne bedeutendere Resonanz auf die Legislative. Insbesondere konnte er sich in der Frage einer Modifizierung der Vertragsfreiheit mit seinen Auffassungen nicht durchsetzen¹.

2. DIE KRITISCHE NATIONALÖKONOMIE

Die Volkswirtschaftslehre war ganz überwiegend von der Doktrin des Liberalismus beherrscht und damit überzeugt von der Notwendigkeit des Prinzips der Vertragsfreiheit.

Der Nationalökonom BRUNO HILDEBRAND (1812-1878) wies im Jahr 1863 darauf hin, daß das "unsittliche Treiben auf dem Markte des Verkehrs die Grundsätze der Wissenschaft für sich" habe. Die Nationalökonomie gebe ihren Segen einem gesellschaftlichen Krieg, der durch die Konkurrenz bewirkt werde und der den einen dem andern sich feindselig gegenüberstehen lasse. Solange die Volkswirtschaftslehre von angeblichen "nationalökonomischen Naturgesetzen" ausgehe, denen "der Mensch in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit unterworfen" sei, solange sanktioniere sie auch alle Mißbräuche wirtschaftlicher

1 ELSE CONRAD, Seiten 109 ff. Noch im Jahr 1893 drängte MAX WEBER den Staat, "in die Speichen des Rades der sozialen Entwicklung aus eigener Initiative und mit Erfolg" zu greifen. Zugleich legte er das Credo des Vereins und damit die Summe bürgerlicher Sozialpolitik noch einmal dar: "Wir stellen höhere Ansprüche an die Zukunft, wir glauben, daß sie die Wechsel, welche wir auf sie ziehen, einlösen wird, wir hoffen, daß uns dereinst am Abend unserer Tage vergönnt sein wird, was uns die Jugend versagte: mit ruhigem Blick in die Zukunft der Nation auf Grundlage einer gefestigten sozialen Organisation des Staates und des Volkes an die Lösung der Kulturaufgaben, welche uns alsdann gestellt werden, sehen zu können" (Arbeitsverfassung, Seite 469).

Freiheit. Hildebrand erhob schließlich die Forderung, die Wissenschaft der Nationalökonomie müsse ihre Grundanschauungen einer strengen Kritik unterwerfen¹.

Es bahnte sich daneben aber auch eine Entwicklung an, die die reformierende Tätigkeit in den Mittelpunkt stellte und die schon bald als Staatssozialismus oder Kathedersozialismus bezeichnet wurde². Bei den Vertretern dieser Lehren handelte es sich um Nationalökonomien, die ihre Lehre auch auf eine "soziale und moralische Grundlage" (GIDE-RIST³) stützen wollten. Schon in der ersten Jahrhunderthälfte waren unter einigen Volkswirtschaftlern Zweifel laut geworden, ob die liberale Theorie des 18. Jahrhunderts tatsächlich das allgemeine Wohl zu fördern geeignet war. Zu den ersten Kritikern gehörte im Jahr 1800 JOHANN GOTTLIEB FICHTE, der den 'geschlossenen Handelsstaat' zur idealen Staatsform erklärte. Die Wirtschaftsbeziehungen sollten zwar auch in diesem Staat durch Verträge geregelt werden - aber Vertragsfreiheit sollte nicht bestehen. FICHTE schlug Kontrahierungszwang, Preisfestsetzung, Inhaltsbeschränkung auf bestimmte Austauschverhältnisse und Einschrän-

-
- 1 HILDEBRAND, Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie, Seiten 16, 18, 19.
 - 2 Der Ausdruck 'Staatssozialismus' wurde etwa von ADOLF WAGNER verwendet in Arbeiten unter dem Titel 'Finanzwissenschaft und Staatssozialismus' (1887) und 'Sozialismus, Sozialdemokratie, Katheder- und Staatssozialismus' (1895). Der Spottname 'Kathedersozialismus' stammt von den Liberalen und erklärt sich aus der großen Zahl von Professoren, die 1872 am Eisenacher Kongreß teilgenommen und den Verein für Socialpolitik gegründet hatten (GIDE-RIST, Seite 481).
 - 3 GIDE-RIST, Seite 455.

kung der Partnerwahlfreiheit vor; kollektive Verträge zwischen Wirtschaftsgruppen sollten einen großen Teil der Individualverträge ablösen. Der Staat habe die Aufgabe, darüber zu wachen, daß der Vertrag gehalten und daß die Einschränkung der Vertragsfreiheit nicht durchbrochen werde. Scharf ging er ins Gericht mit der Auffassung, der ungehinderte freie Güteraustausch werde zur allgemeinen Harmonie führen. Der Staat dürfe nur dann auf den Schutz der persönlichen Rechte und des Eigentums sich beschränken, wenn alle Bürger gleiche Ausgangschancen hätten. Da das aber nicht der Fall sei, erklärte er es zur "Bestimmung des Staats, jedem erst das Seinige zu g e b e n , ihn in sein Eigentum erst e i n z u s e t z e n , und sodann erst, ihn dabei zu s c h ü t z e n "¹.

Jetzt in der zweiten Jahrhunderthälfte wurde vereinzelt die Forderung erhoben, der Staat müsse in den Wirtschaftsablauf eingreifen, um die gesellschaftlichen Notstände zu beseitigen; auch die Rechtsordnung müsse geändert werden, soweit sie mit Hilfe der Lehre von der Vertragsfreiheit dazu beitrage, die sozialen Verhältnisse zu verschlechtern. Eine solche Ansicht vertraten teilweise auch die liberalen Gegner jeder sozialen Reform. So verkündete der liberale Nationalökonom und Politiker HEINRICH BERNHARD OPPENHEIM, daß "das soziale Elend unter Umständen ein Notrecht des Staates begründet, auch in die Sphäre des Privatrechts einzugreifen

1 FICHTE, Der geschloßne Handelsstaat, Seiten 399 bis 418. Hervorhebungen von Fichte.

und zumal den Arbeitsvertrag einer Kontrolle zu unterwerfen"¹. Es waren dabei nicht die gesellschaftlichen Probleme allein, die zu solchen Überlegungen führten. Dahinter stand die Furcht, die Gegensätze zwischen den Klassen und damit auch die stärker werdende Gefahr einer Revolution könnten das Reich ernsthaft schwächen².

Zu den bekanntesten Vertretern der reformierenden Richtung in der Volkswirtschaftslehre gehörten KARL RODBERTUS, ADOLF WAGNER, GUSTAV SCHMOLLER, GUSTAV SCHÖNBERG und LUJO BRENTANO.

-
- 1 OPPENHEIM, Katheder-Sozialismus, Seite 34. OPPENHEIM warnte zugleich davor, ethische Erwägungen in Zusammenhang mit Volkswirtschaftslehre und Jurisprudenz zu bringen, weil sonst "Confusion" entstehe; er war Gegner der Katheder-Sozialisten und der Sozialdemokratie (Seiten 49, 51, 56).
 - 2 So befürchtete etwa GUSTAV SCHMOLLER (Soziale Frage, Seite 185) bei Betrachtung der Arbeitsverhältnisse in der Industrie, "die zunehmenden Klassengegensätze" könnten so groß werden, daß "die Einheit des Volkes ... bedroht" werde. GOLTZ (Ländliche Arbeiterklasse, Seite III) wies für das Gebiet der Arbeitsverhältnisse in der agrarischen Produktion darauf hin, "daß der Landwirtschaft wie dem Staate große Gefahren drohen, wenn nicht in zielbewußter Weise durchgreifende Umgestaltungen auf diesem Gebiete in's Werk gesetzt werden". LUJO BRENTANO (Arbeitsverhältnis, Seite 306) fragte, ob nicht "die Kultur der höheren Klassen selbst in ihrem Fortbestehen bedroht" würde, "wenn nicht durch Heranziehen der niederen Klassen zur Theilnahme an ihren Fortschritten die Einheit der Gesittung in einem Volk gewahrt wird?" (Hervorhebungen von mir). KARL MARLO (Organisation der Arbeit, Seite 141) warnte, der Liberalismus habe "uns in eine indirekte soziale Revolution gestürzt, welche die Mutter einer direkten kommunistischen Gegenrevolution sein wird".

a) KARL RODBERTUS

Die Ansicht, die Lösung der 'sozialen Frage' könne nur durch staatliche Intervention und nicht durch den Kampf des Proletariats oder die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gefunden werden, vertrat vor allem der pommer-sche Jurist und liberale Großgrundbesitzer KARL RODBERTUS (1805-1875). Er kritisierte auf der einen Seite, daß die Arbeiter "von den Wohltaten der heutigen Gesellschaft die persönliche Freiheit und eine gleiche formelle Gerechtigkeit (und) weiter nichts" erhielten und daß ihnen die Vertragsfreiheit in der Form des "freien Verkehrs im Durch-schnitt nicht mehr als den notwendigen Unterhalt zuwirft"¹. Als Gegner des Marxismus erstrebte er jedoch die Gründung einer Partei, die "monarchisch, national, social" sein sollte².

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung bezeichnete er als "human-sociale Capriolen"³; hinter den sozialen Bestrebungen kirch-licher und bürgerlicher Kreise erkannte er Inkonsequenz und Heuchelei⁴.

1 RODBERTUS, Die Forderungen der arbeitenden Klassen, Seiten 117 und 120.

2 RODBERTUS, Brief an den konservativen Journalisten und Sozialpolitiker Rudolf Meyer vom 12. März 1872 (Briefe, Nr. 83, Seite 178).

3 RODBERTUS, Brief an Rudolf Meyer vom 6. Januar 1873 (Briefe, Nr. 117, Seite 292).

4 WITTROCK, Seite 55.

In die Lehre von der Notwendigkeit der Vertragsfreiheit griff RODBERTUS nicht nur mit seiner Forderung nach Einführung des Normalarbeitstages und des Normalwerkes ein. Sondern er bezeichnete sowohl das Privateigentum als auch die Vertragsfreiheit als die beiden Quellen der Ungerechtigkeit. Das Eigentum an den Produktionsmitteln führe dazu, daß nicht den Produzenten (den Arbeitern), sondern den Nichtproduzenten (den Grundbesitzern und Unternehmern) das Eigentum am Produkt zufalle. Daran habe auch die Einführung der vollen persönlichen Freiheit nichts geändert; sie habe nur das Ergebnis gebracht, daß mit dem freien Vertrag nun auch der Lohn und damit die Arbeit selbst als Ware denselben Tauschwertgesetzen wie andere Produkte unterläge und damit den Auswirkungen von Angebot und Nachfrage. Da aber nun einmal das Privateigentum nicht ohne Nachteil für die Gesellschaft beseitigt werden könne, müsse zwischen Arbeit und Kapital ein Kompromiß herbeigeführt werden. Er erschien RODBERTUS möglich bei einem Ersatz der Freiheit wirtschaftlicher Betätigung durch ein System staatlicher Lenkung und Leitung ohne Vertragsfreiheit in den gesellschaftlich entscheidenden wirtschaftlichen Bereichen¹.

1 RODBERTUS, Kapital, insbesondere Seiten 128, 130, 133, 134, 138, 148, 160 bis 162.

b) ADOLF WAGNER

Der politisch konservative Nationalökonom und Politiker ADOLF WAGNER (1835-1917)¹ war getrieben von der Sorge um die bestehende Gesellschaftsordnung, auf die seiner Ansicht nach der ökonomische Liberalismus eine zersetzende Wirkung ausübte; als Ziel erklärte er, den Forderungen nach Umwälzung der sozialen Verhältnisse zu begegnen². Dafür war zweierlei erforderlich: die Stärkung der staatlichen Autorität, die WAGNER als Garantie gegen die soziale Revolution erschien³, eine Reformpolitik, die eben diese Revolution als unnötig erweisen sollte⁴.

-
- 1 WAGNER war konservatives Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und später des Herrenhauses. Er war einer der Führer der Christlich-Sozialen Partei und Präsident des Evangelisch-Sozialen Kongresses.
 - 2 WAGNER, Staatssozialismus, Seite 93.
 - 3 Der staatliche Machtapparat mit Monarchie, Militär und Bürokratie hatte in WAGNERS Augen eben diese Aufgabe des Schutzes der bestehenden Gesellschaftsordnung: "Die historisch eingewurzelte Monarchie ist... ein solcher Rechts- und Machtfaktor, das ihr unterstehende Heerwesen und die ganze Verwaltungsmaschinerie ein solcher Machtfaktor, welche geeignet erscheinen, für lange hinaus noch alle wünschenswerte Bürgerschaft zu gewähren" (Staatssozialismus, Seite 91).
 - 4 Hinter der so umschriebenen Sozialpolitik stand auch die Furcht vor einer potentiellen Gefährdung der bürgerlichen Majorität durch das allgemeine Stimmrecht. Dazu stellte WAGNER fest: "Gerade je mehr prinzipiell und praktisch erfolgreich eine positive Sozial- und Wirtschaftspolitik nach staatssozialistischem Programm durchgeführt werden wird, desto entfernter ist daher auch die Gefahr, ja desto mehr verschwindet sie, daß wirklich die im eigentlichen Sinne nichtbesitzende Klasse, speziell die damit vornehmlich gemeinte Lohnarbeiterklasse, durch das allgemeine Stimmrecht zur Majorität komme und, selbst wenn sie diese erlangen sollte, durch radikale gesetzgeberische Experimente... die Grundlagen der Volkswirtschaft aufs Spiel setze" (Staatssozialismus, Seite 90).

In den Mittelpunkt seiner Kritik an Formen des Liberalismus stellte WAGNER den Gegensatz zwischen Stark und Schwach und dessen Einfluß auf den Arbeitsvertrag; aber auch für andere Verträge wie Kauf-, Kredit-, Pacht- und Mietverträge, so erklärte er, sei eine "wenigstens in gewissem Umfang bestehende wahre (reale) Gleichheit der Parteien" die Voraussetzung, wenn es zu einer "leidlich gerechten" Vertragsgestaltung kommen solle¹. Er forderte "eine umfassende Teilnahme der Masse der Bevölkerung... an den materiellen Früchten und an den Kulturgütern, welche die Zunahme der Produktionskräfte überhaupt zu erringen erlaubt"². Das war nach seiner Meinung nur möglich, wenn der staatliche Produktionssektor ausgeweitet wurde; man müsse einen Staatssozialismus schaffen, in dem so weit wie möglich die Volkswirtschaft aus der privatwirtschaftlichen in die gemeinwirtschaftliche Organisationsform überführt sei³.

1 WAGNER, Politökonomie, Seite 103.

2 WAGNER, Staatssozialismus, Seite 42; ähnlich Politökonomie, Seite 103.

3 WAGNER, Staatssozialismus, Seite 43; Politökonomie, Seite 103. WAGNER war der Begriff Staatssozialismus "formell und materiell ein passender kurzer und hinlänglich klarer technischer Ausdruck für das, was damit bezeichnet werden soll: eine zielbewußte, regulierend in das Wirtschaftsleben eingreifende, soweit es möglich und zweckmäßig den 'Sozialismus' durch die Mittel des bestehenden, historisch überkommenen Staats - durch Gesetzgebung, Verwaltung, Finanz- und besonders Steuerwesen - zur Durchführung bringende 'positive Staatspolitik'". Gegenüber dem "radikalen Sozialismus" beschränke sich der Staatssozialismus "auf das überhaupt Erreichbare" (Finanzwissenschaft, Seite 50, Anmerkung 1, und Seite 56).

Gegner des Marxismus, konnte WAGNER den Zielen der Sozialdemokratie nicht zustimmen. Jedoch erkannte er MARX und ENGELS als "socialökonomische Denker ersten Ranges" an, auf die die Nation stolz sein könne¹. Der marxistischen Kritik am Bestehenden und der Marx'schen Forderung nach einer Rechtsordnung ohne Privateigentum an Boden und Produktionsmitteln müsse eine Antikritik entgegengesetzt werden; sie müsse davon ausgehen, daß die Kritik am bestehenden Rechtssystem mit seinem Eigentumsschutz und seiner Vertragsfreiheit "manches Richtige" enthalte². Das Eigentum sei eine historische und keine naturgesetzliche Kategorie, in einem neuen geschichtlichen Prozeß könne daher eine neue Eigentumsordnung begründet werden³. Die auf dem Privateigentum aufgebaute Zivilrechtsordnung betrachtete WAGNER aber doch als grundsätzlich richtig und notwendig⁴.

Die Rechtsfragen, die bei einer auf freier Konkurrenz beruhenden Wirtschaft entstanden, seien jedoch noch zu wenig untersucht⁵ und die deutsche Wissenschaft dürfe einfach

1 WAGNER, Nationalökonomie, Seite 27.

2 WAGNER, Nationalökonomie, Seiten 26 und 30.

3 WAGNER, Staatssozialismus, Seite 61.

4 WAGNER begründete diese Überlegung damit, daß "das allgemeine volkswirtschaftliche und Kulturinteresse... eine gewisse stärkere Ungleichheit der Einkommensverteilung" verlangen könne. Die soziale Klassenbildung sei kulturgeschichtlich berechtigt, und daher müßten auch deren ökonomische Voraussetzungen, nämlich Verschiedenheit der Höhe und Art des Einkommens und des Besitzes, anerkannt werden (Staatssozialismus, Seiten 67 und 75).

5 WAGNER, Staatssozialismus, Seite 76.

"an den Problemen von Freiheit, Eigentum und Vertragsrecht" nicht vorübergehen¹; eine unbefangene Geschichtsschreibung, erklärte WAGNER, werde einst feststellen müssen, daß durch formell gültige Verträge die Ausbeutung Schwächerer ermöglicht worden sei². Eine vollständige Abschaffung der Vertragsfreiheit konnte er zwar nicht unterstützen³. Aber ein staatlicher Eingriff in die Freiheit wirtschaftlicher und vertraglicher Tätigkeit schien ihm erforderlich. Dem Staat müsse das Recht der "Mit-Regelung" von Verträgen zugestanden werden, und zwar vor allem im Bereich der Lohnvereinbarungen, die man nur euphemistisch als freie vertragliche Regelung ansehen könne; er ging hier sogar so weit, die Mit-Regelung zu einer Allein-Regelung werden zu lassen und eine Lohnform zu fordern, die der des Beamten-Gehalts entsprechen sollte⁴.

-
- 1 WAGNER, Nationalökonomie, Seite 26. Die Beschäftigung der bürgerlichen Wissenschaft mit diesen Fragen hielt Wagner auch deswegen für dringlich, weil "einfache Handarbeiter" sich schon mit ihnen befaßten und einige von ihnen bereits Marx und Engels durcharbeiteten (Nationalökonomie, Seite 27).
 - 2 WAGNER, Staatssozialismus, Seite 77.
 - 3 WAGNER stellte fest, der Staatssozialismus verlange "eine Rechtsordnung, welche nicht nur das Privatkapital als solches und als hauptsächliche Rechtsform für die Bildung, Vermehrung und Verwendung des Nationalkapitals im Prinzip zuläßt, sondern auch die notwendigen und im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liegenden Bedingungen für eine hinlänglich freie Benützung und Verwertung des Privatkapitals gewährt. Namentlich wird demgemäß eine Verfügung durch **V e r t r ä g e** ..., deren Inhalt durchaus nur vom Willen der Vertragsschließenden allein abhängt ... für geboten erachtet" (Staatssozialismus, Seite 61. Hervorhebung von mir).
 - 4 WAGNER, Staatssozialismus, Seiten 44 und 68/72; ähnlich Politökonomie, Seiten 103/104.

c) GUSTAV SCHMOLLER

Daß die liberale Volkswirtschaftslehre geradezu eine "bloße Markt- und Tauschlehre, eine Art Geschäftsnationalökonomie, zur Klassenwaffe der Besitzenden"¹ geworden war, stellte auch der Nationalökonom und Historiker GUSTAV SCHMOLLER (1838-1917)² fest. Sein Ziel war eine "historische und ethische Staats- und Gesellschaftsauffassung" und eine Volkswirtschaftslehre mit dem Charakter "einer großen moralisch-politischen Wissenschaft", die "statt der Güter- und Capitalwelt wieder den Menschen in den Mittelpunkt der Wissenschaft" zu stellen habe³. Er verstand sich dabei nicht nur als Kritiker der "individualistischen Naturlehre", sondern auch des Sozialismus sowie des "Klassenstandpunktes"⁴. Hiervon ausgehend verteidigte er "die moderne Freiheit des Individuums und des Eigentums", forderte aber auch "neue Institutionen und Formen der Einkommensverteilung", warnte vor der "zu großen Differenzierung der sozialen Klassen mit ihren sozialen Kämpfen" und erklärte, daß vor dieser Bedrohung seiner Gegenwart "nur große soziale Reformen" bewahren

1 Zitiert nach Schneider, Seite 297.

2 SCHMOLLER war Mitglied des preußischen Staatsrates und des Herrenhauses, zählte zu den Mitgründern des Vereins für Socialpolitik und wurde in den Adelsstand erhoben. Seit 1881 gab er das 'Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft' (Schmollers Jahrbuch) heraus.

3 Zitiert nach Schneider, Seite 297.

4 SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 124; ähnlich Grundfragen, Seiten 7 bis 9.

könnten¹. Die Reformen müßten eingeleitet werden vom Staat, den er als den großen Unparteiischen zwischen den Klassen betrachtete².

Diese Einstellung zur Notwendigkeit von Reformen ergab sich daraus, daß SCHMOLLER auf der einen Seite ein heftiger Gegner der Sozialdemokratie und des Marxismus war³, auf der anderen Seite aber auch die möglicherweise zur Revolution führenden Mängel der bestehenden Gesellschaftsordnung erkannte. Er führte diese Nachteile weitgehend auf den freien Arbeitsvertrag zurück, den er als ein "einseitiges Machtgebot" bezeichnete. Bei der Lehre vom 'freien Übereinkommen'

1 SCHMOLLER, Volkswirtschaft, I, Seite 124.

2 LÜTGE, Gustav Schmoller als Sozialpolitiker, Seiten 40 bis 46, im besonderen Seite 42.

3 SCHMOLLER sprach nicht nur von den "flegelhaften Arbeiterführern", sondern bezeichnete die Arbeiterbewegung als "verhetzte Arbeitermassen". Er bedauerte, daß der "Einfluß edler Geistlicher" auf die Arbeiter fehle und stellte sich daher die Frage, ob die Arbeiterschaft "immer roher und gewalttätiger oder gesitteter, vernünftiger, fleißiger, leistungsfähiger" würde, wie ihn überhaupt die "brutale Roheit der tieferen Proletarierschichten" beunruhigte. Die Arbeiterführer wie Marx und Lassalle waren für ihn "echt jüdische, zersetzende, radikale Geister", Marx insbesondere ein "talmudistisch spintisierender Sozialphilosoph und internationaler Verschwörer". Die sozialistische Lehre selbst, in Schmollers Sicht die "politisch-radikalen Wahnvorstellungen von Marx", enthalte "neben ersten Wahrheiten und berechtigten Forderungen" eine "Mischung berauschender Phrasen und Übertreibungen"; er sah daher die Gefahr, daß "die Massen, hauptsächlich die roheren, ungebildeten Elemente, hypnotisiert" würden, aber zugleich den Ausweg, daß "die Edlen unter den Gebildeten für die soziale Reform gewonnen" werden könnten (Soziale Frage, Seiten 491, 493, 603, 605, 611, 613, 614).

rügte er das "blinde Vertrauen auf die abstrakte formale Freiheit". Es sei eine "kindliche Fiktion", daß diese Freiheit "Segen stiften müsse, weil alle Menschen gleich" seien. Er ging davon aus, daß das "wirkliche Wesen der wirtschaftlichen Freiheit... gründlich verkannt" worden sei und hielt daher eine "Einschränkung der formalen Freiheit" für erforderlich¹.

Die Einschränkung der Vertragsfreiheit sollte der Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft dienen. Auch nach Reformen mußte, wie SCHMOLLER hervorhob, "Disziplin und Gehorsam für die ausführenden Kräfte" erhalten bleiben, und dem Unternehmer müsse weiterhin als "Mittel der Disziplin die Entlassung" zugestanden werden. Die Arbeiter müßten " U n t e r o r d n u n g , D i s z i p l i n , G e h o r - s a m , T r e u e und H i n g e b u n g behalten und immer wieder erlernen"; für den "Druck im Geschäft" würden sie dann entschädigt durch die "Freiheit in ihrer dienstfreien Zeit, durch die F r e i h e i t, d i e s i e a l s S t a a t s b ü r g e r , a l s K o n s u m e n - t e n genießen". Die Unternehmer dagegen seien verpflichtet, "die Arbeitervertreter so höflich zu behandeln wie sich K ä u f e r u n d V e r k ä u f e r a u f d e m M a r k t e zu begegnen pflegen"².

1 SCHMOLLER, Soziale Frage, Seiten 207/209 sowie Grundfragen, Seiten 43/44.

2 SCHMOLLER, Soziale Frage, Seiten 219/220. Hervorhebungen von mir.

e) GUSTAV SCHÖNBERG

Zu den Volkswirtschaftlern, die eine kritische Haltung gegenüber der zeitgenössischen Handhabung der Vertragsfreiheit einnahmen, gehörte auch GUSTAV SCHÖNBERG (1839-1908). Ausgehend von einer Untersuchung der Natur des Arbeitslohnes, den er wegen der Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander und wegen des Warencharakters der Arbeit als "Konkurrenzpreis" und als "geschäftlichen Preis" definierte, charakterisierte er den Arbeiter als "Produktionsmittel" des Unternehmers. Der Unternehmer erwerbe die Ware Arbeit und damit das Produktionsinstrument Arbeiter leichter und vorteilhafter als andere Waren, weil seine Stellung im Vergleich zu der des Arbeiters übermächtig sei. Da dem Arbeiter im Regelfall keine echte Wahlmöglichkeit gegeben sei, könne von einer wirklichen Vertragsfreiheit nicht gesprochen werden¹.

Ein Ausgleich für diese soziale Stellung des Arbeiters könne nur geschehen, wenn ein gerechter Preis für die Arbeitskraft erzielt würde. Das Prinzip der Vertragsfreiheit solle aber zu diesem Zwecke nicht aufgegeben werden. Es sei zwar kein Maßstab für eine Berechnung des gerechten Arbeitslohnes zu finden, erklärte SCHÖNBERG. Jedoch könne der Ertrag des Unternehmens so verteilt werden, daß sowohl die Interessen des Unternehmers als auch die der Arbeiter besser berücksichtigt würden. Voraussetzung dafür sei die gleiche Stärke

¹ SCHÖNBERG, Arbeitslohn, Seite 674.

beider Vertragskontrahenten. Sie sei am besten zu erreichen, wenn sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter in gemeinschaftlich eingerichteten Einigungsämtern die Vertragsbestandteile aushandelten. SCHÖNBERG erstrebte Vertragsfreiheit nur für die Verträge, die zwischen den Arbeiter- und Unternehmervertretern zustandekommen würden - also für die Abkommen, die später als Tarifverträge zwischen Tarifparteien bezeichnet wurden. Die freie Aushandlung der Kontrakte zwischen einzelnen Arbeitern und Unternehmern sollte weitgehend abgeschafft werden¹.

SCHÖNBERGS Plan fiel in Deutschland nicht auf fruchtbaren Boden. In Österreich wurde im Jahr 1891 ein Gesetzentwurf eingebracht, auf Grund dessen Einigungsämter eingerichtet werden sollten. Sie waren zur "Herbeiführung eines gütlichen Übereinkommens zwischen Gewerbsunternehmern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses bestimmt" und hatten insbesondere die Aufgabe, "vermittelnd einzugreifen, wenn über die aus dem Arbeitsvertrage entspringenden Rechte und Pflichten oder über die Abänderung des Arbeitsvertrages Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmer und Arbeiter entstanden sind oder zu entstehen drohen"². Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt.

1 SCHÖNBERG, Arbeitslohn, Seiten 690/691.

2 DÜRRNBERGER, Seiten 67 bis 70.

d) LUJO BRENTANO

Zu den Sozialreformern unter den deutschen Volkswirtschaftlern gehörte auch LUJO BRENTANO (1844-1931), der im Jahr 1868 die Lebensverhältnisse der englischen Arbeiterschaft kennengelernt hatte und der sich seitdem mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigte. Mitgründer des Vereins für Socialpolitik, ging er bei aller Sozialkritik doch stets "von den der geltenden Gesetzgebung zugrunde liegenden Prinzipien der Freiheit, Rechtsgleichheit, Selbstverantwortlichkeit" aus¹. Die "Ungleichheit der Existenzbedingungen innerhalb einer Gesellschaft" hielt er für unentbehrlich, um das Ziel der "höchsten Vollendung Aller" erreichen zu können; als Aufgabe bezeichnete er es, "die Unterschiede der gesellschaftlichen Klassen nicht zu beseitigen, wohl aber auf das Maß dessen zurückzuführen, was die Harmonie des Gesamtlebens erfordert"².

Um diese in seinen Augen harmonische Gesellschaft schaffen zu können, betrachtete BRENTANO es als notwendig, dem liberalen Wirtschaftssystem überhaupt erst zum Sieg zu verhelfen³. Er hatte auch grundsätzlich nichts dagegen einzu-

1 SCHNEIDER, Seite 300; ähnlich WITTRÖCK, Seite 109.

2 BRENTANO, Das Arbeitsverhältniss gemäss dem heutigen Recht (1877), Seiten 310 und 313.

3 "Das Grundprincip der wirtschaftlichen Ordnung bleibt die freie Selbstthätigkeit der Einzelnen für sich selbst, und die den Talenten und den Starken zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte nöthige freie Bahn bleibt Allen geöffnet" (Arbeitsverhältnis, Seite 342).

wenden, daß weiterhin in der Wirtschafts- und Rechtsordnung die Arbeitskraft als Ware und der Arbeiter als Warenverkäufer auftrete. Aber er kritisierte, daß die bestehende Rechtsordnung das System eines Klassenrechts geworden sei und die Arbeitskraft zu einem zu niedrigen Preis gehandelt werde. Eine Änderung dieser Lage schien ihm nur möglich, wenn die Gewerkschaften als die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter beim Abschluß der Arbeitsverträge anerkannt, die Bestandteile der Arbeitsverträge als die Verkaufsbedingungen der Arbeit von Unternehmern und Gewerkschaften gemeinsam ausgehandelt und diese Verträge wiederum durch staatliche Anordnung für bindend erklärt würden¹.

3. DIE KRITISCHE RECHTSLEHRE

Seit dem Sieg der romanistischen Rechtsschule über das bestehende Recht² war ein "von juristischen Experten geschaffenes Professorenrecht" (BOEHMER³) entstanden. Da ein für das deutsche Reich geltendes Zivilgesetzbuch nicht existierte, konnte die Lehre der Professoren zusammen mit der auf diese Lehre gestützten Rechtsprechung

1 BRENTANO, Arbeitsverhältnis, passim, hier vor allem Seiten 341/343:

2 Der Einfluß der Pandektisten war so groß, daß selbst die bestehenden Zivilgesetzbücher wie das preußische ALR und das österreichische ABGB durch die Kommentare und Lehrbücher in Dogmatik und Systematik dem römischen Recht angepasst wurden; sie wurden nach einem plastischen Ausdruck "pandektisiert" (BOEHMER, Seite 54; KOSCHAKER, Seite 268).

3 BOEHMER, Seite 53; ähnlich KOSCHAKER, Seiten 257/258.

zur Quelle bürgerlichen Rechts werden¹. Die führenden Köpfe unter den Rechtslehrern und Richtern schufen juristische Modelle, die auf einer hochentwickelten formalen Systematik aufbauten, eine ebensolche Interpretationstechnik voraussetzten und im Rechtsleben praktisch allgemeinverbindlich waren.

Daß juristisches Denken regelmäßig zugleich an konventionell gegebene Schemata gebunden war², ist ein Ergebnis auch der Tatsache, daß Professoren und Richter den Kreisen von 'Besitz und Bildung' entstammten³. Die Mehrzahl der Professoren verteidigte die bestehende Gesellschaftsordnung. Rechtslehrer wurden geadelt⁴, in Herrenhäuser berufen⁵, zu Ministern ernannt⁶; Rechtslehrer verherrlichten den Kaiser, Bismarck und das Militär⁷, betonten, daß in den oberen Schichten "der Besitz der Nation an Wissen und geistigem Können" sich darstelle⁸ und übten scharfe Kritik an den "Radikalen",

-
- 1 BOEHMER, Seite 54; ähnlich RUSCHE, Seite 467, Anmerkung 1, und WESENBERG, Seite 146. KOSCHAKER (Seite 258) weist darauf hin, daß das in Sachsen erlassene bürgerliche Gesetzbuch von 1865 "fast ein in Paragraphen umgeglichenes Pandektenlehrbuch" war. OERTMANN schildert (Windscheid als Jurist, Seite XXV), daß WINDSCHEIDS Pandektenlehrbuch ein "geradezu geheiligtes" Werk war.
 - 2 MAX WEBER, Wissenschaft als Beruf, Seite 23.
 - 3 Auf diese Tatsache ist bereits von zeitgenössischen Rechtslehrern wie RUDOLF GNEIST (Rechtsstaat, Seite 260) und ANTON MENDER (Bürgerliches Recht, Seite 29) hingewiesen worden. Sie ist auch auf die von den Eltern aufzubringenden hohen Ausbildungskosten - Gymnasium, Universität, Referendarzeit, bis zu zehn Jahre lange Assessorenzeit - zurückzuführen (KEHR, Genesis, Seiten 51/52).
 - 4 Rudolf JHERING, Otto GIERKE, Robert MOHL, Ludwig ARNDTS, Karl Georg WAECHTER.
 - 5 Friedrich Julius STAHL, Georg BESELER, Adolf STÖLZEL, Heinrich DERNBURG.
 - 6 Karl Friedrich Wilhelm von GERBER, Joseph UNGER.
 - 7 WINDSCHEID, Bismarck als Staatsmann und Parlamentarier, besonders Seiten 117 und 119.
 - 8 WINDSCHEID, Rede an die Studierenden, Seite 54.

die die "naturgemäße Ordnung der Gesellschaft" negierten¹. Von Richtern wurde lange Zeit "einwandfreie konservative Gesinnung" verlangt, später war für Beförderungen auch die Zugehörigkeit zum Reserveoffizierskorps oder zu gewissen studentischen Verbindungen von Bedeutung². Die Folge war bei einem Großteil der Richter die starke Abhängigkeit von einer Gesellschafts- und Rechtsauffassung, die ihren gemeinsamen Nenner in der Abneigung gegenüber der Arbeiterbewegung fand und die auch Gegner der Sozialdemokratie wie den konservativen Politiker HANS HERMANN FREIHERR VON BERLEPSCH oder den Zentrumsführer ERNST LIEBER veranlaßte, auf die Tatsache einer parteiischen Rechtsprechung hinzuweisen³.

Auf eine Beschäftigung mit Problemen der Vertragsfreiheit und des Arbeitsvertrages verzichtete die Rechtslehre fast vollständig. Die Vertragsfreiheit wurde stillschweigend vorausgesetzt, der Begriff im Regelfall nicht einmal erwähnt. Der Arbeitsvertrag wurde, wenn überhaupt, meist innerhalb des Rahmens der Erläuterung des Mietvertrages mit einigen nichtssagenden Absätzen abgetan.

-
- 1 GNEIST, Seiten 325 bis 329; Auseinandersetzung mit dem Sozialismus ähnlich bei vielen Juristen wie etwa JHERING (Kampf ums Recht, Seite 36) und GIERKE (Genossenschaftsrecht, I, Seiten 1039/1040).
 - 2 DÖHRING, Seite 64; NEUMANN, Seite 568.
 - 3 BERLEPSCH, Seite 23; LIEBER, zitiert nach Adolf Weber, Seite 35. Der bekannte Rechtsanwalt MAX HACHENBURG, zusammen mit Düringer Verfasser des verbreiteten Kommentars zum HGB und Autor eines Kommentars zum GmbH-Gesetz, schrieb über die erste Zeit seiner Anwaltschaft, daß er nach zwei Verteidigungen in Verfahren gegen Sozialdemokraten "bat, auf mich zu verzichten. Das Auftreten eines Rechtsanwaltes erschien zwecklos. Die Verurteilung stand ja schon fest. Ausführungen über die Auslegung des Gesetzes waren gegenüber der Praxis der Strafkammer ohne Belang. Alle Fragen waren zu Ungunsten der Angeklagten entschieden" (Lebenserinnerungen, Seiten 97/98).

Zu den wenigen Ausnahmen unter den Rechtslehrern zählen OTTO GIERKE, RUDOLF SOHM, ANTON MENDER und EUGEN DÜHRING.

a) OTTO GIERKE

OTTO GIERKE (1841-1921), im Jahr 1911 in den Adelsstand erhoben, ging als Angehöriger des Vereins für Socialpolitik und Freund der Christlich-Sozialen Bewegung¹ davon aus, daß "unbeschwichtigte Gefahren furchtbarer Art im Schoße unserer Gesellschaft lauern" und daß daher "Staat und Recht, Sitte und Wirtschaft" sozial gestaltet werden müßten; er kämpfte sowohl gegen den ökonomischen Liberalismus, dessen Individualismus Tod und Auflösung bedeute, als auch gegen den Sozialismus, der Unfreiheit und Barbarei herbeiführen werde². Als Ziel betrachtete er eine "erfolgreiche Sozialreform" und die "Abwehr sozialrevolutionärer Bewegungen"³.

Scharf ging er ins Gericht mit der Vertragsfreiheit, die als "furchtbare Waffe in der Hand des Starken" und als "stumpfes Werkzeug in der Hand des Schwachen" ein "Mittel der Unterdrückung des Einen durch den Anderen, der schonungslosen Ausbeutung geistiger und wirtschaftlicher Übermacht" darstelle. Unter dem Schein einer Friedensordnung

1 Dazu WOLF, Rechtsdenker, Seiten 675 und 689.

2 GIERKE, Die soziale Aufgabe des Privatrechts, 1889, Seiten 484/486. GIERKE wies auch darauf hin, daß der mangelnde rechtliche Schutz schon manchen "dem Selbstmorde oder der Sozialdemokratie in die Arme getrieben" habe (Das Bürgerliche Gesetzbuch und der Deutsche Reichstag, 1896, Seite 43).

3 GIERKE, Bürgerliches Gesetzbuch, Seite 51.

werde nur der Krieg aller gegen alle in gesetzmäßige Formen gebracht. Ein Schuldrecht, in dessen Mittelpunkt allein Verkehrsfreiheit und Verkehrssicherheit ständen, gäbe den Kleinen dem Großen und damit "den Arbeiter dem Kapitalisten wehrlos in die Hand"¹.

Von dieser Kritik aus forderte GIERKE ein "soziales Privatrecht", in dem die Sphäre des Individuums unantastbar und heilig sei und zugleich der Gedanke der Gemeinschaft lebendig gehalten werde. "Ein Tropfen sozialistischen Öles" müsse das Privatrecht durchsickern; nur dann könne die Spaltung der Gesellschaft, die im Widerstreit von "Kapital und Arbeit" und im "Zwiespalt der Klassen" zum Ausdruck komme, überwunden werden².

GIERKE verlangte, es dürfe kein Recht ohne Pflicht geben; der Gesetzgeber solle auch anordnen dürfen, daß eine Pflicht zum rechten Gebrauch privatrechtlicher Befugnisse bestehe. Von hier aus kam er zur Einschränkung der Vertragsfreiheit. Dem freien Spiel der Einzelwillen müßten Schranken gesetzt werden; die Schwachen seien gegen die Starken zu schützen, weil sie durch die Vertragsfreiheit besonders gefährdet würden. Die Freiheit dürfe sich nur in der Gebundenheit entfalten; das gelte vor allem für den Arbeitsvertrag, der

1 GIERKE, Soziale Aufgabe, Seiten 499/500. Am BGB-Entwurf kritisierte er, daß durchweg das Schuldrecht so geordnet sei, "als stünden sich dabei nur selbstherrliche Individuen gegenüber, aus deren freier verantwortlicher That Verpflichtungen hervorsprießen" (Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs und das deutsche Recht, 1889, S.192).

2 GIERKE, Soziale Aufgabe, Seiten 486/487 und 510.

für die ungeheure Mehrzahl der Nation die wirtschaftliche Existenzgrundlage schaffe¹.

Als Weg zur Beschränkung der Privatautonomie im allgemeinen und der Vertragsfreiheit im besonderen betrachtete GIERKE die Wiedererweckung alten deutschen Rechts durch Rückdrängung des römischen, das er als "kapitalistisch" bezeichnete². Er wollte "über die Episode der Fremdherrschaft hinweg an unsere große germanische Vergangenheit" anknüpfen³ und den Genossenschaftsgedanken beleben⁴. Denn, wie er erklärte: "Soziales Recht ist deutsches Recht"⁵.

b) RUDOLF SOHM

Der Romanist RUDOLF SOHM (1841-1917), Mitbegründer der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung und zusammen mit Friedrich Naumann des Nationalsozialen Vereins, Mitverfasser des Bürgerlichen Gesetzbuches, ging bei seinen Überlegungen zur sozialen Frage von der Notwendigkeit aus, daß "wir, die

1 GIERKE, Soziale Frage, Seiten 490/499; Bürgerliches Gesetzbuch, Seite 46. Am BGB-Entwurf setzte er aus, daß "von einem Schutze der Schwachen gegen wirtschaftliche Übermacht weniger als in irgend einem anderen Gesetzbuch zu spüren" sei und daß man "die Schranken der Vertragsfreiheit soviel wie möglich hinweggeräum" habe (Entwurf, Seite 192).

2 GIERKE, Bürgerliches Gesetzbuch, Seite 39.

3 GIERKE, Soziale Aufgabe, Seite 488.

4 GIERKE, Genossenschaftsrecht, I. Programmatisch: Seite X.

5 GIERKE, Bürgerliches Gesetzbuch, Seite 39.

Gebildeten, die Führung des vierten Standes in unsere Hand bekommen!, sonst seien "die Gebildeten" als die "geborenen Herren" und die "Herrscher der Nation" nicht in der Lage, "die Sozialdemokratie zu überwinden"¹. Diese Gebildeten müßten den vierten Stand erziehen; freilich könne es "Jahrhunderte in Anspruch nehmen, bis der Erzogene im Stande sein wird, als völlig gleichberechtigt in die Teilhaberschaft der Herrschaft einzutreten"². Voller Anerkennung für die Leistungen Bismarcks³, stellte er doch fest, daß die deutsche Nation zwar äußerlich geeint, aber innerlich gespalten sei.

SOHM kritisierte, daß der Staat die Arbeiter "den Wechselfällen des freien Arbeitsvertrages" preisgegeben habe und daß der Liberalismus "ununterbrochen an der Steigerung der wirtschaftlichen Ungleichheit" arbeite. Der einzelne Arbeiter sei bei Abschluß des Arbeitsvertrages "thatsächlich unfrei". Freiheit des Vertragsschlusses gebe es regelmäßig nur auf der Seite des Unternehmers, der den Vertrag praktisch

-
- 1 SOHM, Die sozialen Pflichten der Gebildeten, 1896, Seiten 7, 10, 17.
 - 2 SOHM, Pflichten, Seite 10. Auch die Macht des Adels betrachtete er als notwendig, denn: "Mit kleinen Leuten macht man keine Weltgeschichte" (Die sozialen Aufgaben des modernen Staates, 1898, Seite 9).
 - 3 Die "mächtige Persönlichkeit des größten deutschen Edelmannes" habe mit der Herrscherkraft des Adels bürgerliche Ideale verwirklicht. Nun aber sei er "bei Seite getreten, das Himmelsgewölbe auf andere Schultern, auf unsere Schultern wälzend" (SOHM, Pflichten, Seite 10).

diktieren. Nur wenn die Arbeiter sich frei organisieren könnten, sei auch ein freier Vertragsschluß möglich; Voraussetzung sei daher volle Vereinsfreiheit. Auch das gleiche Wahlrecht müsse, soweit noch nicht geschehen, eingeführt und gesichert werden. Sonst werde das Arbeitsverhältnis ein Abhängigkeitsverhältnis "von schlimmerer, grausamerer Art" bleiben, "als es je in den Tagen des Mittelalters oder der alten Zeit gewesen war"¹.

Eine Verbesserung der Situation der Arbeiterschaft hielt SOHM für möglich durch Einwirkung auf die Rechtsordnung. "In der Rechtswissenschaft", erklärte er, "liegt der Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen sozialen Lage". Fragen der Rechtsordnung aber waren für ihn "Fragen der Freiheitsordnung". Die wahre Freiheit werde die gesellschaftlichen Probleme lösen. SOHM sah sich "mitten im Kampfe um das Recht" und damit zugleich im Kampf um die Fortentwicklung der Gesellschaftsordnung².

Jedoch erschien SOHM die Durchsetzung formaler Freiheitsrechte nicht ausreichend, um die mit dem ungebundenen Arbeitsvertrag in Zusammenhang stehenden gesellschaftlichen Schäden zu vermindern. Er erhob die Forderung, der Staat müsse auf dem Wege der Gesetzgebung die Vertragsfreiheit einschränken. Diese Beschränkung erachtete SOHM als besonders

1 SOHM, Pflichten, Seiten 13 und 17; Aufgaben, Seiten 15 und 17.

2 SOHM, Pflichten, Seiten 16/17.

dringlich, weil nach seiner Ansicht eine "naturnotwendige Brüderschaft" bestand und alle Teile des Volkes doch untrennbar zusammengehörten. Das künftige Arbeitsverhältnis müsse daher ein "Gemeinschaftsverhältnis" und ein "gegenseitiges Treueverhältnis" bilden¹.

c) ANTON MENDER

Nächst GIERKE und SOHM besaß der mit beiden gleichaltrige österreichische Rechtslehrer ANTON MENDER (1841-1906) eine gewisse Publizität in Deutschland mit seinen Vorschlägen zur Reform des Rechts. Er betrachtete die Notwendigkeit, gesellschaftliche Probleme zu lösen, als eine unmittelbare Aufgabe der Rechtslehre, die sich zu einer "legislativpolitischen Jurisprudenz" mit dem wichtigsten Teil der "sozialen Rechtswissenschaft" entwickeln müsse. Die herrschende Rechtsphilosophie, die eine bürgerliche sei, müsse verändert werden; wenn sich dann die Rechtsordnung, insbesondere das Privatrechtssystem, den Reformvorschlägen geöffnet habe, sei eine Erneuerung der Gesellschaft möglich ohne die von MARX geforderte Revolution².

MENDER stellte fest, die geltende Zivilrechtsordnung diene den bürgerlichen Interessen und nicht denen von vier Fünfteln

1 SOHM, Aufgaben, Seiten 16/17; Pflichten, Seite 13.

2 MENDER, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Seiten III, 37, 104; Über die sozialen Aufgaben der Rechtswissenschaft, Seiten 19/20.

der Bevölkerung, den "besitzlosen Volksklassen". Während sich der Gegensatz von Arm und Reich ständig verschärfe, würden für Arme und Reiche die gleichen Rechtsregeln aufgestellt, obwohl die verschiedenartige soziale Lage auch eine unterschiedliche Behandlung erfordere. Indem der Staat die daraus resultierende Ungerechtigkeit schütze, stelle er sich hinter die geltende Wirtschafts- und Rechtsordnung, sehe er seine wichtigste Aufgabe geradezu in der Aufrechterhaltung der bestehenden Machtverhältnisse¹.

Daß das Privatrecht den Stärkeren dient, ergab sich für MENDER auch aus dem geltenden Obligationenrecht. Es stelle "einen der schlimmsten Feinde eines wirklich demokratischen Staatslebens" dar, und bringe die Übermacht der besitzenden Klassen innerhalb der Gesellschaft zum Ausdruck. Aufgabe seines Kernstücks, der Vertragsfreiheit, sei es, "den Besitzenden in der Erhebung des arbeitslosen Einkommens freie Hand zu gewähren". Die Freiheit der beiden vertragschließenden Teile, die häufig nur eine scheinbare sei, müsse eingeschränkt werden. Vor allem auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse sei eine gesetzliche Regelung einzuführen. Es müsse der Zustand beendet werden, daß der Abschluß eines

¹ MENDER, Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen, Seiten 9, 13/14, 30, 33, 140. Ausgehend von dieser grundsätzlichen Kritik am Privatrechtssystem und besonders der Vertragsfreiheit, bezeichnete MENDER das Bürgerliche Gesetzbuch als ein Werk, in dem "die herrschenden und besitzenden Klassen ihre privatrechtliche Machtstellung" vollständig behaupteten (Bürgerliches Recht, Vorrede zur 3. Auflage von 1903, Seite VI).

Arbeitsvertrages dem des Kaufvertrages über ein Paar Schuhe rechtlich gleichgeachtet sei¹.

Ein künftiger "volkstümlicher Arbeitsstaat", erklärte MENDER, werde sich dadurch auszeichnen müssen, daß er das gesamte Vertragsrecht umgestalte, neuartige Kündigungsschutz-Vorschriften einführe und eine "dauernde rechtliche Beziehung" des Arbeiters "zu den von ihm benützten Produktionsmitteln" gewährleiste².

d) EUGEN DÜHRING

Eine herausragende Erscheinung unter den reformgeneigten Juristen war schließlich EUGEN DÜHRING (1833-1921). DÜHRING, der nicht nur Jurist war, sondern auch Philosophie und Volkswirtschaft lehrte, verlor wegen seiner scharfen Gesellschaftskritik, die die Kirchen mit einbezog, im Jahr 1877 seine Berliner Dozentur und lebte seitdem als Privatgelehrter.

DÜHRINGS Haltung zur Vertragsfreiheit besitzt ihr Fundament in der Eigentumskritik. Die Rolle, die das Eigentum in der Geschichte gespielt habe, werde charakterisiert durch eine "mehr oder minder ersatzlose Aneignung von Arbeit". In

1 MENDER, Neue Staatslehre, Seiten 108 und 114; Bürgerliches Recht, Seiten 153/154, 144, 151, 168.

2 MENDER, Neue Staatslehre, Seiten 109 und 115.

neuerer Zeit komme noch die "Massenanhäufung" des Eigentums hinzu. Jedoch sei es ganz falsch, gegen die Institution des Eigentums insgesamt vorzugehen; das Eigentum müsse nur so beschränkt werden, daß keine wirtschaftliche Übermacht damit mehr erzielt werden könne¹.

Dagegen hielt er das Privateigentum an den Produktionsmitteln für unzulässig. Ein Rechtssystem, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen "als notwendiger Bestandteil" betrachtet werde, sei schon in der Wurzel ungerecht und bringe ständig neue Ungerechtigkeiten hervor. Aus der sich hieraus ergebenden Forderung nach neuen "sozialitären" Produktionsformen folgte DÜHRINGS Vorschlag eines neuen Güterverteilungssystems, das von der "Ausdehnung des Gerechtigkeitsprinzips auf das Wirtschaftsleben" geprägt sein sollte².

Die juristische Konstruktion des Arbeitsvertrages als eines Mietvertrages bringe zum Ausdruck, daß der Arbeiter in einem "Verhältnis der Halbsklaverei" stehe³. Die Vertragsfreiheit müsse begrenzt und reguliert werden; vor allem im Bereich der Arbeitsverhältnisse solle, wenn möglich, statt der Privatverträge öffentliches zwingendes Recht gelten. Es komme nunmehr darauf an, das Privatrecht auf eine einseitige Wahrnehmung bestimmter Klasseninteressen zu über-

1 DÜHRING, Cursus der Ökonomie, Seiten 279, 285, 286, 290.

2 DÜHRING, Cursus der Philosophie, Seiten 255, 280, 285.

3 DÜHRING, Cursus der Philosophie, Seiten 281/282.

prüfen und Normalverträge einzuführen, um das ganze "System der Contractsklaverei" abzuschaffen¹. Im Ergebnis dieser Überlegungen gelangte DÜHRING zu der Forderung, ein eigenständiges "Arbeiterrecht" zu schaffen und die Arbeiter zu einem eigenen "gesetzgebenden Faktor in der Sphäre des Arbeitsrechtes" werden zu lassen².

2. Abschnitt

DIE AGRARIER

Kennzeichnend für die Sozialstruktur auf dem Land³ wurde in der zweiten Jahrhunderthälfte, wozu in der ersten der Grund gelegt worden war. Es war auf der einen Seite eine Schicht industrieller Grundeigentümer entstanden, die die Landwirtschaft "ohne feudalistische Illusionen und ohne ritterliche Nonchalance als ein Geschäft, eine Industrie, mit den bürgerlichen Hilfsmitteln Kapital, Sachkenntnis und Arbeit" betrieb (ENGELS⁴) und die das

1 DÜHRING, Cursus der Ökonomie, Seiten 352/254.

2 DÜHRING, Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus, Seite 575.

3 Im folgenden wird in erster Linie auf das mittlere und östliche Preußen abgestellt. Die hier geschilderte Tendenz der agrarischen Sozialentwicklung ist jedoch auch in weiteren Gebieten Deutschlands zu verfolgen.

4 ENGELS, Status quo, Seite 148. MARX schilderte die Produktionsweise bereits gegen Ende der ersten Jahrhunderthälfte als einen industriellen Betrieb der Agrikultur: "Die alten Feudalherren sind herabgesunken zu Fabrikanten von Vieh, Wolle, Korn, Runkelrüben, Schnaps u. dgl., zu Leuten, die mit Industrieprodukten Handel treiben wie jeder andere Handelsmann" (Prozeß, Seite 336). Ähnlich heute KOSELLECK, Preußen, Seite 511; er spricht von einer ökonomischen Verbürgerlichung des Ritterstandes, zu der es "personal" wie auch "durch Anwendung moderner Betriebstechniken" gekommen sei.

Rittergut zu einem mit industriellen Betriebsführungsmethoden geleiteten Großgrundbesitz ausbaute¹. Daneben existierte eine Schicht von Kleinbauern. Auf der anderen Seite stand die Klasse der weitgehend besitzlosen landwirtschaftlichen Lohnarbeiter.

Zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern begann sich allmählich eine Gemeinsamkeit der Interessen zu bilden. Zwar hatte sich die Voraussage, der Großgrundbesitz werde auf der Basis von Lohnarbeit und Vertragsfreiheit profitabler produzieren können, als richtig erwiesen², auch war nach Bauernbefreiung und Bodenbefreiung die Macht des Großgrundbesitzes erdrückend geworden³. Aber

- 1 Im Ergebnis ähnlich BRINKMANN, Seite 15; CONZE, Quellen, Seite 28; GOLTZ, Seite III; HANS ROSENBERG, Agrarpolitik, Seiten 63 und 66; SCHNABEL, II, Seite 296; SOMBART, Volkswirtschaft, Seite 126; WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seite 327.
- 2 So auch LÜTGE, der feststellt, daß der Gutsbesitzer "mit Hilfe der neuen Arbeitsverfassung viel billiger wirtschaften" konnte. Diesen Gedanken fortführend, kommt LÜTGE zu dem Ergebnis, daß der "Aufschwung der Agrikultur, die Steigerung der Produktion, die Rationalisierung der Betriebe... ohne die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die neue Arbeitsverfassung bot, nicht denkbar" gewesen seien (Bauernbefreiung, Seiten 216/217).
- 3 Da die Bauernbefreiung bis zur Jahrhundertmitte noch nicht vollständig abgeschlossen war, wurden mit dem preußischen Ablösungsgesetz von 1850 energische Schritte eingeleitet und Fristen gesetzt. Auf Grund der neuen Vorschriften, die auf dem alten Gedanken einer Loskaufungspflicht der abhängigen Bauern beruhten, erhielt der Adel zwischen 1850 und 1865 jährliche Geldrenten in Höhe von fast 4 Millionen Talern, an Kapitalabfindung fast 20 Millionen Taler jährlich, 50.000 Doppelzentner Roggen und insgesamt 28.000 Hektar Land (BERTHOLD, Seite 43; ENGELS, Preußische Bauern, Seite 577). Die Zahl der Großbetriebe (über 300 Morgen) erhöhte sich von 12.200 im Jahr 1816 auf 33.300 im Jahr 1858 (LÜTGE, Bauernbefreiung, Seite 207). Die preußische Bauernbefreiung brachte dem Großgrundbesitz insgesamt einen Gewinn von rund 1 Million Hektar Land (IBBEKEN, Seiten 275/276; KOSELLECK, Staat und Gesellschaft, Seiten 71/72; LÜTGE, Bauernbefreiung, Seiten 205/206; WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seite 322).

zum einen war beiden Gruppen eine streng konservative gesellschaftspolitische Grundhaltung eigen¹, und außerdem entstand für beide infolge der Weltmarktkonkurrenz, die auf Grund der liberalen Wirtschaftspolitik zum deutschen Markt Zugang gefunden hatte und die insbesondere das Getreide sehr viel preiswerter erzeugen konnte, eine existenzbedrohende Gefahr. Sie begannen einander zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet als Verbündete zu betrachten und sich als 'Agrarier'² in Interessenverbänden zusammenzuschließen, in denen der Großgrundbesitz die führenden Kräfte stellte³.

(Fortsetzung)

Der Gewinn in Geld dürfte nach schwankenden Angaben über 200 Millionen Taler betragen haben (ENGELS, Preußische Bauern, Seite 378; MEHRING, Seite 202; WALTERSHAUSEN, Seite 140).

- 1 Die Landbevölkerung galt als "zuverlässig monarchistisch" und wurde daher "als staatterhaltend angesehen" (WILHELM TREUE, Wirtschaftsgeschichte, Seite 524). BISMARCK betrachtete die in der Landwirtschaft Tätigen als den "Felsen, an dem das Geisterschiff der Sozialdemokratie zerschellen wird" (in: Memminger, Seite 90).
- 2 Die Bezeichnung war von der Presse aufgebracht worden, um die Interessengleichheit beider Gruppen herauszustellen. Im Jahr 1892 wurde dann von einem Vertreter der Interessenpolitik die Forderung erhoben, "den Namen Agrarier, den die landwirtschaftsfeindliche Presse uns so oft unrechtmäßig gegeben hat, nun mit Recht zu tragen" (Franz, Quellen, Seite 500).
- 3 Ähnlich ENGELS, (Bauernfrage, Seite 395), der schildert, daß sich "der Großgrundbesitzer zum Vorkämpfer der Interessen des Kleinbauern" aufwarf und daß "der Kleinbauer - im ganzen und großen - diesen Vorkämpfer" akzeptierte.

Der bedeutendste Interessenvertreter der Agrarier war nach der 1876 entstandenen Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer der 1893 gegründete Bund der Landwirte. Er besaß bedeutenden Einfluß, stellte zu Wahlen eigene Kandidaten auf und gewann Kandidaten der Rechten für sich. In der von ihm gegründeten Deutschen Tageszeitung propagierte er seine Ziele. Als Aufgabe war ihm gestellt worden, "rücksichtslose und ungeschminkte Interessenpolitik" zu treiben und "mehr Einfluß auf die Parlamente und die Gesetzgebung zu gewinnen" (FRANZ, Quellen, Seiten 498/500). Zur Interessenpolitik der Agrarier im Ergebnis wie hier BERTHOLD, Seite 165; BORN, Reichsgründung, Seite 271; THOMAS NIPPERDEY, Seite 380; WILHELM TREUE, Deutsche Geschichte, Seite 673).

Hauptziele der Agrarier waren Schutzzölle und Steuervorteile. Soweit sie Gegner des liberalen Privatrechtssystems mit der Vertragsfreiheit waren oder infolge ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden, verlangten sie "die Beseitigung dieses heidnischen, nur dem mobilen Besitz angepaßten Rechtes"¹. Der "Kontraktbruch" sollte bestraft werden, und die auf dem römischen Recht fußende Zivilrechtsordnung sollte, "damit den Interessen von Grundbesitz und Landwirtschaft besser genügt wird", durch "Ausbildung des privaten ... Rechtes ... auf Grundlage des deutschen Rechtsbewußtseins" verdrängt werden².

Nicht übergangen werden darf hier schließlich der Plan, den Mangel an Arbeitskräften durch billige chinesische Kulis auszugleichen. Zu diesem Zweck wurden bereits die Arbeitsverträge studiert, die auf Sumatra mit Kulis geschlossen zu werden pflegten³.

3. Abschnitt

DIE ARBEITERSCHAFT

Die allgemeine Durchsetzung des Lohnarbeitssystems auf der Basis der Vertragsfreiheit ist eines der Kennzeichen der Lage der Arbeiterschaft. Ein Weiteres ist das Erstarken

1 'Deutsches Bauernprogramm' aus dem Jahr 1882 (Franz, Quellen, Seite 481; Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seite 88).

2 Forderungen des Bundes der Landwirte vom Jahr 1893 (Wilhelm Mommsen, Parteiprogramme, Seite 88. Hervorhebung von mir).

3 Nach Kuczynski, Lage, III, Seiten 272/273).

einer Arbeiterbewegung mit entschiedener Gegnerschaft zum bestehenden Wirtschafts- und Rechtssystem.

A. ALLGEMEINE LAGE DER ARBEITERSCHAFT

Die soziale Lage dieser größten Klasse, zu der in dieser zweiten Jahrhunderthälfte die Hälfte bis zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung¹ und seit dem Abschluß der Bauernbefreiung und der Einführung des Lohnarbeitssystems in der Landwirtschaft auch das Landproletariat zu rechnen ist², wurde vor allem durch den in freien Verträgen vereinbarten niedrigen Lohn bestimmt. Von bedeutendem Einfluß auf die Lohnhöhe war dem liberalen Wirtschafts- und Rechtssystem entsprechend die Konkurrenz der Arbeiter untereinander; sie wurde innerhalb der Fabrikarbeiterschaft verschärft durch den noch immer anhaltenden Zuzug vom Land in die Städte, der, wie die konservative KREUZZEITUNG im Jahr 1873 schrieb³, "den Fabrikbesitzern der Großstädte ein sehr willkommenes, weil verhältnismäßig billiges, Arbeitsmaterial" lieferte.

1 SCHMOLLER, Volkswirtschaft, II, Seite 306.

2 Die Sozialdemokratie erklärte es auf einem Kongreß im Jahr 1874 zu einer Hauptaufgabe, "eine sozialdemokratische Organisation der ländlichen Proletarier" zu schaffen (zitiert nach Berthold, Seite 105).

3 KREUZZEITUNG, Oktober 1873 (zitiert nach Wilhelm Liebknecht, Bodenfrage, Seiten 124 bis 127, hier: 127).

Der Bruttorealloon sank zwischen 1850 und 1870 zunächst und stieg dann allmählich wieder, bis endlich im letzten Jahrzehnt ein Lohnzuwachs von rund 10 % zu verzeichnen war¹. Die Lebenshaltungskosten in der Zeit von 1887 bis 1893 betrugen wöchentlich 23,80 Mark; da die Nettolöhne nur 20,20 Mark in der Woche erreichten, lagen die Löhne 15 % unter dem Existenzminimum².

Bei Wirtschaftskrisen fielen die Löhne: so sank in den Jahren 1873 bis 1879 bei Bergarbeitern der Lohn von 3,52 Mark auf 2,30 Mark pro Schicht; bei Krupp-Arbeitern der Tageslohn von 3,74 Mark auf 3,02 Mark. Die durchschnittlich in der Industrie gezahlten Bruttolöhne sanken von 1875 bis 1879 um rund 17 %, in der Krise von 1891/1893 betrugen die Lohnverluste 10 % und mehr³.

1 ABENDROTH, Seiten 68/69; KUCZYNSKI, Lage, II, Seite 152, und Wirtschaft, Seite 99.

2 BERTHOLD, Seite 114. Über die unter dem Durchschnittsbedarf liegenden Löhne der Landwirtschaft näher GOLTZ, Seite 110. Die finanzielle Situation wird auch beleuchtet durch die Tatsache, daß ein großer Teil der Bevölkerung mit seinem Einkommen unter der steuerpflichtigen Grenze lag; näher dazu ADOLF WEBER, Seite 4; HELFFERICH, Seite 129; HOLBORN, Geschichte, III, Seite 162; ZUNKEL, Entfesselung, Seite 434, Anmerkung 67.

3 BERTHOLD, Seiten 103, 115, 162. SCHÖNBERG betonte "die allgemeine Regel, daß günstige Konjunkturen nicht immer zu einer Lohnsteigerung führen, ungünstige aber in der Regel die Löhne verringern" (Arbeitslohn, Seite 679).

"Zur Genesis des Kapitalismus gehören Hausse und Baisse", erklärte SOMBART und setzte hinzu, es sei "eine jedermann vertraute Tatsache, daß die Zeiten der Depression vor allem auf dem Arbeiter lasten" (Volkswirtschaft, Seiten 74/75, 401).

Die Lohnsituation erzwang auch die Mitarbeit der Ehefrauen¹ und Kinder².

"Wenn es längst ein Gemeinplatz geworden ist", erklärte dazu der Zentrumsabgeordnete (und spätere Reichskanzler) GEORG VON HERTLING im Jahr 1882 im Reichstag, "daß die Arbeit eine Waare sei, so ist doch der einzelne Arbeiter jeden Tag in der Lage des Kaufmanns, der à tout prix losschlagen muß, weil die Noth hinter ihm steht, die eigene Noth und die Noth der Familie, die von seiner Arbeit lebt"³.

-
- 1 Die Zahl der berufstätigen Frauen stieg ständig, von 4,26 Millionen im Jahr 1882 auf 5,26 Millionen im Jahr 1895 und bis auf 8,24 Millionen im Jahr 1907. Der weibliche Anteil an der Arbeitstätigkeit - ohne die häuslichen Dienste - stieg zwischen den Jahren 1895 und 1907 von 25,4 auf 30,7 % (nach PIERSTORFF, Seite 681).
Die Frauen wurden schlechter entlohnt und mußten dadurch von den Männern häufig als Lohndrücker angesehen werden (ADOLF WEBER, Seite 14): Die Frauenlöhne betrugen die Hälfte bis zwei Drittel von denen der Männer (SCHMOLLER, Volkswirtschaft, II, Seite 338; ähnlich BÖHMERT, S. 696).
 - 2 Auch nachdem - in Preußen - im Jahr 1854 die Arbeit von Kindern unter 12 Jahren verboten worden war, wurden noch bedeutende Teile der Produktion von Kindern geschaffen. In sächsischen Bezirken wurden drei Fünftel der Tuchproduktion von Kindern hergestellt; allein in Crimmitschau waren 1.400 Kinder im Alter von unter 14 Jahren tätig (BEBEL, Parlamentsrede am 29. April 1869; Stenographische Berichte, 1. Legislaturperiode, Session 1869, zweiter Band, 30. Sitzung, Seite 675). Insgesamt waren im Jahr 1866 wenigstens 21.000 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren beschäftigt, im Jahr 1884 noch 19.000 (SCHÖNBERG, Arbeiter, Seite 386).
 - 3 Stenographische Berichte, 5. Legislaturperiode, 1. Session 1881/1882, 20. Sitzung am 9. Januar 1882, Seite 480. Die Überlegung, daß die Ware Arbeitskraft nicht wie jede andere Ware behandelt werden dürfte, hatte auch in der französischen kritischen Literatur eine Rolle gespielt. LORENZ STEIN erwähnt in seiner Geschichte der sozialen Bewegung (II, Seite 97) einen Artikel von Reynaud, in dem erläutert wird, warum nicht alle Staatsbürger frei seien: Weil vom Hunger gedrängt, viele sich auf dem erstbesten Markt verkaufen mußten, den sie fänden ("Pourquoi tous les citoyens ne sont-ils pas personnellement libres? Parce qu'il y en a qui, pressés par la faim, se voient forcés de se vendre au premier marché qu'ils rencontrent... Ces hommes, je le répète, ne sont pas des citoyens personnellement libres").

Die Vertragsfreiheit war nicht nur im Zusammenhang mit dem Warencharakter der Arbeitskraft von sozialer Bedeutung.

Annähernd das gleiche Ausmaß hatten für die Arbeiterschaft die Probleme des Wohnungsmarktes, der durch Wohnungsknappheit in den wachsenden Städten einerseits und durch die Freiheit in der Vereinbarung der Miethöhe andererseits gekennzeichnet war. GUSTAV SCHMOLLER mußte in einem Zeitbericht feststellen¹, daß der Arbeiter "vielfach in Höhlen" hause, "die ihn zum Thier oder zum Verbrecher degradiren".

Einen Eindruck von der Gestaltung der Miet- und Untermietverträge, die häufig Vermieter und Mieter gleich traf, vermittelt eine amtliche Untersuchung aus dem Jahr 1888 in Plauen, "welche sich auf 1.230 Schlafräume dieser Stadt erstreckte, in denen zur Familie nicht gehörige Schlafgänger untergebracht waren. Die Untersuchungen ergaben, daß 401 Schlafräume den bezirksärztlichen Anforderungen gegenüber zu klein waren ..., daß ferner in 415 Räumen weniger Betten als Personen vorhanden waren, in 316 Fällen die Wirthe und deren Angehörigen in denselben Räumen schliefen wie die fremden Schlafgänger, in 97 Fällen Schlafgänger verschiedenen Geschlechts zwar in getrennten Räumen schliefen, aber bei ein und demselben Wirthe in Miethe waren, und in 10 Fällen weibliche Schlafgänger in Räumen untergebracht waren, in welchen auch männliche beherbergt wurden"².

1 SCHMOLLER, Preußischer Staat, Seite 338.

2 Amtliche Mittheilungen aus den Jahres-Berichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten, 13. Jahrgang 1888, Seite 256. Die Verhältnisse in anderen Städten lagen ganz ähnlich; dazu näher etwa BERTHOLD, Seiten 100, 141, 194/195; ELSE CONRAD, Seiten 100 und 159; HERKNER, Arbeiterfrage, I, Seite 50; WILHELM TREUE, Sozialgeschichte, Seite 386; für Berlin neuerdings mit Nachweisen KRAFFT, Seiten 62, 72, 91/92.

Einen Versuch zur Einwirkung auf die Arbeitsverträge stellten die Streiks dar, zu denen es jetzt häufiger kam¹. Auf diese Streiks antworteten die Unternehmer mit Aussperrungen, Schwarzen Listen und Entlassungen²; Militär wurde eingesetzt mit der Begründung, der Staat müsse die Freiheit des Arbeitsvertrages schützen³.

B. RECHTLICHE SITUATION DER ARBEITERSCHAFT

Beruhten auch prinzipiell die Arbeitsverhältnisse weiterhin auf den vom römischen Recht entwickelten Grundsätzen zur Miete (locatio conductio operarum) und auf der Vertragsfreiheit⁴, so kam es doch zu einer unterschiedlichen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse von Industriearbeitern, Landarbeitern und Gesinde.

1 So fanden 130 Streiks im Jahr 1869 statt, 250 im Jahr 1872. Allein im ersten Drittel des Jahres 1889 beteiligten sich 394.000 Streikende an 1.131 Streiks. Zwischen 1890 und 1899 kam es zu 3.750 Streiks mit 405.000 Teilnehmern, davon lagen 1.160 Streiks mit über 198.000 Streikenden zwischen 1891 und 1896 (BERTHOLD, Seiten 82, 99, 144; WERNER STEIN, Seite 959). Hauptzweck der Streiks, die in der Mehrzahl bis 1890 erfolglos blieben, war die Erhöhung der Löhne. Streiks entzündeten sich daneben vor allem an der Länge der Arbeitszeit, am System der Strafen und Lohnabzüge und an der Disziplinargewalt der Aufseher (STIEDA, Seiten 608/610).

2 Dazu WALTERSHAUSEN, Seite 230.

3 KOSELLECK, Preußen, Seite 78.

4 Wie in der ersten Jahrhunderthälfte war "die Festsetzung der Verhältnisse zwischen ... Gewerbetreibenden und ... Arbeitern... Gegenstand freier Übereinkunft" (§ 105 GewO).

I. DIE RECHTSLAGE DER INDUSTRIEARBEITER

Nach der Aufhebung des Koalitionsverbots für den immer bedeutender werdenden Teil der Arbeiterschaft, die gewerblichen Arbeiter, war eine Einwirkung der Arbeiter auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zulässig geworden¹. Da die Industriellen Koalitionen der Arbeiter als Verstoß gegen das Recht ungehinderter wirtschaftlicher Betätigung und gegen das Prinzip der Vertragsfreiheit sowie als unzulässigen Zwang betrachteten², erfolgten immer wieder Versuche, die Koalitionsfreiheit rückgängig zu machen.

So bezeichnete etwa der preußische Minister PUTTKAMER Streiks als Bewegungen, die nach dem Sozialistengesetz verboten seien, und als das Sozialistengesetz nicht verlängert worden war, bemühte sich die Reichsregierung, das Streikrecht einzuschränken. Sie erklärte in der Begründung zu einer Vorlage, mit der die Gewerbeordnung geändert werden sollte: "Die fortgesetzten Ausschreitungen bei gewerblichen Lohn- und Arbeitskämpfen... machen es zu einer unabweisbaren Pflicht der Gesetzgebung, die Freiheit des Arbeitsvertrages ... wirksamer als bisher zu schützen und im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung das Übel mit ausreichenden Mitteln einzudämmen"³.

-
- 1 So hieß es in § 152 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund aus dem Jahr 1869: "Alle Verbote und Strafbestimmungen... wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben". Das Koalitionsverbot wurde zwischen den Jahren 1861 und 1889 zunächst in einzelnen deutschen Staaten, dann im ganzen Reich aufgehoben.
 - 2 NIKISCH, II, Seiten 102/103.
 - 3 GERHARD ERDMANN, Seiten 33/34.

Nicht selten erfolgte der Versuch, die Koalitionsfreiheit mit Hilfe der Vertragsfreiheit einzuschränken. Arbeiter hatten in ihren Arbeitsverträgen den Unternehmern zuzugestehen, keiner Arbeiterorganisation beizutreten oder aus einer solchen Vereinigung wieder auszutreten, Unternehmer verpflichteten sich gegenseitig vertraglich, keine organisierten Arbeiter einzustellen.

Industrielle versuchten mit Hilfe der Vertragsfreiheit gegenüber den Arbeitern folgenden Revers durchzusetzen: "Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das schärfste verurteile, weil beide nur Unzufriedenheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervorrufen. Ich erkläre, daß ich weder Streikende noch ausgesperrte Arbeitnehmer mit Beiträgen unterstützen werde und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung und Unterschrift"¹.

Auch die Rechtsprechung beschränkte die Koalitionsfreiheit. Sie legte die Bestimmungen der Gewerbeordnung einschränkend aus, was zur Folge hatte, daß die vereins- und versammlungsrechtlichen Vorschriften mit den Koalitionsverboten der Arbeiterschaft gegenüber wieder anwendbar wurden. Das Reichsgericht stellte fest, daß von den Arbeiterzusammenschlüssen "politische Gegenstände" nicht erörtert werden dürften und rechnete dazu neben Verfassung und Verwaltung auch gleich die ganze "Gesetzgebung des Staates" und die "staatsbürger-

1 Abgedruckt bei Hüglin, Seite 163.

lichen Rechte der Unterthanen"¹.

Sollte mit der Einführung der Koalitionsfreiheit eine weitere Stufe in der Liberalisierung des Wirtschafts- und Rechtssystems erreicht werden (entsprechend der ein Jahrhundert zuvor erhobenen Smith'schen Forderung, der Arbeiter-Koalitionen als Voraussetzung einer liberalen Wirtschaft angesehen hatte), so entsprach die innere Verfassung der Unternehmen keineswegs dem Gedanken, daß in der freiheitlichen Gesellschaft Verträge unter Gleichen die gesellschaftliche Harmonie herbeiführen würden. Im Gegenteil hatte sich eine militärisch-hierarchische Struktur der Betriebe gebildet, die den Arbeiter nicht als Vertragspartner, sondern umgekehrt, wie BISMARCK einmal erklärte, als "Soldaten der Arbeit"² erscheinen ließ. Das kam vor allem in den Betriebsordnungen zum Ausdruck, die auf Grund der Vertragsfreiheit zum Bestandteil des einzelnen Arbeitsvertrages geworden waren.

In manchen Unternehmen wurde die Betriebsordnung gleich als Ersatz eines Vertrages angesehen. So hieß es am Schluß der Fabrikordnung der Spinnerei Staub in Altstadt aus dem Jahr 1853³: "Damit sich kein Arbeiter mit Unkenntnis dieser Fabrikordnung entschuldigen kann, wird sie in den Arbeitssälen angeschlagen. Ferner hat sich

-
- 1 3. Strafsenat, Urteil vom 10. November 1887, RGSt E 16, 383 (384).
 - 2 BISMARCK im Gespräch mit dem Publizisten MORITZ BUSCH, notiert von BUSCH in seinen 'Tagebuchblättern', Seite 44.
 - 3 Abgedruckt in Kuczynski, Lage, II, Seiten 196/200. Hervorhebung von mir.

jeder Arbeiter bei seinem Eintritt durch seine Unterschrift zur genauen Beobachtung dieser Fabrikordnung, welche die Stelle des Dienstvertrages vertritt, verbindlich zu machen und hiermit den Bestimmungen derselben zu unterwerfen".

In den Betriebsordnungen wurde häufig ein genau abgestuftes System von Geldstrafen (als Konventionalstrafen anzusehen) und von Lohnabzügen festgelegt; MARX erläuterte im Jahr 1867, daß "der gesetzgeberische Scharfsinn der Fabrik-Lykurge ihnen die Verletzung ihrer Gesetze womöglich noch einbringlicher als deren Befolgung" machte¹. Die Betriebsordnungen schrieben weiter vor, daß Arbeiter nur nach vorheriger Absprache mit dem Unternehmer heiraten oder prozessieren durften²; sie dienten der Aufhebung von Kündigungsfristen und überließen schließlich in konsequenter Anwendung des Prinzips der Vertragsfreiheit dem Unternehmer die Festsetzung des Lohnes.

Die Fabrikordnung der Firma Heinrich Schmieder in Meerane aus dem Jahr 1873 regelte die Kündigung folgendermaßen: "Die in § 110 der deutschen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 vorgesehene 14tägige Kündigung hat für unsere Fabrik keine Geltung. Demzufolge hat jeder Arbeiter das Recht, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen; ebenso behalten aber auch wir uns vor, jeden Arbeiter jeder Zeit ohne

1 MARX, Kapital, I, Seite 382.

2 Der Großunternehmer STUMM begründete diese in seiner Arbeitsordnung enthaltene Vorschrift damit, daß er in der Lage sein müsse, "wenn ich es für zweckmäßig halte, unnötige Klagen abzuwenden, resp. törichte Heiraten zu verhindern" (in: Hellwig, Seite 300).

vorherige Kündigung zu entlassen"¹.

Die Fabrikordnung der Firma Staub in Altenstadt bestimmte über die Lohnfestsetzung: "Der Arbeitslohn wird von den Fabrikinhabern am ersten Zahltag nach dem Eintritt des Arbeiters festgesetzt und später nach Umständen erhöht oder erniedrigt. Jede Erhöhung oder Erniedrigung desselben... sollen den Arbeitern vorher ... angezeigt werden. Bei Lohnerniedrigung hat der Arbeiter jedoch das Recht einer vierzehntägigen Aufkündigung"².

II. DIE RECHTSLAGE DER LANDARBEITER

Die rechtliche Lage der Landbevölkerung war gekennzeichnet auf der einen Seite dadurch, daß die liberale Privatrechtsordnung mit ihrem auf dem Prinzip der Vertragsfreiheit beruhenden Lohnarbeitssystem nun die gesamte Landarbeiterschaft erfaßte. Auf der anderen Seite waren im Gegensatz zur Industriearbeiterschaft Streiks und Koalitionen verboten und Vertragsverstöße kriminalisiert worden; "hartnäckiger Ungehorsam", "Widerspenstigkeit" und das Versagen oder Verlassen des Dienstes wurden mit Geldstrafe oder Gefängnis verfolgt³.

Es kam im einzelnen zu einer ausgeklügelten Vertragsgestaltung, die ganz auf das Interesse des agrarischen Unternehmers zugeschnitten war⁴. Schloß der Landarbeiter

1 Abgedruckt in Kuczynski, Lage, II, Seiten 196/200.

2 Abgedruckt in Kuczynski, Lage, III, Seite 282.

3 §§ 1, 2 und 3 des preußischen Gesetzes 'betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter' vom 24.4.1854 (GS 1854, Seite 214).

4 Folgendes nach LÜTGE, Bauernbefreiung, Seite 214; MULERT, Seiten 40/41; MAX WEBER, Landarbeiter, Seiten 483 und 506.

einen Arbeitsvertrag, so verpflichtete er zugleich seine Frau damit (deren stillschweigende Vollmacht dazu unterstellt wurde). Der Lohn für beide wurde an den Arbeiter ausbezahlt, der Lohn für die Frau ging jedoch nicht in das Eigentum des Mannes über. Arbeitete die Frau nicht zur Zufriedenheit des Unternehmers, konnte er nach § 887 CPO ihre Arbeit (als vertretbare Handlung angesehen) auf ihre Kosten ausführen lassen. In dem Arbeitsvertrag mit dem Arbeiter waren beide Verträge derart miteinander verbunden, daß bei Nichterfüllung des einen der ganze Vertrag aufgehoben werden konnte. Im Regelfall ergaben zudem erst die Bezüge von Mann und Frau zusammen die notwendigen Einkünfte der Familie.

Ging der Arbeiter den Vertrag als Scharwerker ein, so war er dem Unternehmer gegenüber verpflichtet, eine bestimmte Zahl anderer Arbeiter selbst zu dinge und vorgeschriebene Arbeiten mit ihnen zusammen auszuführen; die übrigen Scharwerker hatten einen Anspruch gegen den ersten, nicht aber gegen den Gutsherrn, mit dem sie nicht in vertragliche Beziehungen traten. Der Lohn wurde daher auch nur an den ersten Scharwerker gezahlt. So wurde die Rechtsform des Werkvertrages zur Gestaltung einer Mehrzahl von Arbeitsverhältnissen genutzt.

Um den Arbeiter bei geringem Lohn an seine Arbeitsstelle zu binden, erfolgte in manchen Gebieten, vor allem in Westfalen und Holstein, eine Verbindung von Arbeits- und Pachtvertrag: der Arbeiter leistete Arbeit beim Unternehmer auf Grund eines Arbeitsvertrages und erhielt von ihm ein Stück Acker und Weide zur Pacht; weder von seinem Kleinbetrieb noch von seinem Lohn allein konnte er leben.

Ein weiteres Ergebnis der Freiheit in der Gestaltung der Arbeitsverträge war, daß infolge des Fehlens einer Bindung im früheren Sinn die Landarbeiter häufig neue Arbeitsplätze suchen mußten, wenn sie ihren Lebensstandard verbessern oder auf gleichem Niveau halten wollten. Es entstand eine Schicht von Wanderarbeitern, die eine Art "Arbeiternomadentum" bildeten¹. Soweit diese Wanderarbeiter sich nicht zu einer Übersiedlung in die Städte entschließen konnten, zogen sie auf der Suche nach einem Arbeitsplatz über Land und dokumentierten damit, daß für sie "Heimatlosigkeit und Freiheit ein und dasselbe" war (MAX WEBER²).

1 MAX WEBER, Wirtschaftsgeschichte, Seite 105.

2 MAX WEBER, Landarbeiter, Seite 506. In den neunziger Jahren schilderte der Landwirtschaftslehrer THEODOR FREIHERR VON DER GOLTZ (1836-1905) das Leben dieser Wanderarbeiter: "Die heutigen ländlichen Arbeiter... können zwar beliebig ihren Wohnsitz wechseln, aber sie müssen ihn auch oft wechseln. Wenn der Mietsherr den Einliegern die Wohnung, der Gutsherr den Instleuten den Kontrakt kündigt, so ist in der Regel damit gleichzeitig für sie die Notwendigkeit verbunden, auch den Ort ihres Wohnsitzes und ihrer Arbeitsstätte zu verändern, von Altersgenossen und Freunden, vielleicht von Verwandten sich zu trennen. Von einer eigentlichen Heimat ist bei vielen von ihnen keine Rede mehr; das Heimatsgefühl ist aber gerade bei der niederen Bevölkerung die Grundlage für die Vaterlandsliebe. Es bietet für den Socialpolitiker kein erfreuliches Bild, wenn an den üblichen Umzugsterminen auf den verkehrsreichen Landstraßen im Laufe eines einzigen Tages eine ganze Reihe von Arbeiterfamilien mit allen ihren Habseligkeiten vorüberkommt, um einen neuen Wohnsitz aufzusuchen... Dies Wandern der Arbeiter von einem Gut oder einem Dorf zum anderen hat im Laufe der Jahre immer mehr zugenommen und ist ein dunkles Blatt der gegenwärtigen Arbeiterverhältnisse. Mit ihm hängt auch die Aus- und Abwanderung eng zusammen. Ein Arbeiter, der gewohnt ist oder jeder Zeit darauf gefaßt sein muß, über kurz oder lang den bisherigen Wohnsitz zu verlassen, entschließt sich auch leicht zu dem etwas größeren Schritt, nach weit entfernten Teilen seines Vaterlandes oder in

Wanderarbeit oder Wegzug in die Industriestädte wurde schließlich auch erzwungen durch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter (Fremdarbeiter), mit denen kurzfristigere und für die Unternehmer vor allem wegen der sehr niedrigen Löhne vorteilhaftere Arbeitsverträge abgeschlossen werden konnten, als es mit deutschen Arbeitern möglich gewesen wäre¹.

III. DIE RECHTSLAGE DES GESINDES

Für das Gesinde galten weiterhin die Gesindeordnungen, deren Verhältnis zur Vertragsfreiheit schon dargestellt worden ist. Noch immer waren daher der Herrschaft Tätlichkeiten erlaubt, und auch sonst hatte sich an der erniedrigenden

(Fortsetzung)

überseeische Länder zu ziehen" (Die Ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat, 1893, Seiten 134/135. Hervorhebungen von mir).

- 1 Näher dazu MAX WEBER, Landarbeiter, Seiten 492, 502 und passim. Auf die Tatsache, daß die Fremdarbeiter eine scharfe Konkurrenz gegenüber der einheimischen Landbevölkerung darstellten, wiesen zeitgenössische Sozialpolitiker immer wieder hin. So erläuterte GOLTZ, durch die Fremdarbeiter würden "Löhne gedrückt, die einheimischen Arbeiter unzufrieden gemacht und zum Ab- oder Auswandern veranlaßt. Besonders ungünstig wirken die aus Polen, Rußland und anderen nicht-deutschen Ländern herangezogenen Wanderarbeiter. Dieselben sind in ihren Ansprüchen genügsam, mit vorwiegender Kartoffelnahrung zufrieden..., dabei sind sie unzuverlässiger und bedürfen stetiger Aufsicht. Aus den eingelaufenen Berichten geht hervor, daß die einheimischen deutschen Arbeiter durch die ausländischen geradezu verdrängt werden, daß der allgemeine Nahrungsstand der Arbeiterbevölkerung herabgedrückt wird. Einige Berichte aus Pommern meinen, daß die einheimischen Arbeiter als Tagelöhner auf die Dauer verschwinden werden..." (Ländliche Arbeiterklasse, Seite 130).

Verteilung von Rechten und Pflichten nichts geändert. Geldstrafe und Gefängnis standen auf Verletzungen des Vertrages, zu dessen Sicherung die staatliche Gewalt eingesetzt war; zugleich waren Streik und Streikagitation verboten¹.

Die Lage des Gesindes spiegelt ein Prozeß, der im Februar 1893 stattfand und über den im schleswig'schen 'Schleiboten' folgendermaßen berichtet wurde²: "Angeschuldigt, den Dienst eigenmächtig verlassen zu haben, erschienen am 21. ds. Mts. vier Meiereimädchen vor den Schranken des Gerichts zu Kappeln (Kreis Schleswig). Der Thatbestand, auf welchem die Anklage beruht, war folgender: Das eine der Mädchen wurde vom Haushalter ... wegen unverschuldeter Dinge so arg ausgescholten und mit Thätlichkeiten bedroht, daß sämtliche Mädchen, die sich aus der ganzen Art und Weise des Verfahrens und der Äußerungen des Haushalters mit ihrer Mitmagd bedroht und beschimpft fühlten, am 16. ds. Mts. nach dem Melken und danach eingenommenem Frühstück zum Gutsherrn gingen, um sich dessen Schutz gegen die Behandlung durch den Haushalter zu erbitten. Der Gutsherr hörte sie jedoch nicht an, sondern verwies sie darauf, erst ihre Arbeiten zu verrichten. Die Mädchen setzten diesem Ausspruche ihr Recht auf den Schutz der Dienstherrschaft vor Unbilden entgegen und wollten nicht eher wieder in die Arbeit eintreten, als bis sie gehört seien. Der Gutsherr faßte diese Handlungsweise als ein eigenmächtiges Verlassen des Dienstes auf, ließ die Mädchen vor der Meierei in strammer, militärischer Haltung mit den Füßen im Schnee

1 §§ 1 und 3 des preußischen Gesetzes über die 'Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter' von 1854.

2 Abgedruckt in: Epigonen der Raubritter, Seiten 26/27. Hervorhebungen von mir.

sich aufstellen und so lange unter Aufsicht, die jedes Abweichen von der strammen Haltung mit Thätlichkeiten rügte, stehen, bis der Amtsdieners kam, um sie dem Amtsvorsteher vorzuführen. Später wurden die Mädchen als Arrestantinnen nach Kappeln gebracht ... Das Gericht sprach die Eine der vier Mädchen von der Anklage frei und verurteilte die drei Übrigen in eine Haftstrafe von je zwei Tagen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde".

C. STELLUNG DER ARBEITERBEWEGUNG ZUR VERTRAGSFREIHEIT

In der zweiten Jahrhunderthälfte fand in breiten Schichten der deutschen Arbeiterschaft die Überzeugung Anhänger, daß nur gemeinsame Bemühungen eine Änderung der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung herbeiführen konnten. Es entstanden 'rote' und 'gelbe' Vereinigungen. Getragen von Kirchen, von Sozialreformern und von Unternehmern, handelt es sich bei den 'Gelben' nicht um Teile einer eigenständigen Arbeiterbewegung, sondern um Organisationen, die den gesellschaftlichen Interessen ihrer Träger verpflichtet waren.

Diesen Zusammenschlüssen standen als 'Rote' die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gegenüber.

I. DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN

Die Anfänge gewerkschaftlicher Arbeiterzusammenschlüsse in Deutschland liegen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und damit in der Zeit der Koalitionsverbote. In

dieser Zeit entstanden Unterstützungskassen und Arbeitervereine, die weitgehend getarnt arbeiten mußten und aus denen sich während der Revolution von 1848/1849 nationale Verbände wie die der Buchdrucker und der Zigarrenarbeiter entwickelten. Brachte die Niederlage der Revolution auch das Ende dieser Zusammenschlüsse, so waren es in den 60er Jahren wiederum Buchdrucker und Zigarrenarbeiter, die sich vereinten. Mit den Internationalen Gewerksgenossenschaften wurde dann Ende der 60er Jahre die Grundlage geschaffen für die Freien Gewerkschaften. Sie waren zunächst in zahllose örtliche Berufsvereine zersplittert, schlossen sich aber im Jahr 1892 zu Zentralverbänden zusammen, die die Arbeiter ganzer Berufsgruppen vereinten. Als gemeinsame Spitze wurde eine Zentralkommission geschaffen.

Diese immer bedeutender werdenden Arbeiter-Vereinigen¹, die unter dem Sozialistengesetz nur illegal bestehen konnten, hatten sich als Ziel gesetzt, mit dem Mittel der Vertragsfreiheit der auf Grund der bisherigen Handhabung der Vertragsfreiheit noch gestärkten Position der Unternehmer durch die Einführung von Tarifverträgen zu begegnen. Zu dieser Einstellung hatten sie sich erst nach längerem Schwanken durchringen können, das auf den Widerwillen vieler Gewerkschafter zurückzuführen war, mit den Unternehmern als den entschiedenen Gegnern der organisierten Arbeiter in vertragliche Beziehungen zu treten. Da auch die Industriellen

1 Sie umfaßten 11.000 Mitglieder im Jahr 1872, 50.000 im Jahr 1875 und 122.000 im Jahr 1889. In den Jahren 1890 bis 1900 stieg die Mitgliederzahl von 130.000 auf 680.000 (nach BERTHOLD, Seiten 99, 138, 212; SCHRAEPLER, II, Seite 16; WERNER STEIN, Seite 951).

noch nicht gezwungen werden konnten, zu den Gewerkschaften rechtliche Verbindungen aufzunehmen, konnten sich die Bemühungen um den Abschluß von Tarifverträgen erst nach der Jahrhundertwende durchsetzen¹. Mit einigen wenigen Tarifverträgen wurde aber doch schon ein Grund gelegt².

Die Vertragsfreiheit zu nutzen, um Tarifverträge abzuschließen und so auf den einzelnen Arbeitsvertrag einzuwirken, wurde zum Hauptprogramm gewerkschaftlicher Arbeit. Daneben stand als Zukunftsplan die Schaffung eines besonderen 'Arbeiterrechts', das für eine freie Gestaltung von Arbeitsverträgen zuungunsten der Arbeiter keinen Raum mehr lassen sollte. So verlangte Gewerkschaftsführer HERMANN MOLKENBUHR ein "einheitliches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Übervorteilungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind"; weitere Forderungen waren "zwingendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzesbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können", und eine "gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge)"³.

-
- 1 Im Jahr 1913 wurden rund 13.500 Tarifverträge für 218.000 Betriebe mit über 2 Millionen Arbeitern abgeschlossen (GREBING, Seite 103).
 - 2 Der erste war der im Jahr 1873 für Buchdrucker vereinbarte und im ganzen Reich verbindliche Tarifvertrag (BECHTEL, Seite 369).
 - 3 MOLKENBUHR, Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, Seite 29.

Die Zielsetzung der Freien Gewerkschaften zur Frage der Vertragsfreiheit läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen: Anwendung des Prinzips der Vertragsfreiheit auf Verträge, die von Gewerkschaften mit Unternehmern oder Unternehmerverbänden abzuschließen sind; Eingriff in die grundsätzlich weiter bestehende Vertragsfreiheit durch gesetzgeberische Maßnahmen, um ein Mindestmaß an Rechten der Arbeiter zu sichern; Verbot des Gebrauchs freier vertraglicher Bindung insoweit, als sie dazu dienen sollte, die für die Arbeiter vorteilhaften Bestimmungen vertraglich wieder abzudingen.

II. DIE SOZIALDEMOKRATEN

Der im Jahr 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, ein Vorgänger der Sozialdemokratischen Partei, setzte der Arbeiterschaft das Ziel, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu erobern, um Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen zu können. Er stand unter Führung FERDINAND LASSALLES (1825-1864), der den Liberalismus als das Prinzip "einer tiefen Unsittlichkeit" charakterisierte; nur dann könne "diese Theorie als eine ausreichende und sittliche angesehen" werden, erklärte LASSALLE, wenn "alle gleich stark, gleich gescheit, gleich gebildet und gleich reich" wären¹.

Im Jahr 1869 entstand die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

1 LASSALLE, Arbeiter-Programm, Seite 195.

in Eisenach unter Führung von AUGUST BEBEL (1840-1913) und WILHELM LIEBKNECHT (1826-1900). Sie forderte in ihrem 'Eisenacher Programm'¹ die direkte Gesetzgebung durch das Volk und eine unentgeltliche Rechtspflege sowie eine Änderung der Privatrechtsordnung und ihres Arbeitsvertragsystems. Im Mittelpunkt stand das Ziel einer Abschaffung der auf dem Lohnarbeitssystem beruhenden Produktionsweise und die "Beendigung der ökonomischen Abhängigkeit des Arbeiters von den Kapitalisten" durch Einführung der "genossenschaftlichen Arbeit" mit dem "vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter". Wegen der Kritik an Reichsschöpfung und liberaler Rechtsgestaltung als nur der Bourgeoisie zugute kommend², der Verteidigung der Pariser Kommune und der radikaler werdenden Forderungen wurden die führenden Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen und Reichsfeinde betrachtet. Als eine Gefahr wurden sie innenpolitisch auch deswegen angesehen, weil sie sich dagegen wehrten, den Inhalt der Arbeitsverträge durch "Übereinkunft, Angebot und

1 Zitiert nach Wolfgang Treue, Parteiprogramme, Seiten 59/60.

2 "Es gibt in Deutschland nur eine Klasse, der die neue Reichsschöpfung zusagte und die sie auch mit berechtigtem Jubel begrüßte - die deutsche Bourgeoisie. Schutz und Freiheit des Handels und Verkehrs, Hinwegräumung der Hindernisse, welche der freien und beliebigen Ausbeutung der Arbeitskraft entgegenstanden, mit einem Wort: Wahrung ihrer materiellen Interessen nach jeder Richtung hin, das war es, was sie wünschte, was ihr gewährt wurde und wofür sie sich dankbar erwies" (BEBEL, Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, Seite 4).

Nachfrage" bestimmen zu lassen¹ und erklärten, wenn die Bourgeoisie von Freiheit spreche, heiße das nur "Entfernung aller Fesseln und Schranken, welche die Bourgeoisie an Er-ringung der sozialen und politischen Weltherrschaft hin-derern"².

Im Jahr 1875 wurde in Gotha die Sozialistische Arbeiterpar-
tei Deutschlands gegründet. Sie stand ebenfalls unter Füh-
rung von BEBEL und LIEBKNECHT und verlangte in ihrem 'Gothaer
Programm'³ wiederum eine grundlegende Änderung des Wirt-
schafts- und Rechtssystems. Dazu gehörte auf dem Gebiet der
Justiz die "Rechtsprechung durch das Volk" sowie die "un-
entgeltliche Rechtspflege". Zentrale Forderungen bildeten
die "Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesell-
schaft", die "genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit
mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des
Arbeitsertrages" und die "Abschaffung des Systems der Lohn-
arbeit".

1 So die Zeitschrift 'Glückauf' am 21. Juli 1872 aus Anlaß
des Streiks der Essener Zechenarbeiter (zitiert nach
Schulz, Seiten 188/189).

2 WILHELM LIEBKNECHT, Bodenfrage, Seite 46. LIEBKNECHT fuhr
fort: "Freiheit heißt H e r r s c h a f t , und die
Freiheit wird somit, da H e r r s c h a f t die U n -
f r e i h e i t des Beherrschten zur nothwendigen Voraus-
setzung hat, im Munde des Bourgeois in ihr G e g e n -
t h e i l verwandelt" (Hervorhebung von Liebknecht).
BEBEL bezeichnete entsprechend Gesetze als den "in Para-
graphen formulierten Ausdruck der maßgebenden Interessen,
der zum Rechte eines Landes erhoben wird" (Frau und So-
zialismus, Seite 310).

3 Zitiert nach Wolfgang Treue, Parteiprogramme, Seiten 66/67.

Ziel der Sozialdemokraten war nach einem Wort WILHELM LIEBKNECHTS die Beendigung des Verkaufes der Arbeitskraft in der juristischen Form des Arbeitsvertrages und damit die Befreiung der Arbeiterschaft "aus dem drückenden Joche der Lohnsklaverei"¹.

III. KARL MARX UND FRIEDRICH ENGELS

Das von KARL MARX (1818-1883) und FRIEDRICH ENGELS (1820-1895) geschaffene komplexe System der politischen Ökonomie, des dialektischen Materialismus und des historischen Materialismus kann im Rahmen dieser Arbeit nicht dargestellt werden. Ziel der folgenden Ausführungen kann nur sein, die Stellung von MARX und ENGELS unmittelbar zur Vertragsfreiheit zu erläutern.

Nach MARX und ENGELS ist die menschliche Existenz in vielfältiger Weise physisch, psychisch und sozial durch die Arbeit bedingt. Der Arbeitsprozeß wiederum ist bedingt durch die Produktionsweise, die sich als Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erweist. Einer bestimmten Stufe der Produktion entspricht eine bestimmte Gesellschaftsform und dieser wiederum eine politische Ordnung, wobei eine Wechselwirkung zwischen diesen Faktoren des historischen Prozesses besteht. Mit der Wandlung der Produktivkräfte ändern sich daher grundsätzlich auch die Produktionsverhältnisse. In den Produktionsverhältnissen kommt die Spaltung der Menschheit in Klassen zum Ausdruck, die sich durch Eigentum und Nichteigentum an den Produktionsmitteln als dem

1 LIEBKNECHT, Arbeitsvertrag, Seiten 332 und 335.

entscheidenden Teil der Produktivkräfte unterscheiden.

Die Arbeit ist die Grundlage menschlicher Gemeinschaft. Über dieser Basis erhebt sich ein das Bewußtsein des Menschen formender ideologischer Überbau. Der Überbau, gebildet etwa von Staat, Religion, Kunst, Philosophie, verleiht der Klassenspaltung und der unterschiedlichen Verteilung gesellschaftlicher Macht eine größere innere Festigkeit und damit eine längere historische Dauer. Die Beziehungen zwischen Basis und Überbau sind dialektischer Natur; die ideologischen Systeme des Überbaus sind primär bestimmt durch die Basis, sie vermögen jedoch sekundär selbst auf die Basis einzuwirken. Das gleiche gilt für die Kontroversen auf ideologischem Gebiet, die ihren Grund finden in den Auseinandersetzungen der Klassen, zugleich aber diese Kämpfe zu leiten in der Lage sind¹.

1. FUNKTION DES RECHTS ALLGEMEIN

Die Überbau-Funktion des Rechts wird nach MARX besonders deutlich am Zivilrecht, das "nur der Ausdruck einer bestimmten Entwicklung des Eigentums, d.h. der Produktion ist"². In der bürgerlichen Gesellschaft, stellte ENGELS fest, hat sich die "juristische Ideologie" aufgebaut auf der Theorie vom "freien Austausch der Arbeitsprodukte zwischen gleichberechtigten Warenbesitzern"³; ent-

-
- 1 Näher hierzu MARX, Brief an Annenkow, Seiten 6/7; Vorwort Politökonomie, Seite 338; ENGELS, Briefe an Bloch (Seiten 458/459), an Starkenburg (Seiten 474/475) und an Schmidt (I, Seite 457) sowie Vorrede zum 18. Brumaire (Seite 225).
 - 2 MARX, Elend der Philosophie, Seite 62.
 - 3 ENGELS, Vorwort Elend der Philosophie, Seite 29. Über die besondere "juristische Weltanschauung" näher ENGELS - KAUTSKY, Juristen-Sozialismus, Seite 492.

sprechend proklamiert und protokolliert die bürgerliche Gesetzgebung "nur das Wollen der ökonomischen Verhältnisse" (MARX¹). Das Recht ist in besonders starkem Maß Ausdruck der wahren Machtverhältnisse der Gesellschaft, die es nicht nur spiegelt, sondern mit Hilfe der Staatsmacht stärkt; da in der modernen Gesellschaft die ökonomische Macht in Händen der Bourgeoisie liege, die wiederum entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Rechts ausübe, trete die Bourgeoisie als Staatsmacht gegen das Proletariat auf².

MARX wies darauf hin, daß "Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit ... unter dem Namen 'bürgerliche Gesellschaft'" zusammenzufassen sei, wobei aber bedacht werden müsse, daß man "die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen" habe³. Ähnlich kritisierte ENGELS die Rechtslehre seiner Zeit, für die "die juristische Form alles und der ökonomische Inhalt nichts" sei; dies erweise sich etwa daran, daß "Staatsrecht und Privatrecht als selbständige Gebiete behandelt werden, die ihre unabhängige geschichtliche Entwicklung haben, die in sich selbst einer systematischen Darstellung fähig sind und ihrer bedürfen durch konsequente

1 MARX, Elend der Philosophie, Seite 103.

2 Dazu näher insbesondere MARX, Kapital, I, Seite 565; Kapital, III, Seite 320; ENGELS, Wohnungsfrage, Seite 544; Brief an Schmidt, II, Seiten 464/465; Lage der Arbeiter, Seite 348; MARX/ENGELS, Kommunistisches Manifest, Seiten 26 und 39; Deutsche Ideologie, Seiten 295/296.

3 MARX, Vorwort Politökonomie, Seite 337.

Ausrottung aller inneren Widersprüche"¹. Die Auffassung, Recht bestehe losgelöst von der gesellschaftlichen Lage, sei ein Ergebnis der Arbeitsteilung; sie zwingt den Juristen "unter seine verknöcherten Rechtsvorstellungen, die ihn als eine selbständige Macht beherrschen"². In Wahrheit komme dem Recht nur der "Schein einer selbständigen Geschichte" zu³; die Natur des Rechts könne nur begriffen werden, wenn sie aus den ökonomischen Bedingungen der jeweiligen Epoche abgeleitet werde⁴. Für die Epoche bürgerlicher wirtschaftlicher Macht gelte demgemäß, daß "die bürgerlichen Rechtsbestimmungen nur die ökonomischen Lebensbedingungen der Gesellschaft in Rechtsform ausdrücken"⁵.

2. FUNKTION DER VERTRAGSFREIHEIT

Auf Grund der allgemeinen Einschätzung des Rechts konnte im Denken von MARX und ENGELS die Vertragsfreiheit nicht die gleiche zentrale Rolle wie bei den Reformen zugeneigten bürgerlichen Nationalökonomen und Juristen spielen. Ein Rechtsinstitut überhaupt als "besondere Kategorie", "als abstrakte und ewige Idee" zu betrachten, konnte nach MARX

1 ENGELS, Feuerbach, Seite 370.

2 ENGELS, Anti-Dühring, Seite 272.

3 ENGELS, Brief an Mehring, Seite 468. Ähnlich schon MARX/ENGELS, Deutsche Ideologie, Seite 297.

4 ENGELS, Marxens Politökonomie, Seite 343; ähnlich ENGELS, Sozialismus, Seiten 104 und 124, sowie MARX, Gothaer Programm, Seite 14.

5 ENGELS, Feuerbach, Seite 369.

"nichts anderes sein als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz"¹.

Der Vertrag war für MARX "ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt". Die Waren könnten nun einmal "nicht selbst zu Markte gehn und sich nicht selbst austauschen". Um "Dinge als Waren aufeinander zu beziehen", müssen die Warenbesitzer "sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust". Ein Warenbesitzer (ein "Warenhüter") kann "nur mit dem Willen des andren, also jeder nur vermitteltst eines beiden gemeinsamen Willensakts sich die fremde Ware aneignen, indem er die eigne veräußert". Die Personen des Vertragsverhältnisses existieren für MARX "hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer", die "ökonomischen Charaktermasken der Personen sind nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse, als deren Träger sie sich gegenübertreten"².

Dementsprechend wurde das Thema Vertragsfreiheit meiner Kenntnis nach von MARX und ENGELS selten und auch nur am Rande angeschnitten. In den Jahren 1844/1845 kritisierte der junge ENGELS, die Bourgeoisie lasse dem

1 MARX, Elend der Philosophie, Seite 172.

2 MARX, Kapital, I, Seiten 62/63; ähnlich Kapital, III, Seiten 320 und 821. Ähnlich auch ENGELS, Vorwort Elend der Philosophie, Seite 42. Der Grund hierfür ist in der Tatsache zu finden, daß "die kapitalistische Produktion ... alle Dinge in Waren verwandelte" (ENGELS, Ursprung, Seiten 220/221), daß "Ware zu sein, der beherrschende und bestimmende Charakter" des Produkts der kapitalistischen Produktionsweise ist (MARX, Kapital, III, Seite 820).

Arbeiter nur "den Schein, als ob er aus freiem Willen handelte, mit freier zwangloser Einwilligung, als mündiger Mensch einen Vertrag mit ihr abschliesse"; das sei eine "schöne Freiheit", wenn "dem Proletarier keine andere Wahl bleibt, als die Bedingungen, die ihm die Bourgeoisie stellt, zu unterschreiben oder - zu verhungern, zu erfrieren, sich nackt bei den Tieren des Waldes zu betten". "Der ganze Unterschied gegen die alte offenerzige Sklaverei" sei überhaupt nur der, daß der Arbeiter frei zu sein scheine¹. Im Jahr 1846 hatte ENGELS festgehalten, warum trotz Freiheit der Person und Gleichheit vor dem Gesetz gesellschaftliche Harmonie nicht erreicht sei: "Die Gleichheit wird wieder beseitigt, indem sie auf bloße 'Gleichheit vor dem Gesetz' beschränkt wird, was nichts anderes bedeutet als Gleichheit trotz der Ungleichheit von reich und arm - Gleichheit innerhalb der Grenzen der grundlegenden, bestehenden Ungleichheit -, was, kurz gesagt, nichts anderes bedeutet, als der Ungleichheit den Namen der Gleichheit zu geben"². Im Jahr 1867 erläuterte MARX, der "Schein der Unabhängigkeit" des Arbeiters werde "durch den beständigen Wechsel der individuellen Lohnherrn und die fictio juris des Kontrakts aufrechterhalten"³. ENGELS stellte dann im Jahr 1884 noch einmal fest, der Arbeitsvertrag gelte schon dann als "freiwillig eingegangen, sobald das Gesetz beide Teile auf dem Papier gleichstellt. Die Macht, die die verschiedene Klassenstellung dem einen Teil gibt, der Druck, den sie auf den andern Teil ausübt - die wirkliche ökonomische Stellung beider -, das geht das Gesetz nichts an"⁴.

1 ENGELS, Lage der arbeitenden Klasse in England, Seiten 143 und 146.

2 ENGELS, Deutsche Zustände, Seiten 48/49.

3 MARX, Kapital, I, Seite 521.

4 ENGELS, Ursprung der Familie ..., Seite 215.

MARX hatte es zuvor als Aufgabe der Arbeiter bezeichnet, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (und damit eine Beschränkung der Vertragsfreiheit) zu erzwingen, ein Gesetz, "das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen"¹.

Gleichermaßen entscheidend für die Haltung zur Vertragsfreiheit sind die Feststellungen, die MARX über die vom Arbeiter im Rahmen des Arbeitsvertrages geleistete Mehrarbeit als Quelle des Mehrwerts getroffen hat. Nach MARX ist der Arbeitsvertrag ein Vertrag über den Verkauf der Ware Arbeitskraft durch den Arbeiter und den Ankauf eben dieser Ware durch den Kapitalisten (auch wenn der Arbeitsvertrag juristisch als Mietvertrag bezeichnet wird). Der Wert der Ware Arbeitskraft setzt sich wie der jeder anderen Ware zusammen aus Tauschwert und Gebrauchswert. Tauschwert hat sie für den Arbeiter, Gebrauchswert für den Kapitalisten. Die Arbeitskraft besitzt den spezifischen Gebrauchswert, Quelle von mehr Wert zu sein, als sie selbst hat. Die Arbeitszeit des Arbeiters spaltet sich daher in zwei Teile. Während des einen Abschnittes produziert er den Wert seiner Arbeitskraft (Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft). Während des folgenden Abschnittes dagegen leistet er unbezahlte Arbeit; der von ihm jetzt produzierte Wert fällt dem Kapitalisten zu. Der Arbeiter erbringt nun

1 MARX, Kapital, I, Seite 266.

- unbezahlte - Mehrarbeit, die Quelle des Mehrwerts¹.

Im Lohn des Arbeiters kommt dies allerdings nicht zum Ausdruck. Er erscheint als Äquivalent der Arbeit und nicht als Kaufpreis der Arbeitskraft. Als Preis der Ware Arbeitskraft stellt der Lohn auch einen gerechten, nämlich marktgerechten Preis dar; daß der Wert der Arbeitskraft, erklärte MARX, "den ihr Gebrauch während eines Tags' schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer"². Mit der Lohnzahlung ist zwar nur ein Teil des Einsatzes des Arbeiters abgegolten; der Arbeiter hat sich, stellte ENGELS fest, "seinem 'freiwillig' eingegangenen Kontrakt zu fügen, wonach er sich verpflichtet, für ein Arbeitsprodukt, das sechs Arbeitsstunden kostet, zwölf ganze Stunden zu arbeiten"³. Die Tatsache, daß der Arbeiter auch unbezahlte Arbeit geleistet hat, kann aber, wie MARX hervorhob, nicht offenbar werden, da "die Natur der ganzen Transaktion durch die **D a z w i s c h e n - k u n f t e i n e s K o n t r a k t s** und die am Ende der Woche erfolgende **Z a h l u n g** völlig verschleiert wird"⁴. Vertrag und Lohnzahlung löschen "jede Spur der

1 MARX, Lohnarbeit und Kapital, Seite 68, sowie Kapital, I, Seiten 163 und 481/482; ENGELS, Einleitung Lohnarbeit, Seiten 64/65.

2 MARX, Kapital, I, Seite 163.

3 ENGELS, Einleitung Lohnarbeit, Seite 65.

4 MARX, Lohn, Preis und Profit, Seite 403 (Hervorhebung von Marx). Ähnlich auch, mit Hinweis auf das "Irrrationelle der Form", MARX, Kapital, II, Seiten 30 bis 37, hier: 33.

Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus", und daher erscheint "alle Arbeit als bezahlte Arbeit"¹. Von "entscheidender Wichtigkeit" ist nach MARX diese "Verwandlung von Wert und Preis der Ware Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst". Auf ihr "beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen"².

1 MARX, Kapital, I, Seite 487.

2 MARX, Kapital, I, Seite 488.

L E B E N S L A U F

Am 7. Dezember 1938 wurde ich in Berlin geboren. Ich studierte an den Universitäten München, Genf und Göttingen sowie an der Freien Universität Berlin Rechtswissenschaft, Geschichte, Kunstgeschichte und Politologie. Im März 1965 legte ich die erste juristische Staatsprüfung ab.

Seit Sommer 1965 bin ich wissenschaftlicher Mitarbeiter im Universum-Verlag München und Assistent des Privatgelehrten Dr. Arno Peters (Autor der Synchronoptischen Weltgeschichte).

Druck:

Der Präsident der Freien Universität Berlin

- Universitätsdruckerei -

1 Berlin 41, Kelchstraße 31

